

Sitzungsbericht

13. Sitzung der Tagung 1998/99 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 25. Februar 1999

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 458).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 458).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 460).
4. Ltg. 229/A-1/13: Dringlichkeitsantrag der Abg. Ing. Hofbauer, Feurer, Mag. Weinzinger u.a. betreffend Maßnahmen zur Verhinderung des Weiterbaues und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin.
Begründung der Dringlichkeit: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 464).
Berichterstatter: Abg. Ing. Hofbauer (Seite 547).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger (Seite 547), Abg. Marchat (Seite 549), Abg. Mag. Fasan (Seite 550), Abg. Cerwenka (Seite 552), Abg. Friewald (Seite 553).
Abstimmung (Seite 554).
5. Ltg. 213/A-8/5: Antrag der Abg. Dr. Prober u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Aktuelle Verkehrsprojekte in Niederösterreich“.
Redner: Abg. Dr. Prober (Seite 465), Abg. Muzik (Seite 468), Abg. Haberler (Seite 470), Abg. Hiller (Seite 472), Abg. Gebert (Seite 474), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 476), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 478), Abg. Dr. Strasser (Seite 480), Abg. Mag. Fasan (Seite 480), Abg. Mayerhofer (Seite 480), Abg. Rupp (Seite 482), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 483),
zur GO: Abg. Marchat (Seite 485), Abg. Dr. Strasser (Seite 486).
6. Ltg. 211/V-11/3: Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tier-schutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich.
Berichterstatter: Abg. Knotzer (Seite 486).
Redner: Abg. Marchat mit 4 Resolutions-anträgen (Seite 487),
zur GO: Abg. Dr. Strasser (Seite 490), Abg. Marchat (Seite 490),
Abg. Mag. Weinzinger mit 2 Resolutionsan-trägen (Seite 491), Abg. Waldhäusl mit 3 Re-solutionsanträgen (Seite 494), Abg. Feurer (Seite 499), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 501), Abg. Koczur (Seite 503), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 504), Abg. Marchat (Seite 505), Abg. Feurer (Seite 506).
Abstimmung (Seite 506).
7. Ltg. 209/H-2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung „Vorderösterreich - nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten“ auf der Schallaburg 1999.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 507).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 507), Abg. Rosenkranz (Seite 508), Abg. Cerwenka (Seite 509), Abg. Moser (Seite 510).
Abstimmung (Seite 511).
- 8.1. Ltg. 157/B-2/2: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1997.
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 512).

8.2. Ltg. 191/B-5: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen 1996/1997 gemäß Art.1 § 8 Abs.4 Bezügebegrenzungs-gesetz.

Berichterstatter: Abg. Erber (Seite 512).

Redner zu 8.1. - 8.2.: Abg. Mag. Fasan (Seite 512), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 514), Abg. Keusch (Seite 515), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 518).

Abstimmung (Seite 521).

9. Ltg. 218/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.2 der XV. Gesetzgebungsperiode.

Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 521).

Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 521), Abg. Sacher (Seite 525), Abg. Hofmayer (Seite 528), Abg. Gratzer (Seite 531), Abg. Mag. Wein-zinger (Seite 534), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 536), Abg. Kautz (Seite 538), Abg. Mag. Riedl (Seite 542), Abg. Mag. Wein-zinger (Seite 545), LR Dr. Bauer (Seite 546).

Abstimmung (Seite 547).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmann Dr. Pröll infolge eines Staatsbesuches und Herr Landesrat Blochberger wegen Krankheit. (*Präsident Mag. Freibauer erhebt sich.*)

Hohes Haus! Wir stehen unter dem Eindruck einer der größten Lawinenkatastrophen in der österreichischen Geschichte. Als Zeichen unserer Anteilnahme mit den Angehörigen der zahlreichen Todesopfer wollen wir diese Sitzung des Landtages mit einer Gedenkminute beginnen. Ich bitte die Damen und Herren, sich von den Sitzen zu erheben. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich im Gedenken der Lawinenopfer von Galtür und Valzur.*) Ich danke für Ihre Anteilnahme. (*Die Damen und Herren des Hohen Hauses nehmen wie der vorsitzführende Präsident ihre Plätze wieder ein.*)

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg.-215/A-3/12 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Marchat u.a. betreffend Novellierung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 - Entfall der Infrastrukturabgabe - und

Ltg.-216/A-3/13 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Marchat u.a. betreffend Novellierung des NÖ Raumordnungsgesetzes

1976 - Einräumung von Parteienstellung – weise ich dem Bau-Ausschuß zu.

Ltg.-214/E-1/9 - Eingabe der Markt-gemeinde Sallingberg vom 12. Februar 1999 betreffend Änderung des NÖ Kanalgesetzes 1977 betreffend soziale und gerechte Kanalgebühren – weise ich dem Kommunal-Ausschuß zu.

Ltg.-210/L-26 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über eine NÖ Land-akademie 1995 – weise ich dem Kultur-Ausschuß zu.

Ltg. 211/V-11/3 - Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außer-landwirtschaftlichen Bereich – habe ich bereits am 11. Februar 1999 dem Land-wirtschafts-Ausschuß zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuß bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 218/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.2 der XV. Gesetzgebungsperiode - wurde am 17. Februar 1999 vom Rechnungshof-Ausschuß abschließend behandelt und steht nach Erledigung im Ausschuß bereits auf der heutigen Tagesordnung.

- Ltg. 221/E-1/10 - Eingabe der Landeshauptstadt St. Pölten vom 8. Februar 1999 betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – und
- Ltg. 222/Sch-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes 1978 - weise ich dem Schul-Ausschuß zu.
- Ltg. 209/H-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung „Vorderösterreich - nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten“ auf der Schallaburg 1999 – habe ich bereits am 11. Februar 1999 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuß bereits auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 223/A-2/8 - Antrag der Abgeordneten Keusch u.a. betreffend Verbesserung der Baurechtsaktion und
- Ltg. 228/A-1/12 - Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Keusch u.a. betreffend Wohnungsförderung (Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes und Änderung des NÖ Landeswohnbauförderungsgesetzes 1977) - weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zu.
- Eingelangt sind folgende Anfragen:
an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:
- Ltg. 206/A-4/28 – Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Zivlflughafen Wr. Neustadt,
- Ltg. 212/A-4/29 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Finanzierung der Veranstaltungen des Landes Niederösterreich im Rahmen der Herrenabfahrt in Kitzbühel,
- Ltg. 217/A-4/30 - Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz und Mayerhofer betreffend wirtschaftliche Auswirkungen des Baustopps beim Projekt Ortsumfahrung Wolkersdorf,
- Ltg. 219/A-4/31 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Ortsumfahrung Prinzersdorf,
- Ltg. 220/A-4/32 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Inserat in den „NÖ Nachrichten“ Ausgabe Wr. Neustadt - und
- Ltg. 224/A-4/33 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Förderpaket für erneuerbare Energie und Einspeisetarife für Energie aus erneuerbaren Energiequellen - und
- Ltg. 226/A-4/34 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend geplanter Bau der „Nordautobahn“ - habe ich an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zur Beantwortung weitergeleitet.
- An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:
- Ltg. 208/A-5/52 – Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Bauvorhaben Ferien- und Seminarhotel „Waitzgraben“ in Frankenfels-Taschlgrabenrotte – geplante Umwidmung des Gebietes in Bauland-Sondergebiet zur Herstellung eines gesetzmäßigen Zustandes – habe ich an Herrn Landesrat Mag. Sobotka zur Beantwortung weitergeleitet.
- An Herrn Landesrat Dr. Bauer:
- Ltg. 227/A-5/54 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend NÖ Flächen die als Natura 2000-Gebiet ausgewiesen worden sind – habe ich an Herrn Landesrat Dr. Bauer zur Beantwortung weitergeleitet.

An Herrn Landesrat Schimanek:

- Ltg. 207/A-5/51 – Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Bauvorhaben Ferien- und Seminarhotel „Waitzgraben“ in Frankenfels – Errichtung eines Wasserreservoirs - und
- Ltg. 225/A-5/53 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend Grundwasserbeeinträchtigung durch den Winterdienst auf den Flughafen-Pisten Wien-Schwechat - habe ich an Herrn Landesrat Schimanek zur Beantwortung weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 181/A-4/23; von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zu Ltg. 182/A-4/24 und Ltg. 197/A-4/25; von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 180/A-5/40; von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 185/A-5/43 (Berichtigung); von Herrn Landesrat Dr. Bauer zu Ltg. 194/A-5/48. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan an LH Dr. Pröll betreffend NÖ Landesaußenpolitik, Ltg. 181/A-4/23:

„Bereits seit den 60er-Jahren werden von Niederösterreich Kontakte zu Regionen innerhalb und außerhalb Europas gepflegt. Diese entstanden einerseits auf Ersuchen von bilateralen staatlichen Kommissionen, sehr häufig aber auch infolge der kulturellen Aktivitäten des Landes Niederösterreich. In der Öffentlichkeit bzw. im täglichen Sprachgebrauch – und dies gilt für alle österreichischen Länder – hat sich für diese Partnerschaftspolitik im Rahmen von Regionalbeziehungen die Bezeichnung ‚Landesaußenpolitik‘ entwickelt.

Am Beginn der 80er-Jahre wurden diese Beziehungen insbesondere zu Regionen in den Nachbarländern intensiviert. Vor dem Jahr 1989 wurden sie vor allem zu Regionen unterhalten, die damals noch den Warschauer-Pakt-Staaten angehörten. Das Ziel war es, gleichsam unter dem Eisernen Vorhang hindurch, menschliche, kulturelle, aber auch wirtschaftliche Kontakte aufzubauen. Diese Kontakte haben auch einen Beitrag zum Fall des Eisernen Vorhanges geleistet.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges erfuhren diese Beziehungen teilweise neue Impulse, einige sind hingegen nicht weiter verfolgt worden. Die ‚Landesaußenpolitik‘ – die übrigens auch von den Bundesministern für auswärtige Angelegenheiten als Ergänzung und Unterstützung der offiziellen österreichischen Außenpolitik geschätzt wurde bzw. wird – hat in den letzten Jahren noch weiter an Bedeutung zugenommen. Da sich Europa fast täglich ändert, muß Niederösterreich trachten, starke Regionalpartner in Europa, sowohl in den EU-Mitgliedsstaaten als auch den Nachbarstaaten und den in die Europäische Union strebenden Staaten, zu finden. Niederösterreich hat durch seine Aktivitäten – sei es hier zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Donauländer erwähnt, deren Geschäftsstelle ihren Sitz beim Amt der NÖ Landesregierung hat und der mittlerweile 24 Regionen, Komitate aber auch Staaten von Baden-Württemberg bis zur ukrainischen Region Odessa angehören – als verlässlicher Partner einen überaus guten Ruf erlangt und unterstreicht damit seine Brückenfunktion. Nach wie vor ist es das Ziel, insbesondere einen Know-how-Transfer in die Mittel- und Osteuropäischen Länder zu vollziehen und damit zu helfen, deren Standards möglichst rasch dem österreichischen Niveau anzugleichen. Auch wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund. Aufgabe der ‚Landesaußenpolitik‘ ist es somit gleichermaßen, den Boden für Firmenzusammenarbeiten (Joint-Ventures), Firmengründungen usw. aufzubereiten.

Aufgrund einer Landtagsresolution wurde im Jahr 1990 die Stabstelle der Landesamtsdirektion, Abteilung Landesamtsdirektion/Europareferat, als Koordinierungsstelle eingerichtet, die in Übereinstimmung mit den Fachabteilungen des Amtes und allfälliger weiterer betroffener Verwaltungsbehörden (-einrichtungen) usw. tätig ist. Diese Aktivitäten werden im Rahmen der sachlichen Zuständigkeit der Fachabteilung mit den verantwortlichen Regierungsmitgliedern abgestimmt und, wenn dies nach der Geschäftsordnung erforderlich ist, der NÖ Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt.

Wie bereits einleitend erwähnt, wurden viele der Beziehungen Niederösterreichs auf Anregung von Expertengesprächen im Rahmen bilateraler staatlicher Abkommen zwischen Österreich und seinen Nachbarstaaten abgeschlossen.

Nach dem Jahr 1989 sind Partnerschaften auch aus dem Wunsch mittel- und osteuropäischer Länder entstanden, die Verwaltungsstrukturen des Landes NÖ kennenzulernen, um unser System als Vorbild für den Aufbau von Regionen

in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu verwenden.

Auch aufgrund der äußerst aktiven Kulturpolitik des Landes mit seinen Landesausstellungen, dem Kultur- und Ausstellungszentrum Schallaburg, dem Donaufestival etc. gab und gibt es immer wieder Ansatzpunkte, Kooperationen mit Regionen einzugehen.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union werden fallweise Beziehungen zu Regionen innerhalb der EU gesucht, um Projekte für Förderprogramme zu erarbeiten.

In unserer kleingewordenen Welt von gegenseitigen Abhängigkeiten ist eine gedeihliche Innen-, Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultur- und Verkehrspolitik – um Schwerpunkte zu nennen – ohne eigenständige regionale ‚Landesaußenpolitik‘ auch über die Grenzen Europas hinaus zum Wohle der niederösterreichischen Bevölkerung nicht mehr zu führen. Sollte teilweise der Wunsch und das Verlangen entstehen, die Aktivitäten schriftlich festzuhalten, so erfolgt dies in ‚Arbeitsprogrammen‘, ‚Absichtserklärungen‘ etc., jedoch nicht in formellen Rechtsakten. Im Vordergrund steht eine projektbezogene überschaubare Kooperation mit unseren Partnern.

Diese Aktivitäten zählen zu den Aufgaben des Landeshauptmannes. Eine Koordination mit den Aktivitäten des Landtages, die positiv und als Teil der ‚NÖ Landesaußenpolitik‘ gesehen werden, erfolgt im Wege der Abteilung Landesamtsdirektion/Europareferat, die über die außenpolitischen Aktivitäten des Landtages informiert ist.

Diese Tätigkeit im Rahmen der regionalen ‚Landesaußenpolitik‘ wird von der Abteilung Landesamtsdirektion/Europareferat jährlich im Rechenschaftsbericht des Amtes der NÖ Landesregierung ‚Agenden/Aktivitäten‘ ausführlich dargestellt. Bis vor 2 Jahren wurden diese Ausführungen auch dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für dessen außenpolitischen Bericht zur Verfügung gestellt und fanden im Kapitel Nachbarschaftspolitik ihren Niederschlag. Seit dem Jahr 1997 wird aus Kostengründen dieses Kapitel nicht mehr in jenem Umfang erstellt. Im Österreichischen Föderalismusbericht wird jährlich über die Nachbarschaftspolitik der Länder, so auch über NÖ, berichtet.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LHStv. Prokop betreffend Förderung von Kindergruppen, Ltg. 182/A-4/24:

„Frage 1:

Welcher Anteil der zusätzlichen 9 Millionen Fördergelder für Kinderbetreuung soll an Kindergruppen vergeben werden?

Zur finanziellen Absicherung aller Formen der Tagesbetreuung und auch der Betreiber von Horten hat die NÖ Landesregierung am 15. Dezember 1998 im Einvernehmen mit den Gemeindevertreterverbänden die Förderungsrichtlinien gemäß § 6 Abs.5 des NÖ Kinderbetreuungs-gesetzes geändert:

Die Anhebung der Zuschüsse zum Personalaufwand von S 310,- auf S 500,- bei Ganztagsbetreuung von Kindern vor dem Schuleintritt, bzw. auf S 350,- bei Halbtagsbetreuung sowie bei der Betreuung von älteren Kindern und Jugendlichen läßt für das Jahr 1999 Mehrausgaben in Höhe von S 11 Mio. erwarten. Die Kindergruppen werden voraussichtlich für 1000 geförderte Kinder S 5,4 Mio. erhalten, das sind um S 2,2 Mio. mehr als 1998.

Frage 2 + 3:

Welche Kindergruppen wurden 1998 gefördert und in welcher Höhe jeweils (Bitte um Auflistung)?

Welche Träger standen hinter den geförderten Kindergruppen und wie verteilten sich die vergebenen Fördermittel nach den Trägern (Bitte um Auflistung)?

Die Organisationsförderung für die Kindergruppen ist derzeit noch nicht vollständig abgeschlossen und wird sich im Jahr 1998 auf rund S 3,2 Mio. belaufen. Zumindest den gleichen Betrag erhalten die Gruppen von den Hauptwohnsitzgemeinden der Kinder.

Eine Auflistung der geförderten Gruppen sowie Träger liegt bei. Es muß jedoch angemerkt werden, daß die Auszahlung der Zuschüsse zum Personalaufwand für das Jahr 1998 noch nicht abgeschlossen werden konnte, da trotz Urgenz zahlreiche Gruppen bisher noch nicht die Anzahl der in den Monaten Oktober bis Dezember 1998 betreuten Kinder bekanntgegeben haben.

Darüber hinaus erhielten einkommensschwache Eltern, die ihre Kinder in Tagesbetreuungseinrichtungen betreuen lassen, im Jahr 1998 Zuschüsse zum Betreuungsbeitrag in Höhe von S 3,918 Mio. Im Jahr 1999 werden Ausgaben in Höhe von rund S 4,2 Mio. erwartet.

Frage 4:

Wieviele elterninitiierte, sogenannte ‚freie‘ Kindergruppen wurden 1998 gefördert und in welcher Höhe?

Im Jahr 1998 wurden folgende 56 Einrichtungen gefördert:

Träger	Anzahl d. Einrichtungen	Förd.betrag (teilw. erst bis 9/98 abgerechnet)
Kindergruppen (Landesverband)	17	S 831.420,-
selbst.Kindergruppen	17	S 900.240,-
Betriebseinrichtungen	2	S 158.720,-
Gemeindeeinrichtungen	2	S 94.860,-
NÖ Volkshilfe	13	S 678.280,-
NÖ Hilfswerk	5	S 112.530,-

Die 17 selbständigen Kindergruppen, wie auch die 17 Kindergruppen, die dem Landesverband der Kindergruppen angehören, sind zum Großteil elterninitiiert.

Frage 5:

Wieviele elterninitiierte Kindergruppen sollen 1999 gefördert werden und in welcher Höhe?

Alle elterninitiierten ‚freien‘ Kindergruppen, die über eine Bewilligung nach dem NÖ Kinderbetreuungsgesetz 1996 verfügen und für die die Hauptwohnsitzgemeinden der Kinder einen Betreuungsbedarf feststellen, erhalten auf Antrag eine Förderung. Wir erwarten im Jahr 1999 rund 1000 geförderte Kinder. 1998 wurden 900 Kinder in Kindergruppen gefördert.

Frage 6:

Welche Maßnahmen setzen Sie, um erfolgreiche aber aufgrund aufgetretener finanzieller Engpässe vom Schließen bedrohte Kindergruppen in ihrer Existenz zumindest vorerst abzusichern?

Obwohl im Jahr 1999 nur eine geringfügige Steigerung der Kinderanzahl erwartet wird, erhöht sich das Förderungsvolumen aufgrund der Anhebung der Zuschüsse zum Personalaufwand von 3,2 Mio. auf S 5,4 Mio. Schilling.

Zur Klarstellung ist auf die Entwicklung der Förderung der Tagesbetreuungseinrichtungen pro Kind und Monat seit 1992 hinzuweisen:

1992: S 150,-

1993: S 200,-

1994: S 300,-

1996: S 310,-

1997: S 620,-

1999: S 1.000,-

(je S 310,- vom Land NÖ und von der Hauptwohnsitzgemeinde d.betr.Kd.)

(je S 500,- vom Land NÖ und von der Hauptwohnsitzgemeinde d.betr.Kd.) bei Ganztagsbetreuung von Kindern vor dem Schuleintritt, bzw.

S 700,- (je S 350,-) bei der Betreuung von älteren Kindern oder Jugendlichen oder bei Halbtagsbetr. von Kindern vor dem Schuleintritt.

Frage 7:

Wieviele Kinderbetreuungs-Projekte konnten aus Mitteln der sogenannten ‚Kinderbetreuungs-milliarde‘ 1998 in Niederösterreich gefördert werden und wer waren jeweils die Träger der Projekte?

Aus der sogenannten ‚Kinderbetreuungs-milliarde‘ konnten im Jahr 1998 in Niederösterreich 21 Kinderbetreuungsprojekte gefördert werden. Eine Auflistung liegt bei.

Frage 8:

Halten Sie die krasse finanzielle Ungleichbehandlung von Betreuungsplätzen in Kindergruppen und solchen in Kindergärten für gerechtfertigt?

Kindergruppen werden vom Land Niederösterreich gleich behandelt wie andere Formen der Kinderbetreuung. Die Summe der Förderung für ein Kind in einer Kindergruppe beträgt bis zu S 5.000,- pro Monat. Die Summe der Aufwendungen des Landes Niederösterreich und der NÖ Gemeinden für einen Kindergartenplatz beträgt nach einer aktuellen Berechnung S 4.680,-.“

(Die in der Anfragebeantwortung genannten Auflistungen (Fragen 2, 3 u. 7) gingen allen Damen und Herren Abgeordneten zu und liegen in der Landtagsdirektion zur Einsicht auf.)

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Marchat an LHStv. Prokop betreffend Ankäufe und Förderungen von Werken der Künstler Nitsch, Kolig und Mühl, Ltg. 197/A-4/25:

„Zu Frage 1) Wurden vom Bundesland NÖ in den Jahren 1988 bis 1998 Werke von Hermann Nitsch, Cornelius Kolig oder Otto Mühl angekauft, wenn ja welche und zu welchen Preisen?

Von Cornelius Kolig und Otto Mühl wurden keine Werke angekauft. Im Rahmen des NÖ Kulturförderungsgesetzes wurden von Hermann Nitsch im Zeitraum von 10 Jahren 3 Ankäufe getätigt:

- a) 56 Druckgrafiken zu S 378.000,-
- b) 1 ‚Malhemd‘ zu S 80.000,-
- c) 1 Bild Öl/Leinen zu S 450.000,-.

Zu Frage 2) Welche Kulturinitiativen, Ausstellungen und Kataloge wurden vom Bundesland NÖ mit welchem Betrag gefördert, an denen Hermann Nitsch, Cornelius Kolig oder Otto Mühl mitgewirkt haben oder an denen sie beteiligt waren?

Weder Hermann Nitsch, noch Cornelius Kolig oder Otto Mühl haben für ihre künstlerischen Aktivitäten ad personam Förderungen erhalten. Ob Vereine, Kulturinitiativen oder Ausstellungshäuser im Rahmen ihrer Aktivitäten Förderungsmittel für diese Künstler verwendet haben, ist nicht nachvollziehbar, da

- diese Vereinigungen ihre Programme autonom erstellen und oft unmittelbar auf aktuelle Ereignisse reagieren,
- derartige Institutionen sich nicht nur aus Landesmitteln, sondern auch aus Bundes- und Gemeindebeiträgen sowie Eigenverträgen finanzieren.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Keusch an LR Gabmann betreffend Kauf der Schiffsanlegestellen an der Donau in Niederösterreich durch das Land, Ltg. 180/A-5/40:

„1. In welchem konkreten Stadium befinden sich die Verhandlungen zum Erwerb der Länderechte durch das Land Niederösterreich von der DDSG-Holding?

Die Verhandlungen über den Erwerb der 18 Anlegestellen sind nunmehr abgeschlossen. Eine einjährige Verzögerung in den Verhandlungen trat ein, weil der Veräußerer (DDSG AG) knapp vor Vertragsabschluss einen ‚Side-letter‘ präsentierte, dessen Inhalt einen unbelasteten Erwerb durch das Land NÖ nicht ermöglichte. In zähen Verhandlungen wurde ein neuer Landungsvertrag mit der DDSG Blue Danube vereinbart und damit die Voraussetzung für den Erwerb der Anlegestellen durch das Land NÖ geschaffen.

2. Zu welchem Betrag und zu welchen Bedingungen ist nunmehr die DDSG-Holding bereit, die auf niederösterreichischem Gebiet liegenden Anlegestellen dem Land Niederösterreich zu überlassen?

Der Bund als Eigentümer der DDSG AG beabsichtigt, das verbliebene Restunternehmen zu liquidieren und die in dessen Besitz befindlichen Anlegestellen zu veräußern. Die drei Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Wien haben sich grundsätzlich für die Anlagen interessiert. Der Kaufpreis für die Anlagen wurde in mehreren Gutachten bewertet. Nach Vorgesprächen auf Beamtenebene und anschließenden politischen Verhandlungen war der Bund (Finanzministerium) bereit, den Unternehmensbetrieb Länden der DDSG AG auf Basis eines Schiedsgutachtens zu gleichen Bedingungen den Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich und Wien anzubieten. Zu weiteren Preisreduktionen waren die Vertreter des Bundes nicht bereit. Vielmehr wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß auch private Interessenten für die Anlegestellen vorhanden seien. Die Anlegestellen werden vom NÖ Tourismus als strategische Position im Donauraum gesehen, die eine notwendige Infrastruktur für die touristische Entwicklung des Donauraumes darstellen. Die Fortschreibung eines Steigeigentümermonopols (quasi der DDSG-Ära) ist genauso abzulehnen wie die ausschließlich selektive Nutzung weniger Steganlagen. Diese Überlegungen begründen auch das Erwerbsinteresse des Landes NÖ.

Aufgeteilt nach den Ertragsanteilen der NÖ Donauländern entfällt auf das Land Niederösterreich ein Kaufpreisanteil von S 29 Mio.

3. Wer soll mit der Betreuung, Pflege und Erhaltung der im Eigentum des Landes stehenden Schiffsanlegestellen beauftragt werden?

Die mit dem Betrieb der Anlegestellen auf das Land zukommenden Aufgaben sind zu unterscheiden:

Pflege- und Reinigungsaufgaben: Diese sollen nach Möglichkeit von den Gemeinden übernommen werden.

Technische Wartung/Erhaltungsarbeiten/Verbesserungsmaßnahmen: mit diesen Aufgaben soll ein geeignetes Unternehmen nach Ausschreibung betraut werden. Für die Koordination der technischen Maßnahmen soll ein Verantwortlicher bestellt werden. Diesbezügliche Gespräche sind im Laufen.

Marketing und laufender operativer Betrieb: Gespräche über Allianzen mit anderen Stegbetreibern sind bereits weit fortgeschritten.

4. In welcher Form werden die Donauanrainergemeinden zukünftig in die Konzeption um die neu zu erwerbenden Schiffsanlegestellen eingebunden?

Die Gemeinden sollen kurzfristig nach dem erfolgten Erwerb zur Kooperation eingeladen werden, wobei attraktive Landprogramme mit den Gemeinden entwickelt werden sollen (z.B. in weniger frequentierten Donauabschnitten). Darüber hinaus sollen die Gemeinden Pflege- und Wartungsaufgaben vor Ort übernehmen.

5. Zu welchen Bedingungen werden Schiffahrtsunternehmen die Möglichkeit haben, die in Zukunft landeseigenen Schiffsanlegestellen zu benützen?

Die bestehenden Geschäftsbedingungen und Tarife der DDSG AG sollen bis auf weiteres zur Anwendung kommen, vor allem auch deshalb, weil teilweise bestehende, mehrjährige Landungsverträge übernommen werden.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Dr. Bauer betreffend Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds für das Jahr 1997, Ltg. 194/A-5/48:

„Ad 1)

Der Rechnungsabschluß des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurde in der Fondssammlung am 28. Mai 1998 genehmigt und sodann für die Regierung aktenmäßig aufbereitet und am 9. Juni 1998 der Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds in der Sitzung der NÖ Landesregierung genehmigt. Der NÖ Landtag hat diese dann am 8. Oktober 1998 antragsgemäß behandelt. Der Rechnungsabschluß bildete dabei einen integrierenden Bestandteil des Geschäftsberichtes des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds.

Ad 2)

Die Landesregierung hat zum Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds bzw. dem darin integrierten Rechnungsabschluß keine Feststellungen getroffen.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eingbracht wurde weiters ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer, Feurer, Mag. Weininger u.a., Ltg. 229/A-1/13, betreffend Maßnahmen zur Verhinderung des Weiterbaues und der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich darf die Dringlichkeit des Antrages Ltg. 229/A-1/13, Maßnahmen zur Verhinderung des Weiterbaues und der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin wie folgt begründen:

Der Landtag von Niederösterreich hat sich bereits mehrfach mit den grenznahen Atomkraftwerken, insbesondere in unseren nördlichen und östlichen Nachbarländern befaßt. In enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern Oberösterreich, Wien, Burgenland und Salzburg hat man gemeinsam mit dem Atomrechtsbeauftragten des Bundeslandes Niederösterreich, Herrn Dr. Christoph Herbst, juristische Beratungen angestellt und Vorbereitungen getroffen. Der NÖ Antiatomarbeitskreis hat am 29. Jänner 1999 in Erfahrung bringen können, daß möglicherweise bereits im März dieses Jahres die tschechische Regierung die endgültige Entscheidung über die weitere Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Atomkraftwerk Temelin treffen wird.

Das Bundesland Niederösterreich hat in seinen Vorstellungen bereits mehrfach auch Alternativen zum Betreiben eines Atomkraftwerkes in Tschechien dargestellt. Angesichts der Terminvorgabe der Republik Tschechien ist es daher angebracht, daß wir uns in der heutigen Landtagsitzung eingehend mit diesem Thema auseinandersetzen, und auch die Entscheidungen im Auftrag des Bundeslandes Niederösterreich treffen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich danke für diese Begründung. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. *(Nach der Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, die Dringlichkeit wurde einstimmig bestätigt! Der Dringlichkeitsantrag wird daher, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, am Schluß der heutigen Tagesordnung behandelt werden.

Die Abgeordneten Dr. Prober, Dr. Strasser, Hiller, Nowohradsky, Lembacher, Dirnberger und Kurzreiter haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Aktuelle Verkehrsprojekte in Niederösterreich“, Ltg. 213/A-8/5 eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagsitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach der Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Wir kommen daher nun zur Aktuellen Stunde gemäß § 35a der Geschäftsordnung. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 35a Abs.6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf je 15 Minuten, die der übrigen Redner auf je 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, daß eine Minute vor Ende der Redezeit das allseits bekannte Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken.

Die Abgeordneten Dr. Prober u.a. haben den Antrag Ltg. 213/A-8/5 betreffend „Aktuelle Verkehrsprojekte in Niederösterreich“ eingebracht. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Prober als ersten Antragsteller, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Volkspartei Niederösterreich hat diese Aktuelle Stunde aus gegebenem Anlaß und in ihrer verkehrspolitischen Hauptverantwortung für dieses Bundesland Niederösterreich beantragt. Eine

Hauptverantwortung, die vor allem von unserem Landeshauptmann einerseits selbst getragen wird, andererseits aber auch zur Zeit in einem 15-Milliarden schweren Investitionspaket gipfelt, das in den nächsten 10 Jahren umgesetzt werden soll und entsprechend im Straßenbau eingesetzt werden soll. Und dort sollen im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zusammen mit dem Bund wichtigste Verkehrsprojekte realisiert werden. Und dazu gehört auch der Impuls für die mittelfristige Realisierung der Nordautobahn. Das möchte ich hier eingangs gleich anmerken.

Ich darf Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Volkspartei Niederösterreich in dieser Verantwortung, genauso wie sie es in der Vergangenheit getan hat, es auch in der Gegenwart tut und auch in Zukunft tun wird, dieser Verantwortung gemäß in konsequenter und geradliniger Art und Weise handelt, sich gleichzeitig aber auch genauso konsequent und geradlinig gegen Projekte richtet, die Niederösterreich nicht braucht – wenn ich etwa vom Semmering-Basistunnel spreche. Und da erstaunt es schon im Vergleich jetzt zwischen den einzelnen Parteien, daß es auch hier in diesem Hohen Haus Parteien gibt, die enorme Kapriolen in entscheidenden Fragen auch im verkehrspolitischen Bereich schlagen. *(Abg. Keusch: Wer frei ist von Schuld werfe den ersten Stein!)*

Die Wahlversprechen brechen, die Grundsätze gegen politisches Kleingeld eintauschen und – zumindest, was die Grünen in diesem Hohen Hause betrifft – umweltpolitische Vorsätze im Tauschhandel gegen die Chance auf eine eventuelle spätere Linkskoalition in dieser Republik einfach über Bord werfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist geschehen in diesem Jahr 1999! Die Anbiederung Van der Bellens an die rote Reichshälfte in dieser Frage hat die Grünen aus meiner Sicht in der Frage Semmering-Basistunnel völlig unglaubwürdig gemacht. Sie haben damit aus meiner Sicht auch ihre Umweltreputation in der Öffentlichkeit verloren. Steht doch diese extreme Kehrtwendung in völligem Gegensatz dazu, was von Petrovic über Weinzinger bis zu Fasan eigentlich bisher immer wieder in diesen Fragen von sich gegeben wurde. Nämlich da war im Jahr 1998 immer wieder von dem notwendigen Akt der Vernunft eines Baustopps die Rede. Da war die Rede von Klärungsnotwendigkeiten, da war die Rede von volkswirtschaftlicher Schädlichkeit und vielen dieser Dinge, die wir auch mit unterschrieben haben geistig. Zu Van der Bellens Feststellung, man sei dagegen gewesen und nunmehr nicht mehr dagegen, in freier Interpretation seiner Kollegin Petrovic, muß

man sagen, daß es sich hier um eine unfaßbare grüne Kehrtwendung ohne Wiederkehr in dieser Frage handelt.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie allen Ernstes, was man von einer solchen Partei halten soll, die derartig verantwortungslos handelt. Die sich selbst nicht mehr ernst zu nehmen scheint in dieser Frage. Und die zuzusehen beginnt zur Zeit, wie der Semmering auszubluten beginnt. Wie der Semmering austrocknet, wie die ökologische Katastrophe in dieser Frage durch den täglichen Abfluß von Millionen Litern an Trinkwasser – zur Zeit sind es schon weit über 10 Milliarden insgesamt gewesen, pro Sekunde laufen nämlich 200 Liter dort aus – wie man sich hier wirklich zu verhalten gedenkt. Diese drastischen Formen der Entwicklung sprechen für sich und daß die Grünen hier tatenlos, mit Vorsatz zusehen, das hat uns eigentlich erschüttert. Wo sich dieselben Leute hinstellen, zum Beispiel in der Frage des Semmering Straßentunnels und hier sagen ... – der eine absolute Notwendigkeit für die Region ist und auch aus verkehrspolitischen Gründen einfach eine wichtige Weichenstellung sein wird - wer in den Semesterferien zum Beispiel heuer dort in diesem Stau gestanden ist, der weiß, daß man nicht nur Zeit verliert, sondern daß auch extrem viel Energie damit verschwendet wird. Und ich habe immer geglaubt, daß für Energiesparen auch immer die Grünen in diesem Hause angetreten sind. Aber scheinbar haben sie auch das über Bord geworfen.

Meine Damen und Herren! Dieser Zickzack-Kurs ist aus unserer Sicht nicht mehr ernst zu nehmen. Und ich habe den Verdacht, daß es die Grünen genauso machen wollen, wie es auch die Sozialdemokraten getan haben bereits in dieser Frage. Nämlich für jeden sachpolitischen Geschmack eine personelle Alternative hinzustellen. Ich erinnere daran, daß Kollege Marizzi sehr wohl gegen den Tunnel eingetreten ist und sehr viele andere Proponenten dagegen. Ähnlich scheinen es auch die Grünen zu halten um für jeden Wählergeschmack das Richtige anbieten zu können. Ich glaube, daß der Wähler das nicht goutieren wird. Genauso wenig wie er aus meiner Sicht den Anti-Niederösterreichkurs der Sozialdemokraten in dieser Frage goutieren wird. Denn 58 Prozent, das weiß man aus einer Umfrage, sind einfach gegen diesen Tunnel aus niederösterreichischer Sicht. Weil die Niederösterreicher wissen, daß er verkehrspolitisch unnötig ist, daß er nicht finanzierbar ist und ökologisch gefährlich ist.

Und mir scheint hier wirklich auch der Kurs des Innenministers Schlögl in dieser Frage starr-

sinnig zu sein. Denn man höre und staune: Die Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit werden hier im besonderen Maße in den Vordergrund gerückt. Aber beides hat sich, wie wir wissen, schon weitestgehend selbst beantwortet. Nämlich der Tunnel ist weder wirtschaftlich noch umweltverträglich, das wissen wir. Das Fehlen der Wirtschaftlichkeit ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß bis heute kein wirklich tragfähiger Ansatz für eine Privatfinanzierung zu erkennen und zu finden ist, und trotz aller vorangegangenen Versprechen der Sozialdemokraten hier wahrscheinlich der Griff in den Steuertopf wieder das letzte Allheilmittel sein wird. *(Unruhe bei Abg. Kautz.)* Und ich meine, daß man hier klar feststellen kann: Wenn sich ein Projekt nicht rechnet – und dieser Tunnel rechnet sich wirtschaftlich nicht – dann greift auch kein Privatfinanzier zu. So einfach ist das. Und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir angesichts der wirklich sehr strapazierten Staatsfinanzen - und vielleicht droht irgendwann wieder ein Sparpaket - wir auch alles dazu tun sollten, daß wir den Staat in diese Richtung auffordern, hier auch entsprechend zu sparen. Mit gutem Beispiel voranzugehen, weil das Geld einfach nur einmal vorhanden ist. Ich meine auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dieses Milliardenpaket einfach für diese Republik nicht zulässig sein darf. Und zur Umweltverträglichkeit noch einmal zurückkommend möchte ich nur wiederholen: Exorbitante Wasseraustritte, Quellen versiegen, langfristig droht die Verkarstung, Fremdenverkehr ade! Weitere Bemerkungen erübrigen sich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber noch ein paar andere Bemerkungen dazu machen, die wesentlich sind für diese gesamte Problematik. Arbeitsplätze: Wir wissen ganz genau, daß solche großen Tunnelprojekte einfach nur 200 bis 300 Experten beschäftigen können, die weltweit solche Projekte realisieren, aber keine heimischen Arbeitsplätze schaffen können. Zum zweiten: Die Kapazitätsreserven, lieber Kollege Kautz, das weißt Du genau so gut wie ich, über den Semmering sind zu 60 Prozent und zu nicht mehr ausgelastet. *(Abg. Kautz: Dem Kollegen Ing. Reinbacher mußst Du das sagen, dem Wirtschaftskammer-Präsidenten!)* Dazu wird schon noch jemand Stellung nehmen, das ist keine Frage! *(LR Gabmann: Herr Kollege, Du warst nicht dabei!)*

1997 haben wir über den Semmering 8 Millionen Tonnen transportiert. Für das Jahr 2015 sind 12 Millionen Tonnen prognostiziert. Die Kapazitätsgrenze liegt bei 14 Millionen Tonnen, Spielraum ist also genug. Der Semmering-Basis-

tunnel soll laut Prognose 16 Millionen Tonnen Tonnage transportieren. Eigentlich nicht viel mehr und für einen Aufwand von 20 Milliarden Schilling nicht zu rechtfertigen.

Die EU hat diesem Semmering-Basistunnel bis heute keine Priorität eingeräumt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben im Zeitalter dieser Europäischen Union, in die Österreich seit 1995 integriert ist. Und ich glaube schon, daß das ernst zu nehmen ist, daß die Europäische Union völlig andere Verkehrsströme im Nord-Südbereich anpeilt als über den Semmering. Und daher scheint es mir nur logische Konsequenz zu sein, daß man diesen Tunnel ablehnt. Weil er schlußendlich auch zu Lasten des Nahverkehrsausbauens und zu Lasten hunderttausender Pendler in Niederösterreich gehen würde. Und ich bin daher sehr froh, daß diese Landesregierung auch im Landesverkehrskonzept diesem Tunnel, diesem Milliardenverschwendungsprojekt keine Priorität mehr eingeräumt hat.

Wir wissen aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir auch in Alternativen zu denken haben und denken müssen. Gerade aus diesem Grunde hat die Volkspartei Niederösterreich aus ihrer Verantwortung heraus auch Alternativen entwickelt. Und diese Alternativen lassen sich kurz so darstellen und quantifizieren: Erstens: Das wichtigste für uns ist die Sanierung dieser Ghega-Strecke mit einem Kostenaufwand von prognostizierten ein- bis eineinhalb Milliarden Schilling! Ich beziehe mich dabei auch auf ein Gutachten, das vom Verkehrsministerium 1998 in Auftrag gegeben worden ist und klipp und klar ausweist, daß eine technisch machbare langfristige Bestandssanierung von Viadukten und Brücken mit einer Größenordnung im Investbereich von 600 Millionen bis 1,2 Milliarden zu bewerkstelligen ist. Und daß auch notwendige Tunnelaufweitungen sowohl technisch machbar, als auch mit 300 Millionen Schilling lösbar sind. *(Abg. Kautz: Wo bleibt das europäische Kulturerbe?)* Das Kulturerbe wird erst durch diese Sanierung und durch die langfristige Erhaltungsmöglichkeit der Ghega-Bahn entsprechend über die Jahrtausendwende ermöglicht, Herr Kollege Kautz. Das weißt Du ganz genau! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und diese Arbeiten können auch unter Vollbetrieb durchgeführt werden, wie es in der Vergangenheit auch schon bei sehr vielen Viaduktarbeiten unter Beweis gestellt worden ist.

Und zum Geschwindigkeitsargument über den Semmering ist folgendes zu sagen: Zur Zeit fährt man hier mit 50 bis 80 km/h die Tonnagen drüber. Wobei im Vergleich dazu zwei Drittel der

Südbahnstrecke insgesamt zwischen 70 und 120 km/h zur Zeit zu befahren sind. Das heißt, kein nennenswerter Geschwindigkeitseinbruch.

Die zweite Seite dieser Alternativschiene ist ohne Zweifel die Verbesserung der Aspangbahn quasi als drittes Südbahngeleise. Eine solche Ertüchtigung dieser Aspangbahn mit der Optimierung der Eingleisigkeit, mit Ausweichen, mit Elektrifizierung, steht sogar, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, in dem sonst gar nicht so berühmten Masterplan drinnen. Dieser ist damit auch eine gewisse Legitimation für unsere Entwicklungsschiene in diesem Bereich.

Und ich meine, daß die Zahlen einer Studie, die nachweist, daß eine Fahrzeitverkürzung in der Größenordnung von einer dreiviertel Stunde damit machbar ist, daß Kapazitäten der Südbahn damit frei werden, und das für drei Milliarden Schilling rund zu bewerkstelligen ist, daß diese Zahlen für sich sprechen. Zusätzlich sollte aus unserer Sicht natürlich auch ein Neubau zwischen Hartberg und Gleisdorf erfolgen. Und all das, zusammen mit einem bereits in Planung begriffenen Anschluß an die ausgebauten Grazer Ostbahn, würde Gesamtkosten von rund 8 Milliarden Schilling inklusive der Adaptierung der Ghega-Strecke ergeben. Wesentlich billiger als ein Semmering-Basistunnel zu laufenden Preisen angenommen wird, der noch ohne Kapitalkosten gerechnet ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist, glaube ich, die Alternative, die den Stempel der ÖVP Niederösterreich trägt, die den Stempel des Landeshauptmannes Dr. Erwin Pröll trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte schon zum Schluß kommen und zusammenfassen: Die Semmering Bergstrecke und ihre Sanierung und die Ertüchtigung der Aspangbahn sind aus unserer Sicht flexible Lösungen, die alle Optionen für die Zukunft ohne Risiko offen halten. Und darum geht es im besonderen. Ich halte nochmals fest: Es gibt ausreichende Kapazitätsreserven. Der Wirtschaftsstandort der Ostregion wird dadurch gestärkt. Die Erreichbarkeit des Südens, weil wir auch auf andere Bundesländer Rücksicht zu nehmen und an sie zu denken haben, ist durchaus in der Verbesserung mit inbegriffen. Und als vierter Punkt: Daß heute nicht erschlossene Gebiete damit auch wesentlich aufgewertet werden. Ich meine, daß aus diesen Schlußfolgerungen auch eines abzuleiten ist: Daß das öffentliche Interesse am Bau dieses Basistunnels aus diesem Grunde nicht nachweisbar ist. Aus unserer Sicht nie nachweisbar gewesen ist. Und ich würde meinen, daß hier

wirklich in diesem Hohen Haus darüber sehr ernsthaft diskutiert werden muß und sehr ernsthaft auch für die Zukunft gedacht werden muß. Und ich meine, daß die angeführten Alternativen, wie sie die Volkspartei Niederösterreich hier dargelegt hat, eindeutig vorteilhafter sind, eindeutig billiger sind und für alle Budgetsituationen dieser Republik und auch für die dieses Bundeslandes verträglicher sind. Wir werden uns im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher als Volkspartei Niederösterreich eindeutig und konsequent auf dieser alternativen Schiene im Verkehrsbereich in Zukunft weiter bewegen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Es wurde die Begründung im Hohen Hause heute dargelegt, daß die Verantwortung für das Verkehrswesen in Niederösterreich die Österreichische Volkspartei inne hat. Schade, daß der zuständige Landesverkehrsreferent heute nicht anwesend ist. Es dürfte aber so sein wie überall im Lande Niederösterreich: Wo es Probleme gibt läßt er sich durch die zuständigen Beamten oder andere Abgeordnete vertreten, meine Damen und Herren. Das tut mir aufrichtig leid! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Strasser: Gerade das Gegenteil ist der Fall!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen, der Wandel vom Saulus zum Paulus, um dieses biblische Gleichnis zu verwenden, kennzeichnet vortrefflich die Haltung der NÖ Volkspartei in den aktuellen Verkehrsfragen des Landes. Dies manifestiert sich nicht nur in den medialen Vorstellungen bzw. in den Plänen der zukünftig notwendigen Verkehrsmaßnahmen, sondern auch in der Abhaltung der heutigen Aktuellen Stunde.

Es kann doch bitte nicht die Meinung eines Abgeordneten der Grünen zum Semmering-Basistunnel den Anlaß für diese heutige Aktuelle Stunde sein, meine Damen und Herren! Ich glaube, dies ist kein Anlaß dafür! Hier steht die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes noch aus. Dennoch freut es mich ganz besonders, wenn nunmehr auch die NÖ Volkspartei die von unserer Fraktion in diesem Hause schon lange geforderten Maßnahmen unterstützt bzw. zu realisieren gedenkt. Steter Tropfen höhlt nicht nur den

Stein, meine Damen und Herren, sondern auch das Bewußtsein des Landesverkehrsreferenten. Der sich nun endlich durchgerungen hat, moderne und leistungsfähige Verkehrswege zur Stärkung des Wirtschaftsraumes im Osten Österreichs zu realisieren.

Bereits durch die Öffnung des Eisernen Vorhanges und das dadurch in Gang gesetzte Erweiterungsstreben der EU ist der Osten Österreichs von der Randlage zu einem Zentralraum geworden. Besonders das Weinviertel, meine Damen und Herren, und der angrenzende Wiener Raum ist dadurch zu einem wirtschaftlichen Herzen in Europa erstarkt. Auf Grund dieser Gegebenheiten erwarten Fachleute einen enormen Anstieg des Verkehrsaufkommens in der Ostregion und kann dieser Verkehr nur mit einem leistungsfähigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bewältigt werden. Tatsache ist, daß seit Öffnung der Ostgrenze die Anzahl der Grenzübertritte von 3,2 Millionen auf 40 Millionen jährlich angestiegen ist, meine Damen und Herren.

Wenn sich die Ostregion als Wirtschaftsstandort behaupten will, dann muß sie an die transeuropäischen Verkehrsnetze angebunden werden. Meine Damen und Herren! Dies ist das Ergebnis einer Studie, die von den Wirtschaftskammern Niederösterreich und Wien in Auftrag gegeben und am 9. Februar und den Präsidenten Nettig und Reinbacher präsentiert wurde. Ihr Auftrag an die politischen Entscheidungsträger lautet: Anbinden und nicht abnabeln! Die Anbindung an internationale Verkehrsnetze dürfen weder auf den Straßen und Schienen noch zu Wasser oder in der Luft an der Ostregion vorbeigeplant werden, wenn wir wirtschaftlich nicht ins Hintertreffen kommen wollen, meine Damen und Herren. Und Stopptafeln bringen nicht nur den Verkehr zum Erliegen, sondern unterbinden und verhindern auch die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Raum. Das trifft auf den Regionalverkehr ebenso wie auf die internationalen Verkehrswege zu. Es wäre demnach falsch, wie die NÖ Volkspartei immer wieder versucht hat, den Ausbau transeuropäischer Netze gegen den Ausbau des Nahverkehrs auszuspielen. Sicher ist, daß wir in Niederösterreich vor allem unsere Verkehrsprobleme gelöst haben wollen. Aber dennoch dürfen – und dies haben wir Sozialdemokraten schon längst erkannt – auch bundespolitische Perspektiven und überregionale Verkehrsnetze nicht unberücksichtigt bleiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist also höchste Zeit, meine Damen und Herren, die Versäumnisse der Vergangenheit so rasch als möglich zu beseitigen, wozu der Herr Landesverkehrsreferent in den letzten Jahren offensichtlich nicht in der Lage war.

Ganz deutlich zeigt sich das beispielsweise am Gesamtprojekt des Donau-Oder-Elbe-Kanales, das uns Sozialdemokraten immer sehr wichtig erschien und das auch in unseren Forderungskatalog an das Landesverkehrskonzept aufgenommen wurde. Die damalige Stellungnahme der Experten im Lande war, daß für das Gesamtprojekt weder eine ausreichende Grundlage, noch eine Kosten-Nutzenanalyse vorhanden war. Auch wurde argumentiert, daß der Teilausbau Wien-Hodonin verkehrswirtschaftlich nicht begründet werden kann. Gerade diese Experten, meine Damen und Herren, geben nun völlig konträre Stellungnahmen ab und forcieren nunmehr dieses Projekt als wirtschaftlich sinnvolle Lösung und Anbindung Niederösterreichs an eine leistungsfähige internationale Wasserstraße. Dieser verblüffende Sinneswandel ist grundsätzlich positiv zu betrachten. Doch erscheint er aber aus fachlicher Sicht äquivalent zu sein.

Die gleiche Verhaltensweise dieser Experten und des Landesverkehrsreferenten kann man auch bei der Nordautobahn bzw. einer hochrangigen Verkehrsverbindung, die das Weinviertel wirtschaftlich erschließen soll, erkennen. Auch hier wurde bis vor kurzem mit Vehemenz gegen ein solches Projekt Opposition betrieben und ist gleichsam auch hier, wie aus heiterem Himmel, ein Sinneswandel der Verkehrsexperten und des Landesverkehrsreferenten erkennbar. Auch die von uns Sozialdemokraten schon jahrelang geforderte Donauquerung, nämlich eine östlich von Wien als Verstärkung der B 301 und eine westlich von Wien im Bereich Klosterneuburg/Korneuburg, wurden nun endlich vom Landesverkehrsreferenten in ein modernes und leistungsfähiges Ausbauprogramm aufgenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, daß nun endlich die von uns Sozialdemokraten schon lange geforderten und auch in unserem Forderungskatalog enthaltenen Maßnahmen zur Schaffung einer bestmöglichen Verkehrsinfrastruktur zur Sicherung eines zentralen Wirtschaftsraumes das Bewußtsein der NÖ Volkspartei Eingang gefunden haben. Und daß geplant ist, diese Forderungen auch umzusetzen. In diesem Zusammenhang, geschätzte Anwesende, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf das Infrastrukturkonzept für das Weinviertel hinweisen im Gegensatz zur heutigen Begründung der Aktuellen Stunde durch den Semmering-Basistunnel.

Am Individualverkehr möchte ich anführen, daß folgende Straßenneu- und -ausbauten im Weinviertel dringend notwendig wären. Nämlich die B 303, die B2, eine Verbindung von Stockerau nach Kleinhauzdorf, nach Znaim, vierspurig, kreuzungsfreier Schnellstraßen ausbau. Die B4 – Stockerau-Ziersdorf-Horn. Leistungsfähige Schnellstraße nach Gmünd mit Umfahrungen, die sogenannte Waldviertler Schnellstraße. Die von mir bereits erwähnte Nordostspange Wien mit einer sechsten Donaubrücke östlich von Wien, die Anbindung zur B 307, zum Knoten der B7 und Weiterführung zur B 208 mit der Anbindung an die A22, nämlich der Donauuferautobahn und die bereits ebenfalls erwähnte Brücke Korneuburg/Klosterneuburg. Die B7, Nordautobahn, wie erwähnt, bis Drasenhofen vierspuriger Ausbau als Paket mit hochrangiger Anbindung der Stadt Laa und Übergang nach Reinthal. B8, Neutrassierung der Verbindung Wien - Deutsch Wagram - Straßhof-Gänserndorf nach Angern mit einem Grenzübergang nach Malacky oder Bratislava – vierspuriger kreuzungsfreier Ausbau. Die B49, Verbindung nach Angern an der March und Hohenau mit Grenzübergang in Hohenau Richtung Senica und Hodonin. Eine leistungsfähige Bundesstraße mit Ortsumfahrungen zur wirtschaftlichen Erschließung der Region Hohenau - Rabensburg - Bernhardstal, und mit einer Anbindung an die dortige Autobahnverbindung von Brünn nach Süden, von Angern nach Marchegg zur Donaubrücke in Bad Deutsch Altenburg, meine Damen und Herren. Die B48, die B40, die Verbindung von Hohenau nach Mistelbach, Ernstbrunn, Hollabrunn, Fortsetzung nach Ziersdorf, Krems und St. Pölten. Ich werde mit der Redezeit nicht fertig, meine geschätzten Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, was alles für Probleme anstehen nur im Weinviertel! Und Sie bringen heute zur Aktuellen Stunde das Thema Semmering-Basistunnel! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Hiller: Das steht sowieso alles im Landesverkehrskonzept!)*

Meine Damen und Herren! Nur eine Sorge habe ich: Nämlich, daß der Sinneswandel der NÖ Volkspartei wiederum, wie schon in vielen sachlichen Fragen vorher, ein reines Lippenbekenntnis darstellt. Und ich fordere Sie demnach auf, nicht nur in PR-trächtigen Medienkampagnen zu schwelgen, sondern gemeinsam mit uns daran zu gehen, Niederösterreich zu einem leistungsfähigen Wirtschaftsraum durch die Schaffung leistungsfähiger Verkehrsnetze zu machen. Und damit allen Niederösterreicherinnen und Nieder-

österreichern die Chance auf Arbeit durch einen starken wirtschaftlich-geographisch sinnvollen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn man sich angehört hat, was der Herr Dr. Prober hier zu sagen hat, dann könnte man kurz und bündig in Anlehnung an einen anderen Titel sagen, was die ÖVP betrifft: Im Osten nichts Neues. Das ist eigentlich der Nenner, auf den man die Rede bringen kann.

Was mich aber wirklich äußerst befremdet, mein Vorredner hat es bereits angeschnitten, daß gerade ein Tag, wo der NÖ Landtag hier die Verkehrsproblematik, die fürwahr eine ist in Niederösterreich, diskutiert, daß der Herr Landeshauptmann nichts anderes zu tun hat, als sich im Osten wieder einmal über die EU-Osterweiterung zu unterhalten, über den Ausverkauf Österreichs zu unterhalten, anstatt hier als Verkehrsreferent anwesend zu sein. Das soll einmal gesagt werden. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abg. der SPÖ.)*

Es ist das ein *outing* der ganz, ganz besonderen Art und Weise. Ein *outing* nämlich, wo der Landeshauptmann, der Verkehrsreferent ganz einfach zeigt, daß es ihm egal ist, was dieser Landtag tut. Daß es ihm vollkommen egal ist, daß seine eigene Partei – Herr Dr. Prober – einen Antrag einbringt. Das ist ganz einfach das Problem, vor dem wir stehen in Niederösterreich, daß der Landeshauptmann auf der einen Seite steht, macht, was er will, mit seinem Bundesparteiobmann im Osten den Ausverkauf Österreichs ausverhandelt. Und auf der anderen Seite der Landtag hier diskutieren kann was er will. Denn ich mach' ja ohnehin was ich will als Landeshauptmann Pröll. Das sei wirklich einmal gesagt von diesem Standpunkt aus.

Was allerdings, und da muß ich auch meinem Vorredner widersprechen, was allerdings auch zum Problem werden könnte durchaus: Ich verhehle nicht, daß wir Freiheitlichen nach wie vor die Angst haben, daß der Wandel vom Saulus zum Paulus früher oder später wieder zu einer Rückwandlung wird, nämlich vom Paulus zum Saulus. Ganz einfach deswegen, weil wir ja nach wie vor alle dieses Papier aus dem Jahr 1991 kennen, wo der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll – damals war er noch Landeshauptmannstellvertreter – gemeinsam mit dem zuständigen Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

den Bau und die Realisierung des Semmering-Basistunnels unterschrieben hat. Und diese Unterschrift, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ist bis heute von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll nicht zurückgezogen worden. Wo bleibt hier die Ehrlichkeit in der Politik, Herr Dr. Prober, die Sie angesprochen haben? Sie sind es, die die Kapriolen schlagen! Sie sind es, die sich alle Wege offen halten! Sie sind es, die hier beklagen, daß der Semmering ausblutet von der steirischen Seite her. Aber Sie sind es auch, die eine Landeshauptfrau da unten haben, die ihn ausbluten läßt und die das zu hundert Prozent vertritt! Das ist ganz einfach die Doppelbödigkeit der Regierungspartei. Das ist die Doppelbödigkeit des Herrn Dr. Pröll. Das ist ganz einfach die Doppelbödigkeit, mit der die ÖVP hier in Verkehrsfragen in diesem Land Politik betreibt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe aber zu Recht, glaube ich, von *outing* gesprochen, und zwar von *outing* aller politischen Mitbewerber in diesem Haus. Denn es ist ja fürwahr wirklich eine sonderbare Sache, was hier die selbsternannten Staatsökologen der Republik, die sogenannten Grünen hier in den letzten Wochen abgeben. Erst vor wenigen Monaten in den Landtag eingezogen, ganz einfach, zwei neue, sympathische Gesichter, die sich gut verkaufen, die immer für Ökologie da sind. Und dann plötzlich, siehe da, geht der Bundeshauptling her und dient sich bei der SPÖ an. Macht einen Ausverkauf der besonderen Art und Weise und kann sich plötzlich vorstellen - als Superökologe - daß man den Semmering-Basistunnel baut. Fürwahr eine Doppelbödigkeit der besonderen Qualität! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und in diesem Bereich, meine liebe Kollegin, mein lieber Kollege, fällt mir nur eines ein. Ein Wort von einem großen Bayern, der schon seit einigen Jahren nicht mehr lebt, nämlich von Franz Josef Strauß. Der gesagt hat: Bei den Grünen ist das ganz einfach: Außen grün und wenn sie den Mund aufmachen, knallrot. Und das bestätigen Sie hier wieder einmal mit Fug und Recht, daß Sie diese Politik in Wirklichkeit vertreten in Niederösterreich. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Mag. Schneeberger: Der dreht sich im Grab um, wenn Du ihn zitierst!)*

Naja, es wäre eine Frage, ob er sich nicht im Grab umdreht wenn er die sogenannten „Schwarzen“ europaweit sieht. Weil das war noch ein Konservativer. Das heißt, da sind wir Freiheitliche vielleicht mit manche Ideen wesentlich näher als ihr von der Österreichischen Volkspartei, wie ich soeben ausgeführt habe. *(Beifall bei der FPÖ.)* Beim „im Grab Umdrehen“ muß man immer aufpassen.

Aber es ist auch bei der SPÖ durchaus interessant, Herr Kollege Muzik, was Ihr da an verschiedenen Meinungen und an Facetten anbietet. Der Herr Marizzi, der eigentlich von den Abgeordneten dem Semmering am nächsten sitzt - der Kollege Kautz ist doch schon 10 Kilometer weiter nördlich, das heißt, er sitzt zwischen mir und Marizzi, im Prinzip, geographisch gesehen - der hat nicht mehr recht viel am Hut mit dem Semmering-Basistunnel. Weil der weiß ja in der Zwischenzeit, wie die Bevölkerung unten denkt, lieber Herr Kollege Kautz. Der weiß das ja in der Zwischenzeit. *(Abg. Muzik: Reden wir nicht weiter über den Tunnel! Wir haben noch andere Probleme!)*

Wir kommen schon noch dazu. Außerdem haben wir noch andere Redner.

Das heißt, der kommt inzwischen schon drauf, der hat euch schon gesagt, daß es so nicht gehen kann. Aber die ÖBB und Betonierlobby innerhalb der SPÖ kann es sich ganz einfach nicht vorstellen, daß sie von ihren Standpunkten abrückt. Und es ist schon ganz einfach der Vorsatz des Herrn Minister Einem, hier Geld zu vernichten mit einem Probestollen, in den man bereits eine Milliarde hineingepumpt hat, und ganz einfach ein Projekt zu errichten, das nicht zeitgemäß ist. Und von dem der Rechnungshof auch ganz klar gesagt hat, daß es einzustellen ist. Und das fordern wir Freiheitlichen auch endlich einmal: Daß Sie sich an das halten, was die gewählten Institutionen in diesem Land in Wirklichkeit fordern. Sprich die Einstellung dieses Probestollens. *(Unruhe bei Abg. Kautz.)*

Die Empfehlung hat er sehr wohl, vom Nationalrat eingesetzt. Also die Empfehlung liegt sehr wohl auf dem Tisch. *(Abg. Keusch: Niederösterreich braucht es nur zu zahlen!)*

Aber, Herr Kollege Muzik, ich kann Sie sofort begeistern. Wir haben fürwahr eine ganze Palette von Themen. Ich fange nur an mit der Verlängerung der U-Bahn. Da können Sie sich mit Ihren Genossen in Wien, mit dem Herrn Häupl einmal zusammensetzen. Wie wäre es denn, wenn wir endlich dieses tägliche Verkehrschaos Richtung Süden zum Beispiel beenden würden? *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Da haben sie mit Ihrem Kollegen Häupl in Wien massiven Nachholbedarf. Man könnte auch überlegen, weil von Norden kommt sicher noch einiges auf uns zu, überhaupt wenn diese unselige EU-Osterweiterung schon in wenigen Jahren erfolgen sollte, ob man nicht bis Stammersdorf, das heißt bis an die Landesgrenze von Niederösterreich hier erweitern sollte, ja erweitern muß. Oder etwa das Chaos im Bereich der ÖBB - Kollege Muzik

kommt ja von dort - das in den Verkehrsverbundzonen verursacht wird. Fahren Sie doch einmal ein paar Kilometer nördlich von Wien, etwa von Sebnarn, aus der Gemeinde Sebnarn - haben wir ein Beispiel durchgesprochen mit einer Studentin - fahren Sie von dort einmal zur Uni nach Wien. Vier Karten brauchen Sie! Viermal müssen Sie zahlen! Da seid ihr gefordert, daß sich endlich der „rote“ Verkehrsreferent aus Wien und der „schwarze“ aus Niederösterreich, der es heute nicht der Mühe wert findet, daß er da ist, sich zusammensetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da seid ihr gefordert, endlich einmal eine Zonenerweiterung herzustellen. Zonenerweiterungen, die es ermöglichen, bürgergerechte Tarife für das nächste Jahrhundert, für das nächste Jahrtausend herzustellen. Weil die haben wir ganz einfach nicht. Es gehört längst auf die Tagesordnung dieser Verkehrskonferenz Wien - Niederösterreich - Burgenland. Ich war da einmal da. Da wird viel geredet, nur nichts erledigt. Das ist ein Thema, das wir wirklich dort gemeinsam anpacken sollten und endlich einmal anpacken müßten.

Oder: Der Herr Kollege Muzik hat Themen verlangt, er hat das Weinviertel behandelt. Ich bleibe im Industrieviertel. Was ist etwa mit der Ortsumfahrung Hainburg? Da redet man Jahr für Jahr und Tag für Tag. Da gibt es einen freiheitlichen Antrag, dort im Gemeinderat beispielsweise, und der wird abgeschmettert. Ich möchte nur mehr ein kleines, regionales, aber sehr wichtiges Problem aufs Tapet bringen. Die Preßburger Bahn, die will ich gar nicht anschneiden, das wird dann mein Kollege noch in die Richtung anreißen. Es ist ganz einfach Tatsache, daß wir in der Verkehrspolitik in Niederösterreich in Zukunft energische Initiativen brauchen. Energische Initiativen, die natürlich einen Verkehrsreferenten fordern würden, daß er schon einmal bei einer Grundsatzdiskussion überhaupt da ist. Aber auch in zweiter Linie Ideen und Ideen für finanzierbare Projekte. Denn wenn man sich anschaut, was dieser Semmering-Basistunnel - und wir müssen immer wieder auf ihn zurückkommen - kosten soll, so könnten wir wahrscheinlich einen Gutteil der Probleme, die im Land Niederösterreich anstehen, damit realisieren.

Wir Freiheitliche stehen auf jeden Fall für eine andere Politik wie die des Herrn Landesverkehrsreferenten und Landeshauptmannes Dr. Pröll. Wir stehen für eine bürgernahe Politik, die jene Projekte vorzieht, die die Bürger brauchen. Und die realisierbar sind und die finanzierbar sind in diesem Land Niederösterreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wie Sie bereits der vorangegangenen sehr engagierten Diskussion entnehmen konnten, steht die Verkehrspolitik Niederösterreichs heute am Prüfstand vor der Öffentlichkeit. Wir von der NÖ Volkspartei haben uns zur Aufgabe gestellt, Niederösterreich von einem Grenzland zu einem Kernland zu entwickeln. Und das gilt ganz besonders auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Hier gilt es, nicht nur die österreichische Dimension einzuschätzen und zu beraten, sondern auch im Verband mit europäischer Dimension, mit europäischen Breiten. Modern soll dabei heißen im Aufbau einer modernen Infrastruktur, daß wir versuchen, an und für sich bewährte Systeme, bewährte Routen nicht auf das Abstellgleis zu stellen, sondern daß die sich in Jahrzehnten erprobten Verkehrs-, Wirtschafts- und Siedlungsachsen auch weitere Jahre und Jahrzehnte positiv entwickeln können. Und daß dadurch Arbeitsmärkte entwickelt werden und gleichzeitig auch Umweltqualität gesichert wird.

Bei all der Diskussion ist der Österreichischen Volkspartei die Einbindung der Bevölkerung ein besonders wichtiges Thema. Das gilt hier vor allem auch für die verantwortlichen Gemeinde- und Regionspolitiker bis hin zu den Experten und zu den Medien. Und gerade Landeshauptmann Pröll ist es ja, der diese Diskussionsmechanik ganz besonders forciert und unterstützt. So ist es auch gewesen, daß wir, sehr geehrte Damen und Herren, auch immer wieder dabei mitmachen konnten über die diversen Regionalverbände, wenn es galt, die Infrastruktur für die Zukunft auf Verkehrsebene zu diskutieren.

Ich darf aber auch kurz noch auf die Semmeringbahn eingehen. Auch ich halte die Ghega-Strecke nicht für ein überholtes Verkehrsmedium, sondern glaube, daß, wenn sie die nötigen Investitionsmittel erfährt, mit diesem Weltkulturerbe auch für die Zukunft, zumindest die nächsten 10, 20 Jahre - für einen größeren Zeitraum können wir das aus heutiger Sicht nicht abschätzen - das Auslangen gefunden wird. Ich würde es für eine Mißachtung einerseits der derzeitigen Standards der Ausbaumöglichkeiten halten, wenn wir dieses wunderbare Projekt am Dachboden der Republik irgendwo vergammeln ließen. Ich glaube, daß die Empörung der Bevölkerung in

dieser Region gerechtfertigt ist und deshalb auch zur Kenntnis genommen werden soll.

Daß Verkehrspolitik transparent sein soll, können wir am Beispiel der Diskussion um den Werdegang der Nordautobahn mitverfolgen. Wir haben damals, als wir das NÖ Landesverkehrskonzept 1997 diskutiert haben, noch nicht jene großen europapolitischen Entscheidungen als Grundlage gehabt, die die Osterweiterung, die Erweiterung um die MOE-Länder, die mittel- und osteuropäischen Staaten hier zum Inhalt gehabt haben. *(Abg. Muzik: Bei der letzten Überarbeitung haben wir das schon gekannt!)*

Das hat sich radikal durch Beschlüsse in den vergangenen Jahren geändert. Und so ist es gerechtfertigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir diese Konzeption des Landesverkehrskonzeptes, das zu 90 Prozent heute ohne weiters Gültigkeit hat, eben in diesem Bereich modifizieren und der Zeit anpassen.

Und so ist es gelungen, beginnend über die Wünsche aus der Bevölkerung, aus der Wirtschaft, über das Weinviertelmanagement, über ein engagiertes Auftreten unserer beiden Verantwortlichen, des Bundesrates Mag. Wilfling und von Landesrat Dr. Hannes Bauer hier die gesamte Bevölkerung in die Diskussion mit aufzunehmen. Alle Gemeinden waren eingeladen, alle Fraktionen, soweit sie gekommen sind. Von den Freiheitlichen hat die Teilnahme und die Präsenz gefehlt. Dies ist vielleicht auch darin begründet, daß sie in unserem Bezirk Mistelbach keinen Abgeordneten haben. Es waren die Medien eingeladen bis hin zum ORF, Experten aus Bund und Land. Und auch aus dem angrenzenden Tschechien kamen Verkehrsexperten, die ihre Meinung und ihre Vorschläge mit eingebracht haben. Es war daher nicht so, wie es Kollege Muzik hier dargestellt hat, daß das eine Alleintour des Landeshauptmannes war. Sondern ganz im Gegenteil! Er hat diese Diskussion in weiten Bereichen ermöglicht, forciert. Und hat Ergebnisse eingefordert, die dann letztendlich auch erbracht wurden, in der Form, daß die Konzeption, die draußen vor Ort in einer breiten Fläche diskutiert worden ist, dann mit Wirtschaftsminister Farnleitner sehr erfolgreich verhandelt werden konnte. Und dieser Pröll-Farnleitner-Pakt ist heute eben Grundlage dafür, daß die nächsten Schritte zur Realisierung auf Bundesregierungsebene und dann im Nationalrat gesetzt werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Konzept, das nunmehr es auch ermöglicht, daß die vormals sehr benachteiligten Gebiete des Wald- und Weinviertels anschließen

können an einen prosperierenden zukünftigen großen Wirtschaftsraum, ist für diese Regionen von ganz großer Bedeutung. Denn wir wissen nur allzu genau, daß es gerade die Verkehrsinfrastruktur ist, die heute das non plus ultra einer Standortbestimmung letztendlich ausmacht, wenn es um die Regionsentwicklung geht. Die Bürgermeisterkonferenz von Groß Engersdorf, wo dann letztendlich diese Trassenführung abgesegnet wurde, hat eine gute Arbeit geleistet. Und so sind wir aufgefordert, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir nunmehr gemeinsam in allen Institutionen dieses große Werk weitertragen. Und daß wir versuchen, für Niederösterreich dieses Konzept selbst mit all den anderen Projekten, die meine Vorredner oder meine nachfolgenden Redner noch ansprechen werden, beim Bund durchzusetzen.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion derzeit die Frage der Finanzierung aufwirft, meine sehr geehrten Damen und Herren, na sicherlich muß das auch mit berücksichtigt werden. Nur wenn insgesamt bis zum Jahr 2015, Herr Kollege Muzik, 300 Milliarden Schilling insgesamt für Verkehrsinfrastruktur und Erneuerung getätigt werden, so sind die 15 Milliarden Schilling dieses Pröll-Farnleitner-Paktes dagegen ja eine Kleinigkeit, möchte ich sagen, nicht zu verachten, die Niederösterreich holen muß. Dazu kommen aber auch noch die Ausbauinvestitionen auf der Westbahn und dergleichen mehr. Hier müssen wir einfach versuchen, gemeinsam die bestmöglichen Voraussetzungen aufzubereiten und auch durchzusetzen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurde auch von einigen Rednern die Kritik angebracht, der Herr Landeshauptmann wäre heute nicht da. Es trifft sich – Gottseidank, möchte ich sagen – so, daß er heute in der Slowakei ist und gleichzeitig auch Verkehrsanliegen Niederösterreichs dort zur Sprache bringt. Es geht im konkreten um die Bahnverbindung, den Bahnschluß von Parndorf über Kittsee nach Bratislava. Neben anderen Dingen auch wird das zur Sprache gebracht. Er wäre sicherlich hier im Hause, wenn eine so wichtige Debatte aus seinem Ressort angesetzt ist. Die Beschlüsse selbst werden aber nicht hier gefaßt. Hier geht es um Meinungsbildung und Information für die Bevölkerung.

Ich appelliere abschließend nochmals an die Solidarität, die wir hier brauchen um angestrebte Ausbaupläne auch entsprechend gemeinsam umzusetzen. Wir haben nichts davon, wenn wir große Versprechungen von Bundesebene alleine

orten. Wir müssen hier vom Land aus und von den Gemeinden her entsprechende Vorarbeiten leisten. Ich erinnere noch an das große Kreisky-Versprechen von damals, den breiten Gürtel des Wohlstandes über das Grenzland zu ziehen. Aus dem ist nichts geworden. Aber auch, und das muß man auch Bundeskanzler Klima sagen, auch aus dieser 100 Kilometer Randzonenförderung zu den angrenzenden beitragswilligen Staaten ist ebenfalls kein positives Ergebnis vorzufinden. Daher müssen wir selbst trachten, daß wir in Zusammenarbeit und in Überzeugungskraft für die niederösterreichischen Belange, für die niederösterreichische Bevölkerung einerseits einen entsprechenden modernen Arbeitsmarkt schaffen und zum anderen gleichzeitig auch die Umweltqualität nicht vergessen.

Und in diesem Zusammenhang sind auch die vielen Umfahrungen, die in diesem Pakt mit eingebracht sind, zu beurteilen. Es war schon vorher so im Landesverkehrskonzept 1997 festgelegt, daß zum Beispiel die B7 bis Schrick vierspurig ausgebaut wird. Das weiß zum Beispiel der Nationalrat Kummerer noch nicht, hat es aber jetzt zur Kenntnis genommen. Hat einen eigenen Plan daraufhin entwickelt. Es geht um die Weiterführung. Es geht auch um den dreispurigen Weiterbau der B2 bis zur Grenze, und verschiedene andere Dinge mehr. Die angesprochene sechste Donaubrücke, die wir auch begrüßen, ist aber im Aufgabengebiet der Gemeinde Wien zu finden. Ist aber der logische Konnex und Schluß, den wir für den Ring brauchen, für die Ortsumfahrungen statt der verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten von Gerasdorf über Hagenbrunn bis hin nach Enzersfeld und dergleichen. Damit diese Orte also ebenfalls eine Entlastung erfahren können.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, hoffen wir von diesem guten Ergebnis weg hier eine gemeinsame erfolgreiche Politik für das Land Niederösterreich anzuschließen und zu entwickeln. Die Mobilität der heutigen Zeit erfordert es einfach, daß wir in Verkehrsfragen nicht utopischen Umweltansichten alleine Rechnung tragen und diese berücksichtigen, sondern daß wir ein vernünftiges Ausmaß zwischen Wirtschaftlichkeit und Lebensqualität entwickeln können. Das erwartet die Bevölkerung von uns und dafür werden wir uns seitens der Volkspartei gerne verwenden. *(Beifall bei der ÖVP und LR Dr. Bauer.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Verkehrspolitik, so meine ich, ist zweifellos Thema Nummer 1 in Niederösterreich. Das wurde eindeutig festgestellt bei der Aktuellen Stunde, die die SPÖ bereits im November des Vorjahres hier aktualisiert hat. Und es wurde auch festgestellt bei dieser Aktuellen Stunde damals, daß in Niederösterreich in der Verkehrspolitik Handlungsbedarf besteht. Es freut mich ganz besonders, daß in einer Art Flucht nach vorne nun die ÖVP ebenfalls eine Aktuelle Stunde zur Verkehrspolitik vorschlagen hat. Herr Kollege Hiller, Sie haben zwar die Begründung nicht gemacht, aber man muß schon feststellen, daß es sehr stark und mutig ist, eine Aktuelle Stunde zum Thema Verkehrsfragen in Niederösterreich anzuberaumen, zu beantragen, und der, zugegeben, heute von Herrn Dr. Prober vertretene, verantwortliche Verkehrsreferent ist nicht anwesend. Das ist sehr schade! Weil wir haben im Einzelgespräch in den Regionen mit dem Herrn Landeshauptmann immer die Gesprächsbasis. Ich hätte ihm gern einmal da genau gesagt, bitte, was tun wir in Zukunft in der Verkehrspolitik. Und daher wäre es schon gut gewesen, wenn man das ein bißchen koordiniert hätte und der Herr Dr. Pröll heute anwesend gewesen wäre.

Und trotzdem, meine ich, ist sehr positiv, daß wir nun Gelegenheit haben, über die Defizite in der Verkehrspolitik schon auch von den Versäumnissen in Niederösterreich zu reden. Darauf hinzuweisen. Und ich tue das aus der Sicht eines Abgeordneten des Wiener Umlandes. Denn ich meine, daß gerade hier im Wiener Umland es ein Defizit gibt. Ich meine nicht nur ein Planungsdefizit, ich meine vielmehr, wir haben in Niederösterreich in der Verkehrspolitik ein Umsetzungsdefizit in diesem Bereich. Und das soll heute hier festgestellt werden.

Geplant wurde schon sehr viel. Verantwortliche Beamte sitzen heute auch hier im Landtags-sitzungssaal. Es gibt regionale Konzepte, es gibt Landeskonzepte mit vielen Ergänzungen, mit mehreren Auflagen. Aber für mich stellt sich mehr oder weniger immer wieder die Frage, was wurde aus diesen Konzepten eigentlich verwirklicht? Was hat man umgesetzt von diesen Konzepten? Und ganz ehrlich, beängstigend, wenn wir das fast tägliche Verkehrschaos sehen, die Staus und die Verstopfung in diesen wichtigen Verkehrsadern nach Wien, von Wien, um Wien herum. Es ist schön langsam, meine Damen und Herren, und das müssen wir uns als Abgeordnete schon auch

vor Augen führen, eine ernste Gefahr. Und es ist nicht nur eine Gefahr für die Verkehrssicherheit, sondern, wie ich meine, schön langsam auch eine Gefahr oder ein Mangel in wirtschaftlicher Hinsicht. Und wir sollten daher weniger reden, sondern in der Verkehrspolitik mehr handeln. Die Bevölkerung erwartet es von uns. Wir erleben es täglich in den Diskussionen. Und ich glaube, die Bevölkerung erwartet sich Problemlösungen von jenen Politikern, die dafür verantwortlich sind.

Unbestritten ist, daß die Priorität der Verkehrsfragen sicherlich im Wiener Umland liegt. Eine Problemstellung, die sich für ganz Niederösterreich ergibt, meine ich. Und so glaube ich, allen voranzustellen von der finanziellen Problematik her über die Koordinierung ist es nur möglich, meine Damen und Herren, etwas weiter zu bringen, wenn es eine gemeinsame Vorgangsweise der Bundesländer Wien, Niederösterreich und sogar mit dem Burgenland gibt. Sowohl in der Finanzierungsfrage, in der Koordinierung der Verfahren. Aber auch – und das muß man sagen – in der Prioritätensetzung mit dem verantwortlichen Wirtschaftsministerium. Und ich gebe zu, auch mit dem Verkehrsministerium, was den öffentlichen Verkehr betrifft.

Meiner Meinung nach ist es unbedingt erforderlich, und hier sollte Niederösterreich aktiv werden, ein Forderungspaket auszuarbeiten, mit dem Bund zu formulieren, es auszuhandeln und zu beschließen. Ähnlich hat es die Gemeinde Wien, das Land Wien vor zwei Jahren gemacht, als es um den verstärkten Ausbau des öffentlichen Verkehrs gegangen ist. Hier wurde ein 30 Milliardenpaket mit dem Bund geschnürt. Aber nochmals: Die Initiative muß von Niederösterreich ausgehen. Und hier muß ich sagen, hat sich nichts bewegt, außer einige mediale Gespräche von Landeshauptleuten. Und so möchte ich heute wieder einmal die Gelegenheit wahrnehmen, ausgehend von unseren täglichen und wöchentlichen Diskussionen über Verkehrsfragen im Südosten von Wien, im Landtag wieder auf die wichtigsten Dinge hinzuweisen, die wirklich anstehen. Ich beschränke mich aber wirklich nur auf die wichtigsten, und das sind doch eine Menge. Die wichtigsten, die meiner Meinung nach bald realisiert oder zumindest mittelfristig realisiert werden müßten und sollten.

Ich beginne bei der Verbesserung des Straßennetzes. Punkt 1 und Hauptforderung nach wie vor aus meiner Sicht ist die Errichtung der B 301, der Wiener Südrandstraße. Die UVP ist eingeleitet. Ich habe gehört, das Projekt soll bis zum Herbst zumindest in die Begutachtung gehen. Wir

brauchen diese Verbindung zwischen der Südautobahn und der Ostautobahn. Sie muß gebaut werden. Aber sie muß so gebaut werden, meine Damen und Herren, daß sie umweltgerecht ist. Und hier verlange ich wieder einmal im Einvernehmen mit allen Anrainergemeinden an der B3, daß die Umweltmaßnahmen, die die Gemeinden hier reklamiert haben, auch tatsächlich vollzogen werden. Ich meine, es muß ausreichenden Lärmschutz geben. Es muß dort Tieflagen geben, wo sie hingehören, bei den Siedlungsgebieten. Und es muß eine Lösung geben in Schwechat mit der Errichtung des Tunnels unter Rannersdorf in bergmännischer Bauweise.

Und hier hätte ich den Herrn Landeshauptmann gerne aufgefordert und ich fordere ihn hier von diesem Rednerpult, auch wenn er nicht da ist, auf, er möge doch wirklich jetzt mit Minister Farnleitner reden, wie wir dieses Problem lösen. Es ist ein politisches Problem, es ist ein finanzielles Problem. Aber gelöst werden muß es. Es muß eine Antwort darauf gegeben werden. Machen wir diesen Tunnel in der Form oder machen wir es nicht so? Geben wir das Geld aus oder belasten wir dort die Anrainer? Das sind die Fragen, die sich hier ergeben. Und ich erwarte mir hier nicht nur aus der Region, aus den Gemeinden, sondern ich erwarte mir nun endgültig, nachdem das jetzt in das Verfahren hinausläuft und bekannt wird, ich erwarte mir hier die Hilfe von Niederösterreich, des Landes Niederösterreich und des Landeshauptmannes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Über den Ring um Wien wurde schon gesprochen. Ich glaube, der Ring um Wien muß geschlossen werden. Nicht nur im Süden, sondern auch im Norden. In Fortsetzung der B 301 muß es eine sechste Donauquerung geben – sie wurde heute schon positiv hervorgehoben. Diese sechste Donauquerung ist, meine Damen und Herren, auch die Voraussetzung für den nördlichen Ring um Wien. Aber gleichzeitig auch für eine Anbindung nach Norden an diese Nordautobahn, von der wir heute schon gesprochen haben. Aber ich glaube, dieser Nordring ist auch wichtig für einen Anschluß des Wirtschaftsraumes Klosterneuburg, Korneuburg. Und wenn wir schon von der sechsten Donauquerung gesprochen haben, glaube ich, muß man jetzt ernstlich überlegen, daß man auch von Klosterneuburg eine Verbindung schafft nach Korneuburg, um diesen Wirtschaftsraum auch zusammenzufassen, zu erschließen. Und so meine ich, meine Damen und Herren, daß diese Straßenkonzeption um Wien herum sehr wichtig ist und eine dringende Forderung ist in Zusammenhang mit der Erschließung des Wiener Raumes. Und weil der

Kollege Haberler die Frage Hainburg angeschnitten hat: Auch ich und wir, die Bürgermeister, die regionalen Abgeordneten, Dein Freund Windisch, wir waren bei den Protestversammlungen in Hainburg. Wir haben uns solidarisch erklärt und haben gesagt, diese Kittseer Spange muß kommen zur Entlastung der Stadt Hainburg. Und die Kollegin Vladyka sei Zeuge – sie war auch mit dabei – es ist auf Grund dieses Protestes und auf Grund der Einsprüche und auf Grund dieses ernststen und harten Auftretens der Regional- und Kommunalpolitiker gelungen, daß sich hier etwas bewegt hat. Es gibt nämlich jetzt eine Einigung zwischen Niederösterreich und dem Burgenland über die Trassenführung. Ein Finanzplan der ASFINAG zeigt es leider noch nicht. Ich hoffe, Herr Kollege Haberler, daß auch „die Marie“, das Geld dafür zur Verfügung gestellt wird. Das ist ein wichtiger Punkt, diese Frage spielt sehr stark in das Wiener Umland hinein.

Punkt 4: Vierspuriger Ausbau der Südautobahn, wurde hier von Kollegen Knotzer des öfteren und schon oft gefordert. Darüber hinaus sollte man jetzt verlangen, daß die Planungsarbeiten hier konkret begonnen werden. Und es ist ja nicht von ungefähr, ich habe gehört, in ein paar Tagen gibt es irgendwo eine Besprechung, wo das schon outriert wird. Erfreulich! Auch hier muß etwas geschehen, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß in Zukunft bei der A4 vom Flughafen bis nach Wien ein dreispuriger Ausbau notwendig sein wird. Hier haben wir schon große Stauzonen. Damit hätte ich so ungefähr alle wichtigen Straßenbauvorhaben umrissen. Wichtig und gleichermaßen wichtig ist der öffentliche Verkehr.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Die Redezeit ist schon längere Zeit um.

Abg. GEBERT (SPÖ): Ich habe das noch nicht bemerkt. Ich werde jetzt kurzzeitig zu Ende kommen. Für mich, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, der öffentliche Verkehr ist gleichermaßen wichtig für uns im Wiener Umland. Und hier möchte ich abschließend nur eine große Forderung wieder einmal erheben, weil ich glaube, daß sie wirklich realisiert werden kann. Nämlich, daß alle Gemeinden im Umland von Wien nun in diese berühmte VOR-Zone 100 im Rahmen der Tarifgestaltung einbezogen werden. Wir haben das so oft schon verlangt. Hier im Landtag wurden die Anträge gestellt. Aber wissen Sie, was passiert? Nichts in dieser Frage. Und das geht bei mir da oben nicht hinein ...

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: *(Gibt Klingelzeichen)* Herr Abgeordneter!

Abg. GEBERT (SPÖ): Ich komme schon zum Schluß - ...daß es nicht möglich ist, daß ein Verkehrsreferent, der Eigentümer ist, wenn eine Gesellschaft VOR sagt: Liebe Freunde im Aufsichtsrat, ihr zwei von Niederösterreich stellt bitte den Antrag, daß das Wiener Umland in diese VOR-Zone 100 eingegliedert wird. Im Interesse der Pendler. Angeblich kostet es nur 40 Millionen. Ich könnte mir vorstellen, meine Damen und Herren, daß man das auch aufbringen kann und umverteilen kann.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die wichtigste Voraussetzung für diese wichtige Region Wiener Umland ist die Verkehrsinfrastruktur. Denn diese Region hat wirklich die besten Voraussetzungen, zum Kernpunkt einer europäischen Wirtschaftsregion zu werden. Sie kann es nur werden, wenn es uns gelingt, meine Damen und Herren, den Konnex zwischen wirtschaftlichem Wachstum und... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Hier ist Ihre Rede zu Ende!

Abg. GEBERT (SPÖ): In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Bitte hier Handlungen zu setzen vor allen Dingen unter dem Motto „das Wichtigste zuerst“.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.Ing. Toms. Ich bitte die Beschwerden einzustellen. Der Herr Abgeordnete hat seine Rede schon beendet.

Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich hoffe, daß ich meine Redezeit einhalten werde. Wenn wir heute, geschätzte Damen und Herren, in der Aktuellen Stunde über Verkehrsprojekte diskutieren in Niederösterreich, so ist das ein Thema, das uns allen ans Herz geht. Es ist wichtig für unsere Pendler, es ist wichtig für unsere arbeitende Bevölkerung. Und es ist natürlich auch für die Wirtschaft in Niederösterreich wichtig. Und es ist selten so eine Einmütigkeit vorhanden und eine Einstimmigkeit und eine Übereinstimmung der verschiedensten Vertreter von Parteien, wie bei diesem Thema und vor allem vor Wahlen.

Vieles und alles hängt von den Verkehrsverbindungen ab. Es ist an und für sich eine Binsenweisheit. Ich möchte als Wirtschaftssprecher darauf hinweisen und dies auch an einigen konkreten Beispielen beweisen. Ohne hier allzu viel vorwegzunehmen verweise ich auf einen Bericht, der in einer der nächsten Landtagssitzungen zur Dis-

kussion stehen wird: Der Bericht des gemeinsamen Ausschusses der drei Landtage von Wien, Niederösterreich und Burgenland. Der Ausschuß für Wirtschaft, Betriebsansiedelung und Arbeitsplätze, darf ich hier vermelden, hat dort die hervorstechendsten Wünsche aller dreier Bundesländer und die Überlegungen in Richtung Verbesserung der Verkehrsstrukturen und Verkehrsverbindungen aufgenommen. Es ist ganz logisch. Bessere Verkehrsverbindungen stärken den Wirtschaftsstandort. Ein starker Wirtschaftsstandort ist für die Betriebe attraktiver. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Folge. Daher ist der Schluß zuzulassen, bessere Verkehrsverbindungen schaffen Arbeit. Es ist daher schon ein Widerspruch, meine geschätzten Damen und Herren, und ich weise euch das in einem Punkt nach, daß auf der einen Seite seitens der SPÖ hier sehr vehement für Arbeitsplätze eingetreten wird. Für Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Daß aber auf der anderen Seite sicher ein passives Verhalten hinsichtlich berechtigter Forderungen niederösterreichischer Straßenbauvorhaben und so weiter gegenüber der Bundesregierung zu konstatieren ist.

Nun konkret zum Thema. Ich nenne ein Thema aus meinem Heimatbezirk Krems. Ein Bezirk der Zentralregion. Es ist ja so, wenn wir dort über Verkehrsthemen sprechen, sprechen wir ja nicht über Kremser Anliegen alleine, sondern es ist ein Anliegen, das über das ganze Waldviertel hinausreicht. Das von großer Bedeutung ist, weil durch die Zentralfunktion, eben wenn dort Verkehrsverbindungen verbessert werden, sehr viel bewegt wird.

Und der Standort Krems ist kein schwacher Wirtschaftsstandort. Aber um diese Region zu stärken, um hier noch mehr Erfolg zu haben, sind natürlich auch die Verkehrsverbindungen zu verbessern. Der vierspurige Ausbau der B3, die Errichtung einer Donaubrücke bei Traismauer sind zum Beispiel solche Maßnahmen. (*Zwischenruf bei Abg. Waldhäusl.*)

Der Ausbau bringt deshalb sehr viel, weil die Waldviertler sehr gut und sehr schnell zu ihren Arbeitsplätzen kommen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich kann Dir das auch nachweisen von meinen Gföhler Freunden, die sich bedankt haben für den Ausbau der B37. Die jetzt wirklich einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben. Ich weiß nicht, Du wirst den Wirtschaftspark in Gföhl kennen, dort geht es jetzt bergauf. Das ist also eine gute Sache.

Der Ausbau der Bahn Krems-St. Pölten, aber auch die Ausbaumöglichkeit auf Güterzugsfähig-

keit auf einer neuen Strecke durch Errichtung eines neuen Gleises zwischen Krems, Kremser Hafen, die neue Donaubrücke bei Traismauer und Herzogenburg sind Maßnahmen ersten Ranges, die den Wirtschaftsstandort des Zentralraumes stärken. Da fügt sich der geplante und mit der nächsten Ausbaustufe sich schon abzeichnende großzügige Ausbau des Kremser Hafens zum großen Hafen der Landeshauptstadt und des Zentralraumes sehr gut in das Bild. Man muß sich vorstellen, ein ausgebauter Hafen mit gut angeordneten Straßenverbindungen und dazu noch eine leistungsfähige Anbindung an die Hochleistungsstrecke der Westbahn. Das ist wirklich eine Bonität, eine Güte von Verkehrsverbindungen, die wirklich für die Wirtschaftskraft des Zentralraumes von großer Bedeutung wäre.

Es ist eine große wirtschaftsstärkende Vision – zugegeben. Aber es ist zu machen. Es sind in dieser Richtung auch schon Untersuchungen beauftragt und in Arbeit. Ein großer Schritt wurde aber auch in anderer Richtung bereits getan. Landeshauptmann Dr. Pröll hat ihn gesetzt. Die Zusage von Minister Farnleitner hat er erreicht, die B3 vierspurig bis Krems und die neue Donaubrücke bei Traismauer in das neu zu novellierende Bundesstraßengesetz aufzunehmen.

Zurück zum Bezirk Krems. Ich erinnere mich, es war fast vor einem Jahr genau, und wie Ihr Euch erinnern könnt, war einige Tage danach dann ein sehr wichtiges Ereignis in Niederösterreich, ein sehr bedeutungsvolles Ereignis in Niederösterreich. Und da gab es natürlich überall Bezirkswahlprogramme, Wahlprogramme. Und es gab auch ein wichtiges *round table*-Gespräch in meinem Bezirk, bei dem die Spitzenvertreter aller im Bezirk kandidierenden Parteien gefragt wurden, wie sie sich zu den Fragen des Verkehrs in ihrem Bezirk, zu den Fragen des Verkehrs in der Zentralregion stellen. Und alle haben unisono versprochen, für den vierspurigen Ausbau der B3 bis Krems inklusive Donaubrücke einzutreten. Es war so, daß das schon fast fad war. Ein Bezirkswahlprogramm hat dem anderen geglichen. Man hätte die Plakate gleich übereinander legen und drucken können.

Wenige Monate später wurde uns das 300 Milliarden schwere Konzept von Verkehrsminister Einem vorgelegt, der sogenannte Masterplan. Der vierspurige Ausbau der B3 war und ist in diesem Masterplan nicht enthalten. (*Abg. Sacher: Farnleitner!*)

Aber die sonst nicht so reaktionsschwache Bezirks-SPÖ - symptomatisch für die Landes-SPÖ - war wochenlang in dieser Sache stumm. Es gab

keinerlei Reaktionen. Kein leiser Hauch von Protest, ja nicht einmal ein wehmütiges Seufzen angesichts des Entschwindens dieser wichtigen Forderung aus dem Bezirkswahlprogramm. Ja sogar kein Bedauern, daß das mit Euch beschlossene Landesverkehrskonzept hier nicht umgesetzt wurde. Warum erwähne ich das hier? Für mich ist dieses Verhalten symptomatisch. Die Reaktion, geschätzte Damen und Herren, auf diesen Masterplan von Ihrer Seite war für mich gesehen nicht erfreulich. Auf der einen Seite glichen sich die Programme, waren fast ident. Auf der anderen Seite waren die Reaktionen verschieden. Spricht man hier mit zweierlei Zungen?

Und noch einen feinen Unterschied gab es. Nämlich daß mein Landesobmann mit einer Zusage des zuständigen Regierungsmitgliedes nach Hause gekommen ist. (*Abg. Keusch: Der es schon lange hätte machen können! Schüssel, Dietz, Farnleitner!*)

Und Ihr Landesobmann schweigt! Auf eine solche Unterstützung können die Kollegen, die an der B3 angesiedelt sind, nicht hinweisen. Also da bin ich schon sehr stolz und kann sagen, der Herr Kollege Schlögl, er hat nichts unternommen. Obwohl das NÖ Landesverkehrskonzept mit Euren Stimmen beschlossen wurde, hat er nicht versucht, seinen Regierungskollegen umzustimmen, um doch eine Zustimmung zu bekommen.

Es wäre wirklich angebracht, geschätzte Damen und Herren, daß der Herr Landesobmann der SPÖ, Schlögl, seinen Landsmann - das ist ja auch ein Niederösterreicher, bitte -, den Herrn Bundeskanzler, aber auch einen mit Niederösterreich sehr eng verbundenen Verkehrsminister Einem hier zu einer Solidarität für Niederösterreich vergattert. Daß sich endlich auch die Wünsche der NÖ SPÖ-Abgeordneten - Entschuldige, daß ich mir darüber Sorgen mache - daß endlich Eure Wünsche in diesem Haus beim Niederösterreicher Klima und beim Niederösterreicher Schlögl in Taten umgesetzt werden. (*Abg. Kautz: Weil der Farnleitner der zuständige Minister ist! In welcher Pendeluhr haben die beiden Herren geschlafen?*) Wir haben eine Zusage, lieber Herr Kollege Kautz! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hier steht der Bundeskanzler und Niederösterreicher Klima auf dem Prüfstand. Hier steht der Innenminister und Niederösterreicher Schlögl auf dem Prüfstand. Wir erwarten uns ganz einfach Solidarität von Niederösterreichern, hier unsere Anliegen besser zu vertreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und was der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll bei Minister Farnleitner erreicht hat, das müßte

der Herr Landesobmann Schlögl beim Niederösterreich Klima spielend umzusetzen vermögen. (Abg. Kautz: *Wo ist er, der Herr Landeshauptmann? – Unruhe im Hohen Hause.*)

Kollege Hiller hat es schon gesagt, der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll ist heute in der Slowakei und verhandelt unter anderem über einen internationalen Bahnvertrag. Und er ist in dieser Sache unterwegs. (Unruhe im Hohen Hause.)

Es geht ums Umsetzen der neuen Verkehrsprojekte, welche wir uns im Bundesstraßengesetz wünschen. Um „nur“, unter Anführungszeichen, 15 Milliarden Schilling: Die Nordautobahn, den Ostring um Wien, die Spange Kittsee, den vierspurigen Ausbau der B3, die neue Donaubrücke bei Traismauer, den sechsspurigen Ausbau, Vollausbau, der Westautobahn, den Vollausbau der S33. Anstelle der 20 Milliarden für einen einzigen Tunnel! (Abg. Kautz: *Wo ist er, der Vollausbau?*) Das wollen wir ja haben, das ist im Paket enthalten. Zur Zeit. Aber wir wollen ja das haben. Das ist ein Zehnjahresprogramm, ganz klar.

Geschätzte Damen und Herren! Nochmals: Die Solidarität der niederösterreichischen Ministerratsmitglieder ist gefordert. Die Stärke, der Einsatz, für viele NÖ Pendler hier etwas zu leisten, ist gefordert. Und in den Bezirken und im Land ist es so, meine geschätzten Damen und Herren - ich bin Bürgermeister - ist es so, daß man dann am meisten erreicht, wenn man gemeinsam versucht, hier etwas zu machen. Dann erreicht man das meiste. Und darum ist die Solidarität der SPÖ-Regierungsmitglieder aus Niederösterreich vollens gefordert. An uns soll es nicht liegen, geschätzte Damen und Herren! Wir machen ein realisierbares Paket mit diesen 15 Milliarden, um unser Bundesland eurofit zu machen. Der Ball in Sachen neuer Verkehrsprojekte liegt bei den SPÖ-Regierungsmitgliedern. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! So viel Neues haben wir in dieser Aktuellen Stunde ja noch nicht gehört. Ich erspare mir daher einige der Ausführungen, die wir an dieser Stelle bereits im November machen konnten und möchte mich auf zentrale Faktoren der Verkehrspolitik konzentrieren. Und ich möchte sie veranschaulichen.

Es gibt ein ganz klares Konzept, das die ÖVP in diesem Haus verkehrspolitisch verfolgt – eine Transitregion in Niederösterreich aufzubauen.

(Abg. Mag. Weinzinger zeigt Tafel mit der Aufschrift „Transit“.)

Es gibt ein ganz klares Konzept, das die SPÖ verfolgt im Gefolge dieser Politik. (Abg. Mag. Weinzinger zeigt Tafel mit der Aufschrift „Stau“.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: (Gibt Klingelzeichen) Frau Abgeordnete! Ich unterbreche Sie kurz. In Niederösterreich ist es uns bisher erspart geblieben, mit Tafeln zu arbeiten. Jeder Abgeordnete ist am Wort und hat mit seinem Wort hier seine Argumente zu vertreten. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

Abg. Mag. WEINZINGER (Grüne): Es ist in der Geschäftsordnung nicht untersagt, Unterlagen dabei zu haben. Ich werde mir daher erlauben, sehr wohl ein grünes Verkehrspaket zu präsentieren für eine Ostregion ohne Stau. (Abg. Mag. Weinzinger zeigt Karton.) Wir haben hineingepackt – ich möchte dem Herrn Präsidenten so weit Genüge tun, daß ich es nicht einzeln hochhalte, aber wir haben hineingepackt in dieses Paket fünf zentrale Forderungen. Und ich möchte dieses Paket anschließend der VP-Regierungsmannschaft, die in großer Anwesenheit vertreten ist – nämlich mit gar niemandem – überreichen.

Wir fordern einen Schnellbahnring rund um Wien statt eines Autobahnringes. Die Schienen dafür sind vorhanden, allein der Zug fehlt! Das wäre eine reale Erleichterung für Pendlerinnen und für Pendler statt einer unsinnigen sechsten Donauquerung, die – und das möge man mir einmal erklären – mit einem Tunnel, der unter der Donau durchführt oder ins Gelände des Nationalparks bei Hainburg hineinführt, plötzlich umweltverträglich gemacht werden soll, wo doch ein Tunnel am Semmering nachweislich nicht umweltverträglich ist. (Abg. Hiller: *Ihnen fehlt die Fantasie!*)

Punkt 2 in unserem Forderungspaket: Nahverkehr statt Transitverkehr! Ich erinnere mich noch gut an Wahlplakate, vor allem auch von Bezirksabgeordneten der ÖVP, die überall den Nahverkehr versprochen haben. De facto verfolgen Sie von der ÖVP eine klare Autobahnpolitik. Ein Autobahndrehkreuz, das aus Niederösterreich in puncto Lebensqualität eine Region wie am Brenner macht. Eine klare Absage ist logischerweise auch der inzwischen neu aufgetauchten Waldviertelautobahn zu erteilen. Und ich ersuche Sie, zumindest so viel Ehrlichkeit an den Tag zu legen, daß man das nicht zur vierspurigen, kreuzungsfreien Schnellstraße erklärt, vielleicht noch mit gestaltetem Mittelstreifen, wenn man eine Autobahn meint.

Dritter Punkt: Wir fordern in diesem Paket eine Gründerzeit für die Schiene. Es ist seit dem zweiten Weltkrieg auf der Schiene kein Kilometer mehr neu gebaut worden. Es sind nur Autobahnen gebaut worden. Es ist notwendig, auch auf der Bahn neue Streckenführungen zu bauen. Und ich nenne hier ganz kleine Beispiele als Sofortmaßnahmen. Es ist blamabel, daß die neue Landeshauptstadt St. Pölten per Zug von Wiener Neustadt aus nicht direkt erreichbar ist. Das kostet die Investition von einer Arbeitsstunde in etwa, um eine Weichenregelung neu vorzunehmen. Es ist blamabel, daß Wien-Laa noch immer nicht elektrifiziert ist, die gesamte Strecke. Und ich fordere hier auch ein den Bau einer Südostspange, einer großräumigen Umfahrung des Semmerings statt eines Semmeringtunnels, der unsinnig ist, wie die Grünen immer wieder argumentieren und argumentiert haben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich komme auf den Punkt schon noch später, keine Sorge!

Eine solche Umfahrung würde auch den Ostraum sinnvoll mit eingliedern in ein Bahnprojekt. Wir fordern eine Flächenbahn statt einer Schrumpfbahn. Es sind in den letzten beiden Wochen immer wieder Gerüchte durchgedrungen, es liegen uns die Informationen vor, daß zum Beispiel im Waldviertel Regionalbahnen eingestellt werden sollen, daß die Ybbstalbahn oder die Mariazeller Bahn von der Streckenschließung bedroht sind. Es gibt etwas schwache Dementis der ÖBB, aber keine Bestandsgarantie. Es ist sinnlos, nur ganz kurze Hochleistungsstücke auf der Bahn auszubauen, aber den Flächendienst, eine Bahn, die in der Fläche das Land bedienen kann, zu Tode zu schrumpfen. Und schließlich eine Qualitätsoffensive in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier haben die letzten Jahre ja im Gegenteil zu einer Verschlechterung im Kundenservice geführt. Ich nenne nur als Beispiel die Speisewägen in den großen Zügen! Oder schauen wir uns den St. Pöltener Bahnhof an, wie es da aussieht.

Ein ganz heikler Punkt, der auch noch da drinnen ist. Ich darf hoffentlich die Resolution des Landtages herzeigen (*zeigt Schriftstück*). Es gibt zwei von diesem Landtag einstimmig verabschiedete Resolutionen, zur Mariazeller Bahn einerseits, zur Tarifgestaltung andererseits, wo ich denke, das wäre endlich einmal etwas Neues für eine Aktuelle Stunde, wenn die Landesregierung hier eine Vollzugsmeldung zu vermelden hätte. Der Herr Landeshauptmann ist leider nicht anwesend. Vielleicht ist ja tatsächlich alles umgesetzt und es wird uns nur nicht mitgeteilt. Aber das

wäre einmal ein konkreter Anlaß für eine aktuelle Debatte.

Ich zeige noch etwas her – das Landesverkehrskonzept (*zeigt Mappe*). Das, meine Damen und Herren, ist Makulatur! Das ist eine Farce, daß man dem Landtag etwas beschließen läßt, wonach sich die Landesregierung überhaupt nicht richtet. Eine Nordautobahn ist in diesem Landesverkehrskonzept nicht enthalten, zum Beispiel. Verschiedenes anderes ist darin nicht enthalten, wird aber umgesetzt. Dann soll man zumindest die Geradlinigkeit aufbringen, das Landesverkehrskonzept zu überarbeiten und erneut dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen! (*Beifall bei den Grünen.*)

Apropos Nordautobahn: Vielleicht ist die Aktualität, die diese Aktuelle Stunde erforderlich gemacht hat, ja darauf zurückzuführen, daß man eigentlich diskutieren sollte, wie viel die Nordautobahn denn jetzt wirklich kostet. Wenn ich lese, daß der Herr Landeshauptmann sagt, sie kostet 4,5 Milliarden und zeitgleich sagt der Herr Klubobmann Dr. Strasser, sie kostet 6,5 Milliarden, dann schaut das nicht nach einem klaren Konzept aus, um das vorsichtig zu formulieren.

Jetzt zum eigentlichen Anlaß, der offensichtlich für einige hier dahinter steckt, eine Debatte um den Semmering abzuwickeln. Ich setze das jetzt bewußt an den Schluß meiner Rede, weil ich sage, der Semmering hat genau diesen Stellenwert, gerade am Schluß vielleicht noch drangehängt zu werden. Ich verstehe ja, daß die Kollegen von der ÖVP jetzt hier versuchen, künstlich einen Sturm im Wasserglas zu erzeugen um abzulenken von einer tatsächlich brisanten Ansage, die Alexander Van der Bellen in einer Pressestunde gemacht hat. Einer Ansage, die es bislang nicht geschafft hat, eine große mediale Öffentlichkeit zu erreichen. Nämlich auf die Doppelbödigkeit der ÖVP hinzuweisen:

Wenn 1,5 Millionen Liter Wasser aus einem Sondierstollen bereits ausgeronnen sind, ist das ökologisch ein Wahnsinn! Diese 1,5 Millionen sind aus dem Straßentunnelsondierstollen ausgeronnen! Der Straßentunnel ist, was Landschaftsverbrauch angeht - ich verweise hier auf ein paar Zahlen zum verbleibenden Eingriff im Landschaftsschutzgebiet: Es werden als dauernde Rodung für die Schnellstraße und den dazugehörigen Tunnel 600.000 m² geschlägert. Erdbewegungen sind deutlich massiver als beim Basistunnel. Beide Tunnel, meine Damen und Herren, sind abzulehnen! Es ist doppelbödig, einmal dafür und einmal dagegen zu sein. Für den „schwarzen“ und

gegen den „roten“ Tunnel. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

Und ein letztes Wort zu einem Gegenstand, der nicht in eine Aktuelle Stunde „Verkehrspolitik“ gehören sollte – zu „rot-grün“. Also, seien Sie mir nicht böse: Einer Partei, die im Wahlkampf bar jeder Grundlage der Realität im glatten Widerspruch zur Landesverfassung groß die Warnung vor „rot-blau“ hat plakatiert lassen, daß der nichts anderes einfällt, als „rot-grün“ zur Verkehrspolitik, das ist vielleicht konsequent. Oder aber es ist der politische Angsttraum von schwarzen Landespolitikern angesichts des Zustandes der Bundes-ÖVP. *(Beifall bei den Grünen.)* In jedem Fall das, was ausgemacht ist: „Rot-schwarz“ wird die nächste Koalition auf Bundesebene stellen, auch wenn es einigen von Ihnen nicht passen wird. Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Dr. Strasser zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich melde mich zu einer tatsächlichen Berichtigung der Äußerungen von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger. Der Wasserverlust im Semmering und am Semmering ist nicht durch den Straßentunnel zu beklagen, weil der ein Scheiteltunnel ist. Sondern er ist ausschließlich auf Grund der Bohrungen zum Basistunnel beim Eisenbahntunnel zu beklagen. Und das bedauern wir sehr. *(Unruhe bei der SPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. FASAN (Grüne): Werter Herr Dr. Strasser! Ich darf Ihnen berichten davon, was die NÖ Umweltschutzbehörde mir vorgestern mitgeteilt hat. In einem Bescheid des Landes Niederösterreich zum Sondierstollen des Semmeringstraßentunnels, steht wortwörtlich drinnen - gehen Sie hin und schauen Sie es sich an - es steht wortwörtlich drinnen: „Aus dem Sondierstollen für den Straßentunnel sind bereits 1,5 Millionen Kubikmeter ausgeronnen.“ Das steht dort drinnen. Wenn Sie wollen, gehe ich für Sie hinüber und bringe Ihnen das, damit Sie es sich anschauen können. Damit auch Sie wissen, was in diesem Lande los ist! *(Abg. Dr. Strasser: Das ist nicht die Wahrheit! - Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Berichtigungen sind zu Ende. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mayerhofer.

Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Österreichweit hat der gesamte Straßenverkehr seit 1970 mehr als 170 Prozent zugenommen. Hauptbetroffen von dieser Entwicklung ist die Ostregion. Vor allem der Großraum um die Bundeshauptstadt Wien. Besonders eklatant ist die Steigerung des Schwerverkehrs. So haben wir etwa auf der A1 (Westautobahn) jährliche Zuwachsraten bis zu 10 Prozent. Im Zuge der bevorstehenden, weil von der SPÖ und ÖVP so gewünschten EU-Osterweiterung wird sich der Verkehr selbstverständlich noch wesentlich erhöhen. Insbesondere natürlich in der Ostregion. Vorausdenken und vorausplanen ist daher angesagt, meint etwa Hofrat Stipek.

Der Verkehr platzt aus allen Nähten. In Betracht des angespannten Arbeitsmarktes verlangt man mit gewissem Recht vom Bürger immer mehr Mobilität. Aber wenn man bedenkt, daß die Straßen allmorgendlich – und ich bin selbst ein Betroffener davon, ich bin 22 Jahre schon Pendler Wien/Hütteldorf-Melk – allabendlich maßlos überlastet sind, ist es verständlich, wenn der arbeitswillige Bürger wirklich grollt und mit Kopfschütteln die derzeitige Situation zur Kenntnis nehmen muß. Völlig unverständlich für den Bürger wird es spätestens wenn er mit einer ÖBB-Hauptlinie Westbahn, Südbahn, Franz Josephs Bahn etc. fährt. Dort darf er nämlich, nachdem er am Hauptbahnhof verzweifelt einen Parkplatz gesucht hatte – ich erinnere da gleich einmal an Ybbs etc. – um an sein Ziel zu gelangen gleich einmal die ganze Arbeitskraft investieren.

Ich darf da auch einen Brief, den wir erhalten haben, vorlesen. Über die „NÖN“ und in persönlichen Gesprächen auf Bahnhöfen versprach Herr Dr. Michalitsch nämlich im Namen der ÖVP den Einsatz von Doppelstockwaggons auf der Westbahnstrecke ab Herbst 1998. Dabei hat er Kipferln oder Mohnweckerln verteilt. Wir warten heute noch darauf und fühlen uns von der ÖVP wieder einmal betrogen! Auf Grund dieser Wahllüge hat Dr. Michalitsch – so steht es in dem Brief – sicher manche Stimme gewonnen. Aber dafür hat er und die ÖVP für die Zukunft doch unser Vertrauen verloren.

Hier überfüllte Zugsgarnituren, dort leere oder halbleere Züge auf den Nebenbahnen. Ich erin-

neren dabei an die Mariazeller Bahn oder die Bahn nach Wieselburg. Weil teilweise der Bundesbus und die jeweilige Nebenbahn in Konkurrenz zueinander treten. Hier ist meiner Meinung nach massive Organisationsarbeit zu leisten. Bis jetzt – und ich habe mich wirklich bemüht – hat mir niemand von den Herren der ÖBB eine schlüssige Antwort darauf geben können, warum das so ist. Es war wahrlich nicht herauszubekommen.

Ich behaupte, daß das hier jahrzehntelang fehlinvestierte Geld eigentlich heute fehlt. Und das ist äußerst bedauerlich. Im Hinblick auf die EU und der damit einhergehenden Vervielfachung des Verkehrs sind viele Projekte und die Neuorganisation des öffentlichen Verkehrs zu spät angegangen worden. Einige Projekte sind dafür viel zu früh, wie ich schon in der Sitzung im Herbst erwähnte, und unausgegoren und mit den benachbarten Bundesländern, im Fall Semmering-Basistunnel, offensichtlich schlecht akkordiert angegangen worden. So auch die Umfahrung Wolkersdorf. Der Spatenstich wurde zuliebe eines günstigen Wahlergebnisses mit einiger Verfrühung, muß ich schon sagen, dort vorgenommen. Man hätte dort sehr viel Geld erspart, hätte man dort die Verfassungsgerichtshofbeschwerde abgewartet und dies mit den Firmen dort akkordiert. All diese organisatorischen Bocksprünge, der Semmering-Basistunnel wurde von mir und meinem Kollegen Haberler bereits angesprochen, werden und haben bereits viel Geld gekostet. Während man in diesen Berg ein Milliarden teures Loch bohrt, fehlt das Geld zum Beispiel im Bereich Ennsdorf für eine Umfahrung.

Ich darf auch hier ansprechen, was meine Kollegen vor mir zumindest noch nicht angesprochen haben, nämlich die Situation an der Stadtgrenze B1 - Auhof. Dort sollten endlich Initiativen ergriffen werden, damit die U4 in den Auhof hinein, in das Industriezentrum, wo beinahe 4000 Menschen beschäftigt sind, und die Autofahrer, von dort, wo die Autobahn endet, kommod und praktisch umsteigen könnten. Um dort wirklich – wie soll man sagen – den Verkehr auch in Wien aus dem Westen von Wien heraus wirklich abzusaugen zu können. Vor vier Jahren, fünf Jahren, ich weiß nicht ganz genau, ich glaube, es war im Jahr der Abstimmung über die EU, als mir die Frau Bezirksvorsteherin Jutta Steier, SPÖ-Bezirksvorsteherin, erklärte wir bauen keine U-Bahn für die Niederösterreicher. Und genau diese Politikerin hat in diesem Jahr kräftig geworben für ein „Vereintes Europa“. Obwohl für die in Wien beschäftigten Menschen natürlicherweise Kommunalsteuer und der bekannte U-Bahnschilling be-

zahlt wird. Ich erinnere aber auch an andere für uns wichtige Projekte, wie etwa die Verbreiterung der B4 und der B5 und die jeweiligen Ortsumfahrungen. Ich erinnere dabei an den Resolutionsantrag der Freiheitlichen, der abgelehnt wurde. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Die Kollegen vor mir haben das bereits ausreichend hier zur Kenntnis gebracht: B7, B 208, B 302 bis zur B8 mit der Umfahrung Gerasdorf-Seyring, Nordostumfahrung Wien, ebenso wichtig die Verbindung Richtung Norden. Der Verkehr auf der Westautobahn hat in den letzten Jahren um 85 Prozent zugenommen. Die Zuwachsraten im Schwerverkehr liegen etwa gleich auf. Der dreispurige Ausbau ist eine unbedingte und von den Führern und Leitern der Feuerwehren und Rettungsorganisationen geforderte Maßnahme, die nun endlich versprochen wurde. Und ich fürchte, sie harret sehr lange der Verwirklichung auf Grund leerer Taschen.

Bezüglich der Westautobahn will ich hier eine Bemerkung anbringen, daß von km 100 bis km 108 die Aufrauhung offensichtlich noch nicht gelungen ist. Das berichten mir Kollegen der Exekutive so nebenbei, die mir von dort nach wie vor von einer Häufung der Unfälle, wie gesagt, berichten.

Wie bereits erwähnt platzt der Verkehr aus allen Nähten, weshalb der Wasserweg Donau verstärkt in die Überlegungen zur Bewältigung des Verkehrs einbezogen werden sollte. Ich denke da besonders an das Projekt des längst erfundenen Donau-Oder-Elbe-Kanals, der viele neue Möglichkeiten zur Bewältigung des Verkehrs schaffen würde. Ganz abgesehen einmal von dem Arbeitsbeschaffungsaspekt.

Verschiedenste Projekte wurden von allen Seiten präsentiert, viele Projekte sind in Ausarbeitung. Diese alle aber harren wahrscheinlich der Verwirklichung auf Grund mangelnder Mittel. Wir diskutieren heute über Dinge, die alle äußerst begrüßenswert sind, alle Vorschläge der Kollegen sind sicherlich notwendig und auch sehr brauchbar. Aber es ist eine andere Diskussion zu führen: Warum ist kein Geld da oder nicht ausreichend Geld da? Ich erwarte mir daher heute besonders von jenen Kolleginnen und Kollegen, von jenen Parteien, die im Juni 1994 ganz vehement für die EU votiert haben und insbesondere auch noch immer zum Beispiel für eine EU-Osterweiterung stark Werbung machen, daß sie heute Vorschläge auf den Tisch legen, wie man das alles finanziert, was da heute so vehement gefordert wurde. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Obwohl wir bei der Erstellung des Landesverkehrskonzeptes von unserem Landesverkehrsreferenten und von den Landesverkehrsplanern in unsere Bezirkshauptstädte eingeladen worden sind, die Bürgermeister, die Abgeordneten der Region, und unsere einzelnen Wünsche unterbringen konnten, muß man im Nachhinein feststellen, daß einige Ziele aufgenommen worden sind, aber viele Projekte im Landesverkehrskonzept nicht vorkommen. Wir haben heute schon von meinen Vorrednern gehört, Semmering-Basistunnel, Nordautobahn. Eine wichtige Forderung, mehrere richtige Forderungen, was notwendig wäre, in diesem Konzept aufgenommen zu werden.

Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich bei meiner Wortmeldung zur Aktuellen Stunde konkret auf den Zentralraum eingehe. Ich möchte mit der Westautobahn, mit der A1, beginnen. Es war am 4. Dezember, als unser Landesverkehrsreferent, Landeshauptmann Dr. Pröll, eine Aussendung getätigt hat und die Forderung bekundet hat, daß die Westautobahn in beiden Richtungen dreispurig ausgebaut wird. Und daß durchgehend ein Pannestreifen errichtet wird. Meine Damen und Herren! Als ich gestern von Wien `raufgefahren bin am Nachmittag und einige Funktionäre bei mir im Auto waren, haben die mir gesagt, den Pannestreifen sieht man nur zu verschiedenen Zeitpunkten, von Kilometer zu Kilometer. Und er hat eine Länge von vielleicht nur 100 m, dann wieder einmal von 200 m. Was ist aber, wenn ein Unfall passiert und es gibt keinen Pannestreifen? Und daher möchte ich von dieser Stelle aus sagen, die Erfüllung dieser Forderung hat Landeshauptmann Dr. Pröll versprochen. Leider hat sie der zuständige Minister Farnleitner wieder zurückgenommen. Also hat er den Mund zu voll genommen, konnte diese Forderung nicht durchsetzen.

Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich zum Ausdruck bringen, daß das Verkehrsaufkommen tagtäglich auf der Westautobahn größer wird. Und es ist sicherlich, wie wir heute von einigen Debattenrednern gehört haben, die nordöstliche Umfahrung von Wien notwendig. Ich möchte mich hier beschränken, meine Damen und Herren, auf den zügigen Ausbau der Stockerauer Schnellstraße und in der Verlänge-

rung natürlich auf den vierspurigen Ausbau der B3 bis Krems. Im gleichen Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, müßte aber die Donaubrücke bei Traismauer-Wagram-Grunddorf errichtet werden, weil das die kürzeste Verbindung vom Weinviertel und einigen Teilen des Waldviertels in die Landeshauptstadt ist, aber auch zur Westautobahn.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht nur das Verkehrstechnische ansprechen, sondern auch die wirtschaftliche Situation in den Raum stellen. Wir wissen genau, daß bei Schnellstraßen Auf- und Abfahrten auf der S33 immer wieder beliebte Gebiete sind, wo die betroffenen Gemeinden Betriebs- und Industriegründe ansiedeln können, daß damit auch ein wirtschaftlicher Faktor entsteht und Arbeitsplätze errichtet werden. Meine Damen und Herren, wenn heute schon gesagt worden ist, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll immer sehr offen ist, wenn einzelne Projekte diskutiert werden, mit der Bevölkerung die Projekte durchzudiskutieren, dann möchte ich ihn von dieser Stelle aus aufmerksam machen. Es hat schon der Abgeordnete Cerwenka, der Abgeordnete Sacher und ich persönlich eine Anfrage an ihn gerichtet wegen der Errichtung und Planung der Donaubrücke bei Traismauer. Meine Damen und Herren! Es gibt hier eine Initiative, die wir alle kennen, die im Jahre 1997 dem Landeshauptmann einen Brief geschrieben hat. Wir alle von dieser Region, vom Zentralraum, warten auf eine Informationskonferenz. Wie soll die Brücke ausschauen? Wo kommt sie genau hin? Ist mit den Grundbesitzern gesprochen worden? Ich glaube, daß es die Bevölkerung, die Bürgermeister und die Abgeordneten dieser Region erwarten, daß in kürzester Zeit – ich schlage vor in der Stadt Traismauer in einem größeren Lokal – eine Informationskonferenz stattfindet über die Errichtung der notwendigen Brücke.

In der Folge, meine Damen und Herren, ist es notwendig, wie wir heute schon gehört haben, daß die S33 vierspurig ausgebaut wird. Von St. Pölten-Nord bis Traismauer-Süd sind es genau 17 Kilometer, meine Damen und Herren. Und auf diesen 17 Kilometern passieren leider 90 Prozent der Unfälle auf der S33. Ich habe gestern noch abgefragt in Wien, wie viele Unfälle sind zum Beispiel in den letzten vier Jahren passiert? Leider, meine sehr verehrten Damen und Herren: 31 Verkehrsunfälle, 27 Personenverletzungen und leider sieben mit tödlichem Ausgang. Der Grund dafür ist eindeutig, weil in diesem Teilstück der S33 keine Mittelleitschiene montiert ist. Das heißt, es wird überholt, beim Überholen kommt man auf

die Gegenfahrbahn und schon gibt es einen *crash* und einen Frontalzusammenstoß. Daher von dieser Stelle aus auch die Forderung nach einer Mittelleitschiene und nach dem Vollausbau. Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch wieder unterstreichen, daß eine Abfahrt Herzogenburg Mitte kommt, weil zirka 400 Lkw tagtäglich durch Herzogenburg fahren, ohne die Pkw zu nennen. Damit wir den Verkehr von der Stadt Herzogenburg rausbringen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bedanken: Es hat zielführende Gespräche gegeben im Jahre 1999, die Planung 2000, UVP-Prüfung, abschließende Bürgerbeteiligung und im Jahr 2001 soll mit dieser Auf- und Abfahrt begonnen werden.

In der Folge, meine Damen und Herren, ist es unheimlich wichtig, daß wir die S33 auch in das obere Traisental als S34 weiterführen bis zum Industriegebiet Wilhelmsburg-Nord. Dort soll in einer kreuzungsfreien Umfahrung der Bundesstraße dann eine Westumfahrung in einer Tunnelumfahrung von Wilhelmsburg ausgelegt werden und wieder in die Bundesstraße eingebunden werden.

Sehr wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Pielachtal bei uns. Und da fordern wir vom Zentralraum, daß vom Pielachtal eine bessere Anbindung an die Westautobahn kommt. Westlich von Obergrafendorf soll sie eingebunden werden. Und eine wichtige Forderung für die Landeshauptstadt St. Pölten, meine Damen und Herren, ist die Westumfahrung der Landeshauptstadt, was Bürgermeister Gruber in den letzten Monaten immer wieder in den Medien berichtet hat und ein großes Echo dafür bekam. Also wir müßten vom Land her die Planung für die Westumfahrung der Landeshauptstadt angehen.

Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auch kurz auf den Schienenverkehr kommen. Es war im Jahre 1966, in der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus, als aus Einsparungsgründen die zweite Schiene von Herzogenburg nach St. Pölten abmontiert worden ist. Und genau in unserem Landesverkehrskonzept haben wir drinnen, meine Damen und Herren, daß man von Tulln und von Krems im Halbstundentakt von Herzogenburg nach St. Pölten in die Landeshauptstadt kommt. Und da ist es unbedingt notwendig, die zweite Schiene wieder zu montieren. Es ist auch die Forderung gestellt, meine Damen und Herren, daß die Strecke Herzogenburg-Krems elektrifiziert wird, der Ausbau der Bahnhöfe. Und wenn wir heute von Abgeordneten Dipl.Ing. Toms gehört haben, daß er eine Variante vorgeschlagen hat von

Krems über Hollenburg nach Traismauer eine Eisenbahnschiene zu legen. Meine Damen und Herren, wir wissen, was das kostet. Wir stehen mit den Sachverständigen in Verhandlung. Ein Ding der Unmöglichkeit! Ein Zehntel davon würde genügen, dann könnten wir die Strecke Krems-Herzogenburg über Statzendorf und Paudorf im Fladnitztal sehr sauber ausbauen.

Unbedingt wichtig, meine Damen und Herren, ist auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke von St. Pölten bis St. Aegydt-Kernhof. Und eines der wichtigsten Punkte, meine Damen und Herren, ist heute auch schon angeschnitten worden: Das ist der Aus- und Umbau des Hauptbahnhofes in St. Pölten. Es gibt eine Variante in einer Größenordnung von etwa 720 Millionen Schilling. Die müßte unbedingt in den nächsten Jahren realisiert werden. Und wer vorige Woche die Tageszeitung und die Monatszeitungen gelesen hat, hat genau gesehen, es ist eine Verkehrszählung gemacht worden, eine Personenzählung am Bahnhof. Und die größte Bewegung gibt es an einem Freitag. Da sind zirka 32.000 Bewegungen an Personen, und Montag, Dienstag sind es 26.000. Und auch am Samstag und Sonntag bewegen sich am Bahnhof St. Pölten zirka 25.000 Personen täglich.

Somit komme ich schon zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von diesem Rednerpult, aber auch vom Landhaus in Wien schon sehr oft von uns gefordert: Die Erhaltung der Mariazeller Bahn. Und ich freue mich, daß auch die rechte Seite des Hauses, die Mehrheitsfraktion und da im besonderen der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch schon des öfteren mit einem Foto sich fotografieren hat lassen bei der Mariazeller Bahn. Also die ÖVP-Fraktion hat erkannt, daß es wichtig ist, die Bahn zu erhalten. Und ich hoffe, daß wir gemeinsam diese wunderschöne Alpenbahn nach Mariazell erhalten können. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer gestaltet in Niederösterreich die Verkehrspolitik? *(Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.)* Diese Frage habe ich mir gestellt, nachdem ich jetzt zugehört habe und sehr aufmerksam war. Und insbesondere hier Forderungen von seiten der Sozialdemokraten gehört habe. Forderungen, die im Masterplan von Verkehrsminister

Einem fehlen. Wir können mit einem lückenhaften Masterplan unseres Verkehrsministers keine niederösterreichische Verkehrspolitik betreiben! Wir können auch nicht mit den Vorstellungen der Grünen Verkehrspolitik in Niederösterreich machen, wenn man sich gegen jeden Kubikmeter Beton ausspricht und gleichzeitig beim Bahnprojekt Semmering-Basistunnel sich abwendet von ökologischen Aspekten und offensichtlich einen Freibrief für den Einstieg in eine rot-grüne Koalition ausstellt. Ich kann mich auch nicht mit den freiheitlichen Vorstellungen einer Meinung zeigen, wo die Freiheitlichen doch in weiten Bereichen bei allen Projekten, die wir im Lande Niederösterreich durchführen, durch Verzögerungen und durch Verunsicherung der Bevölkerung Projekte lange Zeit hinausschieben. Und das immer wieder mit dem Argument Bürgernähe. Ich würde den Freiheitlichen empfehlen, diese Bürgernähe bei der Wohnbaugesellschaft Freies Wohnen zu zeigen! (Abg. Mayerhofer: Nenne ein Beispiel!) Dort können Sie Ihren Wohnungseigentümern und Wohnungsmietern Bürgernähe zeigen und damit verhindern, daß es weiterhin Erschwernisse für unsere Bürger im Bundesland Niederösterreich gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin froh, daß wir hier in diesem Hohen Landtage und in der Vorbereitung der letzten Jahre bei der Erstellung des Landesverkehrskonzeptes, bei der Überarbeitung, welche durch unseren Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll im Jahre 1997 in Auftrag gegeben wurde, sehr weite Bereiche unserer Bevölkerung bei der Diskussion mit einbinden konnten. Und daß wir eine Grundlage geschaffen haben auf deren Basis wir heute auch Verkehrspolitik in unserem Bundesland machen können. Und wenn hier von einigen Vorrednern die Frage aufgeworfen wurde, man findet das Wort „Nordautobahn“ nicht im Verkehrskonzept: Sie müssen sich halt die Mühe machen und die einzelnen Projekte addieren und zusammensetzen, dann werden Sie von der Sache her auch die Nordautobahn im Landesverkehrskonzept Niederösterreich finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Der öffentliche Verkehr hat in der Landesverkehrspolitik in Niederösterreich schon immer einen vorrangigen, einen sehr hohen Stellenwert gehabt. Auch lange vor der groß angelegten Werbeaktion unseres Verkehrsministers haben wir uns in Niederösterreich bemüht, den öffentlichen Verkehr entsprechend auszubauen. Ich will mit Beispielen diese Feststellung auch untermauern. Wir haben in der Südbahn durch die Verstärkung des Verkehrs auf der Strecke Mödling bis Wien einen Viertelstundentakt einführen können. Wir haben von Wr. Neustadt bis Wien einen Halb-

stundentakt. Wir haben seit kurzem auf dieser Strecke 60 Doppelstockwaggons im Einsatz und es werden bis Ende 2001 180 Doppelstockwaggons sein. Ein Bereich, wo wir unseren Pendlern Hilfestellung geben, daß sie täglich bequem von ihrem Wohnort zum Arbeitsplatz kommen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Hier hat das Bundesland Niederösterreich 2,7 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt, um für unsere Pendler in der Früh und am Abend eine Verbesserung herbeizuführen.

Ich denke an die Einführung der Wieselbusse, die in diesem Haus und von diesem Rednerpult aus auch sehr heftig kritisiert wurde. Heute nehmen tausend und mehr Fahrgäste täglich die Wieselbusse in Anspruch und ersparen damit hunderttausend Pkw-Kilometer pro Tag. Eine Leistung für unsere Pendler, eine Leistung für unsere Umwelt. (Abg. Kautz: „Landespendler“ hast Du eh gemeint?)

Wir haben durch die Errichtung von 5.000 Park and ride-Plätzen bei unseren Bahnhöfen eine wertvolle Basis geschaffen, die es ermöglicht, daß die Pendler zur Bahn kommen und von dort mit dem öffentlichen Verkehrsmittel weiterfahren können. (Abg. Muzik: Da fehlt aber noch viel beim Landesverkehrskonzept!)

Es fehlen noch einige, ich möchte das gar nicht außer Zweifel stellen. (Abg. Muzik: Nicht einige!) Aber 5.000 Park and ride-Plätze, insbesondere an der Südbahn mit Felixdorf, Baden oder mit dem begonnenen Projekt in Mödling, aber auch im Bereich der Westbahn, der Franz Josefs Bahn und der Bahnlinien des Waldviertels. Die Badner Bahn wird im nächsten Jahr auf einen siebeneinhalb Minutentakt kommen. Das ist auch eine deutliche Verbesserung für den Südraum Wien und mit der Einführung von Niederflurwaggons auch ein bequemes Fahren in diese Richtung. Und mit der Verbesserung der Kreuzungen, mit der technischen Ausstattung im Bereich der Ketzergasse und Altmannsdorfer Allee wird es auch dort zu einer Verbesserung kommen. Langfristig ist die Niveaufreimachung dort vorgesehen.

Wir haben heute hier an dieser Stelle von der Flughafenbahn gesprochen. Auf niederösterreichischer Seite ist diese Trasse praktisch fertiggestellt. 1,2 Milliarden Schilling wurden aufgewendet. Wo gibt es noch ein Problem? In der Stadt Wien ist die Anbindung nicht fertig und daher wird es hier zu einer Verzögerung kommen. Ich lade Sie daher ein, Ihre Kontakte, insbesondere aus dem Bereich der Sozialdemokratie, zu Ihren Freunden in Wien zu aktivieren, daß dort auch entsprechend rasch gearbeitet wird, damit wir diese Strecke von Wien-Mitte nach Schwechat durchgehend nutzen können.

Wir haben für den Ausbau der Westbahn bereits über 10 Milliarden Schilling aufgewendet. Die Baumaßnahmen westlich von St. Pölten sind für jedermann, der auf dieser Strecke unterwegs ist, erkennbar. Auch hier war das Bundesland Niederösterreich mit den Nebenanlagen und Einbindungen sehr intensiv wirtschaftlich eingebunden. Wir werden mit der Fertigstellung der UV-Prüfung von Wien bis St. Pölten auch hier eine deutliche Verbesserung auf der Westbahn erreichen.

Ich glaube, daß wir aber auch mit dem Individualverkehr eine Aufgabe übernommen haben, hier Maßnahmen zu setzen. Und ich freue mich daher, daß es gelungen ist, bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes jetzt auch sicherzustellen, daß mit dem Ausbau des Individualverkehrs der Wirtschaftsstandort Niederösterreich abgesichert wird. Daß auch die entfernteren Regionen optimal an den Zentralraum angebunden werden. Daß wir den Transitverkehr aus unseren Ortsdurchfahrten eliminieren.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Mag. Weininger! Sie haben hier ein Plädoyer gegen den Transitverkehr gehalten. Wissen Sie, daß durch Klosterneuburg oder durch Wolkersdorf täglich genauso viele Fahrzeuge fahren wie auf der Brenner Autobahn? Und wenn Sie hier verlangen, daß wir keine Nordautobahn bauen, daß wir das Straßensystem nicht ausbauen in diese Richtung, dann tragen Sie mit dafür Verantwortung, daß wir in unseren Ortsdurchfahrten Staus haben. Das bedeutet Belastung und das bedeutet auch eine erhebliche Umweltbelastung durch Abgase. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Fasan: Ihr Verkehrskonzept wollen wir mit Umfahrungen!)*

Wir haben wertvolle Maßnahmen gesetzt im Bereich der Sicherheit auf unseren Straßen. Ich denke an Lärmschutzwände, ich denke an Kreisverkehre und ähnliches. Wir bemühen uns auch, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Umwelt und Straßenbaumaßnahmen zu finden. Hier zeigt sich die Verantwortung für unser Bundesland Niederösterreich. Und es war für mich auch naheliegend, daß unser Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll mit Wirtschaftsminister Dr. Farnleitner eine Vereinbarung erzielen konnte, die uns in den nächsten Jahren zusätzlich 15 Milliarden Schilling für Ausbaumaßnahmen gewährleistet. 15 Milliarden, etwa der gleiche Betrag, der derzeit bei einem sehr umstrittenen Projekt Semmering-Basistunnel aufgewendet wird! *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn wir die Westautobahn sechsspurig ausbauen bis zur Landesgrenze nach Oberösterreich mit einem Pannestreifen. Wenn wir die Südauto-

bahn entsprechend verstärken und wenn wir auch die S33 ausbauen, dann wird das mit einem wesentlichen Beitrag zur Verkehrsbeschleunigung und zur Verbesserung in Niederösterreich führen.

Ich glaube, daß wir im Gleichklang mit dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr wertvolle Basis für unser Bundesland gesetzt haben. Und ich hoffe, daß wir mit den zusätzlichen Mitteln, die in der Vereinbarung Farnleitner-Pröll zur Verfügung gestellt werden, auch die einzelnen Landesviertel nicht beeinträchtigen, sondern daß der Ausbau unseres Straßen- und Verkehrswegesystems in Niederösterreich im Gleichklang fortgesetzt wird. Ich kann Ihnen nur versichern: In Niederösterreich geht etwas weiter! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Aufmerksamkeit. Es ist dann noch der Herr Abgeordnete Klubobmann Marchat zu Wort gemeldet - zur Geschäftsordnung, nicht mehr im Rahmen der Aktuellen Stunde als Diskussionsteilnehmer. Ich möchte, weil heute im Lauf der Aktuellen Stunde immer wieder Interventionen bei mir einliefen, einmal feststellen: Es wurden mir von den vier Fraktionen am Beginn der Aktuellen Stunde die Redner genannt, 10 Redner insgesamt. Und an diese Rednerliste halte ich mich selbstverständlich. Ich war aber nicht bereit, diese Rednerliste dann weiter auszudehnen. Denn nach § 35a Abs. 6 LGO heißt es: „Der Präsident hat das Recht, die Aktuelle Stunde nach 90 Minuten für beendet zu erklären.“ Natürlich immer unter Rücksichtnahme darauf, ob wirklich alle Meinungen schon zur Geltung gekommen sind. Diesen Eindruck habe ich, daß alle Meinungen dargelegt wurden zu diesem Thema. Und ich habe daher allen, die bei mir interveniert haben, gesagt, nach dem Abgeordneten Ing. Hofbauer, der in diesem Paket der 10 Redner genannt wurde, nehme ich keine weiteren Redner mehr entgegen. Es war der Abgeordnete Mag. Fasan, der diesen Wunsch geäußert hat, dann der Herr Landesrat Schimanek. So habe ich gehandelt. Sie konnten diese Dinge nicht wissen, daher habe ich darüber jetzt berichtet. Nun Herr Klubobmann Marchat zur Geschäftsordnung.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich melde mich zur Geschäftsordnung. Man kann es natürlich so oder so auslegen. Der § 35 Abs. 6 sieht vor, daß der Präsident nach 90 Minuten abrechnen kann. Das ist aber hier nicht passiert. Hätte man nach 90 Minuten abgebrochen, wären die beiden letzten Redner Rupp und Hofbauer nicht mehr drangekommen. Wenn man -

so lege ich das aus - diese 90 Minuten, wenn man diese 90 Minuten überschreitet, dann hat – und das steht auch in unserer Geschäftsordnung – ein Regierungsmitglied jederzeit das Recht, sich ans Rednerpult zu begeben.

Ich sage Euch gleich ein Beispiel: Wenn ich denke an diese Aktuelle Stunde zur Familienpolitik, wenn sich dann die Frau Prokop da herausstellt und nicht einmal die 15 Minuten einhält, sondern viel länger redet, dann wird das alles toleriert in diesem Haus. Und da sage ich, der Vorsitz ist nicht unparteiisch.

Daß die Grünen die Geschäftsordnung ausgereizt haben bis jetzt mit zwei Abgeordneten, zwei Reden, das sehe ich auch nicht ein. Aber ich glaube, wir müssen in der Präsidiale - und deswegen habe ich mich hauptsächlich zu Wort gemeldet - endlich einen Modus finden, um diese Aktuellen Stunden so abzuführen, wie es der Würde dieses Hohen Hauses geziemt. Weil so kann es wirklich nicht sein, daß SPÖ-Abgeordnete um vier Minuten überziehen, der letzte Redner der ÖVP um drei Minuten überzieht. Da kommt dann irgendwann...

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: (*gibt Klingelzeichen*) Das ist nicht wahr, was Sie da sagen. Der Herr Abgeordnete Ing. Hofbauer hat sogar noch eine Minute gut gehabt nach seiner Zeit.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Nein, wir haben auf diese Uhr geschaut, ich habe auf diese Uhr geschaut. Ich weiß nicht, in der ÖVP gehen scheinbar die Uhren anders. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte hier anregen, in der nächsten Präsidialkonferenz die Aktuelle Stunde so zu regeln, und wenn das eine Geschäftsordnungsänderung ist, dann sollte man vielleicht einen Vierparteiantrag zusammenbringen, daß das endlich geregelt wird. Gleich ist es nicht. Wie gesagt, ich verweise darauf, Aktuelle Stunde zur Familienpolitik, wenn sich die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop meldet, da werden die 15 Minuten überschritten usw. Wenn sich unser Regierungsmitglied im Anschluß zu Wort meldet, obwohl die 90 Minuten natürlich schon lang überschritten sind, dann wird ihm das verwehrt. Und da sage ich, da wird die Geschäftsordnung meines Erachtens nach nicht richtig ausgelegt. Ich wollte das hier deponieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur Geschäftsordnung hat sich auch Herr Klubobmann Dr. Strasser gemeldet.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hohes Haus! Es ist eine grundsätzliche Feststellung hier zu treffen: Der Präsident hat die Rednerliste, so wie sie gemeinschaftlich erstellt worden ist, akzeptiert und korrekt umgesetzt. Der Präsident hat aufmerksam gemacht durch das gelbe Licht und dann auch durch wiederholte Wortmeldungen, wenn einer der Redner seine Redezeit überschritten hat. Und der Präsident hat das Recht, diese Debatte so zu führen, wie er sie jetzt geführt hat. Er hat unser Vertrauen von der Volkspartei. Und ich hoffe, er hat das Vertrauen des Landtages, so vorzugehen, wie er das gemacht hat. Das ist absolut korrekt und richtig. (*Unruhe bei der FPÖ. – Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Aktuelle Verkehrsprojekte in Niederösterreich“ für beendet. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Knotzer, die Verhandlungen zu Ltg. 211/V-11/3 einzuleiten.

(*Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich darf über die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich berichten.

Am 10. Mai 1996 hat die Landeshauptleutekonferenz nachstehenden Beschluß gefaßt: Die Landeshauptmännerkonferenz strebt eine Verbesserung und Absicherung des Tierschutzes in Österreich an und beauftragt die hierfür zuständigen Mitglieder der Landesregierungen, einen inhaltlichen Vorschlag ausarbeiten zu lassen.

Der vorliegende Vereinbarungsentwurf wird eine wesentliche Verbesserung im Bereich des Tierschutzes mit sich bringen und enthält nachstehende Regelungsgruppen: Für Nutztiere, Heimtiere, Wildtiere, Tierheime und Tierparks werden einheitliche Begriffsbestimmungen festgelegt. Tierquälerei wird generell verboten. Hinsichtlich der Mitwirkung von Wildtieren in Zirkussen, Varietés und anderen Einrichtungen ist ebenfalls eine Regelung vorgesehen.

Für die Errichtung und den Betrieb von Tierheimen werden ebenfalls Mindeststandards vorgegeben. Der vorliegende Entwurf beinhaltet auch die allgemeinen Verpflichtungen, die Begriffsbestimmungen, dann jene über die Tierquälerei,

Mindestanforderungen für die Haltung von Tieren und Übergangsregelungen. Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest:*)

„Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich wird genehmigt.“

Ich ersuche die Frau Präsidentin, die Debatte abzuhalten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat. Herr Klubobmann, Sie haben das Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich schicke voraus, daß wir dieser 15a-Vereinbarung gerne zustimmen. Als einer, der sich selber gerne mit seinem Hobby, mit Kleintieren beschäftigt, kann ich das alles, was da drinnen steht, nur unterschreiben. (*Abg. Nowohradsky: Was hast Du?*) Brieftaubenzüchter für die, die es nicht wissen. Die einen haben Tauben, die anderen haben einen Vogel!

Ich möchte aber das schon nutzen, weil der Tierschutz, glaube ich, wichtig ist und die Tierhaltung, aber auch die Folgen für manchen Tierhalter, speziell in der Landwirtschaft. Ich weiß, daß wir heute eine 15a-Vereinbarung für die Tiere außerhalb der Landwirtschaft beschließen. Daß aber es momentan soweit ist - es wird auch ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz verlangt. Ich halte nicht hinter dem Berg, daß ich ein Gegner dieses Tierschutzgesetzes bin, weil ich glaube, so lange es eine gemeinsame Agrarpolitik gibt, die ich zwar nicht will, kann es nicht so sein, daß Österreich hier Vorreiter ist und das Tierleid über die Grenze exportiert wird. Beispiel Schweiz - Legebatterien. Ich möchte diese Debatte hier wirklich nutzen, um zur Situation in der heimischen Landwirtschaft auch zu sprechen, weil das Thema sehr aktuell ist. Viel aktueller vielleicht als wie manche Aktuelle Stunden in diesem Haus, was man ja vorher gesehen hat.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Klubobmann! Entschuldigung! Aber ich will nur darauf aufmerksam machen, daß Sie schon auch zur Sache reden, in diesem Sinne.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Ich spreche zur 15a-Vereinbarung und werde zur 15a-Vereinbarung einige Resolutionsanträge einbringen. Das möchte ich schon sagen, daß es selbstverständlich darum geht, österreichweit auch die Tiere zu schützen, aber selbstverständlich auch die Halter zu schützen. Und ich glaube, es ist im Interesse aller Tierhalter, daß das heute hier auch angesprochen wird. Und wie gesagt, wir werden zu diesem Geschäftsstück sieben Resolutionsanträge einbringen, ein Maßnahmenpaket einbringen, wobei einige Forderungen von uns schon einmal eingebracht wurden, leider die Zustimmung der anderen Fraktionen nicht gefunden haben.

Wenn man sich die Situation anschaut, speziell am Schweinemarkt, dann muß ich wirklich sagen, ich habe hier eine Aussendung der Landeskorrespondenz, 10. Dezember: Katastrophale Preissituation am Schweinemarkt. Importstopp und Sympathieaktionen. Die Aussendung ist nicht von mir, sondern von keinem geringeren als Herrn Landesrat Blochberger. Das heißt, am 10. Dezember war es noch möglich oder theoretisch möglich, einen Importstopp zu verhängen. Der zuständige Landesrat verlangt das, schreibt auch, daß Dänemark, Frankreich, Irland, Holland usw. Überproduktion haben und in diesem Zusammenhang die Preise bei uns verfallen. Das hängt sehr wohl mit dem Tierschutz zusammen, weil ich glaube, wenn wir dieses Maßnahmenpaket heute nicht beschließen, dann werden wir in die Industrialisierung der Landwirtschaft kommen. Und was das für unsere Tiere bedeutet, möchte ich hier gar nicht an die Wand malen. Wenn die Geschäftsordnung vielleicht vorsieht, daß ich das nicht vorbringen darf, ich werde von diesem Rednerpult nicht weggehen. Weil die Resolutionsanträge zu diesem Geschäftsstück - und, Herr Klubobmann Dr. Strasser, Gottseidank sitzt Du nicht auf dem Präsidentensessel und die Frau Präsidentin sieht das hoffentlich so wie ich.

Ich habe auch eine Zeitung mit, wenn wir schon beim Tierschutz sind. Es gibt ja wirklich Organisationen, die mißbrauchen „Viecher“ für ihre Werbungen (*zeigt Zeitungsausschnitt*). Das ist kein Taferl. Das ist ja wirklich so ziemlich das letzte, diese Aussendung an jeden Haushalt. Wenn ich mir die Forderungen anschau, dann

decken sie sich 1:1 mit unseren Anträgen. Ich habe deswegen diese Zeitung mit. Kann man durchaus zitieren: „...Keine Billigimporte vorzunehmen, wenn heimische Produkte in ausreichender Menge und bester Qualität vorhanden sind.“ Bauernbundforderung! Kann ich 1:1 unterschreiben. „Eine verstärkte Forcierung nachwachsender Rohstoffe, um der Land- und Forstwirtschaft eine zukunftsichere Erwerbsmöglichkeit zu schaffen.“ Unterschreibe ich auch – werden wir heute beantragen. Den Konsumenten als wichtigsten Partner zu fordern, das werden wir auch beantragen. Ich möchte das hier nicht überstrapazieren, bringe deshalb vier Anträge ein, drei wird mein Kollege Waldhäusl einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend die wirtschaftliche und soziale Lage niederösterreichischer Bauern infolge des aktuellen Preisverfalles von Schweinefleisch – Verhängung eines Importstopps.

Österreichs Bauern sind vom Beitritt Österreichs zur Europäischen Union vielfach hart getroffen. Die mangelnde Vorbereitung auf diesen historischen Schritt seitens der österreichischen Bundesregierung hat dazu wesentlich beigetragen. Der gegenwärtige Preisverfall von Schweinefleisch stellt für zahlreiche Bauern eine akute Existenzbedrohung dar. Die NÖ Landesregierung hat es bislang unterlassen, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vorstellig zu werden, um geeignete Maßnahmen im Sinne der Antragsbegründung zu veranlassen. Insbesondere ist ein Importstopp von Schweinefleisch gemäß Art.36 EGV (Schutzklausel) durchzusetzen.“

Sie brauchen heute nur die Aussendung der Landeskorespondenz vom 10. Dezember des letzten Jahres lesen und Ihrem Landesrat zu folgen. Es ist ja zugleich auch Bauernbundobmann, es sitzen ja genug Bauernbündler da, dann können sie dem, glaube ich, gerne zustimmen. Ich bringe den nächsten Antrag ein. Eine Forderung,

die ebenfalls aus dem “Bauernbündler” entnommen sein könnte. Selbstverständlich sind diese Anträge schon vorher geschrieben worden (*liest:*)

“Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte.

Die derzeit übliche ‘A-Kennzeichnung’ wird auch für ausländische Produkte verwendet, wenn die Wertschöpfung dabei in Österreich über 50 % beträgt. Es ist daher möglich, daß ein holländisches oder dänisches Schweinefleisch im verarbeiteten Zustand als österreichisches Qualitätsprodukt verkauft wird. Dies stellt einen für die heimischen Produzenten unhaltbaren Zustand dar. Um den Konsumenten eine Entscheidungshilfe zu geben, muß daher eine einheitliche Kennzeichnungspflicht eingeführt werden, die besagt, daß nur zu 100 % in Österreich produzierte und verarbeitete Waren mit einem speziellen Kennzeichen versehen werden dürfen. Ausgenommen davon sind z. B. Gewürze etc., die nicht in Österreich produziert werden können.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um geeignete Maßnahmen für die Kennzeichnung von heimischen landwirtschaftlichen Produkten zu erwirken.“

Ich bringe den nächsten Antrag ein, und der hat auch sehr wohl wieder mit Tierschutz etwas zu tun, das sind die Umweltstandards. Die Umweltstandards in dieser Europäischen Union sind sehr unterschiedlich. Österreich hat die höchsten Umweltstandards in dieser Europäischen Union. Und unsere Tierhalter konkurrieren natürlich mit Mitbewerbern, gegen die sie absolut keine Chance haben. Und da fordern wir (*liest:*)

“Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allge-

meinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Angleichung der Umweltstandards innerhalb der Europäischen Union.

Durch die höheren Umweltstandards in Österreich haben die heimischen Landwirte enorme Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren Berufskollegen in vergleichbaren Staaten innerhalb der EU oder in Drittstaaten. So stehen sie z.B. im Wettbewerb mit holländischen Schweinemästern, die ihre Schweine auf Schiffen mästen und die Gülle ins Meer ableiten. Um diese Wettbewerbsnachteile auszuräumen, erscheint es dringend notwendig, eine Angleichung der Umweltstandards innerhalb der Europäischen Union herbeizuführen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß diese bei den zuständigen Stellen in Brüssel sich für eine Anhebung der Umweltstandards in der Europäischen Union einsetzt."

Und abschließend (*liest:*)

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat, Waldhäusl und Haberler zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Einsatz von umweltschonenden Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden.

Um die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle zu reduzieren und somit zum Abbau des Handelsbilanzdefizits beitragen zu können, ist es erforderlich, erneuerbare Energien, wo immer möglich, zu fördern.

Der derzeitige Entwurf der Agenda 2000 sieht keine Förderung für Alternativenenergie vor. Ein intensiver Einsatz von Kraft-Wärmekopplungen, Hackschnitzelheizungen, Biogasanlagen, Biomasseheizungen etc. wird eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes mit sich bringen. Zudem steht fest, daß die Pflanzung von Energiewäldern für viele Bauern eine Einkommensquelle eröffnen würde. Eine größtmögliche Sicherheit für die

Landwirte bei einer Erwerbsumstellung sollte daher gewährt werden.

Die Attraktivierung des Anbaues von nachwachsenden Rohstoffen muß, weil in der Agenda 2000 nicht vorgesehen, auf Landes- bzw. Bundesebene durch geeignete Programme vorangetrieben werden. Die Reduktion von Energieimporten bringt auch großen volkswirtschaftlichen Nutzen. Deshalb muß vor allem die öffentliche Hand, wo immer möglich, mit gutem Beispiel vorangehen und diese Energiequellen in ihrem Einflußbereich zum Einsatz bringen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung durch geeignete Maßnahmen zu erwirken, daß landesweite Programme für den Anbau nachwachsender Rohstoffe erstellt werden, und andererseits in öffentlichen Gebäuden im Bundesland NÖ nach Möglichkeit erneuerbare Energieträger bzw. umweltschonendste Energiequellen zum Einsatz kommen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, die Zeit ist reif, daß wir jetzt gemeinsam etwas machen für eine Berufsgruppe. Und das hängt, wie gesagt, sehr wohl mit dem Tierschutz zusammen. Wir werden es nicht schaffen, unsere herkömmliche bäuerliche Landwirtschaft in dieser Form zu erhalten – sagen ja auch diverse Bauernbundpolitiker -, sollten wir dieses Maßnahmenpaket heute nicht beschließen. Und die verantwortlichen Politiker, speziell den Landwirtschaftsminister, aber auch den EU-Kommissar davon überzeugen, daß der jetzige Entwurf der Agenda - und es wird dann auch noch ein Antrag kommen - das Ende ist. Und da kann man sehr wohl die Verbindung zum Tierschutz finden. Unsere Tierhalter in Österreich produzieren sehr wohl in Familienbetrieben. Wir haben ganz wenige Gewerbebetriebe, die das industriell betreiben. In anderen Staaten ist das nicht so. Und da appelliere ich wirklich an Ihr Gewissen, speziell an die Bauernbündler unter uns, die meisten waren ja in Brüssel, haben demonstriert für etwas. Wenn wir das heute hier einbringen, dann sollten sie endlich Farbe bekennen. Weil ich glaube, es geht nicht an, daß man den Leuten und den Menschen draußen immer erzählt, wir tun etwas für euch, wir tun etwas für euch. Heute haben wir, glaube ich, gemeinsam die Möglichkeit dazu. Unterstützen Sie uns, wir würden uns sehr

freuen darüber. Und auch die heimischen Bauern, glaube ich, würden das unbedingt brauchen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Mir liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor von Herrn Klubobmann Dr. Strasser. Bitte.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hohes Haus! Ich melde mich zur Geschäftsordnung. Wir behandeln, der Herr Berichterstatter hat es sehr ausführlich erwähnt, heute das Verbot der Tierquälerei, Regelungen für Wildtiere, die im Zirkus gehalten werden, Tierheime, Haltungsverfahren für Hunde, Vögel, Kleinnager, Reptilien und Zierfische.

Wir haben jetzt vier Anträge, von denen sich ein Antrag mit der Importpolitik, ein Antrag mit der Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte, ein Antrag mit Umweltstandards und ein Antrag mit umweltschonenden Energiesystemen befaßt, vor uns liegen. Der zuständige und für diesen Fall anzuwendende Paragraph in unserer Geschäftsordnung des Landtages von Niederösterreich lautet, ich zitiere: General- und Spezialdebatte, § 55. Absatz 2: „Jeder Abgeordnete hat das Recht, zu den in Beratung stehenden Verhandlungsgegenständen ... Resolutionsanträge, ... einzubringen.“ Ich halte fest, kein einziger dieser Anträge hat mit den Punkten, die in diesem Bericht und unter diesem Tagesordnungspunkt verhandelt werden, auch nur annähernd etwas zu tun. Sie haben jede Möglichkeit nach der Geschäftsordnung, daß Anliegen, die eine Fraktion Ihrer Größenordnung hier als wichtig empfindet, zeitgerecht und ordnungsgemäß in dieses Haus eingebracht werden, die auch dann der Behandlung zugeführt werden können. Sie haben diese Möglichkeiten nicht ausgenützt, obwohl Ihnen die Geschäftsordnung des Landtages diese Möglichkeiten gibt und gäbe. *(Abg. Dr. Strasser zeigt die Geschäftsordnung.)* Ich halte fest, daß wir zu jeder Stunde und zu jedem Tag bereit sind, und es auch für richtig finden, Dinge, die die Bevölkerung Niederösterreichs im Herzen brennen – und einige der angesprochenen Punkte sind solche – in den nach der Geschäftsordnung richtigen und sinnvollen Einrichtungen zu behandeln und zu diskutieren. Im Ausschuß, in einem etwaigen Unterausschuß, aber natürlich auch hier im Hohen Haus, im Landtag.

Ich halte weiters fest, daß wir von der Volkspartei uns zu diesen Anträgen, da sie nicht zu diesem Tagesordnungspunkt gehören, nicht äußern werden. Wir werden uns dort äußern, diskutieren und nach Ergebnissen suchen, wo der Platz

dafür ist und wo die Geschäftsordnung das unserer Meinung nach auch vorsieht. Und ich halte jetzt für meine Fraktion fest, daß für den Fall, daß über diese Anträge abgestimmt wird, wir gegen diese Anträge stimmen werden, weil sie unserer Meinung nach nicht richtig eingebracht sind. Weil sie nicht in der Sache am richtigen Platz eingebracht sind. Und weil es die einbringende Fraktion versäumt hat, dort ihr Anliegen anzubringen, wie es sich nach dieser Geschäftsordnung gehört.

Ich werde darüber hinaus in der nächsten Präsidiäle diese Frage zur Sprache bringen. Weil ich ersuchen möchte, daß wir gemeinsam festhalten und Kennziffern und auch Ausformulierungen dieser Geschäftsordnung finden, die klarlegen, daß solche Fälle, wie sie hier und jetzt erstmals in der Geschichte des Landtages angebracht werden, nicht mehr vorkommen und nicht mehr vorkommen können. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Herr Klubobmann Dr. Strasser! Mir ist die Geschäftsordnung sehr wohl bekannt. Wenn Du sagst, erstmalig in diesem Haus ist die Geschäftsordnung mißbraucht worden, oder dieser Fall, dann muß ich sagen, das passiert bitte laufend. Wenn Resolutionen anliegen, und der Gesundheits-Ausschuß... *(Unruhe im Hohen Hause.)* Nein, das ist genau dasselbe! Der Gesundheits-Ausschuß debattiert hier ein Geschäftsstück und es gibt irgend ein brennendes Problem in Niederösterreich, dann sind oft schon Resolutionen, zum Beispiel im Gesundheits-Ausschuß - ich werde mir jetzt ein paar Beispiele holen - gebracht worden, die thematisch vielleicht nicht zu diesem Verhandlungsgegenstand gekommen sind.

Ich bin Dir sehr dankbar für Deine Ausführungen. Du wirst Kennziffern festlegen, was in diesem Haus zu sagen ist. *(Abg. Dr. Strasser: Gemeinsam, in der Präsidiäle!)* Ja freilich! Wer hat denn dort die Mehrheit? *(Abg. Dr. Strasser: Geh bitte, zitieren Sie mich richtig. So habe ich das nicht gesagt!)*

Du hast Dich ganz genau verraten. Du wirst auch die Kennziffern festlegen, was da herinnen noch gesprochen wird. Du wirst, glaube ich, alle Kennziffern, und ich sage Dir jetzt eines von diesem Rednerpult: Du bist ein sehr schlechter Demokrat! Wenn es Dinge gibt, die dieser Fraktion nicht passen, die meines Erachtens, ich habe das genau argumentiert, inhaltlich sehr wohl zu der Thematik Tierschutz passen, ...

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Klubobmann! Die Wortmeldung ist zur Geschäftsordnung!

Abg. MARCHAT (FPÖ): Ja, ich lege die Geschäftsordnung so aus. - ... dann möchte ich schon sagen, daß wir sehr wohl zur Geschäftsordnung, thematisch zu diesem Geschäftsstück gesprochen haben. Und wenn es ein Geschäftsstück des Landwirtschafts-Ausschusses ist, dann lasse ich mir auch nicht verbieten, daß ich über die Landwirtschaft spreche.

Wir werden über die Präsidiale diskutieren. Aber Kennziffern in der Demokratie, die vielleicht irgendwer festlegt, dagegen verwehre ich mich. Und bis jetzt, und das war einzigartig, muß ich sagen, in dem Hohen Haus, wenn wir schon über die Geschäftsordnung reden, hat es das noch nie gegeben, wenn thematisch jemand abgewichen ist. Und das war oft genug. Wir beide sitzen, glaube ich, gleich lang da herinnen. Oft genug! Da bist Du noch nie an das Rednerpult geschritten. Ich weiß aber genau, warum: Weil Dir diese Anträge weh tun! Und hier wird Parteipolitik genutzt, um die Geschäftsordnung anzuwenden. Wir werden sehr wohl auch die nächsten Anträge einbringen, das werden wir machen. Wir werden Euer Abstimmungsverhalten anschauen über die Geschäftsordnung und dann werden wir das ganz genau diskutieren in der Präsidiale. Nur, in einem Hohen Haus, glaube ich, muß das freie Wort gewährleistet sein. Und es kann nicht der Klubobmann Strasser bestimmen, wer was wo wann zu sagen hat. Dagegen verwehre ich mich. Und da sage ich Ihnen das noch einmal, ich bin für das freie Wort und so lege ich die Geschäftsordnung aus. Bitte das auch so zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Werte Abgeordnete! Die Resolutionsanträge wurden eingebracht. Sie werden auch von mir zur Abstimmung gebracht. Ich sehe jedoch vor, und werde das auch unterstützen, daß dieses Thema in der nächsten Präsidialsitzung zur Diskussion kommt. Als nächste Wortmeldung liegt mir die Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger vor.

Abg. Mag. WEINZINGER (Grüne): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich widerstehe jetzt, zwar mit Mühe aber doch, der Versuchung, das Demokratieverständnis des Herrn Klubobmannes Dr. Strasser oder des Herrn Klubobmannes Marchat oder deren Geschäftsordnungspolitik zu kommentieren, sondern halte nur zum Thema Tierschutz fest, daß offensichtlich das Verständnis

der Freiheitlichen für das Thema Tierschutz beim Schweinepreis anfängt und auch schon wieder aufhört beim Schweinepreis. Ich muß gestehen, ich halte das für eine glatte Respektlosigkeit gegenüber den Interessen des Tierschutzes, hier diese Resolutionsanträge einzubringen. Und noch für eine größere Respektlosigkeit gegenüber den Bauern, sie unter den Punkt „Tierschutz im außerlandwirtschaftlichen Bereich“ abzuhandeln. Wir werden daher diese Anträge logischerweise nicht unterstützen. *(Beifall bei den Grünen und Präs. Mag. Freibauer.)*

Ich möchte nun im Unterschied zu meinem Vorredner zum Thema kommen, zur Vereinbarung gemäß Art. 15a zur Verbesserung des Tierschutzes. Und hier muß ich bereits den ersten Einwand anbringen. Dieser Titel ist aus unserer Sicht nicht korrekt, nicht gerechtfertigt. Es müßte, wenn schon, dann heißen „zur Verwässerung des Tierschutzes“. Denn mehr leistet diese 15a-Vereinbarung nicht. Sie hält fest, daß sie für ein Verbot der Tierquälerei eintritt, bereits im Artikel I. Allerdings nicht, wenn es um Tierquälerei in der landwirtschaftlichen Anwendung gemäß EU-erlaubten Anwendungen geht, oder wenn es um Jagd- und Fischereiwesen geht. Und sie definiert Tierquälerei in etwas merkwürdiger Form aus Sicht des Tierschutzes. Nämlich dann, wenn jemand einem Tier ungerechtfertigt ohne vernünftigen Grund Schmerzen zufügt oder es tötet. Ja, ich frage Sie, was ist denn dann gerechtfertigt und vernünftig? Das würde zum Beispiel offen lassen jegliche Tierquälerei in Versuchslabors, wenn man behauptet, das sei ein vernünftiger Grund. Das läßt eine ganze Reihe an Interpretationen zu, wo immer jemand für sich in Anspruch nimmt, das sei gerechtfertigt und vernünftig gewesen. Wer, bitte, wird denn das definieren?

Das heißt, die Quintessenz dieses Gesetzes ist, es ist nicht nur für den Tierschutz desaströs, es ist vor allem schlampig und nicht vollziehbar, so wie es ausgearbeitet ist. Da hat vermutlich die Entstehungsgeschichte einen guten Teil Schuld daran, weil man hier einerseits ganz vernünftige Vorlagen genommen hat - ich nenne etwa im Bereich der Zirkustierhaltung jene Vorarbeiten, die die Wiener Umweltschutzkommission geleistet hat - und dann irgendwie adaptiert und abgeändert hat. Und damit sind dann wirkliche Skurrilitäten herausgekommen. Zum Beispiel eine Skurrilität: Es war ursprünglich vorgesehen, daß man Wanderschauen mit Wildtieren sowieso verbieten wollte. Danach wurde abgeändert, man hat das Wort „Wanderschauen“ in den entsprechenden Artikeln in den Titel wieder hineingenommen. Und das hat jetzt zur Konsequenz, daß für Wanderschauen

nicht einmal die nachfolgenden Mindeststandards gelten, weil man sie ja gar nicht dabei berücksichtigt hatte, sondern verbieten wollte. Es gab eine ganze Reihe an Wildtieren, deren Haltung man generell ab sofort auch in Zirkussen verbieten wollte, zum Beispiel Wölfe. Daher wurden für diese Wildtierarten nicht einmal Mindeststandards für die Haltung definiert, weil deren Haltung ja verboten werden sollte. In der Überarbeitung durch die Länder wurde allerdings dieses sofortige Verbot wieder rausgestrichen mit der Konsequenz, daß genau für die besonders heiklen Tierarten, Wölfe oder Menschenaffen als Beispiele, noch nicht einmal Mindeststandards definiert sind.

Das heißt, hier gibt es eklatante Lücken, die durch eine schlampige Entstehung dieser Vereinbarung gekennzeichnet sind. Inhaltlich, um diesen Bereich noch abzuschließen, halte ich es für sehr denkwürdig, daß man weiterhin zulassen will, daß in Zirkussen Löwen und Tiger gehalten werden, während andere Großkatzen nicht gehalten werden dürfen, weil man es für tierquälerisch erachten würde. Das ist völlig unlogisch.

Wir haben einen zweiten Bereich, in welchem ich eine glatte Ungleichbehandlung orte. Während einerseits private Tierheime besondere Anforderungen erreichen müssen und bewilligungspflichtig sind, was ich begrüße, was notwendig ist aus der Sicht des Tierschutzes, sind das Tierparks zum Beispiel nicht. Das ist irgendwie ein glatter Widerspruch, warum einmal strenge Auflagen gegeben werden und ein anderes Mal nicht. Und was auffällt an dieser Vereinbarung ist, daß selbst in diesem sowieso schon eingeschränkten Rahmen, indem sie sich auf den außerlandwirtschaftlichen Bereich reduziert, der Bereich der Heimtiere sehr streng, manchmal fast schon humoristisch geregelt ist. Während der Bereich der Wildtierhaltung, der Bereich, wo es in die kommerzielle Nutzung hineingeht, völlig unzureichend geregelt wird.

Und vielleicht eine Anmerkung an den Herrn Klubobmann Marchat: Es wäre nicht schlecht, wenn er zumindest diese Vereinbarung lesen würde und den Entwurf. Ich habe vorher gerade vernommen, er hält Brieftauben. Es gibt Mindestanforderungen für die Haltung von Vögeln. Und ich hoffe, er hat heute seine tägliche Kontrolle des Gesundheitszustandes seiner Vögel bereits vorgenommen. Ansonsten würde er sich in Zukunft einer Gesetzesverletzung schuldig machen, wenn er das nicht tut. Das heißt, hier ist geregelt bis ins Detail, etwa bei Vögeln, was zu tun ist und wie sie zu halten sind. Es ist, um ein paar nicht nachvollziehbare Details zu erwähnen, bei den Mindestanforderungen für die Haltung von Hunden fol-

gendes enthalten: Mindestens zweimal täglich muß ein Sozialkontakt mit Menschen gewährleistet werden. Ich frage den Gesetzesvollzug, wie man das kontrollieren wird, was man darunter zu verstehen hat. Ich frage mich, wie schlüssig und prägnant eine Formulierung ist, wie sie an mehreren Stellen dieser Vereinbarung gewählt wird. Die Tiere, ich zitiere jetzt aus Seite 9 in diesem Fall für Hunde, es gibt das an mehreren anderen nachfolgenden Stellen noch: „Die Tiere sind entsprechend in ausreichender Menge und Häufigkeit mit geeignetem Futter zu versorgen.“ Sehr viel schwammiger geht es nicht mehr! Damit kann ich alles tun und nichts tun. Und es beweist die Prägnanz dieses Gesetzes. Abgesehen davon, daß die Kontrolle auch hier wieder nicht machbar sein wird. Oder noch ein kleines Beispiel aus dem selben Bereich Hundehaltung: Eine dauernde Anbindehaltung ist verboten. Aber schon unter Punkt 6: Werden Hunde angebonden gehalten, dann gilt folgendes..., und mehrere Punkte. Wenn nun die Kontrolle einschreitet und irgendwo einen angebondenen Hund findet, wie wird sie feststellen können, ob das eine dauernde Anbindehaltung ist oder nicht. Eine vorübergehende ist hier offensichtlich zulässig. Wie wird man vorübergehend definieren? Wenn ich zwei Jahre einen Hund angebonden halte, so lange ich ihn habe, muß das ja noch nicht eine dauernde sein, wenn ich die Interpretation so weit treiben will. Vielleicht lasse ich ihn die nächsten 10 Jahre ja von der Kette. Also das ist wirklich als Gesetzestext inferior, nicht nachvollziehbar.

Eine kleine Anmerkung noch: Es ist nicht wirklich verständlich, warum man zwar für Hunde und Vögel und Zierfische eine Regelung vorsieht, der Bereich der Katzen völlig ausgeklammert bleibt. Also auch da noch Inkonzsequenz!

Aus dieser Beurteilung wird schon klar, daß wir der Vereinbarung nicht zustimmen werden. Wir haben statt dessen zwei Resolutionsanträge vorbereitet. Der erste wendet sich de facto dagegen, daß man das nur einer 15a-Vereinbarung überläßt. Wir fordern ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz, wie das ja ebenfalls schon ein Volksbegehren getan hat. Und ich habe hier einen Antrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan und Feurer zu Ltg. 211/V-11/3 betreffend Erlassung eines einheitlichen Bundestierschutzgesetzes.

Seit nunmehr einigen Jahrzehnten kämpfen Tierschützerinnen und Tierschützer für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. 460.000 Öster-

reicherinnen und Österreicher haben vor etwa drei Jahren das Tierschutzvolksbegehren unterschrieben. Die Umsetzung der Forderung nach bundesweit einheitlichen Regelungen läßt jedoch weiterhin auf sich warten.

Um die Fülle an Verordnungen und Landesgesetzen im Sinne des Schutzes der Tiere zu vereinheitlichen und zu verbessern, braucht es die Erlassung eines einheitlichen Bundestierschutzgesetzes. 15a-Vereinbarungen stellen nicht einmal verpflichtende Mindeststandards für die Länder dar und sind aus diesem Grund für einen umfassenden Tierschutz weder ausreichend noch zielführend.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund vorstellig zu werden und darauf zu drängen, daß nach Änderung der entsprechenden bundesverfassungsgesetzlichen Kompetenznormen ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz erlassen werde.“

Wir haben immer wieder in der Diskussion um ein solches bundeseinheitliches Tierschutzgesetz ein Argument gehört, das ich für Niederösterreich für beschämend finde und das trotzdem gerechtfertigt ist. Es sind etwa Tiroler Kollegen von uns, Tierschützer, aber auch andere Organisationen, die immer wieder argumentieren, ob man sich wirklich auf eine bundeseinheitliche Regelung einlassen soll, ist mehr als fraglich. Denn man fürchtet, man würde sich dann am untersten Standard, nämlich jenem der Niederösterreicher orientieren. Ich denke, daß es auch daher notwendig ist, daß Niederösterreich Maßnahmen setzt im eigenen Bereich, um diese Schlußlichtposition im Tierschutz abzugeben und zu verlassen und dramatisch notwendige Verbesserungen gleich mal als Vorleistung für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz zu erbringen und die größten Mißstände zu beseitigen. Ich darf daher eine zweite Resolution als Antrag einbringen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zu Ltg. 211/V-11/3 betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich.

Niederösterreich weist eines der schlechtesten Landesgesetze zum Tierschutz auf. Die Forderungen und Wünsche der rund 110.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die das Tierschutzvolksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, werden großteils mißachtet. Auch die vorliegende 15a-Vereinbarung leitet keine Trendumkehr ein. Sie ist schwammig formuliert und weist fachliche Fehler auf, einige Beispiele:

- Wandertierschauen sind entgegen dem Entwurf der Wiener Umweltanwaltschaft weiterhin erlaubt.
- Löwen und Tiger dürfen entgegen der Meinung sämtlicher Experten weiterhin in Zirkussen zur Schau gestellt werden.
- Im Endtext wurden zahlreiche Änderungen vollkommen undurchdacht vorgenommen. So wurden Wandertierschauen im Titel ergänzt, im Text allerdings nicht. Das heißt, sie sind weder wie vorgesehen verboten, noch müssen sie einschränkende Bedingungen erfüllen. Ähnliches gilt für die Übergangszeiten bis zum Verbot der Haltung einiger Tiere. Wurde in der ursprünglichen Fassung z.B. für Menschenaffen, Nashörner, Flußpferde, Robben, Eisbären, Giraffen und Wölfe ein sofortiges Verbot gefordert, finden sich nun nicht einmal Mindestanforderungen für die Übergangszeit.
- Artikel 4 Abs.5 stellt klar, daß jedes Land von der in der Vereinbarung festgelegten Mindestanforderungen abweichen kann, wenn es den sogenannten ‚Tiergerechtigkeitsindex‘ einhält. (Tiergerechtigkeitsindex ist – wie sich in der Praxis gezeigt hat – nicht umsetzbar).
- Die Übernahme der von der Wiener Umweltanwaltschaft erarbeiteten Richtlinien zur Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen ist ausständig.
- Der Landwirtschaftsbereich ist vollkommen ausgespart und vom Verbot der Tierquälerei ausgenommen: ‚Nicht unter das Verbot der Tierquälerei fallen die weidgerechte Ausübung der Jagd und Fischerei sowie Maßnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, (...)‘. Ein Verbot der Käfighaltung bleibt ebenso ausgespart wie ein Verbot von Vollspaltböden, Anbindehaltung und der einstreulosen Haltung von Tieren.
- Nach wie vor fehlt ein Tierschutzförderungsgesetz.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung aktiv zu werden und in die NÖ Tierschutzgesetzgebung folgende Grundlagen einzuarbeiten:

- Uneingeschränktes Verbot der Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben, Tierschauen, Wandermenagerien usw.
- Aufzeichnungs- und Kennzeichnungspflicht auch für Wandertierschauen
- Genehmigungspflicht für kommerzielle Tierheim-Einrichtungen wie Tierparks
- Tierschutzförderungsgesetz: Im öffentlichen Beschaffungswesen sollen Produkte aus tierschonender Produktion bevorzugt werden.

Der Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung von Tieren muß ebenfalls von der Tierschutzgesetzgebung erfaßt werden:

- Einrichtung einer Tieranwaltschaft als Abteilung der NÖ Umweltschutzabteilung
- Verbot der Fallen- und Treibjagd sowie ein Ende der Jagd auf bedrohte Arten.
- Verbot der Käfighaltung von Legehennen
- Verbot der Haltung von Mastschweinen und -rindern auf Vollspaltböden
- Verbot der Einzelhaltung von Zuchtsauen in Kastenständen
- Verbot der Anbindehaltung von Milchkühen
- Verbot der einstreulosen Haltung
- Verbot des Frühabsetzens
- Verbot von „Kuhtrainern“

Ich halte fest, daß diese Verbesserungen im NÖ Tierschutz in keinem Widerspruch zur 15a-Vereinbarung geraten, weil es jedem Bundesland unbenommen ist, auch strengere Standards zu erlassen und wir uns hier durchaus dem Standard annähern sollten und könnten, den einige Bundesländer bereits erreicht haben. Ich nenne hier Salzburg, teilweise Wien oder teilweise Tirol als Vorbilder. Ich möchte nicht weiterhin das berechnete Argument hören müssen, daß Niederösterreich Schlußlicht im Tierschutz ist und ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag und dem vorher genannten Antrag. Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Waldhäusl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Werte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Auch ich möchte die Gelegenheit nützen und zur Vereinbarung gemäß Art. 15a zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich einige Worte hier dazu abgeben.

Ich möchte eingangs auch festhalten, daß so wie mein Vorredner meiner Fraktion Klubobmann Marchat es bereits gesagt hat, wir dieser Verordnung selbstverständlich zustimmen werden. Wir, und da kann heute herausgehen wer immer auch will und es sein sollte und wenn es jemand von den Grünen ist, und behaupten, daß wir nicht für Tierschutz sind, wir haben das schon immer hier in diesem Haus und auch in Wien im Parlament bewiesen. Wir stehen zum Tierschutz und wir werden auch immer für den Tierschutz sein! Zum Tierschutz im außerlandwirtschaftlichen Bereich, aber auch, meine Damen und Herren, zum Tierschutz im landwirtschaftlichen Bereich. Denn die Tierschützer, die wirklichen Tierschützer sind die Landwirte schlechthin. Sie beweisen es tagtäglich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn heute ein Jurist aus einer anderen Fraktion versucht hat zu erklären, daß wir heute hier über das nicht sprechen dürfen, um das es eigentlich geht, und hat da nach irgend etwas gesucht, dann ist es ganz einfach: Er hätte sich nur die Mühe machen brauchen, es handelt sich um Herrn Klubobmann Strasser, er hätte eigentlich genau dieses Gesetz lesen müssen. Ist wahrscheinlich schwer, daß man alles selber liest. Seine Kollegen hätten es ihm sagen können. Ich möchte einige Passagen daraus vorlesen, wo man schon darauf kommt, wenn man es wirklich liest, daß es hier auch um Tierschutz im landwirtschaftlichen Bereich geht. Denn wenn ich den Artikel 3 hier hernehme und lese, die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft enthält für diese Tiere zwar detaillierte Verhaltensvorschriften, aber kein generelles Verbot der Tierquälerei. Gleichzeitig gilt dieser Bereich der Jagd und Fischerei. Dann wird auf das noch einmal eingegangen. Ganz genau in dem Bereich, wo es um die Tierquälerei konkret geht. Die Vertragsparteien sind übereingekommen, daß das Verbot der Tierquälerei auch für den Bereich der Landwirtschaft gelten soll. Nona! Sicher soll es dort auch gelten. Wir Landwirte praktizieren es ja seit Jahren, daß wir Tierschutz ernst nehmen.

Die Erweiterung dieses Geltungsbereiches macht es aber auch erforderlich, auf die im Bereich der Landwirtschaft nach europarechtlichen

Normen zulässigen Eingriffe an landwirtschaftlichen Nutztieren im besonderen einzugehen und festzulegen. Und da sind wir jetzt bei einem Punkt, wo wir Freiheitlichen immer einen Schritt vorne sind. Da geht es um europarechtliche Normen. Wir Freiheitlichen sind nicht diejenigen, die sagen, ja, die 15a-Vereinbarung ist schlecht oder sonst irgend etwas. Wir Freiheitlichen stehen dazu, daß Tierschutz nicht an der Grenze halt machen kann. Tierschutz muß in einer Europannorm festgelegt werden. Es kann ja nicht so sein, daß der Tierschutz, die Tierqual dann über die Grenze verlegt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben ja das Beispiel schon gehabt, meine Damen und Herren, im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Die letzte Pelztierfarm in Heidenreichstein ist geschlossen worden. Ein paar Kilometer weiter in Tschechien ist jetzt die Tierqual und geht weiter voran. Dort wird jetzt weiter produziert, meine Damen und Herren. Das ist das Problem. Und jetzt, nachdem wir in einem gemeinsamen Europa sind, vertreten wir Freiheitlichen selbstverständlich die Auffassung, daß es europaweit ein EU-weites Bundestierschutzgesetz geben muß, aber europaweit, wo sich alle Nationen auf eine Norm einigen. Nur dann kann man Tierschutz ernst nehmen und die Tierqual wirklich verhindern. Wenn man zu diesem Europa schon so steht, wie alle diejenigen, die es gewollt haben, dann muß man auch das Vertrauen zu diesem Europa haben, so daß wir sagen, wir können hier wirklich eine Norm finden. Und wenn nicht, meine Damen und Herren, dann ist es wahrscheinlich wirklich besser, wir lassen einstweilen diese 15a-Vereinbarungen auch im landwirtschaftlichen Bereich, bis wir sicher sind, daß wir EU-weit das gleiche wollen. Weil ich bin dagegen, daß in Holland die Schweine auf den Schiffen gemästet werden, dort die Umwelt kaputt gemacht wird, die Schweine dort in katastrophalem Zustand gehalten werden. Diese Schweine dann zu uns `reinkommen, mit dem A-Pickerl versehen. Das ist ganz klar, der Konsument wird getäuscht! Und dann reden wir aber immer nur vom Tierschutz bei Hunden und Katzen. Das ist zu wenig! Auch hier muß man EU-weit sagen, was man will. Wir wollen, daß es EU-weit ein generelles Programm zum Tierschutz gibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daß die Landwirtschaft, daß insbesondere unsere Bauern eben mit diesem Tierschutz befaßt sind, das liegt klar auf der Hand. Und ich möchte jetzt eingangs zu meinem Statement heute etwas vorlesen. Das betrifft die Bauern. Es betrifft sie in einer Art und Weise, so wie wir über Tierschutz und über arme Tiere sprechen. Es handelt sich hier um eine Studie, die hat die Sozialversiche-

rungsanstalt der Bauern durchführen lassen. Die Universität Linz hat das gemacht. Und herausgekommen ist, die Bauern leiden offenbar an einer Sinnkrise. Als Hauptursachen dafür werden die Veränderungen im Rahmen des EU-Beitrittes angesehen. Zukunftsangst, körperliche Überanstrengung und Zeitdruck, darunter leiden immer mehr Bauern. Das geht eben aus dieser besagten Studie hervor. Unmittelbare Berufsbelastung - vielmehr haben die Bauern offenbar eine Sinnkrise. Die war ja früher auch nicht leichter, die Arbeit, sondern es ist eindeutig psychosomatisch bedingt. Angst und fehlende Zukunftsperspektiven haben in die Bauernhöfe Einzug gehalten, konstatiert der Autor der Linzer Studie. Und dann: Immer mehr Bauern fühlen sich sozial abgewertet und als Almosenempfänger. Das sagt uns sogar Donabauer, das ist der Obmann der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Es ist traurig, meine Damen und Herren, wenn man so etwas liest. Es ist traurig, daß man dafür eine Studie braucht. Wenn man die Reden von uns Freiheitlichen in den letzten fünf Jahren nachgelesen hätte - wir haben das immer schon gesagt, daß es hier Probleme gibt, daß die Bauern abhängig sind - dann hätte man sich wahrscheinlich diese Studie erspart. Aber wichtig ist die Aussage, als Hauptursache werden die Veränderungen im Rahmen des EU-Beitrittes angesehen, meine Damen und Herren. Des EU-Beitrittes!

Und jetzt, nach vollzogenem EU-Beitritt stehen wir europaweit vor dem nächsten Problem. Die Agenda 2000 steht vor der Beschlußfassung. Die Agenda 2000, in der es auch um die Zukunft aller Tiere geht. Nicht nur der Bauern. Also ist der Tierschutz sicherlich auch immer hier mit enthalten. Aber es geht in erster Linie um die Zukunft der Bauern. Und die Kommission, wenn man sich die letzten Zahlen genau zu Gemüte geführt hat, die Kommission, meine Damen und Herren, will in dieser Agenda 2000 erstens das Agrarbudget einfrieren auf zirka 40,5 Milliarden Euro und die Prämien jährlich um 3 Prozent kürzen. Degressiv gestalten. Und das, meine Damen und Herren, ist ein gefährlicher Anschlag auf die Bauern! Dem Vernehmen nach, und das ist nachzulesen, hat zumindest keine einzige der 15 Länderdelegationen in dieser Arbeitsgruppe das Arbeitspapier der Kommission ausdrücklich abgelehnt. Also auch unser Landwirtschaftsminister Molterer hat hier schon sozusagen zugestimmt. Deutschland vertritt eine andere Linie in diesem Bereich. Es möchte, daß es zu einer 25prozentigen nationalen Kofinanzierung kommt. Da wehren sich jetzt die Franzosen dagegen, weil gerade für die Franzosen, die doch eher schon größere Betriebe haben, würde das zu einer problematischen Ver-

minderung ihrer Rückflüsse von Brüssel führen. Und von dieser dreiprozentigen Kürzung in diesem Arbeitspapier dieser Förderungen wären betroffen alle Direktzahlungen, die bereits bestehen: Kulturpflanzenausgleich, Ölsaatenprämien, Stillungsprämien, Sonderprämien für männliche Rinder, Mutterkuh- und Mutterschafprämien, und die im Zuge der Agenda neu zu schaffenden Prämien wie Milchkuhprämien und weitere Ausgleichszahlungen.

Ein großes Problem in dieser Diskussion, meine Damen und Herren, ist sicherlich, daß bei diesen 40 Milliarden Euro, die dieses Agrarbudget beinhaltet, auch die Kosten für den ländlichen Raum beinhaltet sein sollen. Das heißt im Klartext, das viel versprochene Geld für den Grenzraum, für den ländlichen Raum, wird nicht extra fließen. Es muß aus dem Agrarbudget genommen werden. Und da gibt es eine Aussage vom Staatssekretär für Finanzen, Wolfgang Ruttensdorfer, der bei dem dieswöchigen ECOFIN-Rat keinen Zweifel daran gelassen hat, daß für ihn mit den 40,5 Milliarden Euro auch die ländliche Entwicklung abgegolten ist. Ein Widerspruch ist dann jedoch gekommen vom Landwirtschaftsressort, der lautet, das sei keineswegs die offizielle österreichische Regierungslinie. Jetzt kann man sich schon vorstellen, was da passiert. Da weiß der rote Finanzstaatssekretär nicht, was der schwarze Landwirtschaftsminister will. Jeder behauptet vom anderen, das ist nicht Regierungslinie. Und diese Personen sollen für das Wohl der Landwirte und für das Wohl der in diesem ländlichen Raum lebenden Menschen dort verhandeln? Ich habe Sorge! Sorge um die Bauern und Sorge um alle anderen Österreicher und Niederösterreicher. Wenn so verantwortungslose Politiker da draußen herumsitzen, was anderes kann man nicht sagen. Vielleicht ist es schon so wie einmal in der Presse nachzulesen war, daß...

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter Waldhäusl! Ich ersuche Sie, zur Sache zu reden!

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Frau Präsidentin! Das ist Sache! Hohes Haus!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter Waldhäusl! Ich ersuche Sie wirklich, im Sinne der Tagesordnung Ihre Rede anzulegen!

Abg. WALDHÄUSL (FPÖ): Hohes Haus! Frau Präsidentin! Wenn im Zuge der Agenda 2000 die Landwirtschaft generell zu Tode verurteilt wird, dann kann man auch in Zukunft nicht von Tierschutz im landwirtschaftlichen Bereich sprechen.

Wer soll im landwirtschaftlichen Bereich Tierschutz pflegen, wenn nicht die Landwirte? Und genau darum ist es überhaupt kein Problem, im Zuge einer Tierschutzdebatte auch über die zukunftsweisende Entscheidung der Agenda 2000 zu diskutieren. Es ist sogar Pflicht jedes anständigen, ehrlichen Agrarpolitikers, hier heute über die wichtigsten Entscheidungen in den nächsten Wochen zu diskutieren. Traurig ist es, wenn dann die Personen, die über dieses Schicksal verhandeln, Molterer, Ruttensdorfer, nicht wissen, was Regierungslinie ist. Es ist traurig, wenn man jetzt noch immer nicht weiß, was will die Regierung. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich der Verrat an den Bürgern in diesem Staat. Österreich hat dann eine verschärfte Modulation als Alternative eingebracht, die ist vom Hauptverband wieder kritisiert worden. Turnfritz hat den Vorstoß von Molterer sehr stark kritisiert. Er sagt, es wäre das Aus sämtlicher jetzt bestehender größerer Betriebe, die eigentlich die einzigen wären, die dann eine Überlebenschance hätten.

Und noch vor wenigen Tagen haben Fischler und Molterer kritisiert, daß dieses Agrarbudget eingefroren wird und daß es zu einer Degression kommen soll. Jetzt sind sie beide der Ansicht, daß es doch so sein wird und es in Ordnung ist. Obwohl - nachzulesen - auch noch der Präsident der Landwirtschaftskammer Rudolf Schwarzböck geschrieben hat, die Degression ist inakzeptabel und man muß sie verhindern. Und darum sind sie ja auch nach Brüssel gefahren, unsere Vertreter. Unter dem Titel mit dem Plakat „Österreichischer Bauernbund“ haben sie demonstriert. Es fragt sich nur, gegen wen haben sie demonstriert? Einer, der auch mit auf der Reise war, Gottseidank nicht krank geworden ist, ihn hat der Wasserwerfer nicht getroffen - Herr Präsident, das freut mich für Sie. Agrarlandesrat Blochberger ist wahrscheinlich krank geworden. Der wird neben den Franzosen gestanden sein, da werden Sie sich nicht hingetraut haben. Dort stellen die Vertreter ein bißchen eine härtere Linie. Ich frage hier von diesem Rednerpult, gegen wen hat hier Agrarlandesrat Blochberger, Präsident Penz, auch Direktor des Bauernbundes, und Schwarzböck, gegen wen haben sie demonstriert? Gegen sich selbst? In diesem Lande gibt es einen ÖVP-Landwirtschaftsminister. Es gibt in jeder Landes-Landwirtschaftskammer einen ÖVP-Präsidenten. Sie stellen sämtliche Agrarlandesräte, diese ÖVP. Und plötzlich demonstriert sie gegen sich selbst? Das ist ja so etwas Verwunderliches. So etwas hat man überhaupt noch nicht gesehen. Und dann sieht man, wer macht so etwas? Wer demonstriert gegen sich selbst? (Abg. Kurzreiter: Herr Kollege! Die Agenda wird ja nicht allein in Niederösterreich

beschlossen!)

Der Österreichische Bauernbund demonstriert gegen die Bauernbundpolitiker! Na schön, kann man nur sagen.

Im Zuge dieser Verhandlungen zur Agenda 2000 ist natürlich von wesentlicher Bedeutung, daß man überlegt, wie es mit der Osterweiterung weitergeht. Wir haben ja heute schon gehört in der Aktuellen Stunde, unser Landeshauptmann befindet sich in der Slowakei. Ich hoffe, daß er dort den Beitritt so vorbereitet, daß es noch lange, lange dauern wird. Denn die jüngste Studie der WIFO warnt bereits davor, daß kein Beitrittskandidat derzeit EU-reif ist.

Beim ökosozialen Forum, bei der Wintertagung hat Universitätsprofessor Dr. Schöpf, das ist ein Universitätsprofessor der Wirtschaftsuniversität, gesagt, nicht vor zirka 2050 wird irgendein Staat dazu in der Lage sein. Und er hat sich gegen die gemeinsame Agrarpolitik ausgesprochen, denn diese ist eigentlich gescheitert. Da befindet er sich ja in guter Gesellschaft, weil unser Präsident Penz hat ja schon geschrieben, nachzulesen in der Agrarpost: „Die Agrarpolitik der EU ist gescheitert.“ Also weiß man ja jetzt, warum auch der Bauernbund in Brüssel gegen die Bauernbundpolitiker demonstriert. Kollege Penz hat wahrscheinlich gegen sich selbst demonstriert. Gegen wen der Schwarzböck demonstriert hat, weiß ich noch nicht. Blochberger hat gegen alle anderen demonstriert und auch gegen sich selbst. Er ist heute nicht da, er kann uns diese Auskunft nicht geben. Aber wir werden ja sehen, vielleicht, Kollege Penz, können Sie uns heute noch erklären, gegen wen Sie außer gegen sich selbst wirklich demonstriert haben.

Und dann liest man immer wieder „vom Grenzland zum Kernland“. Auch im „Bauernbündler“. Also die Osterweiterung ist ein Anliegen nicht nur der ÖVP, sondern insbesondere auch des Bauernbundes. Wahrscheinlich damit die Sorgen dann noch früher beendet sind. Weil wenn es keine Bauern mehr gibt, dann werden die Bauern ihre Sorgen los. Das ist Bauernbundpolitik - mit der habe ich nichts am Hut, weil eigentlich ich für ehrliche Politik stehe. Und auch in dieser Zeitung dann nachzulesen, neben dem, daß es dann noch, „Polen und die EU“, jetzt schon eine Akademikergruppe gibt, die da auch schon werbend für Polen sich einsetzt, gibt es noch einen kritischen Artikel: Jetzt geht es um die „Wurscht“. Wir und Europa, wo eigentlich kritisch auf die EU eingegangen wird. Genau diese Zeitung, die vor dem EU-Beitritt ständig, aber wirklich ständig nur für diese EU gefordert hat, geschrieben hat und ge-

sagt hat, das ist die Rettung der Bauern. Die Rettung der Bauern, meine Damen und Herren, wäre, wenn der Bauernbund abtreten würde! Das wäre die einzige Rettung der Bauern. Aber da müssen wir wahrscheinlich noch ein, zwei Jahre warten. Aber bis dahin werden viele Bauern ihre Höfe verlassen müssen. Und das, meine Damen und Herren, ist eigentlich für die Bauern ein Problem. Es ist keine schöne Aussicht. Und darum bringen wir heute auch noch drei weitere Anträge ein, um eben hier vorzubeugen. Um hier vorzubeugen, daß, meine Damen und Herren, daß diese Entwicklung sich nicht so fortsetzt. Denn es gibt Alternativen. Wir haben sie im Bereich der Schweinekrise schon vor Monaten aufgezeigt. Agrarlandesrat Blochberger hat unsere Forderung medial unterstützt. Hat zwar dann nicht die Kraft gehabt, daß auch die Landtagsriege der ÖVP seine Forderung unterstützt hat. Mag sein, wie auch immer. Heute habt Ihr die Möglichkeit, ohne Euch zu verstecken hinter Geschäftsordnungsstücken, wir können hier heute nicht mitstimmen. Denn das steht so in der Geschäftsordnung und könnte deswegen hier dort und überhaupt vielleicht ein Problem sein. Hier geht es um die Probleme der Landwirtschaft und hier habt Ihr heute nicht nur die Chance, sondern Ihr habt die Pflicht, die Pflicht, Euer wahres Gesicht zu zeigen. Steht Ihr an der Seite der Bauern oder steht Ihr an der Seite derjenigen Politiker und der Politik, so wie wir es jetzt immer gesehen haben: Diejenigen, die gegen sich selbst demonstrieren. Ich hoffe, Ihr steht an der Seite der Bauern, und darum gebe ich Euch die Möglichkeit mit drei weiteren Anträgen, den Bauern zu helfen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Reduktion der Beitragsleistungen des Landes Niederösterreich zur Europäischen Union bei gleichzeitiger Verwendung des entsprechenden Anteiles für die heimische Landwirtschaft.

Die Anteile des Landes Niederösterreich an den Beitragsleistungen zur Europäischen Union für die Jahre 1995, 1996 einschließlich 1997 betragen in Summe ATS 2.833,349.000,-. Andererseits wendet die EU die Hälfte des EU-Budgets für die Landwirtschaft auf. Es erhebt sich daher die berechnete Frage, weshalb Niederösterreich über den Umweg der Beitragszahlungen nach Brüssel die Landwirtschaft fördern soll. Zu dem

kommt, daß die Europäische Union im Agrarbereich nahezu ausschließlich flächenbezogene Förderungen vergibt. Ökonomischer wäre es, die Beiträge an die Europäische Union um 50 % zu kürzen und diesen so eingesparten Betrag der heimischen Landwirtschaft in Form von strukturspezifischen und gebietsbezogenen Direktförderungen zukommen zu lassen.

Der Arbeitsplatz Bauernhof soll, wo notwendig, mit Hilfe von Sockelbeträgen erhalten bleiben, wo durch flächenbezogene Förderungen oder aufgrund der topographischen Lage die betriebswirtschaftliche Existenz nicht mehr möglich ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erwirken, daß die Beitragsleistungen Österreichs und damit auch Niederösterreichs zur Europäischen Union infolge Neuverhandlungen gesenkt werden."

Sie haben gehört, auch Präsident Penz hat gesagt, die gemeinsame EU-Agrarpolitik ist gescheitert. Wir stellen seit Monaten und Jahren die Forderung auf nach Renationalisierung. Zurück mit der Agrarkompetenz nach Österreich! Geben wir unseren Landwirten die Möglichkeit, daß wir sie selbst fördern und selbst die Landwirtschaft erhalten. Deutschland will Neuverhandlungen, hat Forderungen gestellt, daß eben die Beitragsleistungen gesenkt werden. Nützen auch wir heute die Gelegenheit und treten für diese sinnvolle Sache ein. Der zweite Antrag (*liest:*)

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Rücksichtnahme auf die heimische Landwirtschaft bei der EU-Osterweiterung.

Seit dem Europäischen Gipfel in Kopenhagen 1993 ist die EU-Osterweiterung eine politische Vorgabe. Nach Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers vom 25.11.1997 und 27.5.1998 soll es bei den Beitrittsverhandlungen keine Verzögerung und kein Bremsen geben. Vielmehr sei

die Osterweiterung für Österreich geradezu eine Notwendigkeit und angesichts der historischen Beziehungen zu Mitteleuropa geradezu eine Familienangelegenheit.

Während Vizekanzler Schüssel noch am 30. März 1998 den Aufwand der EU in der Vor-Beitrittsphase mit 600 Milliarden beziffert um die beitragswilligen Länder auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten, nennt er am 30. Juni 1998 für den selben Zweck schon eine Summe von 1000 Milliarden. Es ist aber gerade für die Bevölkerung des Bundeslandes Niederösterreich als Agrarland Nummer 1 von Bedeutung, ab wann und zu welchen Bedingungen sich die Beitrittswerber (MOEL) mit uns in einem gemeinsamen, von den europäischen Grundfreiheiten beherrschten Markt befinden werden.

Landwirtschaftskammer-Präsident Schwarzböck verwies in der Zeitung 'Die Presse' vom 30.6.1998 darauf, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte bei den östlichen Nachbarn um bis zu 60 % unter dem EU-Niveau liegen. Neben dem Auslaufen der Ausgleichszahlungen für die heimische Landwirtschaft, der im Zuge der EU-Osterweiterung bevorstehenden Änderung der Förderungskulisse stehen die Bauern des Agrarlandes Niederösterreich in unmittelbarer Konkurrenz zu den leistungsfähigen Agrarproduzenten Polen, Tschechien und Ungarn. Bei der derzeitigen Regelung der Kennzeichnungspflicht würden die österreichischen Konsumenten mit Billigstnahrungsmitteln aus diesen Ländern versorgt, die nicht unserem Qualitätsstandard entsprechen. Die Anzahl der bäuerlichen Betriebe würde auf Grund der zusätzlichen Konkurrenz noch rascher absinken und die daraus resultierende Landflucht den Druck auf den heimischen Arbeitsmarkt zusätzlich verstärken.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Bundes in Brüssel zu erwirken, daß beitragswillige Länder der EU erst dann angehören dürfen, wenn: das Niveau für Agrarprodukte zumindest 80 % des österreichischen beträgt, die Umweltstandards zumindest dem EU-weiten Durchschnitt entsprechen."

Und der letzte Antrag, meine Damen und Herren (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl zum Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses, Ltg. 211/V-11/3, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich, betreffend Ablehnung der Agenda 2000.

Die Europäische Kommission hat am 15. Juli 1997 den Entwurf der ‚Agenda 2000‘ verabschiedet. In diesem Papier wird im ersten Teil die künftige Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturpolitik behandelt. So schlägt die Kommission im Sektor Ackerkulturen (Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen) unter anderem vor, den Interventionspreis für Getreide (im Jahr 2000) in einem einzigen Schritt von derzeit 119,19 ECU/t auf 95,35 ECU/t zu senken. Dies bedeutet eine 20 %ige Senkung des Interventionspreises für Getreide. Bei Rindfleisch schlägt die Kommission vor, die Marktpreise schrittweise über den Zeitraum 2000-2002 auf ein wirksames Stützniveau von 1950 ECU/t (derzeit 2780 ECU/t) zurückzuführen. Dies entspricht einer 30 %igen Reduktion. Weiters ist eine schrittweise Senkung der Stützungspreise bei Milch um durchschnittlich insgesamt 10 % über den Bezugszeitraum (bis zum Jahr 2006) geplant. Zudem sollen bis zum Jahr 2006 die Förderungen sukzessive gesenkt werden.

Wenn all diese Maßnahmen schlagend werden, ist ein Aufrechterhalten der bäuerlichen Familienbetriebe - wie sie vor allem für Niederösterreich typisch sind - nicht mehr möglich. In vielen Gebieten Niederösterreichs, vor allem im bergbäuerlichen Bereich, übersteigen dann die Produktionskosten den Erlös bei weitem, insbesondere bedingt durch die degressiven Förderungen. Es muß Ziel aller verantwortungsbewußten Landespolitiker sein, den Arbeitsplatz Bauernhof zu erhalten und weiters die Importabhängigkeit im Lebensmittelbereich - wo immer möglich - zu verhindern.

Niederösterreich wird gerne als das Agrarland Nummer 1 bezeichnet. Um die wertvolle Kulturlandschaft zu erhalten und die bäuerliche Bevölkerung nicht noch weiter zu belasten, ist es daher unumgänglich, gegen die Senkung der Interventionspreise wirkungsvoll einzutreten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß die jeweiligen offiziellen Vertreter Österreichs in den zuständigen Gremien auf europäischer Ebene der vorliegenden Fassung der ‚Agenda 2000‘ nicht zustimmen, insbesondere jedoch die Reduktion der Interventionspreise ablehnen.“

Und jetzt, meine Damen und Herren Kollegen des Hohen Hauses, liegt es an Euch, und hier appelliere ich wirklich an den Bauernbund, an die Fraktion der ÖVP, hier heute ein Signal zu setzen. Ein Signal, um auch dem zuständigen Minister, unserem Minister Molterer Rückenstärke zu geben. Wenn all diese Maßnahmen so eintreffen sollten, daß er mit einem Veto unsere Bauern schützt. Er hat die Möglichkeit. Geben wir ihm die Rückenstärkung! Geben wir sie ihm! Treten wir heute, so wie wir für Tierschutz im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich eintreten, treten wir heute auch genauso stark für die heimische Landwirtschaft ein. Schützen wir alle unsere Tiere, beschützen wir weiterhin unsere Bauern in Niederösterreich, in Österreich. Und sollte heute das eintreten, meine Damen und Herren der ÖVP, daß Ihr diese Anträge wieder ablehnt, dann schließe ich mit den Worten: Und schützt bitte unsere Bauern vor dem Österreichischen Bauernbund! *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Feurer. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat sehr ausführlich diese Art. 15a-Vereinbarung in seinen Ausführungen beschrieben. Es ist so, daß das Schwergewicht natürlich außerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches und der Jagd und Fischerei liegt. Allerdings ist auch darin angemerkt, daß Tierquälerei auch über diese Bereiche sich erstreckt und somit natürlich auch diese Bereiche umfaßt. Insbesondere sind die Regelungen für Wildtiere in Zirkussen, Varietés und Wanderschauen hervorzuheben. Die für Wildtiere vorgesehenen Mindestanforderungen sollen auch für die Haltung dieser Tiere in Tierparks Anwendung finden. In den Übergangsregelungen wird festgelegt, daß sich die Länder verpflichten, innerhalb von zwei Jahren

nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung landesrechtliche Regelungen zu erlassen. Das Verbot der Haltung von Wildtieren, das sich aus der Anlage 6 ergibt, soll bis 2005 umgesetzt werden.

Nach dieser Anlage 6, Abschnitt C, ist die Haltung und Mitwirkung von verschiedenen Arten von Wildtieren in Zirkussen und Varietés sowie Wanderschauen verboten. Zum Beispiel gilt das für Elefanten, für Giraffen, Großbären und größere Säugetiere. Es ist heute hier schon angeschnitten worden: Löwen und Tiger sind hier nicht mit hineingenommen. Es ist auch aus meinem Blickwinkel unverständlich, daß diesbezüglich keine Regelung gefunden wurde.

Es sind auch Mindestanforderungen für die Haltung von Tieren festgelegt. So ist beispielsweise für einen Hundezwinger 15 m² als Mindestgröße vorgesehen. Und es mutet schon ein bißchen eigenartig an, wenn man bedenkt, daß das gleiche für Elefanten in Innenanlagen gilt. Also hier, glaube ich, müßte man auch noch einmal darüber nachdenken, ob diese Regelung wirklich der Weisheit letzter Schluß ist. Das umso mehr, als Elefanten an eine bestimmte Temperatur gebunden sind, das heißt, daß vor allen Dingen über die Wintermonate Elefanten kaum in die Außenanlagen geleitet werden können.

Daß die Tierschutzvereine mit dieser Art. 15a-Vereinbarung keine Freude haben, das sei hier auch ausgesprochen. Und ich darf vielleicht ganz kurz eine Presseaussendung des Wildtierreferenten des Tierschutzvereines „Vier Pfoten“, des Herrn Jürgen Arnauer zitieren. Er schreibt folgendes: „Einmal mehr werden in Teilbereichen schlechte Landestierschutzbestimmungen zur Norm für ganz Österreich erhoben. Verbesserungen gibt es nur für Krokodile und Chamäleons, doch in anderen Bereichen bleibt der schlechte Status quo erhalten.“ Arnauer weiter: „Die neue 15a-Vereinbarung sieht beispielsweise nach wie vor die widerliche Ketten-Hundehaltung vor. Darüber hinaus weist sie unakzeptable Widersprüche auf. Einerseits dürfen den Tieren keine Schmerzen und Leid zugefügt werden, andererseits sind Eingriffe zur Entfernung von Körperteilen nach wie vor ohne Betäubung erlaubt.“ Es gibt natürlich auch Lobbying in diesem Bereich. Denn genau das soll nämlich mit dieser 15a-Vereinbarung verändert werden. Tierquälerei wird abgeschafft und daher wird es den Landesgesetzgebern aufgetragen, innerhalb dieser zwei Jahre solche Tierquälereien in den Landesgesetzgebungen abzuschaffen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die heutige 15a-Vereinbarung, glaube ich, eine Verbesserung in einer ganzen Reihe von Schutzanlässen bedeutet. Und natürlich ist es ein Anliegen der Bevölkerung, im Tierschutz wirklich einmal weiter zu kommen. Wir wissen, vor etwa drei Jahren hat es das Tierschutzvolksbegehren gegeben. 460.000 Österreicherinnen und Österreicher haben sich angeschlossen. Und die Forderungen dieses Tierschutzvolksbegehrens sind, glaube ich, wirklich umzusetzen. Wir meinen, daß wir vor allen Dingen bundesgesetzlich versuchen müssen, ein einheitliches österreichisches Tierschutzgesetz zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Seit 30 Jahren wird um dieses Ziel von den Tierschützern in Österreich gekämpft. Und es hat im Parlament, im Unterausschuß viele Verhandlungsrunden bereits gegeben. Leider Gottes ist es so gewesen, daß immer die ÖVP in dieser Frage geblockt hat. Aber es ist, glaube ich, auf Sicht gesehen unannehmbar, daß es in Österreich eine ganze Reihe von Gesetzen gibt, Landesgesetze gibt, Bundesgesetze gibt, insgesamt sind es 55 Gesetze oder Verordnungen oder Richtlinien, die mit dem Tierschutz zu tun haben. Da wäre es doch sicher zweckmäßig, wenn wir versuchen, hier auf eine einheitliche Lösung bundesweit zu kommen. Es geht uns, glaube ich, im wesentlichen darum, daß diese mangelnde Transparenz, die sich durch diese ganze Fülle von Gesetzesvorlagen ergibt, minimiert wird. Daß vor allen Dingen eine klare Linie bei den Prioritäten gesetzt wird. Und das kann eigentlich nur auf Bundesebene erfolgen. Das bestätigen eigentlich auch alle namhaften Rechtsexperten, die sich mit dieser Materie befaßt haben.

Die vorliegende Art. 15a-Vereinbarung stellt aus Sicht der Sozialdemokraten einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es ist hier zweifellos festzustellen, daß eine ganze Reihe von Verbesserungen im Tierschutz gewährleistet sein wird. Allerdings muß man auch dazu sagen, daß die Fristen teilweise sehr lang angelegt sind. Ich darf mit Nachdruck hier nochmals feststellen, daß es uns vor allen Dingen darum geht, daß wir ein einheitliches Bundestierschutzgesetz in Österreich schaffen. Und es gilt für uns als Sozialdemokraten natürlich, mit ganzer Kraft, wo immer wir tätig sind, zu versuchen, daß wir diese Ziele des Volksbegehrens auch tatsächlich in die Tat umsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf hier ganz klar sagen, daß wir dem Antrag der Abgeordneten Mag. Weininger, Mag. Fasan hinsichtlich einer Schaffung eines einheitli-

chen österreichischen Tierschutzgesetzes sehr viel Liebe und Sympathie entgegenbringen. Es ist allerdings so, und ich habe darauf auch aufmerksam gemacht, daß natürlich die Begründung dieses Resolutionsantrages nicht den Tatsachen entspricht. Weil in dieser Begründung niedergeschrieben worden ist, daß diese 15a-Vereinbarung nicht einmal Mindeststandards garantiert. Das ist von der Sache her falsch! Und daher können wir, obwohl ich ursprünglich vor hatte, diesem Resolutionsantrag beizutreten und wir ihm auch die Zustimmung geben wollten, daher muß ich aus diesem Grund, weil man ja formal richtig handeln muß, möchte ich hier ausdrücken, daß ich wieder von diesem Resolutionsantrag heruntergehe. Und daß die Sozialdemokraten aus diesem Grund auch dem Antrag nicht zustimmen können.

Ich darf aber nochmals versichern, daß wir an anderer Stelle mit ganzer Kraft dafür eintreten werden, daß ein einheitliches österreichisches Tierschutzgesetz geschaffen wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

In der heute zu genehmigenden Vereinbarung stehen Heimtiere im Mittelpunkt. Tiere, die der Mensch insbesondere in seinem Haushalt, zu seiner eigenen Freude und als Gefährten hält, wie es in dieser Vereinbarung sehr schön steht. Und ich glaube, daß mit dieser Formulierung auch das umschrieben ist, was viele Menschen im Heimtierbereich für ihr Tier empfinden. Als einer, der schon vor neun Jahren einen derartigen Hund, unseren Hund „Timmi“, aus dem Wiener Tierschutzverein geholt hat und gesehen hat, wie ein Tier mißhandelt werden kann und wie es sich entwickeln kann, wenn es liebevoll umsorgt wird, glaube ich, schon aus diesem Aspekt befugt zu sein, zu dieser Materie zu sprechen. Ich glaube, daß es eine besondere ethische Verpflichtung des Menschen gibt anderen Lebewesen gegenüber. Und daß wir daher auch aufgerufen sind, die Tiere mit ihrem Beitrag zu unserer Lebensqualität, zur Freude für Kinder, Senioren, der Kranken, da gibt es ja ganz tolle Dinge, zu würdigen. Und das passiert mit dieser Vereinbarung, die uns heute vorliegt.

Sie enthält wichtige Punkte. Das europäische Übereinkommen über den Schutz von Heimtieren wird mit dieser Vereinbarung für uns als Landes-

gesetzgeber verbindlich gemacht. Der Katalog der Tierquälereien wird wesentlich erweitert. Und er enthält eine Reihe von Dingen, die jetzt für Tierliebhaber ganz entscheidend sind, die auch heftig diskutiert werden und die, glaube ich, einen großen Fortschritt bringen. Wenn ich nur nenne das Verbot des Kupierens von Hunden, das Verbot von Qualzuchten, womit immer wieder Rassenmerkmale hervorgezucht werden, die vielleicht dem einen oder anderen gefallen, die aber für die Tiere ihr Leben lang Qualen bedeuten, einen Verlust der natürlichen Bewegungsfreiheit, dann sind das Dinge, die, glaube ich, sehr wichtig sind. Wo es auch Fehlentwicklungen gibt und wo der Gesetzgeber einschreiten muß.

Daß das Aussetzen von Tieren verboten ist, ist eine logische Sache, ebenso wie das Aufbewahren von Tieren in Pkws. Und ich möchte an dieser Stelle zum Beispiel einen Querverweis herstellen, daß wir hier Dinge geregelt haben, die leider auch im Bereich der Menschen vorkommen. Immer wieder kommt es vor, daß Kinder im Sommer in Pkws vergessen werden oder „aufbewahrt“ werden. Und hier manchmal vielleicht sogar bei Kindern nicht dieses Bewußtsein da ist, das wir hier bei Tieren als selbstverständlich voraussetzen. Nicht zuletzt werden Mindestanforderungen für die Haltung von Tieren geregelt und auch für die Tierheime werden Standards angefügt.

Nun zur großen Frage, wer denn diese Regelung treffen soll. Es ist ja von meinem Vorredner und auch von der Kollegin von den Grünen angesprochen worden, wer denn das am vernünftigsten macht, Bundes- oder Landesgesetzgeber. Ich möchte zunächst festhalten, daß es den Tieren wahrscheinlich ganz egal ist, wer die Normen zu ihrem Schutz festlegt. Ob das von Bund oder von den Ländern gemacht wird ist letztlich ganz egal. Hauptsache, es sind gute Regelungen und sie funktionieren. Und dieser Entwurf nach Artikel 15a B-VG leistet zum Beispiel wesentlich mehr als der seinerzeitige Entwurf für ein einheitliches Bundestierschutzgesetz, der im Nationalrat ja schon eingebracht wurde. Das heißt, es kommt nicht darauf an, wer ein Gesetz beschließt, sondern was drinnen steht, wie effizient und wie sinnvoll es ist. Und weil sich die Kollegin Mag. Weinzinger ein paar Leseübungen in unserer Vereinbarung gegönnt hat, so darf ich vielleicht in diesen seinerzeitigen Entwurf des Bundes nur ganz kurz hineinblicken und hier zum Beispiel eine Bestimmung vorlesen: „Ein Tier ist mit geeignetem Futter so zu ernähren, daß ihm keine vermeidbaren Leiden oder Schäden zugefügt werden.“ Also nur dieser eine Satz wirft ja schon die Frage auf, was ist wirklich geeignet? Und „unvermeidbare“ Leiden

oder Schäden, die darf man zufügen mit dem Futter? Also das sind Dinge, wo die Abgrenzung ganz genauso schwer fällt, egal, ob das eine Bundesbestimmung oder eine Landesbestimmung ist. Ich glaube, es kommt auf den Inhalt an. Und wenn ich es dann noch viel detaillierter festlege und sage, bei welcher Rasse mit welchem Gewicht ich das verbindlich erkläre, was uns die Tiermittelhersteller auf ihren Packungen empfehlen, wenn ich das normativ mache und sage, so muß es sein, und das werden wir überwachen, dann habe ich zwar wunderbare Regelungen, aber ich komme in den Vollzugsnotstand. Ich frage Sie, wer wird das kontrollieren? Wer wird das nachwiegen? Wer wird den Hund bewerten? Ich glaube, da muß man als Gesetzgeber doch vernünftig sein. Oder, auch aus der Bundesregelung: „Ist ein Tier regelmäßig angebunden, angekettet oder eingesperrt, so ist ihm der seinen Bedürfnissen entsprechende Raum zu gewähren. Tier- und Liegeplätze müssen so dimensioniert sein, daß das Tier artgemäß liegen kann.“ Das ist um nichts weniger schwammig oder genauer als das, was hier beschlossen wird. Ich glaube, es kommt wirklich darauf an, etwas Vernünftiges zu finden, um Mißstände zu vermeiden und einen vernünftigen Standard sicherzustellen. Aber nicht hier irgend welche Details zu prägen. Diese Liste könnte man natürlich beliebig lange fortsetzen.

Ich möchte ganz allgemein dazu sagen, daß es auch nicht Aufgabe dieses Landtages sein kann, darüber nachzudenken, wie wir Kompetenzen aus diesem Haus an ein anderes Parlament delegieren können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es hat in diesem Raum eine Diskussion der Juristischen Gesellschaft Niederösterreich stattgefunden mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamovich. Und der hat, auf einen Diskussionsbeitrag angesprochen, bestätigt, daß wir in Niederösterreich im wesentlichen bürgerfreundlichere, leichter zugänglichere, verständlichere und leichter vollziehbare Gesetze machen. Es ist auch einfacher, weil wir nicht so viele Kompetenzen haben. Aber ich glaube, wir sollten uns doch eher bemühen, Herr Landesrat Dr. Bauer, hier ein Gesetz zu entwerfen und zu beschließen, das Hand und Fuß hat. Das diesen Mindeststandards entspricht, das eine vernünftige Regelung vorsieht, als darüber nachzudenken, wie man das irgend jemanden anderen geben kann, von dem ich behaupte, daß er es nicht so gut kann wie wir. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nächstens, viertens, haben die Länder ja bewiesen, daß sie sich auch der Aufgabe Tierschutz konsequent gewidmet haben und diese wahrnehmen. Wir haben in Niederösterreich,

ohne daß man das in einem Resolutionsantrag der Grünen erwähnen mußte, seit vielen Jahren ein Verbot von diesen gefährlichen Fallen im Jagdgesetz. Das wird exekutiert. Das ist überhaupt kein Thema mehr bei uns. Wir haben die Vereinbarung zum Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft. Und diese Vereinbarung der Länder, die natürlich schon umgesetzt ist bei uns, geht weit über das hinaus, was in der EU Standard ist. Es ist daher sinnvoll, wenn man für die Tiere in Europa etwas tun muß, auf europäischer Ebene etwas zu tun, als nachzudenken, wie man das, was in den Ländern schon gut funktioniert und den Tieren viel mehr bietet als das, was sie außerhalb Österreichs haben, wie man diese Dinge wieder den Ländern wegnimmt.

Und letztlich, fünftens, ist es ja so, daß die Frage Bundes- oder Landesvollzug ja nichts ändert an der praktischen Verfügbarkeit von Vollzugsorganen. Wer wird es denn machen, wenn wir in unsere Gemeinden schauen? Der Bürgermeister? Die Bezirksverwaltungsbehörde? Die Gendarmerie? Die Verlagerung der Kompetenzzuständigkeit bringt ja noch lange keine Verbesserung im Vollzug! Und gerade diese Dinge, wie ein Tier gehalten ist, liegen ja so weit im privaten Bereich, daß man einen breiten Flächenvollzug ja vernünftigerweise nur sehr, sehr schwer feststellen kann.

Wir glauben daher, daß es auch ganz wichtig ist, das Bewußtsein für die Tiere weiter zu wecken, zu fördern und hier auch Dinge abzustellen, die manchmal aus falsch verstandener Tierliebe passieren. Ich denke an die schon erwähnten Qualzuchten, von Gebiß bis zur Hundehaltung, Fußhaltung bei Schäferhunden, die mit abfallendem Rücken dann schon praktisch am ganzen Unterfuß daherspazieren. Ich glaube, da gibt es sicher Fehlentwicklungen, die aus falsch verstandenem Schönheitsideal passieren. Da muß man auch mit Bewußtseinsbildung ansetzen.

Zu den Anträgen der FPÖ, die uns vorliegen, muß man, glaube ich, sagen, daß es wirklich ein starkes Stück ist, die berechtigten Anliegen der österreichischen Bauernschaft nicht vorzubereiten, so wie das möglich ist, das einzubringen - Sie haben ja das Antragsrecht - sondern die Bauern auf ein Niveau mit dem Tierschutz zu stellen und die Probleme der Menschen bei den Tieren abzuhandeln. Ich glaube, da sollte man wirklich eine vernünftigere Vorgangsweise wählen. Und in dem Zusammenhang möchte ich auch feststellen, daß der Herr Klubobmann Dr. Strasser in seiner Wortmeldung keineswegs irgendjemandem das Wort in diesem Hause verboten hat. Sondern er

hat darauf hingewiesen, daß diese Anträge inhaltlich nicht im Zusammenhang mit den Themen stehen, die heute hier zur Debatte stehen. (*Hef-tige Unruhe bei Abg. Marchat.*)

Und daher hat er zu Recht darauf verwiesen, daß man das dort einbringen soll, wo es hingehört, nämlich bei den Problemen in der Landwirtschaft. Und nicht beim Tierschutz.

Zu den Anträgen der Grünen ist zu sagen, daß die Resolutionsanträge zum Tierschutz sich selbst abqualifizieren, wenn man sagt, daß Niederösterreich das schlechteste aller Landesgesetze hat und daß die vorliegende Art. 15a-Vereinbarung nichts wert ist. Ich glaube, dann muß man inhaltlich nicht weiter diskutieren. Ich glaube gezeigt zu haben, daß wir so viele Verbesserungen jetzt auch bereits haben, daß dieser Katalog nicht erforderlich ist und auch, glaube ich, keinen großen Fortschritt bringt.

Und zum bundeseinheitlichen Tierschutzgesetz kann ich mich dem anschließen, was der Herr Kollege Feurer gesagt hat. Der Antrag ist nicht nur inhaltlich problematisch - da sind wir unterschiedlicher Meinung - es ist auch keineswegs so, daß das nicht einmal ein verpflichtender Mindeststandard ist. Das hat die Frau Kollegin Mag. Weinzinger offensichtlich auch übersehen. Es ist eben hier kein Gesetz, das wir beschließen, sondern es ist dieser Mindestrahmen, genau auf Grund dessen dann von der Landesregierung eine vernünftige Vorlage zu erstellen sein wird, die auch auf unsere regionalen Gegebenheiten besonders gut eingehen kann.

Daher glaube ich abschließend feststellen zu können, daß der Tierschutz natürlich ein sensibles Thema ist, das vielen Menschen am Herzen liegt. Daß es darum geht, das richtige Maß zu finden und hier auch nicht zu übertreiben. Weil neben den vielen Tierschützern es natürlich auch Menschen gibt, die sehr sensibel darauf schauen, was für die Menschen in diesem Land passiert. Ich glaube, das ist ein großes Feld unserer Politik. Und man soll daher den Tierschutzgedanken nicht in Mißkredit bringen. Vielmehr geht es darum, diese Einsichten auch im Bewußtsein der Menschen zu verankern.

Ich möchte abschließend von dieser Stelle aus all jenen danken, die sich der Idee des Tierschutzes praktisch verschrieben haben. Die hier ehrenamtlich und unentgeltlich tätig sind. Wenn ich in das St. Pöltener Tierschutzheim schaue - aber es ist in den anderen Tierschutzheimen genauso - ist es so, daß hier sehr viele Freiwillige mitarbeiten, die die Tiere betreuen, die mit ihnen

spazieren gehen, die ihre Zeit für arme und ärmste Kreaturen einsetzen. Und ich glaube, diese Menschen haben sich auch von dieser Stelle ein Dankeschön verdient. (*Beifall bei der ÖVP, den Abg. Koczur und Kautz sowie LR Dr. Bauer.*)

In gleicher Weise sind, glaube ich, auch die Tierärzte hervorzuheben, die, sei es auf behördlicher Seite, sei es freiberuflich, wirklich diese schwierige Vollzugsarbeit zu tun haben. Die sowohl bei den Tiertransporten als auch in der Tierhaltung, als auch bei Mißständen auf Grund dieses Gesetzes hier einzuschreiten haben. Ich glaube, daß die auch in vielen Fällen über ihre Obliegenheiten und Notwendigkeiten hinaus aktiv sind.

Letztlich glaube ich, daß diese 15a-Vereinbarung ein Fortschritt ist. Und wir warten natürlich jetzt auf die Gesetzesvorlage, die sehr rasch dann diesen Standard in Niederösterreich zum Wohl der Tiere und auf Grund dieser ethischen Verpflichtung auch für unser ganzes Bundesland verwirklichen soll. Danke vielmals. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Koczur. Bitte, Herr Klubobmann, Sie haben das Wort.

Abg. KOCZUR (*SPÖ*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Tierschutz möchte ich doch sagen, daß das, was wir heute tun, aus unserer Sicht ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Daß jedoch nicht alles aufscheint und untergebracht werden kann, ist halt eine Sache der Entwicklung einer entsprechenden Meinungsbildung. Nach wie vor glauben wir aber, daß es Dinge gibt, die bundesweit zu lösen sind. Schon einmal aus der Sicht der Größe unseres Landes. Was uns ja nicht daran hindert, die Dinge als der zivilisierten Kulturgemeinschaft angehörend auch europaweit zu sehen.

Ich habe im Vorjahr als Mitglied des Ausschusses der Regionen Gelegenheit gehabt, Berichterstatter zum Thema Tiertransporte zu sein. Und im Zuge der Recherchen zu diesem Thema habe ich auch sehen müssen, daß es halt Dinge gibt, die man zwar europaweit vorgeben kann, wo aber eine regionale Umsetzung erforderlich ist. Und da ist es schon wichtig, glaube ich, daß eine bestimmte Größenordnung vorhanden ist, weil die Bundesländergrenzen ja sicherlich nicht das Verständnis vermitteln, daß etwas einen Kilometer vorher so ist und einen Kilometer nachher anders gesehen wird.

Das vielleicht nachträglich zu diesem Thema noch. Der Ordnung halber möchte ich auch noch ausführen, was die heutigen Resolutionen der FPÖ zu diesem Thema betrifft: Bei aller Achtung gegenüber den Sorgen und Problemen, die es in der Landwirtschaft gibt, sind wir auch der Meinung, daß Diskussionen und Debatten hier im Landtag herinnen gewissermaßen strukturiert werden müssen, weil sonst jedes Thema – und ich möchte das jetzt nicht ins Lächerliche ziehen – aber man müßte etwa beim nächsten Tagesordnungspunkt nachdenken, wie man auch da irgendwo die Kurve kratzen könnte von der „Schwanzfeder des Adlers“ halt hinab bis zum Tierschutz und von dort zur Tierhaltung. Es gibt nahezu alle Möglichkeiten. Aber da, muß ich sagen, da müßte es bei jeder Landtagssitzung zu jeder Debatte immer auch die Möglichkeit geben, über Beschäftigung zu reden, über die Wirtschaft, über Forschung und Entwicklung, über die Zielgebietseinteilung, und all die anderen Fragen, die uns in den Regionen bewegen. Wir haben nicht nur eine Sparte unserer Wirtschaft, nämlich die Landwirtschaft. Sondern wir haben Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, Tourismus, die ganze Bandbreite. Und wir müssen hier im Hause, wenn wir eine geordnete Abwicklung wollen, eben uns an die Gegebenheiten halten. Das hindert nicht daran, daß man für die nächsten Sitzungen das anders einteilen kann. Aber für diese Sitzung scheint es uns aus prinzipiellen Gründen klar, daß zum Thema Tierschutz nicht die gesamte Palette unserer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen Sorgen behandelt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger hat sich zum Wort gemeldet.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich darf ganz kurz auf zwei Vorredner eingehen. Zuerst zu Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch. Ich möchte mich wehren dagegen, daß, wenn man aus einer gesetzlichen Vorlage zitiert, das als Leseübung abqualifiziert wird. Von Ihnen und ganz generell! Im übrigen lese ich so viel, daß das Üben nicht wirklich notwendig ist.

Das zweite: Es stimmt fachlich und inhaltlich nicht, daß in dieser Art. 15a-Vereinbarung aus Tierschutzgründen mehr enthalten ist als in einem Entwurf für ein Bundesgesetz. Im übrigen wäre auch ein Entwurf für ein Bundesgesetz veränderbar und verbesserbar gewesen, wenn man ernsthaft an einer bundesgesetzlichen Regelung arbeitete. Die halte ich nach wie vor für erforderlich.

Und ich zitiere jetzt ein paar Punkte nur, was heute in den neun Bundesländern geltendes Recht ist, so, wie es heute festgeschrieben ist, um insbesondere jene, die die Würde der Tiere heute strapaziert haben, ein wenig zum Nachdenken anzuregen. Es ist nur in Tirol, der Steiermark und in Kärnten derzeit das Töten von Hunden und Katzen zu Nahrungszwecken verboten. Das heißt, es ist in Niederösterreich erlaubt. Widderkämpfe sind in Oberösterreich und Tirol, die Singvogeljagd ist im Salzkammergut erlaubt, in Tirol wird die Käfighaltung von Legehennen ab 2001 verboten, in Niederösterreich ist sie dezidiert nicht als Tierquälerei eingestuft! Das Durchtrennen der Stimmbänder von Hunden ist in Wien und Salzburg nicht verboten, in den anderen Ländern schon. Die Kastration von Nutztieren ohne Betäubung ist in Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol, im Burgenland, in Salzburg und in Kärnten erlaubt. Die Haltung von Schweinen auf Vollspaltböden ist nur in Tirol und Salzburg verboten. Es ist möglich, daß Vogelarten, die im Burgenland geschützt sind, in Niederösterreich unter bestimmten Voraussetzungen bejagt werden dürfen und beispielsweise in der Steiermark überhaupt keiner Regelung unterliegen.

Das ist eine kurze Liste unterschiedlicher Beispiele, die sehr sehr deutlich machen, warum es hier bundeseinheitliche Regelungen braucht. Und die durch die vorliegende Art. 15a-Vereinbarung nicht zur Gänze abgedeckt werden. Es ist hier nach wie vor einiges nicht geregelt. Und es sind eben keine verpflichtenden Mindeststandards! Ein Beispiel: Wenn ein Zirkus zuerst in Tirol einreist, dann gelten die Tiroler Regelungen und nicht die strengeren Salzburger Regelungen. Und Salzburg hat keine Möglichkeit mehr, ein Verfahren gegen diesen Zirkus zu beantragen und durchzuführen. Es gibt also Bereiche, wo es sehr deutlichen Verbesserungsbedarf gibt. Wir haben uns daher erwartet und gefreut, daß es jetzt zu einem gemeinsamen Antrag kommt. Und ich muß jetzt schon ein wenig auf das Verhalten der SPÖ in diesem Landtag eingehen.

Der Herr Kollege Feurer hat gemeint, die ÖVP hat auf Bundesebene alles abgeblockt, was in Richtung einer bundeseinheitlichen Regelung geht. Das ist korrekt. Aber offensichtlich blockt sie nicht nur mit Erfolg auf Bundesebene, sondern auch im NÖ Landtag. Anders kann ich mir die Vorkommnisse des heutigen Nachmittags nicht wirklich erklären. Ich ersuche den Herrn Kollegen Feurer, zuerst einmal korrekt zu begründen, warum er vom Antrag wieder `runtergeht. Und ich strapaziere jetzt nicht die Geschäftsordnung. *(Abg. Koczur: Das hat er gemacht! Da haben Sie*

nicht aufgepaßt!)

Nein! Es war seine Aussage, die Formulierung „nicht einmal verpflichtende Mindeststandards“ wäre der Stein des Anstoßes gewesen. Herr Klubobmann Koczur! Sie wissen, daß wir hier um des Konsenses willen zurückgesteckt hätten. Und daß Sie erst danach, im nächsten Schritt, als klar war, es steht trotzdem noch ein gemeinsamer Antrag im Raum, mit einer zweiten Formulierung und einem Änderungswunsch gekommen sind, die nirgends vorher diskutiert war. Nämlich, eine 15a-Vereinbarung, lautet unser Antrag, ist weder ausreichend noch zielführend. Und Sie wollten einen „ersten wichtigen Schritt“ daraus machen. Und erst dann ist es gescheitert. Das wurde nicht korrekt wiedergegeben. Ich sage das der Vollständigkeit halber. Der Eindruck, der schon entsteht, ist, daß man so lange eine Formulierung gesucht hat, bis die Grünen nicht mehr mitkonnten. Und es ist damit eine gute Tradition dieses Landtages, oder eigentlich eine schlechte Tradition, fortgeführt, daß sich das Rückgrat der SPÖ-Fraktion als höchst flexibel und dehnbar herausgestellt hat. *(Beifall bei Abg. Mag. Fasan. - Abg. Koczur: Schauen Sie auf Ihr eigenes Kreuz! Da brauche ich nur den Semmering-Basistunnel herzunehmen!)*

Sagen Sie mir eine Aussage, wo ich da irgendwo eine Position geändert habe, Herr Klubobmann Koczur! Zeigen Sie mir eine Aussage von mir! Ich rede hier über Aussagen, die Sie bzw. Ihr Kollege Feurer getroffen hat und nicht von dem, was vielleicht ein steirischer oder ein Bundeskollege von Ihnen gesagt hat. Ganz abgesehen davon, daß das nicht stimmt! *(Abg. Koczur: Sie haben das unkorrekt wiedergegeben!)*

Ich lade auch alle ein, sich einmal wirklich anzuschauen, was Van der Bellen tatsächlich gesagt hat - auch wenn man es ungern tut - besonders über den Straßentunnel.

Ich stelle fest, daß man offensichtlich beim Tierschutz insbesondere eine große Nähe zum Chamäleon entwickelt in diesem Landtag. Und daß hier aus einer roten Position eine schwärzliche Druckergeschichte geworden ist. Und wir einmal mehr zu unserem Bedauern feststellen, daß es zu einer rituellen Unterwerfung der SPÖ unter den politischen Willen der ÖVP gekommen ist. Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Marchat. Herr Klubobmann, Sie haben das Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Kurz zu den Resolutionsanträgen der Grünen, jetzt nur noch der Grünen. Resolutionsantrag Nr.5, Erlassung eines einheitlichen Bundesstierschutzgesetzes: Ich glaube, mein Kollege Waldhäusl hat das hier auch erklärt, warum wir gegen dieses einheitliche Bundesstierschutzgesetz sind. Ich habe es auch schon mehrmals gesagt, und das geht auch wieder rein in die Landwirtschaft. Hat mich gewundert, Herr Klubobmann Dr. Strasser, daß Du Dich da nicht aufgeregt hast. Auch der zweite Resolutionsantrag geht rein in die Landwirtschaft, wenn ich da an die Haltung von Mastschweinen usw. denke. Aber da macht das scheinbar nichts, wenn die Grünen ihren Antrag einbringen. Du hast nur mit unseren Anträgen Probleme, weil Du einen Erklärungsbedarf an Deiner Basis haben wirst. Aber das ist nicht mein Problem.

Ich möchte zu den grünen Anträgen eines sagen: Es gibt das Beispiel, es kommt auch im anderen Antrag, des Ausstieges aus der Käfighaltung von Legehennen. Das Beispiel Schweiz ist das beste Beispiel, eine Vorreiterrolle in Europa. Die Schweiz ist ausgestiegen. Mittlerweile haben die Holländer aus ihren Käfigbatterien mehr als 50 Prozent Anteil des Eiermarktes in der Schweiz. Das heißt, die armen Hühner sitzen jetzt zwar nicht mehr im Käfig in der Schweiz, dafür sitzen sie in Holland. Und die Eier werden da reingebracht. Und in Pflegeheimen und Spitälern dürfen auch in der Schweiz keine Eier aus Bodenhaltung verzehrt werden. Das hat die Schweizer Hühnerbauern so weit gebracht, daß sie ihre eigenen Spitäler und ihre Pflegeheime nicht mehr mit Schweizer Eiern versorgen dürfen. Das sind die Auswirkungen, wenn man so etwas bundeseinheitlich macht und nicht auf die europaweiten Folgen Rücksicht nimmt. Das ist „klaß“, wenn man sich da herstellt, Tierschutz ist ein sehr populäres Thema. Man muß auch die Folgen betrachten und da nicht populistisch irgend etwas fordern, wenn man genau weiß, es bringt dem Tier nichts. Und genauso hätten wir das mit unseren Legebatterien. Ich bin ein großer Gegner der Käfighaltung. Nur wenn, dann muß es bitte eine Verordnung der Europäischen Union geben, daß man mit einem Fahrplan aussteigt. Das kann man in allen Tierhaltungsbereichen machen.

Und damit erledigt sich auch gleich der zweite Antrag: Wir haben so viele Wettbewerbsnachteile - ich versuche das heute hier auch dar-

zustellen - und wenn Ihr Antrag, Frau Kollegin Weinzingler und Herr Kollege Fasan durchgehen würde und in Österreich Gesetz würde, dann muß ich sagen, dann können wir überhaupt gleich zusperren. Aber ich glaube, wir sind alle angehalten, unsere Vertreter in der Europäischen Union aufzufordern, dort endlich etwas zu tun. Dort, wo es hingehört. Nämlich, das Europäische Parlament und den Europäischen Rat soweit zu bringen, daß hier endlich für den Tierschutz in ganz Europa etwas passiert. Und deswegen kann ich für meine Fraktion nur sagen, wir werden die beiden Anträge ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Feurer. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf die Frau Abgeordnete Mag. Weinzingler zu sprechen kommen. Ich habe in meiner Rede eigentlich sehr klar verdeutlicht, daß wir schon der Meinung sind, daß diese 15a-Vereinbarung eigentlich einen Fortschritt darstellt. Es ist nicht das, was wir uns als Sozialdemokraten vorgestellt haben. Wir haben aber auch unsere Position hinsichtlich eines bundeseinheitlichen Tierschutzes hier präzisiert. Ich möchte das nicht mehr noch einmal ansprechen.

Sie haben jetzt in Ihrer vorangegangenen Wortmeldung aufgezählt, was alles in den österreichischen Bundesländern möglich ist im Bereich der Tierhaltung. Dinge, die wir wirklich aus tiefstem Herzen ablehnen. Aber gerade mit dieser 15a-Vereinbarung werden jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das in Zukunft nicht mehr der Fall sein darf. *(Abg. Mag. Weinzingler: Eben nicht, Herr Kollege! Lesen Sie es!)* Und daher ist das eine Verbesserung gegenüber dem Jetztstand. Und aus diesem Grund haben wir diese Begründung, wie Sie sie gewählt haben, nicht unterschreiben können. Ich bitte um Verständnis, daß wir aus diesen besagten Gründen, weil es eine Verbesserung für den Tierschutz bedeutet, wieder von diesem Antrag heruntergegangen sind. Und das wird wohl in der Demokratie auch noch möglich sein. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Hintner.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu der Abstimmung. Ich lasse zuerst über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die insgesamt neun Resolutionsanträge, die nach der Reihenfolge ihrer Einbringung zur Abstimmung kommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betrifft die wirtschaftliche und soziale Lage niederösterreichischer Bauern infolge des aktuellen Preisverfalles von Schweinefleisch – Verhängung eines Importstopps. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzler.)*

Zum Resolutionsantrag 2 der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betreffend Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag hat die Mehrheit nicht gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzler.)*

Wir kommen nun zum Resolutionsantrag 3 der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betreffend Angleichung der Umweltstandards innerhalb der Europäischen Union. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzler.)*

Wir kommen nun zum Resolutionsantrag 4 der Abgeordneten Marchat, Waldhäusl und Haberler betreffend Einsatz von umweltschonenden Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Der Antrag hat die Mehrheit nicht gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ, Abg. Gratzler; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zum Resolutionsantrag 5 der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag. Fasan betreffend Erlassung eines einheitlichen Bundestierschutzgesetzes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzler.)*

Wir kommen somit zum Resolutionsantrag 6 der Abgeordneten Mag. Weinzingler und Mag.

Fasan betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15a zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Der Antrag hat die Mehrheit nicht gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Wir kommen nun zum Resolutionsantrag 7 der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betreffend Reduktion der Beitragsleistungen des Landes Niederösterreich zur Europäischen Union bei gleichzeitiger Verwendung des entsprechenden Anteiles für die heimische Landwirtschaft. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Der Resolutionsantrag hat nicht die Mehrheit gefunden. Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzner.)*

Resolutionsantrag 8 der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betreffend Rücksichtnahme auf die heimische Landwirtschaft bei der EU Osterweiterung. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Somit ist er abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzner.)*

Wir kommen zum Resolutionsantrag 9 der Abgeordneten Marchat und Waldhäusl betreffend Ablehnung der Agenda 2000. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Resolutionsantrag wurde abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzner.)*

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zu Ltg. 209/H-2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Hoher Landtag!

Die Ausstellung „Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten“ auf der Schallaburg in der Zeit vom 19. Juni bis 1. November 1999 wird das Thema Vorderösterreich behandeln. Würde für die Kunstwerke eine Versicherung bei Versicherungsgesellschaften abgeschlossen werden, müßte ein beachtlicher Teil des Budgets der Schallaburg-Ausstellung für die Prämienzahlung verwendet werden. Der Versicherungswert der Leihgaben für die Schallaburgausstellung „Vorderösterreich - ... Die Habsburger im deutschen Südwesten“ beträgt 60 Millionen Schilling. Ich stelle daher den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die Leihgaben der Ausstellung ‚Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten‘ auf der Schallaburg im Jahre 1999 wird die Haftung des Landes Niederösterreich mit einer Gesamthöhe von S 60.000.000,- übernommen.“

Frau Präsidentin, ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vornehmen zu lassen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Abgeordneter Breininger, für Ihren Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Erlauben Sie mir einige kurze Anmerkungen zu dieser Ausstellung bzw. zur Haftungsübernahme. Natürlich ist es in Ordnung, wenn das Land hier die Haftung übernimmt. Wie wohl zur Ausstellung wir ganz gerne auch ein Konzept gesehen hätten. Es werden zwar im Antrag in der Antragsbegründung einige Themen angeführt, so etwa das Kunsthandwerk oder die Kultur in Vorderösterreich oder auch die Gründung der Universität Freiburg im Breisgau, sicherlich sehr sehr interessante Themen. Wir wollen aber die Gelegenheit doch nützen, um ein wenig zu zeigen, was wir nicht wollen, daß diese Ausstellung sein soll. Und daß wir nicht wollen, daß insgesamt durch die Ausstellungspolitik des Landes ein falsches Geschichtsverständnis entsteht, sozusagen einem falschen oder einem nicht ganz guten Geschichtsverständnis Vorschub geleistet würde.

Wir wollen keine falsch verstandene Sisi-Romantik aufkommen lassen. Wir wollen einen objektiven Zugang zur Geschichte, insbesondere auch zu unserer eigenen Geschichte, zur Geschichte der Monarchie. Wir wollen nicht, daß eine derartige Ausstellung, daß die niederösterreichische Ausstellungspolitik ein falsch verstandenes Großmachtdenken suggeriert in Anlehnung an das Befassen mit der Geschichte der Habsburger. Was nicht ausschließt, sich mit der Geschichte der Habsburger und der Monarchie selbstverständlich sehr ausführlich sich zu beschäftigen. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Da gebe ich Ihnen schon recht. Ich meine nur, man sollte insgesamt - ich spreche sehr allgemein zu diesem Thema, weil ich glaube, daß es insgesamt bedeutend ist - sich mit der Geschichte, mit der eigenen Geschichte richtig auseinandersetzen. Was wir nicht wollen, ist so eine

Erinnerung an die „goldene Zeit“ der Habsburger, die ein bißchen die Hoffnung wecken könnte, vielleicht wäre das gar unter Umständen wieder eine politische Perspektive die „gute alte“ österreichische Zeit. Nostalgie oder falsch verstandene Nostalgie hat in diesem Zusammenhang meiner Ansicht nach keinen Platz.

Wir schätzen die Zusammenarbeit mit anderen Städten, mit deutschen Städten, was diese Ausstellung betrifft. Wir verweisen aber auch darauf, daß der Schock über den Niedergang der Demokratie im Geschichtsbewußtsein Österreichs durchaus noch vorhanden ist. Ja, vielleicht sogar tief sitzt. Und tiefem Schock ist ja letztlich auch unter anderem zuzuschreiben, was danach alles passiert ist und worauf wir niemals vergessen sollten. Und was auch ein Teil unserer nicht immer sehr sehr ruhmreichen Geschichte gewesen ist. Wir wollen daher, und damit komme ich schon zum Schluß, mitdenken. Wir regen an, mitzudenken, welches Geschichtsbild wir im Hinterkopf haben sollten wenn wir uns über derlei Ausstellungen Gedanken machen, wenn wir sie besuchen, wenn wir darüber nachdenken. Und ich darf in diesem Zusammenhang jemanden zitieren, der einen vernünftigen Zugang zur eigenen Geschichte sehr sehr nachhaltig zu prägen versuchte. Es ist der große Österreicher, der große Seelenpsychiater Österreichs Prof. Erich Ringel. Und ich habe mir ein Zitat gesucht, das hier sehr gut dazu paßt, daß wir mitdenken sollten, daß wir den Kopf haben sollten, um einen richtigen Zugang zu finden.

Ringel meint: „Wir haben sehr lange eine einmalige Chance gehabt im Herzen Europas, eine vorwegnehmende Zukunft zu gestalten, wenn wir bereit gewesen wären zu Verständigung und Partnerschaft, zu Gleichberechtigung und Achtung. Es hätte ein Experiment sein können, das den Weg gewiesen hätte zu den Vereinigten Staaten von Europa. Wir haben aber diese Chance – und das muß man doch einbekennen – statt larmoyant über den Untergang des großen Reiches zu klagen, nicht wahrgenommen. Wir haben uns als Herrschende aufgespielt. Und ab 1867 hat es zwei Herrenvölker gegeben, die Österreicher und die Ungarn, die noch bis zum heutigen Tage daran schwer zu tragen haben, daß sie bei dieser Sache mitgemacht haben.“ Das ist wieder eine Wahrheit, die wir nicht wahrhaben wollen. Und damit wir unsere eigene Geschichte und die damit in Zusammenhang stehenden Wahrheiten wahrhaben wollen, wollte ich diesen Gedanken einbringen und hier die Gelegenheit nützen, ein wenig darüber nachzudenken. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Herr Kollege Fasan, wenn Sie ein Konzept einfordern, so kann also ich diese Kritik, daß es nicht da ist, vollkommen teilen. Es wäre sicher sehr günstig, wenn man für diese Haftungsübernahmen vorher bereits wissen würde, welche Art von Ausstellung auf einen zukommt, was man zu erwarten hat. Auch Ihre Ansicht, daß es mehrere Arten von Geschichtsbetrachtung gibt ist natürlich absolut zu teilen. Wir haben gerade im Vorjahr eine Geschichtsbetrachtung erlebt - ich bin da nicht so streng, es ist sicher auch möglich, das so zu machen - eine Art von linearer, romantischer, romantisierender Geschichtsbetrachtung, wie es eben im Sisi-Jahr war. Man nimmt eine bestimmte Linie heraus, nimmt bestimmte Aspekte heraus, macht sich ein Bild, so wie man es wünscht, erzeugt eine heile Welt. Sehr oft schrammt man auch hart am Klischee vorbei. Es ist das nicht so schlimm, aber es ist natürlich nicht das, was Geschichte auch sein kann.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Im besten Sinne, wenn man Geschichte im besten Sinne nimmt, wie sie auch, so wie es heißt, eine Lehrmeisterin der gegenwärtigen Zeiten sein könnte, ist Geschichte wohl dann, wenn sie objektiv betrieben wird, wissenschaftlich betrieben wird als eine Erzählung der Dinge, so wie sie waren. Als eine Erzählung der res gestae. Als eine Erzählung, die aber auch klar macht, daß es sich hier um die Politik der vergangenen Zeiten handelt, die analysiert, die Linien zusammenbringt und die so auch die Zeitläufe erklärt und Überlegungen für die Gegenwart daraus fließen läßt.

So wie das Thema hier gestellt ist, bietet sich eigentlich nur diese zweite, die analysierende Art der Geschichtsbetrachtung an. Denn das Motto, „Die Vorlande - nur eine Schwanzfeder des Kaiseradlers“, ist ja an sich ein skeptisches, ein kritisches. Es ist, so wie man hier lesen konnte, das Wort eines vorderösterreichischen Beamten, der wohl der Meinung war, daß die Stellung der Vorlande nicht so ist wie es eigentlich ihrem Wert entspräche. Und wenn ich da ganz kurz auf diese Stellung eingehen darf und noch einmal darlegen darf, daß man hier wohl das kritische Geschichtsbild anwenden sollte, so ist ganz klar, dieser Beamte hat wohl recht gehabt. Denn man hat die Vorlande im Frieden von 1805 tatsächlich verlo-

ren. Sie gingen an die mit Napoleon zusammenarbeitenden deutschen Staaten. Man hat aber dann, zehn Jahre später, 1815, aus einer absoluten Position der Stärke, aus einer Position des Siegers heraus diese Vorlande gar nicht mehr eingefordert. Man hat schlicht und einfach darauf verzichtet. Und wenn ich mir so einen Grund überlegen könnte, warum das geschehen ist: Es war eine Art von Müdigkeit, von Schlawheit wohl auch bei den Habsburgern. Denn der Besitz und die Herrschaft über diese Vorlande hat natürlich bedeutet, sich in der Rivalität zu Frankreich bewähren zu müssen. Darauf hat man, wie schon mit der Überlassung der Kaiserkrone an Napoleon, gerne verzichtet. Und zum zweiten, wohl auch nicht ganz unwichtig: Gerade in diesen Gebieten gab es eine große freidenkerische Tradition. Von den humanistischen Kreisen Freiburg, Konstanz usw. an über die Aufklärung hinweg. Auch nicht gerade das, was das gegenreformatorische Österreich unbedingt in seinem Länderverband haben wollte.

Dennoch - und das ist eine Lehre - sind diese, wie soll ich sagen, beinahe egoistischen Überlegungen dynastischer Politik politisch zu guter Letzt nicht erfolgreich gewesen. Denn mit der Aufgabe dieser Vorlande hat Österreich den ersten Schritt weg aus einer europäischen Zentralstellung gemacht. Wer es sich auf der Karte anschaut, kann das genau beobachten. Die österreichischen Besitzungen umfassen das römische Reich wie ein Kelchblatt die Blüte. Man hat diesen Bogen hier aufgegeben. Man hat statt dessen im Zuge einer ohnehin schon überholten und anachronistischen Kabinettpolitik, die ausschließlich dynastische Prinzipien geltend machen wollte, den Besitz im Südosten erweitert. Hat sich ganz entgegen dem Zeitrend, der eindeutig zu Demokratie und Volkssouveränität gegangen ist, dem Aufbau eines supranationalen Staatenverbandes gewidmet. Und wie man überspitzt sagen könnte: Die Politik, die hier am Anfang des 19. Jahrhunderts eine schwere strategische Fehlentscheidung getroffen hat, hat zu guter Letzt die Konsequenz des Zusammenbruchs der gesamten Habsburger Monarchie im Jahr 1918 nach sich gezogen.

Soweit, denke ich, daß diese Ausstellung sehr interessant sein könnte, wenn man sie wirklich umfassend und kritisch aufbereitet. Und wir halten es für sehr sinnvoll, der Bevölkerung auch geschichtliche Zusammenhänge zu verdeutlichen. Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Cerwenka das Wort.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte nicht, wie meine beiden Vorredner der Versuchung erliegen, in eine Geschichtsstunde einzusteigen. Ich glaube, das kann nicht die Aufgabe sein. Vielleicht doch eine kurze Bemerkung zum Kollegen Fasan. Für mich geht die Wortmeldung schon ein bißchen in die Richtung der Beeinflussung einer kulturellen, einer Kunstveranstaltung. Und die Bewertung, speziell im Vorhinein, glaube ich, steht uns nicht zu, da wir nicht wissen, wie diese Ausstellung konzipiert ist bis ins Detail. Sondern die Bewertung hat der Konsument vorzunehmen, der Besucher. Und es wird auch ein gewisser Kreis an Besuchern sein, der Interesse dafür aufbringt.

Wir haben heute 60 Millionen an Landeshaftung für diese Ausstellung zu beschließen. Und schlußendlich ist es auch ein Kooperationsmodell mit dem Württembergischen Landesmuseum Stuttgart und mit dem Kanton Aargau. Ich bewerte es durchaus positiv, die Vergangenheit darzustellen, aufzuarbeiten. Denn damit ist eigentlich eine Voraussetzung geschaffen, Verständnis in der Zukunft zu erreichen und auch Orientierungen und Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen zu können. Geschichte hat nun einmal helle und dunkle Seiten. Und gerade die Monarchiezeit und Folgen daraus wurden erst diese Woche in einem „Format“-Interview mit dem zweiten Nationalratspräsidenten Neisser aktualisiert. Seine Auffassung, eine Aufhebung der Habsburger Gesetze, die er präsentiert hat, stößt bei mir auf völlige Unverständlichkeit. Und ich hoffe, daß weite Teile der ÖVP diese seine Meinung nicht teilen. Denn das wäre für mich ein Affront für große und weite Teile der Bevölkerung. Aber das ist heute an sich nicht das Thema.

Jede Ausstellung ist ein Kulturelement, eine Brücke zwischen den Generationen mit der Vergleichsmöglichkeit des Zeitenwandels. Und ich darf daher namens meiner Fraktion abschließend festhalten, daß wir selbstverständlich dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt als nächster Redner Herr Abgeordneter Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreter! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf ebenfalls zu diesem Antrag in bezug auf die vorgesehene Ausstellung auf der Schallaburg „Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten“.

Zunächst einmal darf ich festhalten, daß wir, glaube ich, uns freuen können, daß die Ausstellungstätigkeit auf der Schallaburg wirklich positive Impulse für das Land gebracht hat. Wenn hier allgemein von einem Ausstellungskonzept gesprochen wird, dann, glaube ich, dürfen wir uns bei der in der Regierung verantwortlichen Frau Landeshauptmannstellvertreter und bei der Kulturabteilung einmal herzlich bedanken, daß es gelungen ist, in den letzten 25 Jahren, nämlich seit Renovierung der Schallaburg immer wieder Ausstellungen durchzuführen, die wirklich die Bevölkerung nicht nur angelockt haben, sondern die wirklich wertvolle Informationen für Einheimische und vor allem für viele Gäste geboten haben. Denn wenn wir zurückblickend feststellen können, daß in vielen Jahren wir hunderttausend Besucher auf der Schallaburg hatten, dann wissen wir, welchen großen Einfluß eine derartige Ausstellung für die Kulturszene in Niederösterreich hat. Wir wissen, wie wichtig eine derartige Ausstellung für die Verbindung von Kultur und Wirtschaft in unserem Lande ist. Für diese vorbildliche Arbeit darf ich sozusagen anlässlich dieser Jubiläumsausstellung wirklich allen, die in den letzten 25 Jahren nämlich damals hier im Landtag entschieden haben, daß die Schallaburg, dieses wertvolle Kulturjuwel renoviert wird, und daß sie ständig auch mit Leben erfüllt wird, und daß diese Ausstellungen immer wieder dort stattgefunden haben, und jetzt wiederum mit einer entsprechenden Ausstellung, die hier vorgesehen ist, bestückt wird, ein herzliches Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zunächst einmal auch feststellen, daß das Renaissanceschloß, die Schallaburg, natürlich ein wertvolles Kulturjuwel ist. Und wer in den Arkadenhof hineintritt, hier terracottageschmückte Arkadengänge und ähnliches mehr neben dieser Ausstellung, die ja alljährlich als Hauptausstellung stattfindet, auch eine Dauerausstellung beinhaltet. Nämlich eine Spieleausstellung, die von sehr vielen Familien ebenfalls sehr sehr gerne besucht wird.

Wir freuen uns, glaube ich, daß es doch wieder gelingt, in einer internationalen Zusammenar-

beit diese Ausstellung zu organisieren. In einer Partnerschaft, wo doch gerade diese Zeit Vorderösterreichs, nämlich so ab dem 14. Jahrhundert, wo die vorderen Lande, nämlich jene Lande jenseits des Arlberges, im Vergleich zu den inneren Landen, die Grafschaft Tirol, einen wesentlichen Bestandteil dieses Vorderösterreichs und dieser Vorlande bildeten. Ich darf auch feststellen, daß gerade ausgehend von dieser Stammburg, nämlich von Aargau im nordschweizerischen Bereich, es doch bis hin zu Vorarlberg, das ja auch zeitweise, nämlich von 1752 bis 1784 mit dabei war, ja gerade das jetzige Österreich wesentlich dort mit drinnen war. Und daß gerade zusammen mit Tirol diese Vorlande ein Teilfürstentum der Habsburger bildeten. Und auch wenn ich an Oberösterreich denke, war ja das damals das Land ob der Enns und gehörte eigentlich zu Niederösterreich. Auch das möge in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden.

Ich möchte vielleicht auf die Bemerkung „die Schwanzfeder des Kaiseradlers“ auch noch ganz kurz Bezug nehmen. Doch, glaube ich, ein Bereich, wo sich ein, ich möchte fast sagen „launiger Beamter“, oder wie immer man das sagen möchte, in das Geschichtsbuch eingetragen hat mit dieser Bemerkung. Und immer dann, wenn man nicht nur mit einem Historiker spricht, sondern mit Personen, die sich auch immer wieder ein bißchen mit Geschichte beschäftigen, dann fällt einem eigentlich dieses geflügelte Wort sofort auf und man sagt, hoppala, was war das eigentlich für eine Zeit? Und damit wird eigentlich sozusagen dieser Zeitraum sehr deutlich versinnbildlicht.

Interessant ist auch, wenn man sich mit dieser Thematik ein bißchen beschäftigt, daß gerade seit dem Abfall von Burgund unter Maximilian I., wo 1477 die Vorlande eine wichtige Brückenfunktion darstellten, europaweit ein erster internationaler Postkurs eingeführt wurde, nämlich 1490, der von Innsbruck nach Brüssel führte. Offensichtlich war damals schon eine gewisse Bedeutung dieser Stadt zugeordnet. Es ist hier wirklich, glaube ich, interessant, das auch zu bemerken. Und wir dürfen wirklich erfreut feststellen, daß zu den Themen dieser Ausstellung, und hier möchte ich auch klar mitteilen, Herr Kollege Fasan, wenn hier von Konzept und ähnlichem gesprochen wird, daß es bereits einen Bildband, wo das volle Konzept und auch die Beschilderung und sehr viele wertvolle Exponate dieser Ausstellung abgebildet sind, daß dieser bereits vorliegt. Und daß ich schon davon überzeugt bin, daß auch diese Ausstellung wieder ihren Erfolg haben wird. Weil gerade die Themen, wo unter anderem die Grün-

derung der Universität Freiburg im Breisgau durch Erzherzog Albrecht IV. oder der Rothenburger Musenhof der Erzherzogin Mechthild bzw. vieles um den Humanistenkreis von Kaiser Maximilian I. über die Kultur der Klöster, den Bergbau und die wirtschaftlichen Bereiche dort auch zu sehen sein werden.

Zu diesen Vorlanden, und das ist wiederum ein sehr interessanter Aspekt, gehörte damals auch die Reichsgrafschaft Falkenstein, die nämlich 1724 zu Lothringen kam und die als einziges Gebiet der Stammlande von Franz I. bis 1801 bei Österreich blieb. Und Franz I. war ja der Gemahl von der Kaiserin Maria Theresia. Und es ist vielleicht interessant festzuhalten, daß bei dieser Reichsgrafschaft Falkenstein es doch darum geht, wenn der Sohn der Maria Theresias, Josef II. sozusagen inkognito reiste, dann hat er sich nicht als Josef II., sondern als Graf von Falkenstein ausgegeben. Durchaus ein interessanter Aspekt, es mag durchaus früher solche Vorgangsweisen gegeben haben.

Abschließend darf ich vielleicht noch festhalten, daß der westfälische Friede 1648 zunächst den Verlust des elsässischen Besitzungen an Frankreich brachte. Und hier damals gerade nach der Zeit der Französischen Revolution dieses Machtgefüge ins Wanken kam. Und durch den Preßburger Frieden 1805 mit Napoleon gingen dann eigentlich alle übrigen Gebiete der Vorlande an die Reichsbundstaaten Baden, Bayern und Württemberg.

Diese Nachfolgestaaten bemühten sich zunächst einmal, diesen Namen Österreich oder diese österreichische Zeit auszulöschen und eine neue Identität zu schaffen. Wobei ich meine, daß das doch nicht ganz gelungen ist. Wir merken, gerade in der Zeit um den Wiener Kongreß 1815 war die Frage dieser Vorlande noch einmal eine sehr aktuelle Frage. Es ging damals darum, daß der Verzicht des Hauses Habsburg auf die Vorlande zugunsten der süddeutschen Staaten aufrecht blieb, da Metternich in seinem politischen Konzept damit wirklich Verbündete und ein Gegengewicht gegen die Preußen gewinnen wollte. Diese nahezu 800 Jahre andauernde Herrschaft ging dann im Rahmen der Napoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu Ende. Ich glaube, wir können stolz sein darauf, daß es gelungen ist, daß jetzt diese Ausstellung über Vorderösterreich sozusagen in Rothenburg am Neckar in der Zeit vom 20. Februar bis 24. Mai 1999 stattfindet. Und wir dann auf der Schallaburg

von 19. Juni 1999 bis 2. November 1999 diese Ausstellung sehen können. Und in dieser internationalen Partnerschaft eben die weitere Ausstellung in Freiburg im Preisgau folgen wird. Und wer dieses großartige Werk dann erwerben möchte, das ist bei der Schallaburg, wenn diese Ausstellung eröffnet wird oder wer immer die besuchen möchte. Und ich darf wünschen und hoffen, daß diese Ausstellung wirklich gut besucht wird. Ein Konzept, das sich sehen lassen kann! Ein bleibendes Werk, ein Geschichtsbuch aus dieser Zeit, das wirklich, glaube ich, eine bleibende Erinnerung für viele Besucher und für viele Familien sein wird!

In diesem Sinne darf ich wirklich meiner Freude Ausdruck verleihen, daß der Hohe Landtag, und ich darf Sie alle einladen, dieser Haftung des Landes Niederösterreich zuzustimmen. Und ich bin davon überzeugt, daß diese Ausstellung eine kulturell sehr wertvolle Ausstellung sein wird. Daß die Geschichte hier entsprechend dargeboten wird. Und wünsche, daß es gelingen möge, diesen wertvollen kulturellen Bereich auch mit der entsprechenden wirtschaftlichen Belebung dieses Raumes einhergehen zu sehen. Und ich meine abschließend, daß ein Beitrag zur Wirtschaftskraft des Landes Niederösterreich damit verbunden ist. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste ist erschöpft. Wird seitens der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses:)* Das ist Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 157/B-2/2 und Ltg. 191/B-5 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Rupp, zuerst zu Ltg. 157/B-2/2, und anschließend Herrn Abgeordneten Erber, zu Ltg. 191/B-5 zu berichten.

Berichterstatter Abg. RUPP (*SPÖ*): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf Niederösterreich für das Verwaltungsjahr 1997. Über die Gebarungüberprüfung agrarischer Ausgleichszahlungen sowie Theater der Landeshauptstadt St. Pölten wird beim Nationalrat bzw. dem Gemeinderat der Landeshauptstadt inhaltsgleich berichtet. Nachstehend werden, in der Regel punktweise zusammengefaßt, die Sachverhaltsdarstellungen, deren Beurteilung durch den Rechnungshof, die Stellungnahme der überprüften Stelle sowie die allfällige Gegenäußerung des Rechnungshofes aneinandergereiht. Bei dem in diesem Bericht enthaltenen Zahlenwerk wurden gegebenenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen vorgenommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle namens des Rechnungshof-Ausschusses folgenden Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich – Verwaltungsjahr 1997 - wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche Dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Berichterstatter Abg. ERBER (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe über den Bericht über die durchschnittlichen Einkommen gemäß Artikel 1 § 8 Abs.4 Bezübegrenzungs-gesetz, BGBl.164/1997, getrennt nach Branchen- und Berufsgruppen und Funktionen für die Jahre 1996 und 1997 zu berichten.

Dieser Bericht kommt vom Rechnungshof und ist jedes zweite Jahr vorzulegen und beschäftigt sich mit dem durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung. Der Bericht spiegelt detailliert die Einkommenssituation in Österreich wider. Ich stelle daher seitens des Rechnungshof-Ausschusses folgenden Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen 1996/1997 gemäß Art.1 § 8 Abs.4 Bezübegrenzungs-gesetz wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich eröffne die Debatte zu den referierten Geschäftsstücken und erteile Herrn Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum Rechnungshofbericht bezüglich des Bundeslandes Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1997.

Wer sich diesen Bericht genauer anschaut, der kann eigentlich eine Art Lesestunde veranstalten, obwohl Leseübungen nicht immer gern gesehen sind. Aber einige Zitate, die der Rechnungshof hier festgestellt hat oder niedergeschrieben hat, scheinen es doch wert, in einem öffentlichen Parlament eines österreichischen Bundeslandes zitiert zu werden, weil man doch einen guten Einblick in die politische Kultur dieser Republik bekommt. Ich meine das zwar sehr sehr kritisch, möchte es aber auch mit einem kleinen Schmunzeln beleuchten und mit dem einen oder anderen Kommentar versehen.

Wir waren zuerst bei der Geschichte. Ein Satz, der mir wirklich aufgefallen ist, ist der folgende: „Die österreichische Förderungslandschaft ist historisch gewachsen. ... Es entstand ein im internationalen Vergleich umfangreiches Förderungssystem, das durch eine Vielzahl von Institutionen und Instrumenten gekennzeichnet und schwer überschaubar ist.“ Das kann man wohl sagen. Wir können dem Rechnungshof nur beipflichten. Sinngemäß ergibt sich daraus, einige Absätze weiter, das folgende Zitat: „Einen Gesamtüberblick über die in Österreich als Förderungen ausgeschütteten Mittel gibt es nicht.“ Was ist nun die Ursache dafür? Was sind das für Institutionen? Auch hier gibt der Rechnungshof interessant den Aufschluß, wenn er meint, Förderungen, die der Kontrolle durch den Rechnungshof unterliegen, werden in Österreich nicht nur vom Bund, sondern insbesondere auch von Ländern, den Gemeinden und den Kammern vergeben bzw. abgewickelt. Die speziellen, heißt es etwas später, speziellen Gegebenheiten des bundesstaatlichen Aufbaues in Österreich erschweren eine Zusammenführung der Förderungsstellen. Bestrebungen für ein übersichtliches System notwendiger Förderungsstellen waren selbst innerhalb des Bundes bisher nicht erfolgreich. Also man hat den Eindruck, daß es nicht nur unübersichtlich ist, sondern daß es auch keinen Willen gibt, das Förderungswesen in Österreich anders zu gestalten. Denn vielleicht würde dann der eine oder andere etwas verlieren.

Ich habe mir erlaubt, mein Zitat des Rechnungshofes, das auch sehr sehr aufschlußreich ist, ein wenig zu ergänzen und zu erweitern, um auch ein wenig die Motivation zu hinterfragen, die hinter diesem ganzen Förderungswesen steckt. Es heißt hier: „Die schwer überschaubare österreichische Förderungslandschaft erschwert es dem Förderungswerber, die vorhandenen Möglichkeiten zu überblicken und gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen.“ Und ich darf ergänzen: Und erleichtert es dem Förderungsgeber, die von ihm ausgeschütteten Mittel möglichst unerkannt dorthin zu lenken, wo neben dem Förderungszweck auch noch andere politische, um nicht zu sagen, parteipolitische Ziele erreicht werden sollen. Mir scheint, daß das eine jener Motivationen ist, die ein durchschaubareres, übersichtlicheres Förderungswesen in der Republik garantieren könnten.

Es gibt nun einige Hinweise zu unterledigten Anregungen aus den Vorjahren. Hier geht es um Vorbelastungen als Verpflichtung künftiger Haushaltsjahre. Um offene Ausweise der Salden der Vorbelastungen in den Rechnungsabschlüssen zur Erhöhung der Aussagefähigkeit. Eine alte Forderung des Rechnungshofes. Die Landesregierung weigert sich beständig, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir werden dann später sehen, beim nächsten Tagesordnungspunkt, daß die Landesregierung ja nicht einmal nur von diesen Dingen, die ja nicht verpflichtend sind, die nur angenehm wären zu besseren Übersichtlichkeit, aber nicht einmal diese Verpflichtungen nimmt die Landesregierung wahr, wenn sie, wie beispielsweise in bezug auf das Abfallwirtschaftsgesetz auch die VRV, die Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung nicht so genau nimmt. Das werden wir dann später sehen. Ich möchte nur jetzt darauf hinweisen.

Und ich darf nun einen Bereich herausgreifen, den der Rechnungshof weiter untersucht hat. Es ist das das Theater der Landeshauptstadt St. Pölten, das Theater für Niederösterreich, das in klassischer Weise aufzeigt, wie in diesem Land die Kulturpolitik durch Zwistigkeiten zwischen dem Land und seiner Hauptstadt hintangehalten oder zumindest beschädigt wird. Zwischen dem Land Niederösterreich und der Stadt St. Pölten bestand kein akkordiertes, auf das Theaterwesen in der Stadt bezogenes Gesamtkonzept, heißt es in der Zusammenfassung. Wie wahr! Wie soll es auch gehen, wenn sich der Landeshauptmann und der Bürgermeister nicht verstehen? Wie soll so ein Konzept entstehen? Das kann ja kaum sein. Und

weilers verweist der Rechnungshof in der Zusammenfassung dann auch auf die sinkende Auslastung zwischen 1994 und 1998; ebenfalls sehr bedauerlich.

Warum gibt es kein Kulturkonzept? Worauf wird gewartet? Was ist die Ursache dafür? Das fragt man sich anlässlich dieses Berichtes doch. Und wir meinen, es ist ja interessant: Man kann hier herauslesen, daß die Schaffung eines Kulturentwicklungsplanes unter Berücksichtigung des Theaterwesens der Landeshauptstadt vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag wurde aber nicht verwirklicht. Aber was ist der Grund, daß das nicht gemacht wurde? Laut Stellungnahme der Landesregierung und der Stadt St. Pölten würden weitere Gespräche stattfinden. Seit 1990. Wie lange will man warten, noch ein Jahrzehnt, bevor man so ein Konzept zustandebringt? Wie lange muß dieses Theater noch langsam und mit Auslastungsproblemen und anderen kulturellen und geschäftlichen Problemen kämpfen, bis hier etwas geschieht? Es gibt einen kaufmännischen Leiter, es gibt einen betrauten Intendanten. Wir fragen uns schon, ob das Geschäft vor die Kunst gehen soll, wenn man dem betrauten Intendanten einen kaufmännischen Leiter vorsetzt. Ich zitiere die Stellungnahme der Landesregierung. Sie teilte mit, sie ziehe die Überordnung des kaufmännischen Leiters über den künstlerischen Leiter vor, weil sich das duale Führungsprinzip, das vom Rechnungshof angeregt wurde, in der Vergangenheit teilweise als problematisch erwiesen hat. Ich teile diese Meinung nicht! Ich teile die Meinung des Rechnungshofes. Hier wäre ein duales, ein bewährtes duales Prinzip das bessere gewesen.

So geht das natürlich weiter. Und es ist schon auch sehr sehr interessant, sich die Förderpraxis zwischen Land und Gemeinde anzusehen. Und man könnte fast meinen, beide haben jeweils in gewisser Hinsicht Unrecht. Und beide versuchen, sich gegenseitig auszutricksen. Und man kann nicht genau feststellen, wer hier wem ein „Haxel zu stellen“ versucht. Ein Beispiel: Während in der Förderungsvereinbarung keine Einschränkung hinsichtlich der Verwendung der Förderungsmittel enthalten ist, wurde Mitte des Jahres 1996 seitens des Landes in Besprechungen mit den Vertretern der Stadt festgehalten, daß das Land mit seinem Zuschuß keine Maßnahmen, die der Erhaltung oder Wertsteigerung des Gebäudes des Theaters dienen, mitfinanziere. Warum auf einmal? Warum plötzlich? Warum nicht gleich klare Kriterien für die Förderung? Was hat das Land plötzlich? Welcher Teufel hat das Land geritten, daß man plötzlich in dieser Linie umschwenkt und auf einmal

Kriterien verlangt? Was hat das Theater verbrochen, daß man plötzlich gewisse Maßnahmen nicht fördert, obwohl man vorher vereinbart hat, es gibt keine Einschränkung? Das ist das typische Gegen- statt Miteinander. Und auch das ist bezeichnend für das Verhältnis zwischen dem Land und seiner Hauptstadt.

Auf der anderen Seite leistet sich die Stadt St. Pölten die Eigenart, wenn ich es vorsichtig formulieren darf, dem Theater anteilige Personalkosten des Kontrollamtes, des Bürgermeistersekretariates, des Gemeinderates der Stadt St. Pölten, der Gebäudeverwaltung, der Magistratsdirektion, der Kulturverwaltung, was man noch am ehesten einsehen würde, zu verrechnen. Gibt es da eine versteckte Resubventionierung? Will man sich auf diese Art und Weise Landesfördermittel zurückholen seitens der Stadt? Hier wendet das Land natürlich berechtigt ein, daß das nicht möglich sein kann.

Ich darf zum Schluß kommen, Hohes Haus. Vielleicht hätte sich das Land Niederösterreich eine andere Hauptstadt wählen sollen, wenn sich der Landeshauptmann und der Bürgermeister nicht vertragen. Vielleicht aber hätte sich auch die Stadt St. Pölten einen anderen Kulturstadtrat wählen sollen, der imstande ist, diese Dinge auszuverhandeln mit der Landesregierung. Der vielleicht anstatt des Bürgermeisters mit dem Landeshauptmann verhandelt, weil er sich vielleicht besser mit ihm versteht oder weil er vielleicht eine politische oder eine kulturpolitische Koryphäe sein könnte. Man hat vom St. Pöltener Kulturstadtrat leider nicht diesen Eindruck. Vielleicht aber könnte sich auch das Land Niederösterreich einen anderen Landeshauptmann wählen. Und die Stadt St. Pölten einen anderen Bürgermeister. Das wäre doch eine Sache, die wir auch einmal bedenken sollten. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Dkfm. Rambossek das Wort.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, diesen Bericht des Bundesrechnungshofes nicht als Lesübung zu verwenden. Ich glaube auch, daß der wichtigste Abschnitt dieses Berichtes in bezug auf das Bundesland Niederösterreich 1997 wohl jener Teil ist, der sich mit den EU-Mitteln in Niederösterreich,

mit den EU-Förderungsprogrammen in Niederösterreich auseinandersetzt. Das soll aber nach meinem Dafürhalten ganz einfach nicht heißen, daß die anderen Feststellungen und Beurteilungen des Rechnungshofes in diesem Bericht nicht ebenfalls die notwendige Beachtung finden sollen. Ich meine damit insbesondere die unerledigten Anregungen des Bundesrechnungshofes aus den Vorjahren, die Verwaltung betreffend. Aber auch jene, die den Bereich der Krankenanstalten im Land Niederösterreich betreffen.

Hohes Haus! Es sollte doch eigentlich bei allen Abgeordneten außer Zweifel stehen, daß zum Beispiel die Erfassung von Vorbelastungen, von Bestellungen als Verpflichtung künftiger Haushaltsjahre, und der offene Ausweis der Salden der Vorbelastungen in den Rechnungsabschlüssen sicherlich zur Erhöhung der Aussagefähigkeit über die finanzielle Lage unseres Landeshaushaltes beiträgt. Und ich verstehe hier nicht die Meinung der Landesregierung, die sich darauf beruft, daß Derartiges in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung nicht vorgesehen ist und daher nicht gemacht wird. Denn selbst Gemeinden in unserem Bundesland sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, diese sogenannten Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre in ihren Rechnungsabschlüssen offen auszuweisen. Und das ganz einfach mit dem Ziel, daß die Rechenwerke aussagefähiger werden und transparenter gestaltet werden.

Hohes Haus! Auch die grundsätzlichen Beurteilungen des Rechnungshofes zum österreichischen Wirtschaftsförderungssystem sollten für uns ganz einfach Anlaß zum Nachdenken sein. Der Rechnungshof stellt hier in seinem Bericht fest - der Herr Mag. Fasan hat es schon zitiert, ich kann es mir ersparen - von der „schwer überschaubaren österreichischen Förderungslandschaft“ bis hin ... bleibt so unter Umständen der Zugang zu Förderungsmitteln verschlossen.“ Soweit die Feststellungen, die Stellungnahme des Rechnungshofes. Und anknüpfend an diese Feststellung des Rechnungshofes meine ich, daß wir ganz einfach erkennen sollten, daß die Steuerpolitik der wesentlichste Bestandteil einer nationalen Wirtschaftspolitik im Rahmen der globalen Wirtschaft ist und keineswegs eine sehr komplizierte, administrativ aufwendige und zersplitterte Förderpolitik.

Ich glaube auch ganz deutlich sagen zu müssen, daß, solange sich unsere Bundesregierung ganz einfach nicht von dem Gedanken verabschiedet, daß der Staat Arbeitsplätze schafft, sich die notwendigen Rahmenbedingungen für unsere

Wirtschaft nicht ändern werden. Ich wiederhole heute einen Satz, den ich schon öfters in diesem Hause gesagt habe: Die Entstehung von Arbeitsplätzen ist eine Folge internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nicht ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Ich meine, es muß oberstes Ziel unserer nationalen und regionalen Wirtschaftspolitik sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Denn nur so können Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Und um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken bedarf es ganz einfach wachstumsorientierter Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Bedarf es ganz einfach eines neuen Steuermodelles, wodurch die Kaufkraft belebt wird und zusätzlich die Inlandsnachfrage positiv belebt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bereits erwähnt, das Kernstück dieses Rechnungshofberichtes ist jener Teil, der sich mit den EU-Mitteln für Niederösterreich und den EU-Förderungsprogrammen in Niederösterreich auseinandersetzt. Grundlage für die Darstellung des Umsetzungsstandes der EU-Programme in unserem Bundesland durch den Rechnungshof war der Stand Mai 1997. Ich bezeichne daher den diesbezüglichen Bericht des Bundesrechnungshofes als einen nachlaufenden Bericht, da wir hier im Hohen Haus im Juni 1998 anlässlich der Vorlage des Berichtes über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für Niederösterreich bereits über ein aktuelleres Zahlenmaterial debattiert haben. Ich beschränke mich daher heute darauf, nur drei Fakten aufzuzeigen.

Faktum 1: Der Rechnungshof hat die erfreuliche Feststellung getroffen, daß der bisherige Nutzungsgrad der zugesicherten EU-Förderungsmitel zur Zeit der Gebarungsüberprüfung im ersten Halbjahr 1997 positiv zu beurteilen war. Faktum 2: Der Rechnungshof hat die weniger erfreuliche Feststellung zur Agrarstrukturförderung getroffen. Ich zitiere hier aus dem Bericht: „Für die Jahre 1995 und 1996 leistete das Land für die von der AMA abgewickelten EU-Fördermaßnahmen Zahlungen in Höhe von rund 2,1 Milliarden Schilling.“ Hohes Haus! Diese Zahl steht für mich im Widerspruch zu jener Zahl, die wir in dem von mir bereits erwähnten Bericht von Landesrat Mag. Sobotka vom Juni 1998 erhalten haben. Dort wurde uns mitgeteilt, daß die diesbezüglichen Kofinanzierungsmittel des Landes für die Landwirtschaft in diesen beiden Jahren rund 3,3 Milliarden Schilling betragen haben. Hier erhebt sich für mich schon die Frage, wie diese Differenz zwischen dem Bundesrechnungshof und diesem Bericht zu erklären ist. Wie die Differenz von 1,2 Milliarden Schilling erklärt werden kann.

Faktum 3 ist, daß der Rechnungshof die unerfreuliche Feststellung zur Abwicklung der Agrarförderungen durch die Agrarmarkt Austria treffen mußte, nämlich daß auf den Konten der Agrarmarkt Austria zeitweise mehr als 500 Millionen Schilling Geldmittel des Bundeslandes Niederösterreich lagen, die nicht dem Bedarf für Auszahlungen entsprachen. Ich meine hier und schlage auch vor in diesem Zusammenhang, daß das Faktum 2 und das Faktum 3 ein Überprüfungsgegenstand durch den NÖ Landesrechnungshof sein sollte, damit hier Klarheit geschaffen wird.

Zum Schluß kommend, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine Feststellung zum Theater der Landeshauptstadt St. Pölten, welches vom Land Niederösterreich eine jährliche Förderungszuwendung von 17,8 Millionen Schilling erhält. Wir Freiheitlichen meinen dazu, daß es sicherlich kein probates Mittel ist, mit Frei- und Dienstkarten zu versuchen, dem jährlichen Besucherschwund in diesem Theater gegenzusteuern. Hohes Haus! Dem Bericht des Rechnungshofes kann nicht nur entnommen werden, daß im Stadttheater St. Pölten jährlich bis zu 5.200 Dienst- und Freikarten zur Vergabe gelangten, sondern auch, daß die Freikarten bei Premieren überwiegend an Politiker und Beamte der Stadt und des Landes abgegeben wurden. Ich meine, eine derartige Vorgangsweise ist wirklich kein probates Mittel, den Besucherschwund zu stoppen. Ich meine aber auch, daß angesichts der Sparpakete, denen sich die Bevölkerung in den letzten Jahren nicht entziehen konnte, ich meine aber auch, daß angesichts des Belastungspaketes von 14 Milliarden Schilling, das auf unsere Familien losgelassen wurde mit den verschiedenen Kürzungen, daß die Bevölkerung für eine derartige Wirtschaft mit Freikarten, mit Dienstkarten kein Verständnis hat. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner Herrn Abgeordneten Keusch das Wort.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt des zur Debatte stehenden Bundesrechnungshofberichtes österreichweit die Prüfung des Förderwesens betrifft. Ich möchte das nicht wiederholen. Ich meine nur, das ist eine weise Entscheidung des Rechnungshofs, die mich veranlaßt, einige grundsätzliche Überlegungen dazu einzubringen. Denn erstens

haben sich durch den EU-Beitritt Österreichs die Rahmenbedingungen für Förderungen ganz wesentlich, ganz massiv geändert. Denken Sie an die Wettbewerbspolitik, die die EU vorgibt oder an die Wettbewerbskulisse, die Förderungen, die nationale Förderungen betrifft.

Zweitens mußten die bisher praktizierten Förderungssysteme den EU-Förderstrukturen angepaßt werden. Und zum dritten geht es um sehr viel Geld. Und da geht es insbesondere darum, daß sich wir als Österreicher, als nicht unbedeutender Nettozahler in der Europäischen Union doch möglichst viel Geld von dem, was wir einzahlen, wiederum zurückholen. Und in diesem Zusammenhang kommt der Rechnungshofprüfung doch eine besondere Bedeutung zu. Denn auch wir Niederösterreicher nehmen die EU-Fördertöpfe doch sehr massiv in Anspruch, wodurch auch das Förderwesen in Niederösterreich eine völlig neue Dimension erlangt hat.

Und vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, müßte man die Diskussion, das Feilschen, wie ich es nennen möchte, um die neue Zielgebietskulisse für die kommende Programmplanungsperiode sehen. Es wird seitens der niederösterreichischen Verhandler volles Engagement notwendig sein, aber nicht nur notwendig sein, sondern das darf auch erwartet werden. Und es wird vom Verhandlungsgeschick unserer Verhandler abhängen, daß wir für Niederösterreich ein möglichst optimales Ergebnis erzielen. Denn die von der EU vorgegebene 30prozentige Reduktion der Fördergebiete ist auf nationaler Ebene auszutragen und auszufechten, nämlich innerhalb der Bundesländer. Und hier müssen wir uns als Niederösterreicher behaupten.

Denn es ist ja mittlerweile fast klar, oder es steht fast fest, daß die nördlich der Donau gelegenen Gebiete, also das Wald- und der überwiegende Teil des Weinviertels Fördergebiet sind. Daß im Süden ein Teil des Industrieviertels, nämlich der, der an das Burgenland grenzt – und für das Burgenland, das ist ja mittlerweile klar, steht fest, daß es Ziel 1-Gebiet bleibt -, daß auch dieser Teil als förderungswürdig beibehalten werden wird, damit es keinen allzu dramatischen Abfall in Angelegenheit Förderung bzw. keinen allzu großen Einbruch auf wirtschaftlichem Gebiet gibt. Bleibt also logischerweise nur mehr das Mostviertel als Manövriermasse. Und jetzt gebe ich Ihnen gerne zu, daß das Mostviertel nicht gerade zu den ärmsten Regionen Niederösterreichs zählt. Ich meine aber, daß es dennoch im Mostviertel auch große strukturelle Unterschiede gibt. Denken Sie an die landwirtschaftlich strukturierten Bereiche im Westen des Bezirkes Amstetten.

Und hier bietet die von uns im Mostviertel erdachte Korridorlösung den entsprechenden Lösungsansatz für die Verhandlungen um die Zielgebietskulisse. Was verstehen wir unter dieser Korridorlösung? Wir meinen, daß einerseits die Donau die Ost-West-Achse bilden könnte. Und daß die einzelnen Täler, Ybbs-, Erlauf-, Pielachtal usw., diese Korridore bilden könnten. Sodaß hier die Möglichkeit von Förderungen über die in diesem Bereich der Achsen gelegenen Ortschaften gegeben sein könnte. Damit dieses Gebiet nicht total ausgeschlossen ist von der Förderkulisse.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Im allgemeinen Teil des Prüfberichtes über Niederösterreich im Verwaltungsjahr 1997 beklagt der Rechnungshof in seinen grundsätzlichen Feststellungen, das haben auch meine Vorredner schon einigermaßen ausgeführt, die Zersplitterung des Förderwesens. Und er führt das auf die Vielzahl der Förderstellen zurück, auf die bundesstaatliche Organisation und auch die interessenspolitische Gliederung. Und vor allem auch darauf, daß diese einzelnen Förderstellen noch unterschiedlich organisiert sind. Dazu fällt mir das Lieblingsthema der ÖVP, die Deregulierung ein, die immer wieder strapaziert wird, die sogar so seltsame Blüten treibt, daß man einzelne Gesetze jetzt schon auf mehrere Gesetze aufteilen möchte. Ich denke nur an das Campingplatzgesetz, worüber es gravierende unterschiedliche Auffassungen gibt, nur damit man eine Reduktion der Gesamtzahl der Landesgesetze als Erfolg verkaufen kann.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Im Bereiche des EU-Fördersystems bzw. der Förderungsrichtlinien gäbe es ein reiches Betätigungsfeld. Und da wird es ja hoffentlich keinen Widerspruch geben, denn das hat sogar der Rechnungshof festgestellt. Und da wäre genügend Möglichkeit einzugreifen, neu zu ordnen, besser zu strukturieren, zu entflechten, sodaß die Geschichte tatsächlich einfacher wird. Daß dieser Förderdschungel, der wirklich so dicht und fast undurchschaubar geworden ist, ein bißchen transparenter wird. Daß es nicht so, wie es der Rechnungshof wirklich zu Recht kritisch anmerkt, für Förderungswerber immer schwieriger wird, Zugang zum Förderungssystem zu finden bzw. tatsächlich dann auch eine Förderung zu erlangen. Und es wird eben nicht zu Unrecht vom Rechnungshof kritisiert, daß Klein- und Mittelbetriebe, die nicht über das notwendige *know how* verfügen, weil sie halt keine entsprechende Dimension haben, oder nicht über diese Personal-

ressourcen verfügen, daß denen der Zugang zu den Fördertöpfen verwehrt bleibt.

Geschätzte Damen und Herren! Die Landwirtschaft, die nicht unbedingt immer mein Paradebeispiel ist, aber die Landwirtschaft mit ihrer Interessensvertretung der Landes-Landwirtschaftskammer und den unzähligen Bezirksbauernkammern, die hat uns ja gezeigt, wie man es macht. Wie es geht, daß die Bauern zu ihrem Geld kommen. Entsprechende Beratung, keine Frage, muß man akzeptieren. Und das war auch der Grund, warum im Landwirtschaftsbereich ein Gutteil der möglichen Fördermittel auch ausgeschöpft werden konnte. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn es ein ähnlich intensives Engagement des Landes Niederösterreich auch im Bereich des ESF, des Europäischen Sozialfonds gegeben hätte. Wenn sich das Land in die Aktivitäten des AMS, des Arbeitsmarktservices, das eigene ESF-Regionalbeauftragte installiert hat, wenn sich das Land hier eingeklinkt hätte und die Arbeit der Regionalbeauftragten des Arbeitsmarktservices hier entsprechend unterstützt hätte. Dann wäre es möglich gewesen, daß auch im ESF-Bereich mehr EU-Mittel für derartige Projekte zu lukrieren gewesen wären. Auch hier hätte gelten müssen, wie es der Slogan in der Landwirtschaft gesagt hat, kein Schilling darf in Brüssel liegenbleiben. Herr Präsident! Sie sehen, ich habe sehr genau aufgepaßt, was die Argumente der Landwirtschaft sind.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat natürlich auch kritisch angemerkt, daß es an Förderkonzepten mit mittel- und längerfristigen Zielsetzungen fehlt. Auch hier habe ich eine Überlegung, ein praktisches Beispiel parat, wie man das ändern könnte. Diese Überlegung oder dieses praktische Beispiel erfordert allerdings eine klare Positionierung des Landes und zwar in Form eines Strukturkonzeptes. Gemeint ist oder ich meine, die Region Wien-Bratislava, wo sich im Lichte der bevorstehenden EU-Osterweiterung durchaus unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten für diesen Bereich, für dieses Gebiet anbieten. Nämlich die Möglichkeit, einerseits bei der herkömmlichen Struktur, beim Marchfeld als klassische Kornkammer Österreichs zu bleiben. Und die Förderungsmittel konzentriert in eine forcierte landwirtschaftliche Entwicklung zu pumpen. Oder man entschließt sich im Lichte einer wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit, die sich durch die EU-Osterweiterung ergibt, für wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten im Bereiche der beiden Großstädte und damit auch des Umlandes im Hinblick auf eine Stärkung von Betriebsansiedlungen oder zur Schaffung betrieblicher Strukturen. Also man versucht, in die andere Richtung zu

entwickeln. Eine Variante, die durchaus Sinn macht. Die Kreativität beweist. Und von der ich meine, daß sie auch dadurch unterstützt wird, daß es doch kürzlich einen Sinneswandel, wie wir ja heute schon gehört haben, im Hinblick auf das Thema Donau-Oder-Elbe-Kanal gegeben hat, wo der Herr Landeshauptmann und der Herr Wirtschaftslandesrat sich auch dieser Philosophie des Donau-Oder-Elbe-Kanales anschließen konnten.

Gefordert, meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang wäre allerdings eine politische Grundsatzentscheidung, die meiner Meinung nach seitens des zuständigen Raumordnungsreferenten aufzubereiten wäre. Also wie gesagt, die raumordnungspolitische Frage zu lösen im Zusammenhang mit der Erstellung eines entsprechenden Strukturkonzeptes. Das setzt die Entscheidung voraus, gehen wir in Richtung landwirtschaftliche Entwicklung oder geht man mehr in Richtung wirtschaftliche Entwicklung auf der Ebene von Strukturen für Betriebsgründungen, Betriebsansiedlungen. Darauf aufbauend könnten dann auch entsprechende Förderkonzepte, also zielgerichtete Förderkonzepte erstellt werden. Und das, glaube ich, meint der Rechnungshof, wenn er kritisiert hat, daß es zu wenig mittel- und längerfristige Strukturkonzepte mit speziell zielgerichteten Förderungsrichtlinien gegeben hat.

Die Feststellung des Rechnungshofes, meine Damen und Herren, daß Förderungsrichtlinien inhaltlich zu ungenau ausgeprägt sind, kann ich nicht ganz mittragen. Deswegen nicht – ich gebe schon zu, daß Richtlinien natürlich zielgerichtet sein sollen und einen bestimmten Sinn haben sollen. Sie sollen aber nicht zu einem Korsett werden, das überhaupt keinen Spielraum ermöglicht. Weil ich meine, es ist wohl die ureigendste Aufgabe der Politik, in ganz spezifisch gelagerten Problemfällen für die Wirtschaft doch rasch Hilfe anbieten zu können. Das wäre dann nur im engen Rahmen der Richtlinien möglich. Manche Dinge zu tun, die nicht linear sind, die nicht richtlinienkonform sind, wären dann nicht möglich. Das heißt, es müßte ein Mindestmaß an Handlungsspielraum vorhanden sein. Und genau zielgerichtete Förderungsrichtlinien bieten eben diesen Spielraum nicht. Und daher möchte ich in dem Zusammenhang auf eine langjährige Forderung von uns Sozialdemokraten eingehen und meinen, daß es notwendig wäre, um Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen zu können, diese zu überwinden, eine zwischenzeitliche finanzielle Unterstützung zu gewähren oder Haftungsübernahmen einzugehen, um Betriebe eben aufzufangen und dadurch auch gefährdete Arbeitsplätze zu retten. Kurzum, ich meine damit,

daß es notwendig wäre - und es ist schade, daß der Herr Wirtschaftslandesrat nicht da ist, ich werde es ihm bei anderer Gelegenheit unterbreiten - ich meine, daß es notwendig wäre, tatsächlich eine Auffanggesellschaft in Niederösterreich zu gründen. Es hat genügend Beispiele in der Vergangenheit gegeben, wo sich bewiesen hat, daß diese Einrichtung sinnvoll gewesen wäre, hätten wir sie gehabt. Das immer wieder ins Gespräch gebrachte Beteiligungsmodell ist leider dafür nicht geeignet, weil das Beteiligungsmodell dieses Mindestmaß an kalkulierbarem Risikokapital nicht einzubringen bereit ist. Und Unternehmen auffangen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, wobei möglicherweise die Struktur oder das Produkt dieses Unternehmens in Ordnung ist, es aber vielleicht im Bereich Marketing noch nicht ganz klappt oder in Teilbereichen nicht ganz klappt, da könnte man eben mit finanziellen Unterstützungen, mit neuem Management und so weiter auf diesem Sektor etwas tun. Dafür wäre eben diese Auffanggesellschaft gedacht. Und daher erneuere ich noch einmal unseren Wunsch und unsere Forderung an den Wirtschaftslandesrat, doch endlich eine Auffanggesellschaft für Niederösterreich einzurichten.

Ich meine, und da teile ich die Auffassung des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, die Prüfung des Fördersystems ist das Kernstück dieses Rechnungshofberichtes gewesen. Ich darf nur noch einige Anmerkungen zum Landestheater St. Pölten anfügen, zum Theater der Landeshauptstadt. Ich bin nicht der Pflichtverteidiger der Stadt St. Pölten, das schicke ich voraus. Ich habe mich allerdings der Mühe unterzogen, mich beim zuständigen Kulturstadtrat zu informieren, was denn da wirklich an diesen Kritikpunkten bewegt worden ist in der Zwischenzeit. Es ist sicher so, daß die Gespräche im Hinblick auf Konzeption weitergeführt werden. Ich gebe zu, auch für meinen Teil nicht unbedingt in der Geschwindigkeit, in der es vielleicht gesund wäre, in der es gut wäre. Aber die Gespräche sind intakt und die finden statt. Das ist das eine.

Das Schwanken in bezug auf die ausgegebenen, auf die an den Mann oder an die Frau gebrachten Karten erklärt man damit, daß man anstatt einem ein zweites Jugendstück angeboten hat. Erklärt man damit, daß einige Stücke, wie „Maria Stuart“ oder „Meine Schwester und Ich“ nicht den erwarteten Erfolg gebracht haben. Das gibt es, daß die Auswahl der Stücke nicht unbedingt ankommt. Aber was auch für meinen Begriff zu Recht Ansatz der Kritik gewesen ist, ist die große Anzahl der Freikarten gewesen. Und das hat mich auch besonders interessiert. Und hier

erklärt man seitens der Stadt, daß die Anmerkung des Rechnungshofes, daß laut Mitteilung des Theaters 1997/98 nur mehr 3.200 Dienst- und Freikarten vergeben wurden, im übrigen nicht den Tatsachen entspricht, da de facto an Freikarten 477 Stück, bei Pressekarten 235 Stück und bei Regiekarten 647 Stück, also somit in Summe lediglich 1.359 Stück vergeben wurden. Und das liegt österreichweit weit unter dem üblichen Schnitt, wird seitens der Stadt St. Pölten argumentiert. Ich glaube, daß diese Klarstellung durchaus notwendig ist, weil die Zahlen im Bericht dokumentiert höher angesetzt waren. Und weil damit dokumentiert ist, daß von seiten der Stadt auf den Rechnungshofbericht in der Zwischenzeit entsprechend reagiert wurde. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Präsident Ing. Penz.

Präs. Ing. PENZ (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1997 stellt unserem Bundesland hinsichtlich des Einsatzes von EU-Mitteln ein ausgezeichnetes Zeugnis aus. Obwohl wir beitriffsbedingt erst mit Verzug in die EU-Förderprogramme der Periode 1995 bis 1999 einsteigen konnten, und diese mit der Erstellung der diesbezüglichen EU-Dokumente erst ab Herbst 1995 angelaufen sind, hält der Rechnungshof in seinem Prüfungsergebnis lobend fest – und ich darf wörtlich zitieren: „Aus dieser Sicht war der bisherige Nutzungsgrad der zugesicherten EU-Fördermittel zur Zeit der Gebarungsprüfung im ersten Halbjahr 1997 positiv zu beurteilen“ (Ende des Zitates). Und, so darf man ergänzen, auch die Gesamtbilanz für das Berichtsjahr kann sich sehen lassen und braucht keinen Vergleich zu scheuen. Ich glaube, das ist ein Erfolg. Ein Erfolg für eine weitblickende und vorausplanende Politik in Niederösterreich. Aber ebenso ein Erfolg einer harten und einer erfolgreichen Verhandlung im Vorfeld.

Rund 72 Prozent der Landesfläche in Niederösterreich und 51,5 Prozent der Landesbevölkerung, das sind 757.000 Einwohner in Niederösterreich, leben damit in förderungswürdigen Gebieten nach Ziel 2 und 5b. Und daher ist es auch nicht notwendig, Herr Abgeordneter Keusch, zu sagen, entweder Landwirtschaft oder Wirtschaft. Jeder hat hier seinen Platz und jeder soll seine Möglichkeiten auch nützen. Und das Land hat alle Möglichkeiten genutzt, die ihm die Förderung

regionaler Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen etwa von INTERREG, also der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zum Beispiel mit der Slowakei bzw. mit Tschechien, oder im LEADER-Programm für innovative Aktionen im ländlichen Raum bieten.

Was die effiziente Nutzung, die Programmumsetzung und die Ausschöpfung all dieser Möglichkeiten betrifft, lag Niederösterreich auch Ende 1998 unter allen acht Bundesländern mit Zielgebietsprogrammen immerhin an zweiter Stelle. Denn, und ich bin Herrn Abgeordneten Keusch sehr dankbar, daß er diesen Slogan der Bauern übernommen hat, aber der galt ja auch und gilt in Niederösterreich, es darf kein Groschen in Brüssel ungenützt liegen bleiben! Wir müssen Chancen und wir müssen auch die Mittel nutzen. Und das eigentlich mit Erfolg. Bei Ende 1998 lag die niederösterreichische Ausschöpfung im Ziel 2-Bereich bei 70 Prozent. Und im 5b-Gebiet sogar bei 73 Prozent. Im Beitrittsvertrag wurden Österreich bekanntlich insgesamt für die Restperiode 1995 bis 1999 umgerechnet 21 Milliarden Schilling aus Mitteln des Strukturfonds zugesichert, also 4,2 Milliarden Schilling, aufs Jahr umgelegt. Gut ein Viertel der Österreich zustehenden Gesamtmittel zur Strukturförderung entfällt auf 5b-Gebiete.

Aber es ist ja nicht nur der niederösterreichische Anteil daran, der ins Gewicht fällt. Durch nationale Kofinanzierung seitens des Landes entsteht ja ein Verstärkereffekt, der über die früheren Anstrengungen der regionalen Förderung weit hinausreicht. Um beim 5b-Beispiel zu beginnen: Allein bis Ende 1998, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind in Niederösterreich 3.539 Projekte bewilligt worden. Und diese haben einen Investitionsrahmen von 15,5 Milliarden Schilling aufgewiesen. Und für diese genannten 3.539 Vorhaben wurden Förderungsmittel in der Höhe von 2.835 Millionen Schilling bewilligt und davon 1 Milliarde aus dem EU-Strukturfonds.

Und die meisten dieser Ziel 5b-Projekte, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurden im Mostviertel, nämlich 1.073, und im Waldviertel, 1.002, realisiert. Gefolgt vom Industrieviertel mit 585 und dem Weinviertel mit 430 Projekten. Gemeinsam mit dem ebenfalls von Bund, Land und EU-kofinanzierten Sektorplanprojekten wurden in dieser Phase insgesamt über 10 Milliarden Schilling in den ländlichen Raum und somit in die Stärkung der Regionen investiert.

Bei INTERREG, das ebenso wie LEADER erst 1996 anlaufen konnte, wurden bis Ende 1998

120 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 128 Millionen Schilling umgesetzt bzw. in Angriff genommen. Wobei besonders dabei Vorhaben in den Bereichen Tourismus, Kultur und Regionalentwicklung ins Gewicht gefallen sind. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und deren positive Beurteilung auch durch die kritischen Prüfer des Rechnungshofes doppelt erfreulich sein kann. Und viele, meine sehr geehrten Damen und Herren, verdienen dafür Lob. Natürlich hat das Land Niederösterreich und die NÖ Landesregierung, seine Politik, einen wesentlichen Anteil daran. Allem voran aber, und das soll auch gesagt werden, ist das ein Erfolg für die Initiativen und kreativen Bürger dieses Landes, die hinter den Projekten stehen. Hier ist eine ungeheure Mobilisierung in Gang gesetzt worden. Ein Engagement, das beispielhaft ist. Durch die Aktivierung der regions-eigenen Kräfte und durch die Motivation der Bevölkerung konnten so neue wirtschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Und schließlich ist das auch ein Erfolg durch eine exzellente Beratung und Hilfestellung. Nicht nur, wie sie seitens der NÖ Landwirtschaftskammer, seitens der ECO-PLUS, seitens der Regionalmanager, aber auch der zuständigen Abteilungen des Landes Niederösterreich gegeben wurde. Ich darf hier stellvertretend für die vielen Herrn Hofrat Dr. Silberbauer und Herrn Hofrat Dr. Schwarz nennen und ihnen auch aufrichtig dafür danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nicht minder erfreulich ist die Feststellung des Rechnungshofes, daß für diese Förderungen seitens des Landes sämtliche Anforderungen beim Aufbau des Kontrollsystems erfüllt worden sind. Gerade angesichts manch unerquicklicher Vorfälle und Vorgänge im EU-Bereich ist dieser Befund wichtig. Die Landesbürger und Steuerzahler wissen damit, daß in Niederösterreich mit den Geldern mit allergrößter Sorgfalt und Umsicht umgegangen wird. Kein Groschen, der nicht nachvollziehbar abgewickelt wurde. Zugegeben, das Kontrollsystem mit insgesamt 18 Stufen von der Prüfung eines eingereichten Vorhabens durch die Abwicklungsstelle bis zur abschließenden Additionalitätsliste ist umfangreich und dicht. Und nicht wenige beklagen die Bürokratie, die damit verbunden ist. Aber durch seine konsequente Anwendung hat der Steuerzahler in Niederösterreich die Garantie, daß jeder Schilling effektiv und projektbezogen eingesetzt wird. Klagen hinsichtlich des Übermaßes an Bürokratie betreffen oft auch den Bereich der agrarischen Ausgleichszahlungen. Und tatsächlich ist die Bürokratisie-

rung trotz mancher Verbesserung und Vereinfachung, die erreicht werden konnte, enorm. Allerdings, und sagen wir das auch offen, 60 Milliarden Schilling versickern bei uns in Österreich eben nicht. Im Gegenteil! Bei uns wird auf Schilling und Groschen genau abgerechnet. Und natürlich bedeutet das auch Genauigkeit und ein Mehr an Aufwand. Und noch etwas spielt dabei eine wesentliche Rolle: Die Vielfalt der Programme, die keiner von uns missen möchte. Die aber umgekehrt eben eine gesonderte Abwicklung erfordern. Wir müssen uns freilich weiter um eine Vereinfachung bemühen. Aber nicht auf Kosten der Vielfalt und der Qualität der Programme.

Unter diesen Programmen spielt das österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, kurz ÖPUL, eine zentrale Rolle. Die Finanzierung dieser Programme erfolgt zu 50 Prozent von der Europäischen Union und die restlichen 50 Prozent werden im Verhältnis 60:40 zwischen Bund und den Ländern aufgeteilt. Diese Förderungsmaßnahme ist im Rahmen eines sogenannten Mehrfachantrages über die örtlich zuständige Bezirksbauernkammer zu beantragen und wird von der AMA abgewickelt. Um Ihnen einmal eine Vorstellung vom Umfang zu geben, weil das auch ansatzweise im Rechnungshof kritisiert wurde, worum es sich hier handelt, möchte ich Ihnen die Antragszahlen des Jahres 1997 nennen, die von der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer behandelt und mit der Agrarmarkt Austria abgewickelt wurden. Es waren dies für Niederösterreich 46.364 Mehrfachanträge. Es waren dies weiters 30.551 Tierprämienanträge, 4.598 Anträge auf Gewährung degressiver Übergangshilfen und 9.692 Anträge auf Frühvermarktungsprämie. *(Abg. Waldhäusl: Und auf die Bürokratie seid ihr stolz!)*

Diese Zahlen sprechen für sich, Herr Abgeordneter Waldhäusl. Und damit erst recht gegen jene, die die Kammer abschaffen und die Bauern um diese für sie unverzichtbare Unterstützung bringen wollen! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Waldhäusl: Dieses Geld gehört den Bauern!)*

Was nun den heute gleichfalls zur Behandlung anstehenden Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen 1996 und 1997 gemäß Artikel 1 § 8 Abs.4 Bezügegesetz anbelangt, beeindruckt dieser durch seinen Umfang, jedoch nicht durch seine Aussagekraft. Bei aller Wertschätzung für die Arbeit des Rechnungshofes und seiner Beamten: Dieser Bericht erfüllt meines Erachtens nicht annähernd den

gesetzlichen Auftrag, der ihm zugrunde liegt. Und ich sehe mich mit meinem kritischen Einwand durch das Bezügebegrenzungs-gesetz durchaus auch bestätigt, wo es im § 8 Abs.4 heißt, der Rechnungshof hat „... über die durchschnittlichen Einkommen einschließlich der Sozial- und Sachleistung der gesamten Bevölkerung - nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen getrennt - zu berichten; so lange die hierfür erforderlichen statistischen Daten nicht zur Verfügung stehen, ist dieser Bericht auf Grund von Gutachten von Sachverständigen zu erstatten“ (Ende des Zitates). Keine Rede davon, nämlich von der gesamten Bevölkerung, ist auf den folgenden 300 Seiten. Behandelt wird nämlich ausschließlich der Bereich der unselbständig Erwerbstätigen, für den es ohnehin zahlreiche Datengrundlagen gibt und vielfältige Statistiken. Und dazu wurde extra auch noch ein umfangreiches Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben. Vollständig ausgeklammert und auch durch keinerlei Gutachten berücksichtigt sind hingegen alle, die durch selbständige Arbeit ihr Einkommen verdienen. Daher meine Überzeugung, daß dieser Bericht explizit die Intentionen des Gesetzgebers verfehlt. Das ist ein eklatanter Mangel, weil es tatsächlich notwendig wäre, die Einkommenssituation der gesamten Bevölkerung darzulegen.

Durch seine eingeschränkte Betrachtungsweise ist deshalb der vorliegende Bericht nur von höchst beschränktem Wert. Bei aller Akribie im Detail, über die sich zudem trefflich streiten ließe, ob nicht selten bei den unselbständig Erwerbstätigen eine Darstellung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zumindest ebenso notwendig wäre wie etwa zwischen den Funktionen. Daher richte ich abschließend von dieser Stelle aus an den Rechnungshof die Empfehlung, um ebenfalls seine gängige Diktion zu wählen, bei der Erstellung des nächsten Berichtes dem Auftrag des Gesetzgebers in vollem Umfange zu entsprechen. Und das muß einem Landesparlament auch zustehen, auch den Rechnungshof sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene zu kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichtersteller haben das Schlußwort.

Berichtersteller Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

Berichtersteller Abg. ERBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Beide verzichten. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 157/B-2/2:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 191/B-5:) Danke. Gegenstimmen? Keine. Ebenfalls einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zu Ltg. 218/B-1 einzuleiten.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte zu Ltg. 218/B-1, Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 2 der XV. Gesetzgebungsperiode.

Ltg.-B-1/3b, Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Ottenschlag, NÖ landwirtschaftliche Fachschule, bautechnische Prüfung. Ltg.-B-1/5b, Bericht des Landesrechnungshofes vom November 1998 betreffend Landesnervenklinik Gugging, Betriebskindergarten. Ltg.-B-1/10b, Bericht des Rechnungshofes vom November 1998 betreffend Abfallwirtschaftsgesetz 1992. Ltg.-B-1/11b, Bericht des Landesrechnungshofes vom Jänner 1999 betreffend NÖSIWAG, NÖ Siedlungswasserbau GesmbH. Ltg.-B-1/12b, Bericht des Landesrechnungshofes vom Jänner 1999 betreffend Gießhübl bei Amstetten, NÖ landwirtschaftliche Fachschule.

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich stelle daher namens des Rechnungshofes den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht Nr. 2 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.“

Ich darf bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke für diesen Bericht und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir haben eine Fülle von Rechnungshofberichten zu debattieren und eine noch viel größere Fülle von Versäumnissen der Landesregierung. Und es ist schon bemerkenswert, daß diese Rechnungshofberichte großteils einen Bereich dieses Landes betreffen, und das ist die Landwirtschaft.

Nun könnte man natürlich schmunzelnd anmerken, ja warum? Vielleicht ist dieses Land so groß oder hat so viel Fläche oder so viel Ackerflächen, daß die alle so geprüft werden vom Rechnungshof? Ich meine aber doch, daß es mehr an dem Ressort an und für sich liegt, daß es hier immer wieder Anlaß zu Beanstandungen durch den Rechnungshof gibt. Und damit meine ich jetzt nicht etwa politische Kritik, die auf einer anderen Seite steht. Sondern da meine ich sachliche Anmerkungen von Verfehlungen, die der Rechnungshof in mehreren seiner Berichte anmerkt. Und das ist es, was wir dann politisch diskutieren und interpretieren müssen.

Ich darf bei dem Bericht über das Abfallwirtschaftsgesetz beginnen und auf die Richtlinien, auf die Förderungsrichtlinien eingehen. Deren erstes Kuriosum es zunächst einmal ist, daß es überhaupt einmal drei Jahre seit Bestehen des Gesetzes gedauert hat, bis überhaupt Richtlinien zustande gekommen sind. Und daß just in dem Jahr, als die Richtlinien in Kraft getreten sind, es zu Verwicklungen im Budget gekommen ist. Diesen Zusammenhang, meine Damen und Herren, sollten wir durchaus im Gedächtnis behalten.

Ich möchte vielleicht noch ganz kurz, ehe ich auf eine dieser rechnerischen Verwicklungen näher eingehe, darauf hinweisen, daß vom Rechnungshof einige Anmerkungen zu nicht optimalen Richtlinien getroffen wurden. Zunächst einmal heißt es da, es gibt Anlagen zur Müllvermeidung. Hohes Haus! Müllvermeidung kann nicht durch Anlagen erzeugt werden! Anlagen, Betriebsanlagen, Bauwerke sind dazu da, um Müll zu trennen, um Müll zu verwerten, um Abfälle vielleicht sogar zu entsorgen, um sie auch chemisch umzuwandeln im weitesten Sinne. Müllvermeidung kann nur etwas sein, was bei der Produktion vielleicht beginnt oder beim Handel. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten können einen kleinen Beitrag leisten. Aber Anlagen, Betriebsanlagen

zur Müllvermeidung kann es nicht geben. Daher ist das ein Beispiel für die, wie sich der Rechnungshof vornehm ausdrückt, „nicht optimalen“ Förderkriterien. Eine zweite wäre die Mehrwertsteuerfrage, die ungeklärt ist. Weil immer wieder unklar ist, ob jetzt die Mehrwertsteuer hineingerechnet wird oder nicht, in diese 25 Prozent der Investitionskosten, die gefördert werden können. Eine dritte ist der Zwang zur überwiegenden Auslastung durch Gebietskörperschaften, der auch nicht ganz optimal erscheint.

Nun darf ich aber zu jenem Ereignis kommen, das doch bemerkenswert ist und das letztendlich das war, was die Richtlinien letztlich so mit voller Größe in Kraft gesetzt hat, könnte man fast sagen. Kaum waren die Kriterien in Kraft, gab es im Budget Verwicklungen. Bis zum Jahr 1995 gab es einen etwa ausgeglichenen Rechnungsabschluß, man hat mit 15 Millionen budgetiert und einigermaßen vergleichbar abgeschlossen. Ab dem Jahr 1996 hat man den Voranschlagsposten um das 2,5fache überzogen, im Jahr 1997 um das viereinhalbfache bereits. Das hängt natürlich unter anderem auch damit zusammen, daß man ganz andere Zahlen veranschlagt hat, daß aber offensichtlich die Fördermaßnahmen dieselben blieben. Und jetzt hat man die berühmten Bocksprünge in der Verrechnung gemacht, um wieder hinzukommen. Hinzuzufügen ist natürlich, daß die gegenseitige Deckungsfähigkeit gegeben war. Aber das ist, wie der Rechnungshof auch anmerkt, ja nicht das Problem. Sondern das Problem ist, daß man einfach ein Sammelsurium von verschiedenen Budgetposten geschaffen hat: Förderung nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, Gemeindekapitaltransfer, Gemeindeverbandskapitaltransfer, Förderungen für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe. Und das alles in einem Posten abgerechnet. Das kann es doch nicht sein! Und so nimmt es nicht Wunder, daß der Rechnungshof auf Seite 9 treffend bemerkt: „Im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit besteht die Möglichkeit, eventuelle Mehrausgaben bei einer Voranschlagsstelle durch Minderausgaben bei einer anderen Voranschlagsstelle zu bedecken. Sie entbindet aber nicht von einer den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Veranschlagung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben bei jeder einzelnen Voranschlagsstelle.“ Und weiter: „Durch die gehandhabte Vorgangsweise wurde der Budgetgrundsatz der Wahrheit, Klarheit und Genauigkeit nicht beachtet.“ Zum wievielten Male eigentlich, muß man feststellen, daß dieses Ressort die Budgetgrundsätze nicht beachtet? Ist irgend eine Konsequenz auch nur angedacht worden in der Partei, die mit der Ressortführung betraut ist? Das ist nur ein

Beispiel. Ich muß es mir aus Zeitgründen ersparen, weitere Details in dem brisanten Bericht über das Abfallwirtschaftsgesetz zu referieren. Aber es gibt noch andere.

Ich darf zum Bericht über die NÖSIWAG kommen. Und hier darf ich mehr auf einen inhaltlichen Punkt eingehen, der mir als zu erwähnen wesentlich scheint. Der Rechnungshof berichtet sehr ausführlich, sehr genau – wie immer – über Bilanzen, über Personalkosten, über die man diskutieren könnte. Es wurde auch über den Trinkwasserpreis schon diskutiert. Es wurden die Liquiditätsreserven der NÖSIWAG angesprochen, es wurden Baumaßnahmen und Investitionen angesprochen. Es wurden angesprochen die Personalkosten, daß die gebunden sind etwa an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, daß man das überdenken könnte. Dem wurde entgegengehalten - was auch eine gewisse Nachvollziehbarkeit hat - daß nämlich die Qualifikation der Mitarbeiter sehr sehr hoch ist, weil eben die NÖSIWAG eine spezielle Mitarbeiterstruktur, auch eine spezielle Aufgabenstruktur hat. Und das sehen wir schon ein.

Es wurde noch berichtet über Probleme bei der Ausschreibung für eine Trinkwasserversorgungs- und Nitratentfernungsanlage. Das sehen wir schon weniger ein, wenn ich ganz ehrlich sein darf. Es wurden nämlich die Voraussetzungen für das gewählte Ausschreibungsverfahren nicht ordnungsgemäß ausgearbeitet bzw. war gar nicht gegeben. Es gab Probleme bei der Vergleichbarkeit der Angebote. Man wollte schlicht und ergreifend, und das kann eben nicht gutgehen, gleichzeitig Kostenvoranschläge und Pläne einholen. Das kann man nicht. Sondern man muß einen Plan haben, man muß ein Leistungsverzeichnis haben, dann kann man ausschreiben.

Die Aufgaben der NÖSIWAG sind aber vielfältig. Und ich meine doch, daß wir uns ganz kurz auch sozusagen der Entstehungsgeschichte der NÖSIWAG widmen sollten, die ja eigentlich deshalb entstanden ist, weil ein Teil des niederösterreichischen Trinkwassers ganz einfach nicht mehr konsumierbar war und weil es in manchen Gebieten zu Gefahren gekommen ist, auch zu erhöhter Säuglingssterblichkeit, die unter Umständen auch insbesondere auf das Nitrat im Trinkwasser zurückzuführen gewesen wäre. Und ich möchte hier nicht versäumen, den Umweltbericht des Landes Niederösterreich aus dem Jahr 1996 zu zitieren, in dem man doch ein sehr sinniges Zitat, wenn ich das so sagen darf, sieht, wenn man die Ziele, die eigentlich notwendig wären, genauer betrachtet. Der Mangel besteht in der

Umsetzung. Hier steht: „Neben dem klassischen hoheitsrechtlichen Instrumentarium des Bescheides oder der Verordnung erscheint es ergänzend dazu auch erforderlich, Möglichkeiten verpflichtender Ausbildung, Beratung und Schulung, beispielsweise als Bedingung für Teilnahme an Förderungsprogrammen, als zusätzliche Ebenen des Vollzugs, der Zielsetzung des Wasserrechtsgesetzes ebenso zu überlegen, wie eine inhaltliche, umfassende Betrachtung des Bodenschutzes.“ Ja, wo sind diese Programme? Wo sind diese Maßnahmen? Wo sind denn die Maßnahmen zur Reinhaltung des Trinkwassers? Ist die NÖSIWAG nur ein Wasserversorgungsinstrument? Ist die NÖSIWAG nur eine Institution, die Leitungen baut? Oder sollten die Aufgaben der NÖSIWAG nicht darüber hinausgehen? Oder aber sollten die Aufgaben der Politik nicht über jene der NÖSIWAG hinausgehen? Sollte es nicht Aufgabe der Politik sein, für Trinkwasserschutz zu sorgen? Und sollte es nicht Aufgabe der Politik sein, sich nicht nur an Reparaturmaßnahmen, sondern an vorausschauenden Umwelt- und Wasserschutzmaßnahmen zu orientieren?

Die Nitratbelastung in Niederösterreich ist äußerst bedenklich. In sehr sehr vielen Gebieten dieses Landes. Die Pestizidbelastung ebenso. Sollte es nicht Aufgabe der Politik sein, stelle ich die Frage, möglichst rasch dieses Unding einer Trinkwasserausnahmereverordnung - man kann es nicht ganz einfach abschaffen, aber man muß den Ursachen auf den Grund gehen! Denn in Wirklichkeit sagt diese Trinkwasserausnahmereverordnung nichts anderes als, das Wasser ist zwar schlecht, aber trinken dürft ihr es trotzdem! Das kann der Landeshauptmann mit dieser Verordnung sagen. Ob das das Ziel der NÖ Umweltpolitik sein kann, das wage ich zu bezweifeln. Soviel zur NÖSIWAG als grundsätzliche Feststellung. Als politische Feststellung, daß hier die NÖ Umweltpolitik einen schweren, schweren Vollzugsmangel hat.

Und nun sind wir bei dem, was die Zukunft der Landwirtschaft betrifft, was die Landwirtschaft später einmal ausmachen wird. Nämlich bei jenen, die sozusagen lernen, sich in der Landwirtschaft zu bewegen. Oder besser, bei jenen, die versuchen, den zukünftigen Landwirten das nötige Rüstzeug mitzugeben. Und angesichts dieser Berichte kann ich es mir nur erlauben, ganz kurz diese Fachschule Gießhübl bei Amstetten sozusagen vorbeigehend, en passant zu streifen, weil im Vergleich zu anderen Berichtsteilen das ja das sprichwörtliche „Lercher!“ ist. Ich halte nur fest, daß der Rechnungshof im Jahr 1981 bereits hingewiesen hat darauf, daß die Lehrwerkstätten für Holz- und Metallbearbeitung derzeit in Werkstät-

ten- und Garagengebäuden nur provisorisch untergebracht sind. Und da meine ich, ein Provisorium ist so etwas typisch Österreichisches. Aber gerade bei den Provisorien sollte vielleicht Niederösterreich nicht päpstlicher sein als der Papst und dieses Provisorium geradezu bis zur Permanenz ausreizen. Also hier wäre dringendst Abhilfe zu schaffen. Und es stellt sich natürlich in diesem Zusammenhang auch grundsätzlich die Frage, ja, wie ernst genommen werden denn die Äußerungen des Rechnungshofes, wenn es möglich ist 17 Jahre lang nichts zu tun? Und hinterher dann noch von einem Kollegen gehört zu bekommen, daß es eigentlich ohnehin etwas ganz besonders Gutes ist. Weil das ja Sparmaßnahmen sind, daß man in der Garage die Schüler ausbildet. Also das kann ja wirklich nicht der Stein der Weisen sein! Insbesondere, wenn sich die ÖVP hier selbst widerspricht, weil ja andere Abgeordnete in eine ganz andere Richtung argumentiert haben, nämlich daß das abgestellt gehört.

So viel zur landwirtschaftlichen Fachschule Gießhübl. Der Gipfel ist meiner Ansicht nach jedoch der Bericht über die landwirtschaftliche Fachschule Ottenschlag und die Anmerkungen, die der Rechnungshof hier gemacht hat. Hier stellt sich eine ganz grundsätzliche Frage der Landespolitik, Hohes Haus: Kann es sein, daß im Ausgang des 20. Jahrhunderts ein 80-Millionenprojekt freihändig vergeben wird? Niemand weiß etwas davon, oder niemand will es wissen. Und niemand ist dafür verantwortlich und niemand wird dafür zur Verantwortung gezogen. Kann es das geben im ausgehenden 20. Jahrhundert?

Die Firma Gebau wurde als Generalunternehmer beauftragt, ohne Ausschreibung, offensichtlich vorinformiert. In der ersten Baubeiratsitzung offensichtlich mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, die so weitreichend waren, daß man gleichzeitig auch den Architekten beauftragen konnte. Und ich frage Sie, meine Damen und Herren, entweder gab es jemanden, eine Person, die diese Vorgangsweise der Hypo-Leasing gedeckt hat, die davon gewußt hat und die dem Vorschub geleistet hat, oder die Hypo-Leasing ist so frei und so mächtig in diesem Land, daß sie es sich erlauben kann ohne Ausschreibung Aufträge auszuführen, Generalunternehmer zu bestellen, Architekten zu bestellen. Die dann noch dazu unprofessionell arbeiten, wie später das Beispiel des Dachdeckermangels sehr eindrucksvoll gezeigt hat. Wo sind die politisch Verantwortlichen? Gibt es die überhaupt in dem Land? Dient die Leasingfinanzierung in unserem Land überhaupt nur dazu, die politische Verantwortung an eine Firma abzuschieben, die sich dann alles erlauben

kann? Ist das die Politik der NÖ Landesregierung? Das frage ich Sie. Wer ist verantwortlich für die Schlamperie? Wer ist für die Ursachen verantwortlich? Wer ist verantwortlich, daß die Baubeiratssitzungen völlig unkoordiniert abliefen, daß der Baubeirat überhaupt nicht informiert war? Daß er gleichzeitig schon oder späterhin dann verfrüht und ohne Abwicklung des Projektes sich aufgelöst hat quasi? Daß man im Baubeirat die Probleme überhaupt nicht richtig besprochen hat. Wer ist dafür verantwortlich dafür, daß die baulichen Veränderungen nicht berichtet wurden, daß die Zustimmung im Baubeirat erst verspätet eingeholt wurde. Wenn ich als Wohnungsstadtrat so arbeiten würde in Neunkirchen, würde mich der Herr Kollege Kautz als Bürgermeister wahrscheinlich am nächsten Tag davonjagen – mit Recht.

Es gab beispielsweise keinen schriftlichen Vertrag für die Architekten-, Statiker- und Haus-technikerleistungen. Es gab keine Werkverträge. Es gab mündliche Zusagen. Was ist das für ein Land, in dem 80-Millionenprojekte mit mündlichen Zusagen vergeben werden? Freihändig, ohne entsprechende Leistungsverzeichnisse und ohne entsprechende Ausschreibungen? Wer trägt die Verantwortung dafür, daß der Bau 15 Monate später als geplant fertiggestellt wurde? Wer trägt die Verantwortung für die dadurch entstandenen zweieinhalb Millionen, die das mehr gekostet hat, wer trägt die Verantwortung für diese Mehrkosten? Selbst wenn es keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen gehabt hat, wer trägt die Verantwortung dafür, daß eine falsche Preisbasis angegeben wurde? Daß die Preisbasis Jänner '85 mit der Preisbasis August '85 verwechselt wurde? Wo wird das jemals geahndet? Wie lange muß der Rechnungshof in diesem Hause noch berichten, bis es hier Konsequenzen gibt? Wo ist die Kontrolle der Hypobank?

Und ich darf abschließend auch hier ein Zitat bringen, weil es, obwohl es eine Kleinigkeit ist, doch bezeichnend ist für den Zustand, der hier geherrscht hat. Für die Vorgangsweise, die hier um sich gegriffen hat. Und für die Unprofessionalität des Architekten. Die Dacheindeckung war schadhaft, der Hauswart hat sich immer wieder beschwert. Und der Architekt ist fälschlicherweise nicht zum Dachdecker gegangen, wo er das eigentlich hätte einmahlen müssen, sondern, vermutlich vom Dachdecker geschickt, zur Herstellerfirma des Materials des Daches. Er nahm also, wie der Rechnungshof völlig richtig feststellte, den Vertragspartner aus der Pflicht. Der Architekt schrieb von einem Kulanzvorschlag in einer Situation, wo er einen Rechtsanspruch zugunsten des Schlosses Ottenschlag hätte einmahnen

müssen. Und nunmehr darf ich zitieren: „Zu guter Letzt hat die Dachplattenerzeugerfirma in einem Schreiben vom 9. April 1997 dem Hauswart der Schule ihr Bedauern zum Ausdruck gegeben...“ - nicht etwa der Hypo-Leasing, dem Generalunternehmer oder dem Architekten, vielleicht der Landesregierung, vielleicht den Schülern oder Lehrern – dem Hauswart (vermutlich war der ständig belastet mit diesem Problem) - „... und die Reparaturen ‚seiner‘ Dacheindeckung auf Eternitkosten zugesichert, wobei sich die von ihr beauftragte Dachdeckerfirma mit dem Schulwart hinsichtlich die Terminvereinbarung noch absprechen wird. Eine Kopie dieses Schreibens erging - als ob diese Mängelbehebung nunmehr vorwiegend eine Angelegenheit zwischen dem Schulwart und dem Lieferanten wäre - an den Architekten.“

Glücklicher Architekt in Niederösterreich, wenn er eine Kopie bekommt von dem, was sich ein Hauswart eines 80-Millionenprojektes in Niederösterreich mit einer Erzeugerfirma für Dachdecker-material ausmacht. Wenn er eine Kopie davon zur Verfügung gestellt bekommt!

Ich mahne neuerlich die politische Verantwortung für diesen Gesamt-Rechnungshofbericht und für diese Detailberichte ein. Ich denke, daß es hoch an der Zeit wäre, hier neue Wege zu gehen, politisch neue Wege in der Umweltpolitik. Politisch neue Wege in der Abfallpolitik. Da fällt mir ein Zwischensatz noch ein, den ich Ihnen gerne sagen möchte. In der Abfallwirtschaftspolitik, Hoher Landtag, ist ein großes Problem in Niederösterreich immer wieder zur Sprache gekommen in den letzten Monaten, ja in den letzten Jahren, müßte man schon fast sagen, und das ist die Frage der Müllverbrennung. Die Müllverbrennung ist nicht okay, sie ist k.o.! Man sieht das am Bröckeln der Verbände. Man sieht das daran, daß die Verbände dieses Machtspiel nicht mitmachen wollen – zumindest einige davon sind mutig genug, um sich hier zu distanzieren. Man sieht, daß das ein falscher Weg ist, daß dem Ziel der Müllvermeidung im Abfallwirtschaftsgesetz nicht Rechnung getragen wird dadurch. Man sieht das auch dadurch, daß hier wenigstens, wenn schon nicht bei der Landeshauptstadt, die internationalen, die EU-weiten Ausschreibungskriterien zum Tragen kommen müßten. Das heißt, daß es hier keine Erbpacht der EVN oder der AVN gibt. Daß das ein internationales Projekt sein sollte, das aber nicht in Richtung Müllverbrennung geht, sondern etwa in Richtung mechanisch-biologischer Kläranlage, Entsorgungsanlage. St. Pölten zeigt den Weg vor. Und ich würde mir sehr wünschen, wenn hier andere Verbände sich zusammenschließen würden und ähnliches auch versuchen würden, angereichert um viele, viele Erfah-

rungen, die es in dieser Hinsicht schon gibt. Und auch angereichert um die Erfahrung, daß es bereits Müllverbrennungsanlagen auch in Österreich - ich erinnere nur an Oberösterreich - gibt, die mit äußerst großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Und ich kann die Verbände nur davor warnen, sich hier in die Pflicht nehmen zu lassen.

Ich denke, dieses Land braucht neue Wege. Neue Wege in der Umweltpolitik, neue Wege auch in der Einhaltung der Kriterien, die sich dieses Land und diese Landesregierung selbst auferlegt hat. Das wäre das allerwichtigste, der allerwichtigste Schluß aus diesem Rechnungshofbericht. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Sacher das Wort.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Uns liegt der Rechnungshofbericht Nr.2 vor, der sich in zwei Punkten mit landwirtschaftlichen Fachschulen beschäftigt. Mein Vorredner ist insbesondere auf die landwirtschaftliche Fachschule Ottenschlag sehr detailliert eingegangen und hat hier aufgezeigt, was in dem Bericht zu lesen ist. Daß es hier bei der Abwicklung dieses Bauvorhabens zu gravierenden Mängeln gekommen ist. Ich möchte das nicht wiederholen, der Bericht liegt ohnehin auch jedem vor. Ich möchte nur versuchen, darüber hinaus, weil das Wort vom politischen System hier gefallen ist, in dieses ein bißchen hineinzuleuchten. In dieses Schulsystem, in die Gesamtproblematik des landwirtschaftlichen Schulwesens in dem Zusammenhang, soweit sich das hier herstellen läßt.

In Ottenschlag wurde das devastierte Schloß in den achtziger Jahren erworben und für eine landwirtschaftliche Fachschule adaptiert. Der Aufwand betrug dafür rund 85 Millionen Schilling. Das sind 1,7 Millionen Schilling für eine Schülerin oder einen Schüler, wenn man eine Division anstellt. Jene Division, die Gesamtinvestitionssumme von fast 85 Millionen durch die aktuelle Schülerzahl zu teilen. Es sind derzeit 49 Schülerinnen und Schüler an der landwirtschaftlichen Fachschule in Ottenschlag. Und das ist, und dieses Kompliment muß man ja dem Schulwesen im landwirtschaftlichen Bereich machen, ein traumhafter Wert, der sich für die jungen Menschen ergibt. 1,7 Millionen Schilling Aufwand bezogen auf die Schülerzahl 1997/98. Räumt man ein, daß die Schülerzahl im ersten Jahr der Eröffnung etwas höher war, mitt-

lerweile gesunken ist. Damals war es rund eine Million Schilling pro Schüler. Ich weiß schon, daß man eine solche Rechnung nicht so einfach anstellen darf, weil es eine Milchmädchenrechnung ist. Aber sie dient dazu, einen Vergleich einmal zu ziehen, sehr geehrte Damen und Herren.

Die Vergleichszahlen stammen aus den Amtlichen Nachrichten der NÖ Landesregierung, wo auf der Titelseite kürzlich ein Foto von der Eröffnung der gewerblichen Berufsschule in St. Pölten prangte. Die neu gestaltete Landesberufsschule wurde von Landeshauptmann Dr. Pröll und von Landeshauptmannstellvertreter Höger kürzlich eröffnet. Und wir lesen hier, daß 149 Millionen Schilling investiert wurden, wobei der Altbau saniert und der Zubau für die Berufsgruppen Graphisches Gewerbe und Chemie neu errichtet wurde. Dann lesen wir aber auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule. Und sie beträgt im laufenden Jahr 1.253 Schülerinnen und Schüler. Das ergibt also, wenn man diese Vergleichsrechnung anstellt, eine pro Kopf-Investition von 118.000,- Schilling. Noch einmal: Landesberufsschule St. Pölten: Investition pro Kopf 118.000,- Schilling. Landwirtschaftliche Fachschule Ottenschlag: Investition pro Kopf 1,1 Millionen Schilling.

Das ist das Zehnfache! Ich darf noch einmal sagen, ich gratuliere dem landwirtschaftlichen Schulwesen, den Schülerinnen und Schülern in der landwirtschaftlichen Fachschule Ottenschlag zu dem hohen Stellenwert, den man ihnen einräumt. Und ich gratuliere dem landwirtschaftlichen Schulwesen insgesamt zu der gewaltigen Summe Geldes, die man immer im Land Niederösterreich so jährlich zuteilt. Einen Haken hat die Sache allerdings: Aus Mitteln des Schulbudgets wird ein Kulturdenkmal, nämlich das alte Schloß Ottenschlag renoviert, revitalisiert, finanziert. Der Rechnungshofbericht zeigt dies deutlich auf. Und daß auch angesichts der räumlichen Dimensionen mit sehr hohen Betriebs- und Erhaltungskosten zu rechnen ist. Und ich sage – und das haben wir schon immer betont – Denkmalschutz kann nicht Aufgabe des landwirtschaftlichen Schulbudgets sein, sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre daher korrekter, würden die Budgetmittel für die Sanierung von solchen Gebäuden - die zu begrüßen ist natürlich - aus den zuständigen Bereichen zugeordnet werden bzw. von dort umgeschichtet werden. Damit würden wir endlich auch einen Schritt hin zu mehr Kostenwahrheit im Schulwesen, im landwirtschaftlichen Schulwesen tun.

Hoher Landtag! Ich möchte eine weitere Anmerkung, eine weitere Forderung zum Ausdruck

bringen mit diesem Vergleich. Messen wir doch auch bitte in Zukunft dem anderen Bildungsbereich in Niederösterreich einen ebenso hohen Stellenwert zu wie dem landwirtschaftlichen Schulwesen. Etwa, weil ich bei dem Vergleich begonnen habe, dem gewerblichen Berufsschulwesen. Oder, ich frage weiter: Was ist mit unseren Beiträgen zur Erwachsenenbildung im Land Niederösterreich? Das Budget 1999 weist für die gesamte Erwachsenenbildung 12,7 Millionen Schilling aus. Ich möchte jetzt im Eilzugtempo ein paar Vergleiche bringen: Beitrag zur Donau-Universität 20,5 Millionen Schilling, zur Landesakademie 15 Millionen Schilling, zu den Fachhochschulen 13 Millionen Schilling. Technologieförderung durch das Land Niederösterreich 1999 15 Millionen Schilling. Das heißt, in Summe haben wir einen Aufwand von 63,5 Millionen Schilling des Landes Niederösterreich für den gesamten Sektor wissenschaftliche Bildung und Forschung. Und jetzt vergleichen wir noch einmal: Für die Sanierung des Schlosses Ottenschlag bzw. die Einrichtung, Unterbringung einer landwirtschaftlichen Fachschule mit 49 Schülerinnen haben wir 84,19 Millionen Schilling aufgewandt. Das ist, noch einmal festgestellt, ein erfreulich hoher Wert. Aber, was will ich damit sagen? Gerade weil hier so viel investiert wird und weil man so großzügig die Mittel zumißt, sollte umso mehr äußerste Korrektheit und äußerste Akribie herrschen, wie werden diese Mittel verwendet. Aber dieser Bericht stellt dieser Arbeit, stellt diesem Bereich ein sehr schlechtes Zeugnis aus, Hoher Landtag.

Und daher muß man sich damit genau befassen. Wir haben, um zu Gießhübl auch zu kommen, zuletzt beschlossen, daß wir für die Sanierung der landwirtschaftlichen Fachschule in Gießhübl bei Amstetten brutto rund 70 Millionen Schilling investieren. Dort werden es mehr Schülerinnen und Schüler sein. 180 nimmt man an, wenn dann Haag dazukommt. Derzeit sind es 145. Es ändert sich nichts daran, auch in diesem Fall werden die Mittel sehr großzügig eingesetzt. Ich habe diese Vergleiche auch deswegen angestellt, um darauf hinzuweisen, daß man noch viel sorgfältiger bei der Verwendung dieser Mittel sein muß. Und das ist zu kritisieren, daß das eben nicht so, im Falle Ottenschlag besonders nicht so, passiert ist.

Noch etwas: Dieser zugegeben etwas drastische Vergleich zwischen den beiden Schulen, St. Pölten, dieser gewerbliche Berufsschule, und Ottenschlag, habe ich auch deswegen angestellt, weil man schon nachdenken sollte, wie man in Zukunft die Wertigkeiten verteilt, Hoher Landtag.

Und ich glaube schon, daß man eine neue Gewichtung in unserem Bildungssystem vornehmen sollte.

Es ist ganz klar: Die Landwirtschaft hat hier im Landtag eine sehr starke Lobby, die sich mächtig artikulieren kann. Und umso mehr darf ich für uns in Anspruch nehmen, daß wir uns natürlich auch als Lobby verstehen und für das andere artikulieren und einsetzen. Das gewerbliche Berufsschulwesen etwa, die Fachhochschulen, den universitären Bereich, Wissenschaft und Forschung, Technologie. In all diesen Bereichen, in diesen Sektoren wird zu wenig getan. Und man sollte hier wirklich auch einmal überlegen, ob man da nicht umschichten kann in Zukunft. Es wäre dringend nötig, wenn man sich in diese zukunftsorientierten Bereiche hinein mehr engagiert. Es genügt nicht, wenn man dauernd plakativ davon spricht, Top-ten-Region zu werden. Man muß auch wirklich etwas dafür tun. Gerade die Ausbildung im gewerblichen Bereich, die Aus- und Fortbildung im universitären Bereich müßte uns viel mehr als bisher ein Anliegen sein. Und einen solchen Technologieschub bräuchte auch die Landwirtschaft in unserem Land. Es ist also ein viel höheres Engagement notwendig. Im landwirtschaftlichen Schulbereich – und das lese ich aus diesen Berichten heraus – ist man noch viel zu wenig in diese Richtung tätig. Dieser moderne Zug ist dort notwendig.

Und jetzt komme ich noch einmal auf Ottenschlag. In Ottenschlag finden wir hervorragende Voraussetzungen. Jeder, der das Gebäude kennt, wird das bestätigen. Es ist sehr groß, es ist viel Platz, es ist modern gestaltet. Dort könnte man moderne Ausbildungsformen und –inhalte etablieren. Wir sollten aus dem Bericht, und ich bitte, mich auch so zu verstehen von der rechten Seite des Hauses, den Nutzen ziehen und aus den Berichten über Ottenschlag und Gießhübl auch für die Zukunft hier die Erfahrungen nützen.

Zu einigen Details: Ich will mich da jetzt nicht mehr sehr viel darauf einlassen. Es wurde schon ausgeführt. Projekt Ottenschlag. Es heißt hier wortwörtlich: Es kam zu gravierenden Mängeln. Zum Beispiel, es wurde schon erwähnt, ist eine gemeinnützige Gesellschaft ohne Auftrag tätig geworden. Ohne Auftrag! Es gab keine schriftlichen Verträge mit Architekten, Statikern, Projektmanagern. Die Bauleitung war äußerst mangelhaft. Es wurden Ö-Normen nicht eingehalten usw. Ich sage noch einmal, was ich für mich und für unsere Partei herauslese: Umso wichtiger wäre es gewesen, daß man auf eine ordnungsgemäße Einleitung und Abwicklung des Projektes, auf

mehr Effizienz beim Einsatz dieser hohen Mittel und auf exakteste Kontrolle geschaut hätte. Es müssen die Erfahrungen, die negativen, aus Ottenschlag jetzt einfließen - vielleicht ist noch nicht alles zu spät - daß man beim Neubau von Gießhübl eine Wiederholung von Versäumnissen, Mißständen und Unkorrektheiten verhindert. In diesem Sinne bitte ich das zu verstehen.

Man könnte jetzt noch auf viele weitere Details eingehen, die der Landesrechnungshof in der Causa Ottenschlag genau festgestellt hat. Aber die grundsätzliche Frage ist mir die wichtigste: Eine so große Summe bei der Sanierung eines Gebäudes, eines historischen Gebäudes, zwecks Unterbringung einer - zugegeben - sehr kleinen landwirtschaftlichen Fachschule einzusetzen, da muß man schon fragen, ob die grundsätzliche Entscheidung richtig war. Ob nicht die Verantwortlichen im Vorfeld sich um zusätzliche Verwendungszwecke hätten kümmern müssen. Hätte nicht bei solchen Überlegungen ein größerer regionalpolitischer Effekt gesetzt werden können? Im Sinne der Wirtschaft der Region, im Sinne von zusätzlichen Arbeitsplätzen? Im Sinne der Gemeinde Ottenschlag und der Bevölkerung?

Die Kritik, Hoher Landtag, richtet sich in keiner Weise gegen die Schule, gegen die Schulleitung, gegen die Lehrerschaft. Ganz im Gegenteil! Diese sind überaus bemüht tätig. Die Revitalisierung des Schlosses ist an und für sich auch hervorragend gelungen. Davon konnten wir uns überzeugen. Wir hatten überhaupt einen sehr positiven Eindruck - bitte, mir das zu glauben - von der Schule, von der Leitung, von den Lehrkräften. Aber eines möchte ich gerade deswegen die Kollegen von der ÖVP fragen: Wieso hat sich die ÖVP-Fraktion im Rechnungshof-Ausschuß eigentlich geweigert, mit uns gemeinsam diesen von uns beantragten Lokalausweis durchzuführen?

Ich muß sagen, fast hättet ihr von der ÖVP es geschafft zu verhindern, daß wir einen guten Eindruck bekommen von der Schule. Denn wir können nach unserem fraktionellen Ausflug sozusagen - Entschuldigung, nicht Ausflug, es war ja Winterchaos, es war gar nicht so einfach - von unserem fraktionellen Besuch in Ottenschlag nur eines sagen: Wir gratulieren allen, die dort in die Schule gehen und allen, die dort tätig sind. Wir sind nämlich der Meinung - und das möchte ich jetzt wieder ernst sagen - bei so einer harschen Kritik des Rechnungshofes ist es die Pflicht des Ausschusses unserer Meinung nach, vor Ort das vorliegende Papier zu hinterfragen. Und wir sehen es ja. Wir haben einen positiveren Eindruck bekommen, jedenfalls einen besseren als wir ihn

bekommen hätten, wenn wir nur das Aktenstudium sozusagen hier im Landhaus machen hätten können.

Und in dem Zusammenhang möchte ich meinem so geschätzten Kollegen - geschätzt, weil er auch Vize ist - Hofmacher, der nach mir reden wird, schon eines sagen: Wenn ich das hier ausführe und wenn wir uns das so genau angeschaut haben, ich zitiere jetzt aus einer Rede, die Du nachher erst halten wirst. Du hast sie nämlich schon ausgesandt am Vormittag. Jetzt muß ich aufpassen, ob Du das auch wirklich sagst dann, was da drinnen steht. Damit ich nicht Probleme bekomme mit dem Protokoll. Aber er wird dann sagen - passen wir auf - er wird dann sagen, der Herr Kollege Hofmacher: Wenn andere Parteien nun aus dieser Angelegenheit Kapital schlagen wollen, dann kann ich das nur als billiges Polittheater bezeichnen, sagte Hofmacher. Bitte: Sagte Hofmacher - er kommt erst! Aber gut, Spaß beiseite. Lieber Herr Kollege Hofmacher! Wir wollen kein Polittheater machen und wir wollen kein Kapital daraus schlagen. Ich bin mir nicht immer ganz sicher, ob ihr beim ganzen landwirtschaftlichen Schulwesen auch so denkt und kein Kapital daraus schlägt, daß die Schulen so oft leer stehen und zu viel Raum bieten. Es wird doch nicht der Schelm so sein, wie er denkt, lieber Kollege Hofmacher? Wir machen da kein Theater!

Und ich glaube, ich habe klar gemacht, daß uns als Sozialdemokraten die Weiterentwicklung des Ausbildungswesens in Niederösterreich insgesamt, aber auch im ländlichen Bereich ein Anliegen ist. Und deswegen haben wir uns das so genau angeschaut. Ich möchte jetzt nicht viel mehr dazu sagen. Es ist halt so, leider, daß in vielen landwirtschaftlichen Fachschulen sehr, sehr großzügig investiert worden ist - das ist positiv - daß sie aber weitgehend leer sind. So wie wir es in Ottenschlag gesehen haben. Wir sind über den Dachboden gegangen. Ich habe nicht auf die Uhr geschaut, ich glaube, wir haben fünf Minuten gebraucht um den ganzen Dachboden abzugehen, der noch irrsinnige Raumkapazitäten hat, wo man noch ganz tolle Einbauten machen kann.

Die Ausstattung ist hervorragend - Kompliment. Aber bei weitem nicht genützt. Oder, die Millionen sind im Sinne der Bauwerkerhaltung und des Denkmalschutzes gut eingesetzt worden. Aber die Impulse und die wirtschaftliche Dynamik sind davon nicht so ausgegangen, wie man es eigentlich mit diesen 80 Millionen Schilling machen hätte können. Impuls zum Beispiel für die Arbeitsplätze. Ein einziger neuer Arbeitsplatz mit 80 Millionen Schilling, nämlich ein Schulwart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Das Land, wir alle, wären gut beraten, wenn wir diesbezüglich zukunftsorientiertere Überlegungen anstellen würden. So wie sich die Schulleitung bemüht, dieses Haus zu füllen, das ist anzuerkennen, Leben ins Haus zu bringen – Platz haben sie ja –, die Einrichtungen effizient zu nutzen. Auch selbst Beiträge zu erwirtschaften. So sehr müßte aber auch die Abteilung, müßte auch die Landesregierung, müßte auch das Land bemüht sein, in Zukunft die Mittel effizient einzusetzen. Die Schulleitung kann man nicht als Regionalmanagement dort verstehen. Da wäre sie überfordert. Es bleibt also im Raum. Dort ist überdimensioniert, man hat sich zu einseitig orientiert. Und der Vorwurf ist der Hauptvorwurf bei der ganzen Angelegenheit. Man hat versäumt, die richtigen zusätzlichen Funktionen hineinzugeben, damit regional die 80 Millionen auch jene Wirkung entfalten, die der Steuerzahler eigentlich sich davon erwartet.

Ich möchte zum Schluß kommen: Ziehen wir die Lehren bei Gießhübl, da werden 70 Millionen investiert. Ja, eines kann ich nicht, das möchte ich schon auch noch sagen: Bei all diesen Investitionen sollte man doch auch schauen, was ist denn wirklich zukunftsorientiert? Was ist denn wirklich notwendig in einer modernen Ausbildung? Setzen wir die richtigen Schwerpunkte! Der Kollege Keusch hat sarkastisch oder sehr treffend angemerkt, ist denn wirklich in Gießhübl die Schweinewirtschaft die Zukunftsorientierung, daß man dort so viel investieren muß? Obwohl die Situation auf diesem Sektor immer schlechter wird? Wir hätten ein paar Vorschläge. Zum Beispiel: Bringen wir in das landwirtschaftliche Schulwesen, in diese Ressourcen, mehr hinein. Was ist mit dem Bezug „landwirtschaftliche Technologie“? Was ist mit dem Bezug „Landwirtschaft und Telematik, Telekommunikation“? Was ist mit dem Bezug „Landwirtschaft und Marketing“? Von unserer Seite kommen diese Vorschläge, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Verantwortlichen der ÖVP, vom Bauernbund.

Ich stelle abschließend vier Fragen, und damit möchte ich wirklich bitten, das auch als sachlichen Beitrag zu verstehen und nicht als billiges politisches Kapitalschlagen – ich habe keine Presseaussendung dazu gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die erste Frage muß immer sein: Werden die Budgetmittel des Landes effizient genug eingesetzt? Die zweite Frage: Ist unser landwirtschaftliches Schulwesen größtmäßig optimal ausgerichtet? Die dritte Frage: Ist unser landwirtschaftliches Schulwesen zukunftsorientiert genug? Und die letzte: Sollte man nicht endlich

über neue Gewichtungen und Schwerpunktsetzungen in diesem Bereich nachdenken, wo wir so viel Geld einsetzen? Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile als nächstem, dem bereits angekündigten Herrn Abgeordneten Hofmacher das Wort.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben vom Berichterstatter schon gehört, welche Prüfberichte uns vorliegen. Und natürlich wurde auch positiv oder mehr negativ ausgeführt von meinen Vorrednern die Kritik oder Vorschläge oder Fragen dazu. Herr Kollege Sacher! Ich kann mich sicher in einigem mit Deinen Ausführungen identifizieren. Ich gebe Dir aber bekannt, daß ich keinen Bevormunder brauche, wenn ich etwa eine Pressemeldung weitergebe. Man hört auch hinter den Kulissen, was die Meinung anders denkender Kollegen hier in diesem Hohen Haus ist. Und daher werde ich selbst entscheiden, was ich der Presse weitergebe. Und ich halte es trotzdem für richtig und gut, daß uns jetzt diese Berichte, ob positiv oder negativ, vorliegen. Früher hieß ja das Kontrollinstrumentarium im Land Niederösterreich Finanzkontrollausschuß - es sitzen ja noch einige Mitglieder hier - wo es darum ging, daß die verschiedensten Einrichtungen des Landes und dessen Arbeit der politischen Wertung unterzogen wurde. Natürlich durch Beiträge in diesem Hohen Haus. Und es ist sicher sinnvoll, daß der Landesrechnungshof ordentlich und objektiv prüft und kontrolliert. Wir in diesem Hohen Haus haben auch die Berichte des Landesrechnungshofes, die Ergebnisse zu werten und natürlich auch umzusetzen. Und es geht ja aus den Berichten hervor die Umsetzung wichtiger Beschlüsse und zweitens – das wurde auch schon angeführt von meinem Kollegen Sacher – die widmungsgemäße Verwendung der finanziellen Mittel.

Wenn man die Berichte ansieht, so umfaßt die Arbeit des Landesrechnungshofes ein sehr umfangreiches Betätigungsfeld. Den Prüfberichten ist zu entnehmen, daß sachlich und korrekt und natürlich auch unparteiisch kontrolliert und geprüft wird. Und wenn Mängel – und das haben wir auch schon gehört – und Fehler aufgezeigt werden, dann ist natürlich anzumerken, daß nur dort, wo gearbeitet wird, Mängel und Fehler festgestellt werden können. Und es soll das, was zu verbessern ist, ob es die Politik oder die Verwaltung betrifft, diskutiert werden und die beste Form des Einsatzes der finanziellen Mittel und natürlich auch der Arbeit der Verwaltung gefunden werden.

Ich werde zu zwei Prüfberichten, wie soll es anders sein, zur Fachschule Ottenschlag oder zum Bauvorhaben Ottenschlag und natürlich auch zur Fachschule Gießhübl - die Bezeichnung lautet jetzt „Mostviertler Bildungshof“ - Stellung beziehen. Es geht uns überhaupt grundsätzlich darum, und das wurde auch schon angeführt, das Einkommen für die Landwirtschaft – und hier sind verschiedene Faktoren Voraussetzung – abzusichern. Ein Faktor ist sicherlich die landwirtschaftliche Bildung. Und es wurde schon sehr viel heute diskutiert über Ausgleichszahlungen, über Agenda und deren Auswirkungen, und Resolutionsanträge eingebracht, ob richtig oder nicht richtig. Auch hier könnte ich meinen, daß politisches Kleingeld damit kassiert wird, wenn auch wir eben alle gemeinsam versuchen, daß soweit als möglich keine Schlechterstellung erfolgen soll für unsere Berufskollegen.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Worüber natürlich sehr wenig gesprochen wird, das ist Natura 2000. Auch das soll nicht übersehen werden, weil diese Richtlinie sehr wohl entsprechende Auswirkungen hat für die Landwirtschaft und für unsere Bauern. Und es muß natürlich geklärt werden letztlich, daß die Entschädigungsfrage, die Entschädigungsleistungen für unsere Bauern gewährleistet sind. Oder ob es um die verschiedenen Produktionssparten geht oder um die Infrastruktur im ländlichen Raum, um nur einiges anzusprechen. Oder daß es darum geht, überhaupt unseren Strukturen im Bereich Landwirtschaft größtes Augenmerk zu schenken und natürlich diese möglichst aufrecht zu erhalten. Und die Schulen tragen sehr viel dazu bei. Ich meine nämlich, ein Arbeitsplatz, der verloren geht in der Landwirtschaft, zieht sicher den Verlust von weiteren drei Arbeitsplätzen als Folgewirkung in der Verarbeitung nach sich.

Ein wichtiger Faktor für unser Einkommen, das wurde bereits ausgeführt, ist sicher die landwirtschaftliche Ausbildung. Sind also unsere Schulstandorte, die Absicherung unserer Schulstandorte. Herr Kollege Fasan, das dürfte Ihnen entgangen sein, weil Sie Gießhübl angesprochen haben, wo notdürftig Unterricht in den Maschinenhallen durchgeführt wird, wir haben in der letzten Sitzung hier in diesem Hohen Haus bereits einen Beschluß gefaßt, daß wir mehr als 58 Millionen Schilling exklusiv für den Bildungshof Gießhübl vorsehen. *(Unruhe bei Abg. Mag. Fasan.)* Exklusiv 58 Millionen Schilling, Sie können nachsehen.

Und zweitens, wenn im Prüfbericht des Landesrechnungshofes angemerkt ist, daß die Revitalisierung des Schlosses Ottenschlag in Form einer Unterbringung einer landwirtschaftlichen Fachschule erfolgt ist, so meine ich, es geht doch nicht nur um die landwirtschaftliche Fachschule. Sondern ich meine, auch aus der Sicht der Denkmalpflege ist es wichtig, dieses Schloß zu erhalten und weiters zur Stärkung der Region um Ottenschlag und des südlichen Waldviertels beizutragen. Und das hat sicher hier seine Berechtigung. Denn ich glaube, es ist gerechtfertigt, daß dieses Schloß mit den erforderlichen Mitteln revitalisiert wurde, um auch positive wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Herr Kollege Sacher! Wenn Du ausführst, für einen Schüler kostet uns der Umbau 1,1 Millionen Schilling, so rechnest du nur mit einem Jahrgang der Schüler. Das ist falsch! Deine Berechnung ist vollkommen falsch. Sie stimmt einfach nicht. Wir hatten damals zum Zeitpunkt des Umbaues 63 Schüler, mögen es jetzt 49 sein, aber das ist so sicher nicht richtig. Ich würde mich an Deiner Stelle deutlich ausdrücken: Entweder will man das landwirtschaftliche Schulsystem, man will die landwirtschaftlichen Schulen, oder man will sie nicht. Dann sage, sie sind Dir zu teuer, Du willst sie nicht! Natürlich waren es 84 Millionen Schilling, valorisiert mehr als 100 Millionen Schilling. Ich spreche von der Wahrheit. Und es gab dort nicht Mehrkosten, sondern es waren um drei Millionen Schilling weniger als vorgesehen. Also von Mehrkosten kann hier sicher keine Rede sein. Es ist eine stolze Summe, aber es waren dort keine Mehrkosten zu verzeichnen. Wir hatten schon andere Fakten in den Prüfberichten. Und wir werden später noch hören, wo es Mehrkosten gegeben hat. Und wenn man von landwirtschaftlichen Fachschulen und vom Bildungssystem spricht, naja, wer trägt die Verantwortung? Dann nennt man das zuständige Regierungsmitglied, ich meine in politischer Hinsicht. Aber auch später noch einen Satz dazu.

Es wäre unverantwortlich gewesen, so wie es im Rechnungshofbericht angeführt ist, einen Neubau ins Auge zu fassen und um 35 Millionen Schilling weniger auszugeben. Dann würde das Schloß nicht revitalisiert sein und wir hätten vielleicht irgendwo einen Neubau stehen. Der Landesrechnungshof - das steht drinnen, Herr Kollege Keusch - der Landesrechnungshof stellt fest, nicht nur wirtschaftliche Akzente sind positiv, Herr Kollege, die hervorstreichen sind, auch aus denkmalpflegerischer Hinsicht. *(Abg. Keusch:*

Aber das ist ja nicht wahr! Daß das Schloß verfallen wäre, das stimmt ja nicht!

Sie haben die Möglichkeit, sich dann zu Wort zu melden.

Auch aus denkmalpflegerischer Hinsicht ist hier eine positive Bewertung zu geben. Und seitens - auch das sei angeführt - des Bundesdenkmalamtes wurde eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Es wurden hier Unterlagen angefordert. Aber trotz der 800.000,- Schilling, welche in Aussicht gestellt wurden, und trotz Übermittlung der Unterlagen für das Projekt Ottenschlag wurden leider keine Mittel zur Verfügung gestellt. Was natürlich negativ anzumerken ist, daß durch Verlegung des Bezirksgerichtes 300 m² an Fläche leer stehen, ab 1. März 1993. Positiv zu vermerken ist aber, daß am 1. April 1998 diese Fläche, diese Räumlichkeiten an einen Notar vergeben werden konnten.

Meine Damen und Herren! Es wurde kritisiert, daß bei den Ausschreibungen und Vergaben es zu Ungereimtheiten oder Unklarheiten kam. Auch hier, das ist anzumerken, gab es Kritikpunkte, über die man sprechen muß. Und zum zweiten, zum Verantwortungsbereich: Wer war für die verschiedensten Bereiche verantwortlich? Es mag schon sein, daß es Ungereimtheiten gab, keine Werkverträge für Architekten-, Statiker- und Haus-technikerleistungen. Wer ist Besitzer dieses Grundstückes, der Liegenschaft? Die Hypo ist verantwortlich. Eben weil auch die Hypo Besitzer dieser Liegenschaft ist. Oder: Kosten für Baumanagement mit 5,4 Prozent. Vergleichbare Vorhaben, Herr Kollege Keusch, sind mit 1,5 Prozent beziffert. Da muß man auch festhalten, daß es eben ein altes Gebäude ist und daß das hier sicher schwer kalkulierbar ist. Oder die bemängelte Bauoberaufsicht. Wer trägt die politische Verantwortung für die Bauoberaufsicht? Wer hat sie getragen zum damaligen Zeitpunkt? Wir wissen, wer sie jetzt trägt. Aber auch ins Auge zu ziehen, Herr Kollege Sacher, ist, wer hat die politische Verantwortung damals getragen für die Bauoberaufsicht? *(Abg. Keusch: Sag' weißt Du das wirklich nicht, wer da zuständig ist? Dann muß ich es Dir sagen!)*

Ich weiß es sehr wohl. Ein Kollege aus Deinen Reihen, bitte. Jetzt LR Schimanek - und damals war es ein Kollege von Dir. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Und es sei mir auch gestattet, eine Kritik anzubringen. Wenn angeführt ist die Lagerung, oder eine von einer Maus angenagte Marmelade, bitte, dann muß ich sagen, ich halte das, oder brandgefährliche Güter am Dachboden, wo gibt's denn

die nicht? Da muß ich schon sagen, es ist eine Abqualifikation - diese Kritik sei mir erlaubt - des Landesrechnungshofes oder der Mitglieder des Ausschusses, daß man eine Maus im Keller, im Kartoffelkeller anführt. Ein Kontrollausschußbericht einer Gemeinde, der würde dies wohl unterlassen.

Meine Damen und Herren! Ich meine, im Grundsatzübereinkommen verpflichtet sich ja die Hypo dem Land gegenüber, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Gestion der Projektgesellschaften nicht nur kaufmännischer Sorgfalt und Wirtschaftlichkeit, sondern auch den Interessen des Landes Rechnung getragen werden muß. Und es wurde auch festgehalten im Bericht, daß bei der Wahl des Vergabeverfahrens in Zukunft den Bestimmungen der ÖNORM 2050 entsprochen wird. Von denen, in deren Verantwortungsbereich das fällt natürlich.

Kurz zum Prüfbericht über die landwirtschaftliche Fachschule Gießhübl, wo ab 1997 gesetzeskonform das modulare Schulsystem eingeführt wird. Und dem Rechnung getragen wird, Herr Kollege Sacher, was Du angeführt hast: Verkaufsmanagement und vieles andere, wird hier berücksichtigt. In Modulen hat jeder die Möglichkeit, das für ihn günstigste sich auszuwählen. Ich meine, daß man hier sicher nicht in der Vergangenheit grübeln soll, sondern daß für die Zukunft hier vorgesorgt ist. Und es zeigt der Rechnungshofbericht, daß es doch wenig Beanstandungen gegeben hat, was hier im Bericht für Gießhübl steht. Und wenn schon in der letzten Sitzung die Entscheidung gefallen ist, daß die Lehrwerkstätte und die Tischlerei hier neu gebaut werden soll, dann, glaube ich, ist man mit der Beschlußfassung in der letzten Landtagssitzung sicher dem nachgekommen, was hier auch schon vom Finanzkontrollausschuß 1981 kritisiert worden ist. Es soll ja weiters das Schulgebäude um einen Nordtrakt erweitert und bei der Einstellhalle Adaptierungen verschiedenster Art durchgeführt werden.

In den Investitionskosten ist ja alles enthalten. Und im Ergebnis 6 wird dann angeführt, daß Einnahmen und Ausgaben wahrheitsgemäß und realistisch zu budgetieren sind. Es ist bekannt, daß es eine Plafondierung für das ordentliche Budget gibt, für das ordentliche Schulbudget. Und Drittmittel, welche es erst zu erwirtschaften gilt, können für Mehrausgaben sicher nicht verwendet werden. So ist es festgehalten. Es ist aber nicht leicht, diese Mittel genau zu veranschlagen, welche aus dem Kursangebot und aus verschiedensten Weiterbildungsveranstaltungen erwirtschaftet werden.

Und wenn man die Vergangenheit heranzieht, wenn man es sich ansieht, wir hatten ein Kursangebot zum Beispiel bei Gießhübl 1992 an 55 Tagen mit 4.100 Teilnehmern zu verzeichnen. Und 1997 160 Tage mit 8.800 Teilnehmern. Ich glaube, dieses System soll aufrecht erhalten werden. Und generell zum Budgetmechanismus: Das Budget aller landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich, und hier nehme ich das Jahr 1998 an, beträgt 64 Millionen plus 13 Millionen Schilling Steuerung. Das heißt, wo Schwerpunkte vorgesehen sind oder schulische Notwendigkeiten, dafür sind diese 13 Millionen Schilling vorgesehen. Die Ausgaben stehen den Einnahmen gegenüber: 66 Millionen Schilling aus schulgeseztlichen Aufgaben und rund 19 Millionen Schilling, also fast 20 Millionen Schilling aus Drittmitteln.

Ich meine, aus diesem Mechanismus erklärt sich auch die kritisierte unrealistische – wenn man es so nennen will oder möchte – Budgetierung. Und bei einer realistischen Budgetierung müßten die Schulen die erwirtschafteten Drittmittel zurückzahlen oder abführen. Ich meine, es ist sinnvoll, aus den angeführten Gründen. Zum ersten, um dem Auftrag in unseren Schulen, auch in der Fachschule Gießhübl gerecht zu werden, die Aus- und Weiterbildung für die Jugend und Erwachsene. Und um zweitens zusätzliche finanzielle Mittel zu erwirtschaften, um den Anreiz der Leistungen weiter zu erhöhen. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt sehr vieles bereits im Detail erwähnt worden, daher möchte ich mich ein bißchen auf eine grundsätzliche Betrachtung der Kontrolle abstützen. Weil es ja wirklich interessant ist. Die einzelnen Kontrollorgane haben dem Landtag zu berichten und wir haben über diese Berichte zu debattieren. Und dann kommt der eine oder andere Abgeordnete heraus, debattiert nicht darüber, was wir vielleicht besser machen können und abstellen, sondern er rechtfertigt sämtliche Maßnahmen, die hier bemängelt werden – wie wir das jetzt soeben von Herrn Abgeordneten Hofmayer erlebt haben. Der Herr Abgeordnete Sacher war ja so nett und hat nicht alles zitiert. Ich werde es mir auch schenken. Aber der Herr Abgeordnete Hofmayer hat in seiner Presseaussendung sogar für heute angekündigt, daß er die Firma Gebau, die kritisiert worden ist, hier rechtfertigt und klarstellt. Und jetzt frage ich mich natürlich, ist das die

Aufgabe jener Abgeordneten, die für die finanziellen Mittel verantwortlich sind in dem Land, daß sie jene hier rechtfertigen, die – zu Recht, und das möchte ich schon einmal unterstreichen – kritisiert werden? Es muß doch auch einmal hier anerkannt werden: Wenn der Landesrechnungshof etwas aufdeckt, wenn er uns etwas präsentiert, so nehme ich einmal an, daß der Landesrechnungshof hier im Recht ist.

Aber ich erkenne, daß es offensichtlich zur Methode wird, wenn jetzt Kontrollorgane hier einen Bericht legen und der ist vielleicht nicht ganz angenehm, daß man nicht jetzt die Mißstände bespricht, sondern daß man das Kontrollorgan kritisiert! Denn selbst der Herr Präsident Ing. Penz ist hier heute darauf eingegangen. Er hat den Bundesrechnungshof schwer kritisiert, in der Presseaussendung bereitet der ÖVP-Abgeordnete Kurzreiter das vor. Und so macht das mittlerweile Methode.

Da ist der Landesrechnungshof großartig im Wahlkampf propagiert worden als das neue demokratische Instrument des Landes Niederösterreich, und kaum wird einmal irgend eine Kritik erhoben, dann wird der Rechnungshof gestützt und kritisiert. Und ich meine, das kann ja wirklich nicht die Methode dieses Hauses sein! Es kann ja nicht unsere Aufgabe sein, jene, die Kritik bringen, weil sie den Auftrag haben, den gesetzlichen dazu, daß man die dann zurechtweist. Ich möchte auch noch in Erinnerung rufen, daß natürlich das bei der letzten Sitzung von mir ein Anliegen war, jene, die hier die Berichte vorlegen, daß man die auch zu Wort kommen läßt. Nämlich Volksanwaltschaft, Rechnungshofpräsident, Direktor des Landesrechnungshofes. Es ist ja schön, daß der Herr Direktor in seiner Bescheidenheit da jedesmal hier sitzt und der Debatte beiwohnt. Aber er darf hier keine Frage beantworten. Der Herr Abgeordnete Fasan hat unzählige Fragen gestellt. Sämtliche Fragen sind unbeantwortet! Und da gäbe es jede Menge, von der Verantwortung her bis hin zu den Schuldigen, was hier besprochen werden sollte. Doch Sie haben mit Ihrer Ablehnung bei der letzten Sitzung, dokumentiert, Sie wollen ja gar nicht, daß der Direktor hier vielleicht auch einmal zu Wort kommt und etwas spricht! Und außerdem muß ich sagen, um zu diesem Thema noch etwas Abschließendes beizutragen, es ist unfein und auch unfair, wenn man den Landesrechnungshofdirektor immer dann, wenn er etwas aufdeckt, kritisiert, aber ihn eigentlich nicht zu Wort kommen läßt. Vielleicht bedient er sich auch einmal der Presse, um sich Luft zu machen. Ich meine daher, daß man auch diese Vorgangsweise einmal überdenken sollte.

Ich möchte auch in meinen Betrachtungen auf die zwei Bauvorhaben, die da drinnen kontrolliert wurden, eingehen, weil es sich durchzieht wie ein roter Faden. Ich bin jetzt das sechste Jahr hier im Landtag, beschäftige mich immer mit den Kontrollberichten. Und es ist eigentlich gleich, um welches Bauvorhaben es geht. Es kommt ein Kontrollbericht und es geht um die Abwicklung, es geht ums Baumanagement und es geht schließlich um Planung und Ausschreibung, die hier immer wieder heftigst kritisiert werden.

Ich rufe die drei größten Berichte, die wir in der letzten Periode diskutiert haben in Erinnerung, das war die Landessportschule, dann das „Kombiprojekt“ Straßenmeisterei St. Pölten-West und dann das Landhaus selbst. Bei allen war die NÖPLAN für die Abwicklung zuständig. Der Herr Abgeordnete Kautz hat seinerzeit so einen liebevollen Vergleich gefunden. Das erste war das Lehrlingsstück, dann das Gesellenstück und das Meisterstück. Und wir haben uns von einem Kontrollbericht zum anderen durchgearbeitet und haben festgestellt, die Kontrollergebnisse, was die Mängel betroffen hat, sind immer schlimmer geworden. Es war also nicht die Lehrarbeit für die NÖPLAN, sondern es war ganz einfach die Steigerung der Mängel, die kritisiert werden mußte.

Und es hat sich trotzdem kaum etwas geändert. Also ich würde einmal sagen, es hat sich nichts geändert. Wir wissen, wie das abläuft. Und es ändert sich trotzdem nichts. Und daher glaube ich schon, daß man bei dem Umbau bzw. dem Bau von Schloß Ottenschlag auch diesen Bericht sehr ernst nehmen muß. Und daß man sich überlegen sollte, ob es nicht irgend welche daraus abzuleitende Maßnahmen davon gibt. Weil das wird so lapidar abgehandelt, wie Du das gesagt hast, das Baumanagement, das kann man nicht wissen vorher, wieviel Prozent das ausmacht.

Bitte, die Verträge werden im allgemeinen im vorhinein gemacht und nicht im nachhinein, sagt man, weil es so schwierig war, weil es eine Altbausanierung war, jetzt betragen die Baumanagementkosten 5,4 Prozent. Sondern das wird ja im vorhinein entsprechend vertraglich geregelt. Und ich darf da schon ein paar Passagen zitieren. Zu diesem Thema heißt es nämlich: Laut GU-Vertrag stand der Firma Gebau auf ihre Leistung ein Entgelt von drei Prozent der tatsächlich entstandenen Projektkosten zu. Eine Skontoregelung wurde noch vereinbart, daher erhöht sich das um 2,4 Prozent. Das Entgelt für die gesamte Bauabwicklung beträgt somit zirka 5,4 Prozent der Gesamtinvestitionskosten. Dann bemerkt der Rechnungshof, es wird ein Vergleich angestellt,

ein Preisvergleich mit der CA-Leasinggesellschaft. Und hier steht: Bei den vorangeführten Projekten wurde für das Baumanagement ein Entgelt von 1,53 Prozent der Gesamtherstellungskosten vereinbart. Natürlich ist das im nachhinein eine Feststellung, die eine nette Aufgabe für einen Prüfbericht ist. Und es hat niemand mehr etwas davon. Und ich frage mich eigentlich, weshalb eine Finanzabteilung, die derartige Verträge erstellt und unterzeichnet, nicht draufkommt bei der Vertragsunterzeichnung selbst, daß man da bereits erkennt, da gibt es Leasinggesellschaften, die machen das gleiche um 1,53 Prozent. Und eine andere macht das um 5,4 Prozent. Weshalb gibt es das? (*Abg. Kautz: Die gehört ja nicht dem Land Niederösterreich. Die Hypo ist ja Landeseigentum: „Linkes Sackerl - rechtes Sackerl!“*)

Ja, das weiß ich schon, daß das so ist. Aber es ist ja vielleicht auch das zu überdenken. Und dazu komme ich dann zum Schluß. Ich glaube, wenn wir als Landesgesetzgeber heute sagen, wir sind alle so arm, weil das macht alles die Landes-Hypo und wir haben keinen Einfluß mehr, dann ließe sich das ja von heute auf morgen wieder ändern. Es ist ja nur die Frage, wer mit der Bauabwicklung befaßt wird, wer die Bauabwicklung durchführt. Es steht ja nirgends, ist ja kein Gesetz, daß das die Landes-Hypo durchzuführen hat.

Es gibt nämlich andere Verwaltungsbereiche, zum Beispiel den Flughafen Schwechat. Der hat für Bauvorhaben Anbieterlisten und Preislisten. Das heißt, da wissen diejenigen, die heute irgend welche Aufträge vergeben, daß es zumindest Firmen mit solchen Durchschnittsangeboten gibt. Und daher kann man von vornherein bereits einmal schauen, ob man da nicht einen günstigeren erwischt oder auch nicht.

Es ist so, daß beim Bau, bei dem nächsten Bericht, der nämlich Gugging betrifft, auch wieder ähnliches hier festgestellt wurde. Das ist so bei einem Bericht wie auch beim anderen. Und ich muß Dir widersprechen: Hier kommt nicht heraus, es ist wurscht, wie man es dreht und wie man es wendet, die Planungsgesellschaft hat Mängel begangen, es hat Probleme gegeben bei der Ausschreibung. Da kann ich selbst einen Pressedienst herausgeben, das zieht sich durch. Und auch bei Gugging gab es wiederum genauso im Bereich der Planung größere Probleme. Und ich darf dazu nur ganz kurz zitieren: (*Abg. Hofmayer: Dann schau Dir bitte die Mehrkosten an, die Kostenüberschreitung! Davon habe ich gesprochen!*)

Du hast schon andere Sachen auch drinnen. Es ist ja nicht um die Mehrkosten gegangen in dem Pressedienst. Du sagst bewußt, die Firma Gebau

hat bei den Ausschreibungsvorgaben ordnungsgemäß gehandelt. Das ist aber hier nachvollziehbar enthalten, daß das nicht der Fall ist.

Bei Gugging steht zu lesen: Da diese groben Mängel im Vergabeverfahren hauptsächlich im Verantwortungsbereich der Planungsfirma liegen, wird eine zeitliche Auftragsperre für das betroffene Unternehmen empfohlen. Das ist an und für sich eine weitreichende Feststellung des Landesrechnungshofes. Die, glaube ich, sollte man auch sehr ernst nehmen. Vor allem, wenn man liest, was da alles passiert ist, dann kann man ganz einfach nicht darüber hinweggehen. Und ich darf dann noch das Ergebnis, das der Rechnungshof feststellt, zitieren: „Die mangelhafte Leistungsbeschreibung der Fliesenarbeiten sowie die durch das ‚Ausführungsoffert‘ vereinbarten Preis- und Ausführungsänderungen werden streng kritisiert.“ Dann gibt es noch einige Feststellungen über Angebotserstellung, Prüfung und Beurteilung eines Angebotes. Und dann ist ganz interessant die Stellungnahme der Landesregierung. Die Landesregierung stellt fest, das nehmen wir zur Kenntnis. Ja, zur Kenntnis wird es schon genommen, weil zur Kenntnis wird ja alles genommen! Aber die Planungsfirma muß so gut sein, daß man eigentlich dieser Aufforderung nicht wirklich gerne nachkommt. Die vom Landesrechnungshof aufgezeigten Beanstandungen bezüglich der Planungsfirma werden bestätigt. Hinsichtlich der begrenzten Auftragsperre wird festgestellt, daß dieses Planungsbüro wieder zufriedenstellende Leistungen erbracht hat und bei einem zur Zeit laufenden Vertrag keine Beanstandungen gegeben sind. Jetzt könnte man natürlich sagen, möglicherweise - ich habe mir das angeschaut - ist die Firma kurz bevor sie den Auftrag erhalten hat auch erst eingetragen worden als Firma. Es war eine sehr junge Firma, die da gleich mit einem derartig großen Auftrag betraut worden ist. Vielleicht stimmt das wirklich. Aber es erhebt sich die Frage: Wieso muß ich jemandem, wo der Rechnungshof feststellt, die haben gravierende Mängel begangen, wieso muß dann die Regierung gleich von sich aus sagen, und wahrscheinlich wird auch der Herr Abgeordnete Hofmayer das bestätigen, die müssen gleich wieder einen Auftrag erhalten, weil es so wichtig und so gut ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es wäre zu wenig, wenn wir uns jetzt nur mit diesen Mängeln auseinandersetzen. Und ich habe daher schon Überlegungen angestellt, wie könnten wir dem Abhilfe schaffen? Denn es geht immer darum, daß gegen Normen des Landes verstoßen wird bei derartigen Auftragsvergaben von Firmen, die Arbeiten für das Land durchzuführen

haben. Jetzt haben wir im Land die größten Spezialisten sitzen, die eigentlich alles wissen müßten. Ich sage das einmal so: Die alles wissen müßten. Und ich frage mich daher, weshalb man jene, die alles wissen müßten, nicht arbeiten läßt. Und wenn man sich die Geschäftseinteilung der Landesregierung anschaut und aus dem Jahrbuch der NÖ Verwaltung die Aufgabenstellungen der einzelnen Abteilungen einmal durchliest – und ich darf da nur zitieren bei der Abteilung Landeshochbau und Bundeshochbau. Aufgabe dieser Abteilung ist unter anderem die Durchführung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben, Bauaufsicht und Koordinierung der Sonderfachleute. Ebenso ist beim Bundeshochbau die Aufgabenstellung grundsätzlich durch die Wahrnehmung der Projektleitungs- und Auftragsvergeberfunktion definiert und reicht von Planungseinleitung, Bauvorbereitung, Planungsbeauftragung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, örtlicher Bauaufsicht, Abrechnung bis zur Übergabe der Objekte an die jeweiligen Nutzer bis zur Koordinierung sämtlicher Instandhaltungsmaßnahmen. Und ich frage mich, weshalb die Fachabteilungen, die dafür zuständig sind, nicht herangezogen werden. Entweder ist die Geschäftsordnung zu ändern, dann sind sie nicht mehr zuständig für die Ausschreibungen, Auftragsvergaben. Oder, wenn sie es machen müssen, dann sollen sie es tun! Denn ich finde es ein bißchen „unfein“, daß sich irgend jemand da einer Firma, die gerade erst entstanden ist, bedient. Da passieren gravierende Mängel. Der Rechnungshof stellt es fest. Das kostet dem Steuerzahler sehr viel Geld und dann war nichts. Das ist die derzeitige Lösung. Und dann gibt es die zuständigen Abteilungen, von denen wir erwarten können, ja müssen, daß sie die Ausschreibungen ordnungsgemäß der ÖNORM bzw. dem NÖ Vergabegesetz gemäß durchführen, daß die hier entsprechend handeln könnten.

Ich darf daher zusammenfassen zu dem vorliegenden Bericht, der wirklich sehr gründlich erstellt ist. Und ich möchte es noch einmal betonen, es ist bedauerlich, wenn der Rechnungshof einen guten Bericht erstellt, daß er dann von Regierungsfractionen kritisiert wird, weil er einen guten Bericht erstellt, anstatt daß man daraus einige Lehren zöge. Das wäre, daß die zuständigen Bauabteilungen mit den Ausschreibungen und den Auftragsvergabeaufgaben beschäftigt werden. Und, das meine ich auch, daß Kontrollen so einzusetzen haben, daß sie nicht immer erst den entstandenen Schaden bemängeln, sondern daß dieser rechtzeitig eben behoben werden kann.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzierl.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte nur zu einigen zusätzlichen Aspekten dieser Prüfberichte noch Stellung nehmen und beginne dabei mit dem fast schon Dauerbrennerthema Gugging. Diesmal liegt uns ja die Prüfung über den Betriebskindergarten vor. Und was mir hier als bedenklich und besonders symptomatisch erscheint, und dazu möchte ich sogar den Bericht selbst zitieren von Seite 6, ist, wie es denn zu diesem Beschluß kam, einen doch relativ kostenintensiven Umbau vorzunehmen.

Der Rechnungshof formuliert das so: „Entgegen der üblichen Vorgangsweise“ - ich zitiere von Seite 6 unten – „wurde die Errichtung des Betriebskindergartens der LNK Gugging nicht projektbezogen in einer Sitzung der NÖ Landesregierung beschlossen, sondern aufgrund eines Gespräches auf politischer Ebene in den Nachtrag zum Voranschlag des Landes NÖ für das Jahr 1993,... aufgenommen...“. Erstens ist das eine absolute Unkultur, über den Weg des Nachtragsbudgets ein großes Vorhaben zu finanzieren. Andererseits ist das jene Stelle, wo sich die Frage aufwirft, welches politische Gespräch war das? Wo liegt hier die Verantwortlichkeit? Und wie kann es zu solchen Dingen kommen? Und zwar bei einem Projekt, das ja dann eine Summe von Mängeln nach sich gezogen hat. Die heftig kritisiert worden sind und die nicht zuletzt darin liegen, daß hier keine „üblichen Vorgangsweisen“, um die Diktion zu verwenden, gewählt worden sind.

Ich zitiere nur ganz kurz die Kostenüberschreitung: 60 Prozent mehr als ein normaler Kindergarten gekostet hat, ist ja nicht gerade wenig. Vielleicht an diesem Punkt eine Anmerkung. Es wird ja auch argumentiert, daß das notwendig war, um entsprechend den Arbeitszeiten des Personals an der Klinik Gugging eine geeignete Kinderbetreuung anzubieten. Ich begrüße das ausdrücklich, daß Betriebskindergärten dies tun. Ich würde mir nur wünschen, daß sich das nicht nur als Privileg für landeseigene Institutionen manifestiert. Wir haben es ja ähnlich auch im Landeskindergarten hier im Regierungsviertel, auch bestätigt von Aussagen von Mitarbeiterinnen dort. Wenn die Mitarbeiterinnen des Landeshauptmannes im Büro kleine Kinder haben und länger arbeiten müssen, ist natürlich durchaus ein flexibler Umgang mit der Öffnungszeit, was ich - noch einmal - dezidiert begrüße als Stützungsmaßnahme für berufstätige Eltern, Mütter wie Väter, mir aber auch wünsche für andere Kinderbetreuungseinrichtungen im Land.

Insgesamt, um jetzt hier nicht jeden einzelnen der schon genannten Kritikpunkte an Gugging aufzugreifen, fällt vor allem eines auf: Ganz offensichtlich hat hier die Abteilung GS4, hat eine begleitende Kontrolle und Aufsicht völlig versagt. Und das müßte ja wohl eine politische Konsequenz haben! Und zwar mehr als nur daß der Rechnungshof dann zur Kenntnis nimmt, welche Antworten die Landesregierung hier abgibt. Es wird auch eine grundsätzliche Reform im Bereich der Verwaltung der Landeskrankenanstalten angeregt. Darauf hat der Landesrechnungshof ja mehrfach hingewiesen. Diese grundlegende Reform ist heute nicht absehbar, ist aber dringend einzumahnen. Die Landesregierung ist aufzufordern, hier aktiv zu werden!

Grundsätzliche Fragen stellen sich auch, wenn hier festzustellen ist, daß Auftragsvergaben für ein nicht gerade kleines Projekt ohne – auch hier ein wörtliches Zitat – einen einzigen Auftrag der NÖ Landesregierung erfolgen. Also hier wurde Länge mal Breite am Grundlegendsten vorbeigearbeitet! Und es stellt sich wirklich die Frage, wie es zu solchen Mißständen kommen kann. Mißstände, die allerdings, wie Gugging zeigt und wie die Folgeberichte zeigen, kein Einzelfall sind.

Ich gehe zu meinem nächsten Bericht, der relativ geringfügige direkte Beanstandungen aufweist, aber doch das Prinzip bestätigt. Der Prüfbericht über die landwirtschaftliche Fachschule Gießhübl. Hier sind im Vergleich relativ kleine Anmerkungen anzubringen, die Kritik an den Leasingkäufen von Mobilien, die sich, wie auch im Bericht festgehalten ist, ja nicht auf Gießhübl beschränken, sondern quer durch den landwirtschaftlichen Fachschulbereich zieht. Die eine aus seriöser wirtschaftlicher Intention heraus einfach nur abzulehnende Finanzierungsform kritisiert. Es ist die Frage zu stellen bei Gießhübl nach Schülerzahlen und nach dem Verhältnis zur Kurstätigkeit. Und nach den Kursinhalten, die wir hier vorfinden. Ländliche Fortbildung kann bekanntlich sehr sehr viel sein. Und es stellt sich die Frage, was davon tatsächlich aus dem Fachschulbereich und -budget zu bezahlen ist. Aber der springende Punkt aus meiner Sicht ist die schon genannte Beanstandung, daß die Holzbearbeitung seit 17 Jahren in einem Provisorium tätig ist. Das alleine ist beschämend genug. Aber ich frage mich schon: Wenn ein Landesrechnungshof, dazumals noch Kontrollamt, bereits 1981 etwas beanstandet hat und die Landesregierung sagt ja, das wird behoben werden, wenn 1987 dasselbe wieder

beanstandet wird, vermutlich wieder dieselbe Reaktion auslöst, „wird behoben werden“, und bis heute, 1999 das nicht behoben ist, was läuft hier falsch? Und welchen Glauben können wir allen Versicherungen aus diesen unterschiedlichen Berichten hier schenken, wozu die Landesregierung sagt, ja, nehmen wir zur Kenntnis, wird behoben werden? Werden wir wieder in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren feststellen, ja, tut leid, es ist halt nichts passiert? Und der Rechnungshof kann nicht sehr viel mehr tun als das erneut kritisieren.

Ich komme, bevor ich noch auf ein, zwei allgemeine Schlußfolgerungen eingehe, noch zu Ottenschlag. Es wurde ja jetzt schon mehrfach erwähnt. Hier hat eine Auftragsvergabe in substantieller Höhe von 80 Millionen stattgefunden, ohne entsprechende Vorgangsweisen, ohne Ausschreibung in allen notwendigen Bereichen. Es sind Mehrkosten angefallen, es fallen laufende Mehrkosten an durch die Revitalisierung eines alten Gebäudes. Und ich möchte nur eine Anmerkung vielleicht noch machen, weil der Herr Abgeordnete Hofmayer hier den Denkmalschutz so ganz besonders hervorgehoben hat. Es ist ja nun wirklich nichts einzuwenden gegen Denkmalpflege. Es stellen sich nur zwei Fragen: Erstens: Muß die Denkmalpflege tatsächlich aus dem Schulbudget getätigt werden? Und zweitens: Rechtfertigt die Denkmalpflege die freihändige Vergabe von 80 Millionen? Meines Erachtens rechtfertigt es gar nichts! Und es rechtfertigt auch nicht das wirkliche Desaster in Bauaufsicht und Baumanagement, das wir in diesem Prüfbericht ablesen können! Auch hier stellt sich die Frage nach der Konsequenz.

Und ein letzter Punkt, nur weil er ein durchgängiges Prinzip in diesem Fall des Landesrates Blochberger bestätigt, zur Abfallwirtschaft, zum Prüfbericht über das Abfallwirtschaftsgesetz. Wenn von vier geprüften Beispielen bei dreien wieder massive Beanstandungen festzustellen sind, daß hier Förderkriterien nicht eingehalten werden, daß das Budget überzogen wird, daß es gar wieder eine Überschreitung der Fördersummen 1996 um das zirka 2,5fache und 1997 um das zirka 4,5fache gegeben hat - ist ja auch nicht gerade wenig, um wieviel man da überzieht - dann dürfte das ein durchgängiges Prinzip sein. Das heißt, hier bleibt über als Gesamtbetrachtung, welche Konsequenzen zieht ein Prüfbericht mit Beanstandungen nach sich? Und hier stehe ich zumindest in einem Punkt im Widerspruch zu meinem Vorredner. Es kann ja nicht die politische Konsequenz, die politische Verantwortung dafür, daß es zu Veränderungen kommt, dem Direktor des Landesrechnungshofes umgehängt werden.

Seine Aufgabe ist die Prüfung und die sachgemäße Dokumentation der Beanstandungen und der Reaktionen darauf und allenfalls noch die Nachkontrolle. Die Landesregierung, die Landesverwaltung und damit auch der Landtag als zumindest theoretisch auftraggebendes Organ an die Landesregierung sind hier in die Verantwortung zu ziehen für politische Konsequenzen! Für eine Beseitigung dieser Mißstände! Und hier ist festzustellen, das passiert derzeit offensichtlich nicht oder zumindest sehr unzureichend. Das zieht auch die Glaubwürdigkeit unserer Arbeit als Abgeordnete hier mit in Zweifel, wenn wir das hinnehmen.

Die zweite Konsequenz: In mehreren dieser angesprochenen Themenbereiche, die geprüft wurden, gibt es einen Landesrat, der die Hauptverantwortung und Zuständigkeit vom Ressort her hat - Landesrat Blochberger. Den ein glückliches Geschick heute offensichtlich ans Krankenbett gebannt hat. Ich hoffe, er ist nicht ernsthaft krank, sonst wäre es ein sehr unglückliches Geschick. Aber es fällt schon auf, daß hier gewisse systematische Verstöße gegen Kriterien, Auftragsvergaben, Förderrichtlinien immer wieder in seinem Ressort zu vermerken sind. Und wir fordern daher, daß das Ressort des Landesrates Blochberger einer Querschnittsüberprüfung unterzogen wird. Und insbesondere, daß es einmal zu einer deutlichen Diskussion eines Konzeptes für den landwirtschaftlichen Fachschulbereich kommt.

Wir haben eine hohe Förderzahl für landwirtschaftliche Fachschulen. Das ist eine zentrale und wichtige Aufgabe. Aber gerade deswegen muß es notwendig und legitim sein, ein Konzept dafür zu fordern. Und zwar ein landesweites Konzept. Was will man erreichen, wie will man es erreichen? Und nicht einfach eine Fortschreibung von einzelnen Projekten, die laufend irgendwie weiter entwickelt werden, wo man sagt, die Summe von vielen Projekten sei schon das Konzept. *(Abg. Kurzreiter: Frau Abgeordnete! Für die begleitende Kontrolle beim Bau ist Herr LR Blochberger nicht zuständig!)*

Aber sehr wohl für die Art, welche Gebäude wo genutzt werden, mit welchem Konzept und mit welchen Schülerzahlen! Und wie weit sie geeignet sind! *(Neuerlich Unruhe bei Abg. Kurzreiter.)*

Herr Abgeordneter Kurzreiter! Wenn Sie mir einigermaßen zugehört haben, so habe ich nicht die Baukontrolle dem Landesrat Blochberger zugeordnet. Sehr wohl aber Mißstände in der Art und Weise, wie immer wieder gearbeitet wird.

Mir bleibt mein letzter Satz: Ich bin im übrigen der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demo-

kratiereform und fehlt - genau an diesem Punkt besonders - eine echte Kontrolle. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Rechnungshof-Ausschuß hat für die heutige Sitzung des Landtages fünf Detailberichte des NÖ Landesrechnungshofes vorgelegt, wobei der Landesrechnungshof insbesondere bei zwei Projekt- abwicklungen, nämlich bei der Revitalisierung des Schlosses Ottenschlag für die Unterbringung einer landwirtschaftlichen Fachschule und bei der Errichtung des Betriebskindergartens in der Landesnervenklinik Gugging gravierende Mängel jeglicher Art aufzeigt.

Hohes Haus! Wenn der NÖ Landesrechnungshof eine Wortwahl trifft wie im Fall des Schlosses Ottenschlag, ich zitiere: „Die Projekt- abwicklung zeigt jedoch gravierende Mängel auf.“ Oder, wie im Fall Betriebskindergarten in der Landesnervenklinik Gugging, ich zitiere: „Bei der Verwirklichung des Vorhabens ist es jedoch zu einer Konzentration von Fehlleistungen gekommen, die von Planung über die Organisation bis zur Kontrolle reichen.“ Und wenn man sich vor Augen hält, daß beide Projekte, bitte, rund 230 Millionen Schilling an Steuergeld erfordern, dann hoffe ich nur, Hohes Haus, daß heute nicht von den Nachrednern nach mir versucht wird, diese heftige Kritik des Rechnungshofes zu bagatellisieren. Vielmehr sollten die Berichte Ottenschlag und Gugging Anlaß dafür sein, die Frage zu überdenken, welche Konsequenzen in Zukunft bei derartigen Feststellungen des Rechnungshofes einzufordern sind. Denn jede nachlaufende Kontrolle, die Fehlleistungen im größeren Umfang aufzeigt, die aber zu keinen Konsequenzen führt, ist und bleibt eine zahnlose Kontrolle. Und das sollte nicht Sinn und Zweck einer unabhängigen Finanzkontrolle in Niederösterreich sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welchen Satz kann man doch in der einschlägigen Literatur immer wieder auffinden? Jenen, daß die Kontrolle nicht Selbstzweck ist, sondern auch einen Nutzen bringen muß. Und ich frage heute, wie kann ein Nutzen am besten quantifiziert werden? Ich meine, durch Erstellen von Vorschlägen für die Beseitigung von Mängeln sowie durch Aufzeigen von Möglichkeiten für Ausgabenvermindierungen in unserem Landeshaushalt. Nur, Hohes Haus, ein Nutzen wird erst dann sichtbar und

spürbar eintreten, wenn die durch den Landesrechnungshof aufgezeigten Vorschläge zur Mängelbeseitigung sowie die aufgezeigten Möglichkeiten für eine Ausgabenverminderung in unserem Landeshaushalt, wenn diese Vorschläge durch die Landesregierung auch zügig und kurzfristig umgesetzt werden. Und unter diesem Aspekt meine ich, daß die Frage in der Regierung und im Landtag zu überdenken ist, welche Konsequenzen in Zukunft bei der Feststellung von Fehlleistungen größeren Umfanges, bei Feststellungen durch den Landesrechnungshof sodann vom Landtag einzufordern sind. Denn es sollte ganz einfach nicht mehr vorkommen, daß man aus einem Bericht des Landesrechnungshofes entnehmen muß, daß es der Landesregierung innerhalb von 17 Jahren nicht gelungen ist, das Provisorium Tischlerwerkstätte in der landwirtschaftlichen Fachschule Gießhübl bei Amstetten zu beseitigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie heute über noch etwas Grundsätzliches nachzudenken. Der Antrag des Rechnungshof-Ausschusses lautet heute: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht Nr.2 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.“ Schluß! Punkt! Mir fehlt in diesem Zusammenhang die Aufforderung des Landtages an die Landesregierung, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Landesrechnungshofes auch entsprochen wird! Der frühere Finanzkontrollauschuß hat eine derartige Aufforderung an die Landesregierung immer wieder in den Antrag aufgenommen, um seinen Auffassungen und seinen Ergebnissen, Feststellungen auch die entsprechende Wertigkeit zu verleihen.

Und nun zu den einzelnen Berichten: Viel wurde schon gesagt. Was den Bericht über die Revitalisierung des Schlosses Ottenschlag betrifft, müssen wohl die hellseherischen Fähigkeiten der „Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH Gebau“ hervorgehoben werden, welche Firma vorerst ohne offiziellen Auftrag umfangreiche Vorleistungen wie Planung und Einreichung für den Schloßumbau erbrachte. Die spätere Berücksichtigung der Gebau als Bauträger, die spätere freihändige Beauftragung der Firma Gebau in Form eines Generalunternehmervertrages durch die Hypo-Leasing widerspricht jedenfalls dem freien Wettbewerb, wie dies auch der Landesrechnungshof festgestellt hat.

Die Revitalisierung des Schloßumbaus muß sicherlich aus regionalpolitischer Sicht positiv

beurteilt werden. Aber bei immer enger werdenden Budgets wäre doch auch die Rentabilität des Umbaus zu berücksichtigen gewesen. Und diesbezüglich lagen die durch den Architekten geschätzten Umbaukosten in Höhe von rund 84 Millionen Schilling um etwa 35 Millionen Schilling höher als ein vergleichbarer Neubau. Letztendlich betrug die Gesamtinvestitionskosten für die Revitalisierung von Ottenschlag und die Unterbringung der landwirtschaftlichen Fachschule rund 105 Millionen Schilling. Die Steuerzahler werden dafür, wenn ich mich nicht verrechnet habe, die stolze Summe von 214 Millionen Schilling hinblättern müssen, da die Projektfinanzierung wie auch die Finanzierung der Einrichtung der landwirtschaftlichen Fachschule im Rahmen der so beliebten Sonderfinanzierung, also mittels Leasing erfolgen wird oder erfolgt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend zur landwirtschaftlichen Fachschule Ottenschlag: Ich weiß nicht, ob ich mich hier ganz richtig erinnere. Aber hat der seinerzeitige Finanzkontrollausschuß nicht ebenfalls schon einmal ähnliche Probleme mit einem Bauträger, der der ARGE Eigenheim angehört, beim Bau der landwirtschaftlichen Fachschule in Warth aufgezeigt? Aber das steht heute nicht zur Debatte. Und ich bin mir auch gar nicht sicher, ob ich mich hier richtig erinnere. Aber vielleicht wird sich der Herr Kollege Kautz, der in der Rednerliste nach mir vorgemerkt ist, an Warth und an seinerzeit vielleicht auch noch und vielleicht auch noch besser als ich erinnern können.

Hohes Haus! Zur Errichtung des Betriebskindergartens in der Landesnervenklinik Gugging werde ich nur ganz wenige Feststellungen treffen. Denn wenn man weiß, wie das auch der Rechnungshof aufgezeigt hat, daß entgegen der üblichen Vorgangsweise die Errichtung dieses Betriebskindergartens nicht projektbezogen in einer Sitzung der NÖ Landesregierung beschlossen wurde, sondern der Bau auf Grund eines Gespräches auf politischer Ebene erfolgt ist, dann sollten Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, heute wegen der vom Rechnungshof aufgezeigten Konzentration von Fehlleistungen bei der Verwirklichung dieses Vorhabens wirklich nicht wundern und sich darüber auch wirklich nicht mokieren. Denn es war ganz einfach ein Mann aus Ihren Reihen, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, der angesichts bevorstehender Personalvertretungswahlen die Errichtung des Betriebskindergartens in der Landesnervenklinik Gugging massiv betrieben hat. Und so gesehen ist es für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wirklich schlimm,

wenn der Rechnungshof folgende Feststellung treffen mußte, und ich darf diese zitieren: „Tatsächlich wurde bei der Realisierung dieses Vorhabens mit Kosten von rund 17,4 Millionen Schilling kein einziger Auftrag bei der NÖ Landesregierung zum Beschluß beantragt.“ Hohes Haus! Diese Feststellung des Landesrechnungshofes bedeutet, daß bei den Auftragsvergaben für dieses Vorhaben gegen die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung, gegen die Anstaltsordnung und gegen die Bestimmungen des Voranschlagserlasses verstoßen wurde! Angesichts der Tatsache, daß der Bau des Kindergartens in der Landesnervenklinik Gugging von 8,5 auf 17,4 Millionen Schilling explodierte, sollte man die von mir aufgezeigten Feststellungen des Landesrechnungshofes sicherlich unserer Bevölkerung nicht vorenthalten. Denn die Steuerzahler sollen ganz einfach wissen, wie mit ihren Steuerleistungen umgegangen wird. Wenn ich heute in der Aktuellen Stunde gehört habe, daß von einigen Rednern immer wieder hervorgehoben wird, wie groß die Verantwortung für unser Land ist, dann sollte man auch hier einmal überdenken, ob man hier nicht noch größere Verantwortung übernehmen sollte, wenn es um das Ausgeben der Steuerleistung geht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Bericht des NÖ Landesrechnungshofes befaßt sich mit der gemeinnützigen Tätigkeit der NÖ Siedlungswasserbau GesmbH, die zur Gänze im Eigentum des Bundeslandes Niederösterreich steht. Diesem Unternehmen, das rund 30 Prozent der NÖ Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt, kann unter Zugrundelegung des gemeinnützigen Auftrages eine weit über die Notwendigkeit hinausgehende gesunde wirtschaftliche Basis bestätigt werden. „Gemeinnützig“ bedeutet für mich nicht nur ein nicht auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen, sondern auch, daß ein gemeinnütziger Zweck verfolgt wird, worunter ich auch eine preisregulierende Wirkungsweise apostrophiere.

Hohes Haus! In diesem Zusammenhang sind mir insbesondere zwei Sätze im Bericht des Rechnungshofes aufgefallen. Ich darf sie zitieren: „Zusammenfassend ist aus der Erfolgsrechnung 1996 das Bemühen der Geschäftsführung, einen Beitrag zur Versorgung von NÖ Gemeinden mit Trinkwasser und zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Niederösterreich möglichst kostensparend zu leisten, erkennbar. Die NÖSIWAG ist bestrebt, auch für Gemeinden in wirtschaftlich schwachen Gebieten Niederösterreichs die Versorgung mit Trinkwasser sicherzustellen, wobei allerdings auch verlustintensive Projekte zu realisieren sind.“ Meine sehr verehr-

ten Damen und Herren! Beide Feststellungen des Rechnungshofes kann ich voll und ganz unterschreiben. Sie entsprechen, was die Produktion betrifft, meiner Vorstellung über Gemeinnützigkeit, nämlich einem Mix aus möglichst kostensparender Produktion einerseits und der Verwirklichung des einen oder anderen kostenintensiven Projektes andererseits. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es bereits ausgeführt: Für mich ist Gemeinnützigkeit ganz einfach mehr! Daher fehlt mir in diesem Bericht des Landesrechnungshofes eine Feststellung zur Absatzkomponente, zum Wasserverkauf, unter dem Aspekt Gemeinnützigkeit.

Hohes Haus! Dieser Bericht, wir haben ihn ja auch im Rechnungshof-Ausschuß diskutiert, zeigt auf, welches gewaltige Vermögen die NÖSIWAG seit 1963 angesammelt hat. Das Unternehmen verfügt über ein beträchtliches Sachanlagevermögen mit einem Grundstücksbestand von 2,1 Millionen m². Davon entfielen fast 500.000 m² auf unbebaute Grundstücke. Das Unternehmen hat also eine Politik der Grundstücksbevorratung betrieben. Ich sehe das einigermaßen auch ein, denn es geht um Wasserschutzgebiete. Aber alle diese Grundstücksbevorratungen wurden auch dem Wasserabgabepreis zugerechnet. Die NÖSIWAG verfügt per 31. Dezember 1996 über ein Finanzanlagevermögen von rund 25 Millionen Schilling sowie über einen Wertpapierbestand im Umlaufvermögen von rund 259 Millionen Schilling. Die un versteuerten Rücklagen betragen per Ende 1996 über 89 Millionen Schilling. Und die Eigenkapitalausstattung des Unternehmens muß als hervorragend bezeichnet werden. Was die Ertragslage betrifft, fällt auf, daß der Finanzerfolg aus Zinsen- und Wertpapiererträgen 1996 mehr als 12 Millionen Schilling betrug.

Der Landesrechnungshof stellt fest, daß per 31. Dezember 1996 auf Grund all dieser Zahlen, die ich genannt habe, die Liquiditätsrechnung eine Überdeckung kurzfristiger Verbindlichkeiten durch kurzfristiges Vermögen im Ausmaß von rund 213 Millionen Schilling aufzeigt und empfiehlt den Abbau der Liquiditätsreserve. Dem teilweise widersprechend finde ich es als einen Widerspruch, wenn dann der Landesrechnungshof im gleichen Atemzug feststellt, daß die NÖSIWAG auf Grund einer Investitionsvorschau in den nächsten 20 Jahren zusätzliche Investitionen von 2,5 Milliarden Schilling plant. Und er stellt auch fest, wodurch der Liquiditätsabbau automatisch stattfindet.

Hohes Haus! Ich meine, man kann nun fragen, handelt es sich bei diesem Investitionsprogramm, das dem Hohen Landtag ja nicht bekannt ist, handelt es sich bei diesem Investitionsprogramm um Qualitäts- oder um Quantitätsinvestitionen? Mir ist schon bewußt, wenn ich jetzt eine Rechnung aufstelle, daß das eine rein rechnerische Darstellung ist. Man kann dazu vielleicht auch sagen, das ist eine Milchmädchenrechnung. Aber geht man davon aus, daß die Anschaffungskosten der per 31. Dezember 1996 vorhandenen Wasserversorgungsanlagen, mit denen 30 Prozent der NÖ Bevölkerung versorgt werden, rund 1,9 Milliarden Schilling betragen, dann würden bei vorwiegend Quantitätsinvestitionen in 20 Jahren, auch unter Berücksichtigung des Erhaltungsaufwandes, jedenfalls über 55 Prozent der Einwohner unseres Landes von der NÖSIWAG mit Trinkwasser versorgt werden. Und das kann auf Grund des Istzustandes bei der Wasserversorgung in unserem Land ganz einfach nicht stimmig sein. Wir Freiheitlichen meinen daher und fordern, daß der Abbau der Liquiditätsreserve der NÖSIWAG in erster Linie dafür verwendet wird, daß der Wasserabgabepreis der NÖSIWAG nicht nur einheitlicher, sondern auch niedriger gestaltet wird. Denn es ist für mich unter dem Aspekt der Gemeinnützigkeit wirklich nicht einzusehen, daß Bürger des gleichen Bundeslandes mit den Wasserrechnungen der Gemeinden einerseits auf Basis eines Kubikmeterpreises von 5,80 Schilling und andererseits auf Basis von 13,76 Schilling zur Kasse gebeten werden. Ich meine, daß die Landesregierung diesbezüglich gefordert ist, auf die NÖSIWAG einzuwirken, daß ein Preisausgleich ehestens angestrebt wird.

Zum Schluß kommend möchte ich dem Landesrechnungshof für die erarbeiteten Berichte ein herzliches Dankeschön sagen. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auf die Frage des Kollegen Dkfm. Rambossek müßte ich sagen, hier stehen 18 Jahre Vergangenheit. Seit 18 Jahren zieht sich bei Finanzkontrollamtsberichten und Rechnungshofberichten ein- und derselbe schwarze Faden durch. Man könnte die Berichte aus dem Jahr

1981 genauso nehmen wir heute, man findet die gleichen Namen und die gleichen Ressorts. Und Deine Frage, Herr Kollege, zu Warth: Selbstverständlich scheinen immer wieder dieselben Firmen auf, die vom Land größtenteils damit betraut werden. Und die zweite Frage darf ich auch gleich beantworten mit einer Gegenfrage. Wir haben beim Finanzkontrollausschuß immer wieder den Antrag, die Maßnahmen gefordert. Herr Kollege, darf ich fragen, was herausgekommen ist bei den Maßnahmen? Wir haben heute feststellen müssen, daß im Jahr 1981 in Gießhübl Mißstände aufgezeigt wurden, daß im Jahr 1981 das zuständige Landesregierungsmitglied festgestellt hat, es wird das beheben. Ich nehme an, es haben auch die zuständigen Hofräte das gewußt, daß der Herr Landesrat das zugesagt hat. Bis heute ist nichts dergleichen passiert!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf einmal grundsätzlich einige Feststellungen treffen. Von der ÖVP wird immer dann kritisiert, wenn die Opposition oder wir zum landwirtschaftlichen Schulbereich etwas sagen. Dann wird das so hingestellt als Neid, als Mißgunst, als Bauernfeindlichkeit. Meine Damen und Herren, dem ist nicht so! Es gibt nur außer dem landwirtschaftlichen Schulbereich auch andere Schulbereiche, die nicht so bevorzugt sind wie ein landwirtschaftlicher Schulbereich. Und wir treten dafür ein, daß in Niederösterreich Chancengleichheit besteht. Jeder Pflichtschullehrer würde sich wünschen, daß bei 65 Schülern 12 Lehrer unterrichten oder ähnliches. Ich weiß schon, man kann nicht alles miteinander vergleichen. Aber es muß irgendwo eine Verhältnismäßigkeit da sein. Ein Schulkonzept gibt es nach langem Fordern, nur die Umsetzung dauert halt auch noch immer.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf noch einmal auf die grundsätzliche Bauauftragsvergabe kommen. Wir alle hier, oder ein Großteil der hier anwesenden Abgeordneten, haben die NÖ Vergaberichtlinien beschlossen. Das Land Niederösterreich umgeht diese Vergaberichtlinien ganz einfach. Es nimmt sich die Hypo oder einen Generalunternehmer und ist damit nicht mehr daran gebunden. Das heißt, der kleine Häuslbauer, jede Gemeinde wird an die Kandare genommen. Nur das Land selbst umgeht diese Verordnung mit Hypo- und anderen Leasinggesellschaften bzw. mit Generalunternehmern. Und da muß ich schon fragen, wer ist dann verantwortlich? Weil ich kann nicht den zuständigen Hochbaureferenten verantwortlich machen, sondern jene Mitglieder der Landesregierung, die sagen, das wird so vergeben. Denn so kann man natürlich verschiedene Sachen umgehen.

Und noch einmal zur Kursteilnahme, zum Beispiel in Gießhübl. Ich kenne keinen Kurs im WIFI, ich kenne keinen Kurs im BFI, der kostenlos ist. Und jetzt ergibt sich für mich die Frage, nur weil ich Landwirt bin oder einmal diese Schule besucht habe, darf ich die Meisterausbildung in Gießhübl gratis machen? *(Abg. Gratzner: Es ist ja beinahe ein Wunder, daß das nicht auch noch gefördert wird!)*

Auf der anderen Seite, über die Bauernkammer, wird es ohnehin wieder gefördert! Auch mit Geld dieses Landes. Ich rede hier von Chancengleichheit. Herr Kollege, es ist so! Wenn Sie den Bericht gelesen haben - nur lesen, nicht in die „runde Ablage“ schmeißen, lesen - finden Sie drinnen, daß die Kurse nicht kostendeckend sind. Das heißt, wenn sie nicht kostendeckend sind, dann muß ich mehr verlangen. Das WIFI und das BFI müssen das genauso tun. Nur in der Landwirtschaft gehen eben die Uhren anders. *(Abg. Hiller: Die kostendeckenden Kurse bekommen wir beim AMS!)*

Lieber Herr Kollege! Ich habe vom WIFI und vom BFI gesprochen, das AMS ist eine andere Angelegenheit. *(Abg. Hiller: Das ist nicht etwas anderes! Gib die rote Brille runter!)* Na freilich ist das etwas anderes! Herr Kollege! In das AMS zahlen ja die, die es benutzen auch ein, zum Unterschied von der Landwirtschaft, die das nicht einzahlt. Weil die nicht einmal Steuern bezahlen. Wenn die Landwirtschaft diese Steuern bezahlen würde, die sie bezahlen müßte, wenn sie Buchführung betreiben müßten ab einem gewissen Teil, müßten weit mehr Steuereinnahmen reinkommen. *(Abg. Hiller: Schau Dir die Arbeitslosen an!)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: *(gibt Klingelzeichen)* Das Wort hat der Herr Abgeordnete.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Ich habe Zeit, ich kann ja warten. Der Herr Kollege Hiller regt sich künstlich auf. Ich weiß nicht, warum. *(Abg. Kurzreiter: Bleib sachlich und werde nicht immer so polemisch!)*

Herr Kollege, ich bin sachlich! Wenn Du das da drinnen liest, wirst Du feststellen, ich bin sachlich. Ich frage Herrn Landesrat Gabmann, ob irgendwo im gewerblichen Bereich die Vorbereitungskurse für eine Meisterprüfung kostenlos sind. Ich frage den Herrn LR Gabmann. Er wird nein sagen. Aber in der Berufsschule Gießhübl und in anderen Schulen sind diese Kurse, so sie für die Landwirtschaft gehören, fast kostenlos. *(Abg. Lembacher: Das ist ja bei den landwirtschaftlichen Schulen anders!)*

Bei den Bauern ist alles anders, das weiß ich schon.

So, meine sehr geschätzten Damen und Herren, jetzt darf ich mich mit einigen anderen Dingen beschäftigen. Bei den Bauern ist alles anders, Frau Kollegin und Herr Kollege, wenn Du den Bericht gelesen hast. Ich will jetzt niemandem etwas unterstellen, das schicke ich voraus. Ich setze Ehrlichkeit voraus. Aber wenn ich da lese, daß in Gießhübl zwei Tankstellen Tag und Nacht unversperrt sind - Tag und Nacht unversperrt und ohne Zählwerk - Gelegenheit macht Diebe. Ja, Frau Kollegin, das steht da drinnen auf Seite 15 im Bericht über die landwirtschaftliche Berufsschule Gießhübl. Das können Sie nachlesen. Zwei Dieseltanks sind Tag und Nacht unversperrt, ohne Zählwerk. Ich sage noch einmal, ich will niemandem etwas unterstellen, nur, Gelegenheit macht Diebe! Und das haben wir vor fünf Jahren auch schon festgestellt. Ich frage mich nur, wo die Beamten waren, wenn schon nicht der Herr Landesrat reagiert hat, daß man das abstellt. Ein Zählwerk kann man sicher anbringen. Ich sage noch einmal: Gelegenheit macht Diebe.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich auch mit Gugging beschäftigen. Dabei ist die Frage aufgetaucht, warum hat man denn in der Landesregierung die Auftragsvergabe nicht beschlossen? Ganz einfach: Wenn ich das Bauprojekt nicht beschlossen habe, kann ich auch keine Auftragsvergabe beschließen, weil es sie normalerweise nicht gibt. Eine logische Folgerung. Warum das so gekommen ist, darf ich auch feststellen, denn unsere Fraktion war in Gugging und hat mit den Betroffenen gesprochen. Wir sind wieder heim gekommen, Du brauchst nicht zu lachen, es ist so. Manche denken bei Euch, daß alles in Ordnung ist. Dieses Denken ist nicht das richtige. Man soll auch weiter denken.

Warum ist es dazu gekommen? Die Anstaltsleitung hat Jahre hindurch einen Kindergarten gefordert, versucht, ihn zu bekommen. Es ist nicht gegangen. Zufällig waren dann Personalvertretungswahlen, da gab es dieses berühmte politische Gespräch. Okay. Das nehme ich auch noch zur Kenntnis, denn jedes Projekt beginnt meistens mit einem politischen Gespräch. Daß man nachher, nach dem politischen Gespräch nicht die richtigen Wege gewählt hat, darf ich vielleicht so erklären - und ich rede jetzt aus Erfahrung: Wir in Neunkirchen haben auch momentan das Problem, daß die Bauabteilung, GS4, der NÖGUS an einem Tisch sitzen. Wir vereinbaren, daß wir zu einem gewissen Zeitpunkt gewisse Pläne haben wollen. Und die Beamten der

Landesregierung sind nicht fähig, sich untereinander abzustimmen. Dann kommen wir zwei Monate später wieder, sitzen im selben Haus in der Landesregierung in St. Pölten. Die linke Tür kennt die Pläne von der rechten Tür nicht. Und wir müssen feststellen, so funktioniert das nicht! Und genauso ist es auch in Gugging gewesen.

Das heißt, die wollten den Kindergarten, die haben ihn gebraucht. Und ab dem Zeitpunkt, wo die Finanzdirektion „hinaufgegriffen“ hat und versucht hat, da oben irgend etwas zu erreichen, war Luft. Leere war da! Automatisch hat dann natürlich, ich will jetzt nichts entschuldigen, aber der Verwaltungsdirektor von seinem Recht Gebrauch gemacht - das Recht, das er sich genommen hat - und hat selbst entschieden. Und wie gut die Kommunikation innerhalb der Beamtenschaft funktioniert zeigt eine Kostenschätzung. Denn die erste Kostenschätzung betraf die Revitalisierung des aus 1885 stammenden Hauses und nicht den Einbau des Kindergartens. Der Kindergarten ist nachher dazugekommen, und damit haben wir auch diese exorbitante Überschreitung.

Ich habe hier stehen „Behördenverfahren“ - 25 Jahre ist ja nicht lang. Die bekannte Berufsschule Edelhof, dort hat es überhaupt keine Bauverhandlung gegeben und überhaupt keine behördliche Genehmigung gegeben, bis der Finanzkontrollausschuß damals gekommen ist. Das muß teilweise so üblich sein, daß vom Land aus geplant und gebaut wird, aber die baubehördlichen Sachen - ist eh klar, was will denn die kleine Gemeinde. Sie ist allerdings die zuständige Baubehörde. Wir, die hohen Beamten der Landesregierung, hören uns doch nicht an, was uns der kleine Bürgermeister vorschreibt. Das heißt, wir werden natürlich immer wieder draufkommen, und haben das immer wieder feststellen müssen, daß Behördenverfahren nicht abgewickelt werden. Und wenn, so dauert es ein Jahr, eineinhalb Jahre; im Fall Gugging vom April 1993 bis Juli 1996. Die berühmten drei Jahre.

Die Bauaufsicht kann es natürlich auch nicht geben, wenn es keinen Beschluß für einen Bau gibt. Und wenn es keinen Beschluß gibt wie ausgeschrieben wird, dann kann die Ausschreibung ja nicht funktionieren. Dann wird eben so vergeben, wie es sich momentan geziemt, weil halt gerade die Firma da ist, wer gerade die Firma kennt.

Und damit bin ich jetzt bei der Planungsfirma. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf zu später Stunde einen Versuch unternehmen, Sie zum Nachdenken zu bewegen. Ich kann

mich erinnern, daß wir bei einer Feuerwehrrangelegenheit im Bezirk Mödling auch eine Firma hatten, die nicht einmal noch im Firmenbuch eingetragen war, aber schon Landesaufträge bekommen hat. Ja, die Sirenensteuerung! Die Firma hat zwar die Aufträge gehabt, nur die Steuerung hat nicht funktioniert. *(Abg. Gratzner: Übrigens, diese Firma gibt es jetzt auch nicht mehr!)*

Es wird diese Firma auch bald nicht mehr geben, wenn sie so weiter arbeitet wie sie da gearbeitet hat. Aber das ist symptomatisch dafür, daß irgendwo eine junge Firma aufstrebt. Ich habe nichts dagegen, wenn sie Aufträge bekommt. Nur soll sie auch dementsprechend arbeiten. Und ich bin der Meinung, daß sehr wohl die Hochbauabteilung gute Fachmänner und Fachfrauen hat, um all das kontrollieren zu können, um all das einer Kontrolle zu unterwerfen. Und ich stelle hier die Frage, ob man überhaupt eine Kontrolle wollte. Ich sage es offen – Nein!

Und damit bin ich beim nächsten Grundsatz: Wie soll in Zukunft die Administrationen der Landeskrankenhäusern sein? In den Landes-Pensionisten- und Landespflegeheimen, das sind eigene Unternehmungen, hat der Verwaltungsdirektor oder der Leiter eine gewisse Kompetenz. Die fehlt bei den Krankenhäusern. Und ich nenne jetzt nur ein Beispiel, damit Sie wissen, sich veranschaulichen können, was passiert. Der Verwaltungsdirektor von Gugging hat das Bouvoir, über 50.000,- Schilling verfügen zu können. Über diesen Betrag hinaus muß er ansuchen. Wenn in seinem Krankenhaus eine Röntgenröhre kaputt geht, die kostet 150.000,-, 200.000,- Schilling, so muß er fragen, ob er die nachbestellen darf. Er hat zwar zwei Wochen, drei Wochen, vier Wochen, fünf Wochen keine Röntgenanlage, weil die Röhre kaputt ist, aber er selber darf sie nicht anschaffen. Und wenn er nach oben greift, greift er in Luft. Weil die Abteilung darüber nicht vorhanden ist! Was macht der liebe Herr notgedrungen? Er bestellt! Und dann stehen wir da – berechtigt - und sagen, er hat die Kompetenz überschritten. Ich will damit nur beleuchten, warum oft Kompetenzen überschritten werden.

Nun, damit bin ich bei einem anderen Bereich. Und ich habe schon einmal von dieser Stelle aus gesagt, das Problem heißt nicht Blochberger. Das Problem heißt Österreichische Volkspartei! Denn in allen Bereichen, ob landwirtschaftliches Schulwesen, ob Landwirtschaftswesen, überall, wo der Herr Blochberger – entschuldigen Sie den Ausdruck – die Finger drinnen hat, bleibt irgendwo ein schwarzer Faden hängen, der nicht stimmt! *(Abg. Lembacher: Geben Sie doch end-*

lich Ihre rote Brille 'runter!) Ich kann die Brille schon heruntergeben. Auf diese Weite sehe ich auch ohne Brille, zu Deiner Beruhigung. Du kannst das nicht entkräften. Es steht schwarz auf weiß immer wieder da, daß das Problem Blochberger heißt. Auch in der Abfallwirtschaft. Denn so lange wir keine Richtlinien hatten und die gegenseitige Deckungsfähigkeit, ist irgendwo das „Packl Geld“ dagewesen und es wurde nach Gutdünken verteilt. Die Verteilung hat im Nachhinein auch nach Gutdünken funktioniert. Nur die Zuordnung zu den einzelnen Budgetstellen nicht. Und damit haben wir dann viereinhalbfache, fünfeinhalbfache Überschreitungen.

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, warum ist das gerade nur im Ressort Blochberger so? In den anderen Ressorts gibt's das nicht so stark. Ich könnte jetzt einiges an Zitate bringen. Ich erspare es Ihnen. Denn ich nehme an, daß Sie den Bericht gelesen haben. Ich habe zwar festgestellt, daß ihn manche nicht gelesen haben, aber man kann ja immer noch nachlesen. Es passiert immer wieder, daß hier Förderungen gegeben werden, die an der Grenze der Richtlinien sind. Es passiert immer wieder, daß hier Förderungen ausbezahlt werden ohne Beschlüsse, ohne Richtlinien. Das ist eben das Problem Blochberger oder das Problem der ÖVP. Denn die ÖVP hat diesen Landesrat nominiert, schon bei einigen Wahlen bisher, und die ÖVP deckt all die Machenschaften, die dieser Mann unkorrekt durchführt. *(Präs. Ing. Penz: Also bitte, von Machenschaften kann hier keine Rede sein! Sie gehen wirklich zu weit!)*

Herr Kollege! Wenn ich das Viereinhalbfache ausbebe von dem, was ich an Budget habe, und das ohne Beschlüsse, dann sind das zumindest Unkorrektheiten. Ich nehme das Wort „Machenschaften“ zurück, aber Unkorrektheiten sind es. Kommt aufs gleiche `raus. *(Präs. Ing. Penz: Reden Sie von Ottenschlag, wo Landeshauptmannstellvertreter Höger die Bauaufsicht gehabt hat?)* Nein, Herr Kollege, da liegen Sie falsch. Sie wären auch besser beraten, den Bericht zu lesen. Denn Ottenschlag hatte einen Generalunternehmer und ab diesem Zeitpunkt der Beauftragung des Generalunternehmers hat die Planungsfirma die Auftragsvergabe und die Baukontrolle durchzuführen und nicht der Landeshauptmannstellvertreter!

(Präs. Ing. Penz: Sie verallgemeinern!)

Das ist ja der Trick, den Ihr anwendet: Indem man Generalunternehmer, Hypo-Leasing oder sonst eben etwas, einschaltet, entzieht man ein Vorhaben unserer Kontrolle, unseren Abteilungen. Das ist ja der Hintergrund!

Doch wenn ich schon bei Ottenschlag bin: All das, was dort passiert ist - ich habe auch mit der Hypo gebaut, nur, viereinhalb Prozent hat mir die Hypo nicht verrechnet für die Baubetreuung bei einem Projekt von 85 Millionen Schilling, nämlich der Krankenpflegeschule. 1,5 Prozent! Man kann auch verhandeln, ich habe zuerst einen Zwischenruf gemacht, wenn man verhandeln will.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur NÖSIWAG. Der Kollege Mag. Fasan ist nicht da. Ich meine es nicht böse, nur, im Jahr 1962, als die NÖSIWAG gegründet wurde, gab es andere Voraussetzungen als heute. Auch im Umweltbereich. Und wir haben uns bis heute hier in diesem Hohen Haus nicht durchsetzen können oder nicht den Mut gehabt, eine Nitratverordnung für jene Gebiete zu erlassen, für Einzugsgebiete, für Quellschutzgebiete. Und das ist das Problem der NÖSIWAG. Das heißt, die NÖSIWAG muß riesige Grundstücke aufkaufen, um in jenen Gebieten, wo das Grundwasser nitratverseucht ist, zu besserem Wasser zu kommen, um die 30 Prozent der Bevölkerung entsprechend mit Wasser versorgen zu können.

Ich bin auch der Meinung, daß ein Betrieb NÖSIWAG in Niederösterreich nicht drei oder vier verschiedene Preise haben kann. Ich bin aber der Meinung, daß es sicher keine Lösung von heute auf morgen ist, oder von heute auf übermorgen, diese Preise zusammenzuführen durch Auflösung von Reserven, unter Umständen Verpachtung der Grundstücke, um auch hier zu Einnahmen zu kommen. Das geht nicht von heute auf morgen. Das geht nicht von heute auf übermorgen. Aber Endziel muß es sein, daß die NÖSIWAG angemessene Abgabepreise an die Gemeinden hat, die nach unten gehen müssen und nicht nach oben!

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zum Schluß kommen. Ich habe Ihre Nerven lange genug strapaziert, ich weiß es. Doch solange solche Berichte daliegen und solange ich diesem Hohen Hause angehöre, werde ich weiterhin Ihre Nerven damit strapazieren. Denn irgendwo müßte es entweder Ihnen einmal auf die Nerven gehen, daß immer der Blochberger im Schußfeld steht, und sie müßten etwas tun, oder die Abteilungen Blochbergers dorthin führen, daß sie endlich einmal so handeln wie sie handeln sollen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. RIEDL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zum Rechnungshofbericht den Versuch zu wagen, zu drei grundsätzlichen Fragen vielleicht Antworten zu suchen. Und ich darf das folgendermaßen versuchen:

Erstens: Wie werden Feststellungen eines autorisierten, zur Objektivität verpflichteten Prüfungsorgans politisch gewürdigt, ohne daß die Objektivität des Organes in Frage gestellt wird? Ich darf das versuchen an Hand des Berichtes Gugging. Oder ich darf die Frage erweitern um die Frage, Herr Kollege Dkfm. Rambossek, wissen Sie um die Ressortzuständigkeit im Gesundheitswesen?

Zweitens: Ist die Zielsetzung eines Gesetzes erfüllt und werden trotzdem kritische Anmerkungen und berechtigte Anregungen gegeben, sollte man da nicht doch die Gesamtsicht nicht aus dem Auge verlieren? Ich möchte das am Versuch zur Abfallwirtschaft zeigen. Und darf auch hier die Frage erweitern, ich habe es vorher bereits angekündigt: Warum haben die Grünen heute so wenig zur Abfallwirtschaft zu sagen?

Drittens: Ist ein zur Sachlichkeit und zur Objektivität berufenes Organ auch immer in der Lage, dieser Verpflichtung und Verantwortung der eigenen Autorität gegenüber nachzukommen? Ich darf das am Bericht der NÖSIWAG versuchen und möchte auch hier die Frage erweitern: Ist es erlaubt, Herr Kollege Gratzner, auch Feststellungen zu kritisieren, die vielleicht irreführend interpretiert werden können?

Zum Bericht Gugging: Unter dem Ziel, die Attraktivität eines Arbeitsplatzes zu verbessern, wird ein relativ kleines Vorhaben in Angriff genommen. Und bei diesem kleinen Vorhaben kommt es zu einer überaus großen Konzentration von Fehlleistungen. Besonders tragisch wird es dann, wenn hier Wiederholungstäter am Werk sind. Und ich möchte dazu auf ein Zitat des damaligen Klubobmannes der SPÖ, Herrn Abgeordneten Dr. Bauer zurückgreifen, der am 27. November 1997 laut Protokoll meint: „Die SPÖ - und das möchte ich herausstreichen - war von Beginn an gesprächsbereit über jene Änderungen, die zu einem Ausbau des Kontrollrechtes des Landtages beitragen oder eine effizientere und qualitativ hochwertigere Kontrolle bringen sollen.“ Ich darf den heutigen Landesrat Dr. Bauer fragen, wie er eine effizientere, qualitativ hochwertigere Kontrolle im eigenen Wirkungsbereich versteht. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! Ich frage mich allen Ernstes, ob er das auch im Bewußtsein ge-

sagt haben kann, daß gerade in der Verantwortung und in der Kompetenz „Gesundheitswesen“ wiederholt Mängel in der Verwaltung der Landeskrankenanstalten aufgezeigt wurden und daß laut Rechnungshof besonderes Augenmerk darauf zu lenken sein wird. Der Wunsch nach einer effektiveren und effizienteren Kontrolle konnte nur zum Selbstschutz, Herr Kollege Keusch, gedacht werden. *(Abg. Keusch: Im Kontrollbericht geht es um den Kindergarten in Gugging!)*

Zum Selbstschutz in der eigenen Nachfolgediskussion, wo der Schutz vor einer besonderen Konzentration von Fehlleistungen im Gesundheitswesen ja wohl angebracht ist. *(Abg. Keusch: Eine totale Fehlinterpretation!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei einem bewilligten Ausgabenvolumen und bei einer Kostenüberschreitung von fast 100 Prozent darf ich mir nur die Frage erlauben: Was hätten Sie bei einer Kostenüberschreitung bei der Errichtung der Landeshauptstadt bei einem Volumen von über einigen Milliarden gesagt zu einigen Millionen oder vielleicht zu nur einigen tausenden von Schillingen? Hier liegen die Errichtungskosten in einer überschaubaren Aufgabenstellung um mehr als 60 Prozent über dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Bauten. In ihrer Kompetenz sind die dort Verantwortlichen eigenmächtig tätig. Die zuständige Fachabteilung läßt ein entsprechendes Engagement in der Planung, aber auch in der gesetzlich auferlegten Kontrollfunktion vermissen. Gerade in der Verantwortlichkeit des früheren Landesrates Wagner und nunmehr des Landesrates Dr. Bauer scheint es bemerkenswert, daß der Rechnungshof objektiv zusammenfassend, aber politisch höchst brisant formuliert, daß wiederholt Mängel auftreten und auch in Zukunft besonderes Augenmerk angebracht ist. Herr Kollege Kautz! Das Problem heißt nicht Blochberger. Das Problem heißt Wagner und nunmehr Bauer. *(Unruhe bei Abg. Keusch. - Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Feststellungen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn ein Brandschutzplan fehlt, der noch nicht angebracht ist, wenn Benützungsbewilligungen fehlen für benützte Kindertagesaufenthaltsplätze, wenn die Planung, meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen Bauzeit und Finanzierung nicht abgestimmt werden kann, offensichtlich weil man sie zeitlich nicht abstimmen kann, und wenn mangelnde Fachkenntnis bei der Angebotseinholung und bei der Aufgaben- und Angebotsprüfung zu Fehlleistungen führen, so sind das alles Feststellungen, die keinerlei Anmerkungen in der politischen Würdigung bedürfen. Die gehören ganz einfach beseitigt und abgestellt! *(Abg. Kautz: Dafür wird extra*

ein Verwaltungsdirektor bestellt!)

Doch was wünschen dazu manche Abgeordnete anderer Fraktionen, Herr Kollege Kautz? Besuchsaufträge wünschen sie! *(Abg. Keusch: Für dich wäre es gescheiter gewesen, du wärst mitgefahren! Weil dann wüßtest du, wovon du redest!)*

Allgemein muß festgehalten werden, daß selbstverständlich eine Kontrolleinrichtung nur dann effektive Arbeit leisten kann, wenn sie finanziell und personell gegenüber dem Geprüften unabhängig ist. Das ist einmal das erste. Und wenn die Objektivität und die Unabhängigkeit auch durchgesetzt werden kann, Herr Kollege Keusch, und da darf ich auch Sie jetzt zitieren aus Ihrer Rede vom 7. Mai 1998: „Die Neuerungen dieses völlig anders gearteten Kontrollsystems sind also nicht bloß eine Namensänderung oder ein anderes Mäntelchen, das man dem Kontrollamt umhängen möchte, sondern es ist tatsächlich ein neues Kontrollsystem, das in Richtung mehr Unabhängigkeit geht und in Richtung verbesserte Transparenz.“ Und Sie führen dann etwas weiter aus: „... in Zukunft die politische Wertung von den Mandataren entweder im Landesrechnungshofausschuß oder hier im Landtag getroffen wird. Das hat zweifelsohne auch den Vorteil, daß man deutlicher unterscheiden kann. Daß die jeweiligen Standpunkte deutlicher zum Ausdruck kommen. Weil einerseits die sachlich/fachliche Meinung des Rechnungshofes dargelegt ist und auf der anderen Seite die politische Wertung vorgenommen wird, also mehr Transparenz in die Sache gebracht wird.“ Ich möchte Ihnen jetzt sofort erklären, warum ich die Besuchstouren in diesem Fall eigentlich für nicht zielführend erachte. *(Heftige Unruhe bei Abg. Keusch.)*

Darf ich Ihnen sagen, Herr Kollege Keusch, darauf möchte ich Ihnen gerade die Antwort geben. Auch hier, Herr Kollege Keusch, bestimmt wahrscheinlich der Standort den Standpunkt. Und ich freue mich natürlich mit dem Kollegen Sacher, daß er zusätzliche Erkenntnisse gewonnen hat. Aber dieser politische Theaterdonner bezüglich der Wünsche über Besuche, die sind einfach für mich unnötig. Ich sage Ihnen auch warum. Wenn sich in der Sache selbst keinerlei neuen Erkenntnisse ergeben. Ich möchte schon sagen, daß Ihre Wünsche nicht gerade in der Verantwortung der Objektivität des Prüfungsorganes gegenüber besondere Aufmerksamkeit verdienen. Schon beim zweiten Bericht, glaube ich, muß man von Demaskierung sprechen. Nämlich wenn zusammenfassende Mängelfeststellungen, wie Auftragsvergabe vor Organbefassung, wenn Leistungen ohne schriftliche Aufträge oder mangelhafte örtliche Bauaufsicht, Nichtbeachtung der Verga-

benormen konstatiert werden, und dann aus diesem Grund Besuchsanträge fortgeführt werden, dann muß ich schon sagen, dann untergräbt das zwar die Autorität des Rechnungshofes, aber bringt zur politischen Würdigung keine zusätzlichen Informationen. Klar und deutlich ist erkennbar, daß hier die politische Würdigung anders zu verstehen war. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der ÖVP, für uns ist klar, daß wir dieses Instrument sehr wohl brauchen. Aber für das Finden fehlender Antworten zur politischen Würdigung. Und wir werden nicht zulassen, daß durch laufendes politisches Geplänkel die Objektivität des unabhängigen Rechnungshofes in Frage gestellt wird und untergraben wird. (*Abg. Kautz: Hat niemand in Frage gestellt! 20 Jahre Blochberger sind zuviel!*)

Zur zweiten Frage, meine Damen und Herren: Berechtigte Kritik in der Abwicklung, allerdings die Zielsetzungen des Gesetzes, glaube ich, erfüllt. Wenn Sie das NÖ AWG seit 1992 betrachten und die dazu eingeführten Richtlinien, so muß ich Ihnen sagen, das, was sich auf diesem Sektor getan hat, und ich erinnere nur, wie wir vor sieben Jahren noch riesige Sorgen hatten, um überhaupt Deponien zu finden und welche Hilfestellungen die einzelnen Gemeinden sich vom Land erbeten haben, so ist die Zeit zwischen 1993 und 1998 eine einzige Erfolgsstory in der Abfallwirtschaft im hoheitlichen Pflichtaufgabenbereich. Förderinstrumente, darf ich anmerken, die zur Errichtung von Strukturen geschaffen wurden, die helfen sollten, diese Zielsetzungen rascher umzusetzen. Und wenn sie im § 1 lesen, was die Zielsetzungen sind: An erster Stelle Vermeiden und an zweiter Stelle Verwerten. Und zwar so, daß es ökologisch vorteilhaft und technisch möglich ist, daß es die Mehrkosten sozusagen auch erträglich machend ist und ein Markt geschaffen wird. Und ich muß Ihnen sagen, in der Zwischenzeit haben wir 50 Prozent weniger Material auf der Deponie. Wir haben seit sieben Jahren nicht nur keine Gebührenerhöhungen, wenn Sie die Verbände anschauen, sondern Gebührenreduktionen. Dort, wo die Ausfälle für diese Einnahmen, die Märkte, die geschaffen wurden durch das Verwerten, aufgebracht werden.

Und selbstverständlich gibt es hier genauso wieder – und da stimme ich auch mit Ihnen überein – die berechtigten Mängel. Weil es kann nicht angehen, daß Bilanzwahrheit, -klarheit oder -genauigkeit in Frage gestellt wird. Es kann nicht angehen, daß hier ungerechtfertigte oder nicht rechtskonforme Aufgaben und Aufträge erteilt werden. Bei einem, das sage ich als Gemeindevertreter, tu ich mir ein bißchen schwer, hier die

Kritik zur Kenntnis zu nehmen: Wenn nämlich Auszahlungen bei Errichtung der Sammelzentren an die Gemeinden während der Bauzeit ohne Geldnachweis oder Ausgabennachweis schon getätigt wurden, so war das eine Hilfestellung für die Gemeinden, würde ich jetzt einmal verteidigend sagen. Aber trotzdem, die Fehlleistungen sind nicht entschuldbar, obwohl die Zielsetzung des Gesetzes vollständig, sage ich jetzt einmal, erfüllt sind. Und trotzdem glaube ich, daß für den nächsten Schritt, für die altlastenfreie Zukunft eine wirklich dringende Weiterführung dieser Aufgaben notwendig wird. Und da habe ich so meine Bedenken - und deswegen habe ich es angemerkt - weil gerade die Diskussion über dieses Thema eigentlich die Fragestellungen und die kritischen Anmerkungen der Grünen für mich so ungefähr wie eine Degradierung zu Lobbyisten der Deponierer und Altlastenproduzenten interpretiert werden könnten. Ich wollte damit sagen, daß wir im Bereich der Abfallwirtschaft mit der Zielvorgabe und dem Erreichen der Ziele trotz formeller Mängel durchaus zufrieden sein können.

Und nun zur NÖSIWAG: Warum ich mir vielleicht auch da eine kritische Anmerkung zu den Rechnungshofanmerkungen erlauben darf. Wenn festgestellt wird, daß der Geschäftsführung ein kostensparender Aufwand und eine kostensparende Geschäftsführung konstatiert wird, wenn festgestellt wird, daß sie nicht nur sorgsam mit den Ressourcen umgeht, sondern auch der Sicherung der Trinkwasserversorgung nachkommt, wenn festgestellt wird, daß kleinere Unstimmigkeiten sofort berichtigt werden, so sind das erfreuliche und positive Zusammenfassungen.

Wenn weiter unten festgestellt wird, daß im Kennzahlenvergleich die Personalkosten überdurchschnittlich sind, so wird das durch denselben Bericht relativiert, nämlich weiter hinten. Wenn etwa beim Kennzahlenvergleich, nicht unter Anführungszeichen, die Qualifikation und die Aufgabenstellungen des Mitarbeiters miteingebunden werden, so ist es oberflächlich und es widerspricht sich derselbe Bericht nämlich einige Seiten weiter hinten, wo es heißt, daß im selben Vergleich zwischen Graz, Linz und der NÖSIWAG der Personalaufwand je Kubikmeter abgegebenem Wasser in Niederösterreich der billigste ist. Und daß er in Graz mehr als doppelt so hoch ist. Daß die Kubikmeterabgabe je Dienstnehmer bei uns dreifach besser ist wie in Linz. Und daß die Linzer 183 Dienstnehmer beschäftigen und daß die NÖSIWAG nur 58 Dienstnehmer beschäftigt.

Daß die Eigenkapitalausstattung zu gut ist, das ist für mich eine überraschende Feststellung.

Ich glaube nicht, daß es einer Anregung bedurft hätte, daß das Familiensilber zu versilbern sein sollte. Ich glaube nicht, daß es einer Anregung bedurft hätte, daß über zweckgebundene Verwendungen von nicht verwendeten Rücklagen nachzudenken ist. Ich glaube, daß es durchaus menschlich verständlich ist, daß diese Autorität auch unbewußt manchmal politisch reagiert. Ich möchte aber die Frage stellen dürfen, wohin könnte eine solche unbedachte Äußerung führen. Wenn ich eingangs zu den Kennzahlen im Personalvergleich die Hintergründe ein bißchen näher erläutern durfte, und daß die Erfolgsrechnung zu einer Diskussion über den Wasserpreis führt, so muß ich einmal feststellen, daß ich in der Erfolgsrechnung, im Produktionskosten- und Sachaufwand im wesentlichen durch Verbrauch, abnutzbares Anlagevermögen, also Abschreibung über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, eine deutliche Abgangssituation habe. Das heißt, in den Produktionskosten für das Wasser habe ich einen Verlust. Und wenn ich daher jetzt außer Streit stelle, daß sich die NÖSIWAG, unter Anführungszeichen, nie dort bemühen kann, wo die Gemeinden es direkt in der Eigenverantwortung machen, wo sie es billiger machen, sondern immer dort gerufen wird, wo die eigene Gemeinde nicht mehr zu Rande kommt, daß sie immer dort gerufen wird, wo in entlegenen Gebieten sehr lange Transportkosten mitberücksichtigt werden müssen und es daher für mich auch gleichzeitig bedeutet, daß hier ein sozialer Ausgleich geschaffen wird, so muß ich feststellen, daß die Kostendeckung eigentlich nur durch eine Preiserhöhung erreicht werden könnte. Denn die einmalige Versilberung des Familiensilbers oder die Auflösung sozusagen oder Verkauf der Wertpapiere würde ja einmaligen Effekt bedeuten und würde noch lange nicht die folgenden Abgänge decken können. Und daher ist die Eigenkapitalrentabilität, die hier festgeschrieben steht, wenn ich schaue mit den über 20 Millionen Finanzanlagen und über 200 Millionen Wertpapieren des Umlaufvermögens und über den Zinsertrag daraus also wohl die beste Garantie, daß in der jetzigen Zeit der Abgang gedeckt werden kann.

Das heißt also, ich möchte schon feststellen, ich spreche hier nicht für eine Verteuerung, sondern daß es mich einfach freut, daß hier Sparsamkeit festgestellt wird. Daß es mich einfach freut, daß ich hier entgegenen darf, daß Fremdmittelsatz keine Antwort darauf sein kann, den Wasserpreis zu senken. Sondern nur eine Antwort darauf sein kann, den Wasserpreis zu verteuern. Und ich darf daher auch meiner Freude Ausdruck

verleihen, daß es hier ein wirtschaftlich gut geführtes Unternehmen gibt, das sich so litarisch und sozial gegenüber seiner Aufgabenstellung zeigt und das für mich auch eine entsprechende Eigenkapitalausstattung hat. Die es nicht nur braucht, um jetzt durch die Rentabilität, die da vorhanden ist, den Abgang decken zu können und den sozialen Preis halten zu können. Sondern weil es auch bei den entsprechenden Volumina, die in der Investition vorgesehen sind, entsprechende Reserven haben muß. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte nur drei Anmerkungen ergänzen an meinen Vorredner, den ÖVP-Pflichtverteidiger, der hier soeben wieder versucht hat, alle Bedenken und Kritikpunkte schön vom Tisch zu reden und es sogar zur Tugend erhebt, eine schlichte Stellungnahme der Landesregierung auf alle Kritik abzugeben, nämlich die Landesregierung nimmt zur Kenntnis. Anmerkung Nummer 1: Es ist unrichtig, daß die Grünen heute so wenig zur Abfallwirtschaft gesagt haben. Es ist richtig, daß Sie so wenig gehört haben. Sie waren nämlich draußen, wie mein Kollege Mag. Fasan darüber gesprochen hat und es sogar recht grundsätzlich angegangen ist. *(Abg. Mag. Schneeberger: Und im übrigen hat er recht damit!)*

Anmerkung Nummer 2: Wir nehmen einen Prüfbericht des Rechnungshofs, wo ein bestimmter Rahmen vorgegeben ist, nicht zum Vorwand, um jetzt über das real steigende Müllaufkommen in Niederösterreich große Exkurse in die Allgemeinheit zu starten um vom Müll auf den Mist und in die Landwirtschaft zum Beispiel zu kommen, oder von Müll auf die Energie und Anträge zur Solarenergie einzubringen.

Und Anmerkung Nummer 3: Falles es das ist, was Ihnen gefehlt hat und ich Sie irgendwie beruhigen und erleichtern kann, stehe ich nicht an jetzt zu formulieren: Wir halten die Müllverbrennung für mindestens so unnötig und unökologisch wie den Semmering-Basistunnel. Und im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Dr. Bauer.

LR Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr sparsam mit meinen Wortmeldungen. Aber diese Wortmeldung von Herrn Mag. Riedl hat mich dazu veranlaßt, weil eine derartige Darstellung etwas Ungeheuerliches ist. Ich sage das sehr deutlich: ungeheuerlich ist!

Nämlich: Am 2. Februar 1998 wurden 24 Kinder in diesen Kindergarten aufgenommen. Am 25. März 1998 wurden 27 Kinder gezählt. Die Angelobung von mir als Landesrat erfolgte im April 1998. Und daher sieht man daraus, daß sozusagen hier das Problem doch nicht da liegt, wo es gesucht wird. Um das einmal klar zu sagen.

Zum zweiten: Tatsache ist, daß ungefähr eine Verdoppelung der Kosten eingetreten ist. Ich möchte anmerken, daß ich nicht meine Aufgabe darin sehe – unabhängig von Parteizugehörigkeit, über die ich jetzt auch ausführen könnte, aber dies nicht tue – daß es nicht meine Aufgabe ist, jene, die in einer bestimmten Überschreitung gehandelt haben, jetzt zu verurteilen und disziplinar zu verfolgen. Sondern meine Aufgabe ist, Ordnung zu schaffen! Und die habe ich geschaffen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was geschehen ist, kann ja nicht ungeschehen gemacht werden. Und ich meine, daß es schon eigenartig ist, daß gerade jene Fraktion, ich sage das sehr deutlich, in deren Umfeld eigentlich die Entscheidung getroffen wurde und letztlich auch die Überschreitung geschah, daß genau diese Fraktion sich herstellt und einen Landesrat zu geißeln beginnt, der zu dieser Zeit noch gar nicht zuständig war! Der lediglich dafür verantwortlich ist, daß diese Zustände sich nicht wiederholen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage das deshalb: Ich hätte es mir als Landesrat einfach machen können, zum Beispiel hier ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Ich sage Ihnen, warum ich es nicht getan habe. Weil nämlich kein einziger Groschen dieser Überschreitung in eine Privattasche geflossen ist. Sondern weil hier tatsächlich ein ungemeines Bemühen des Direktors vorhanden war, Abhilfe zu schaffen. Abhilfe, die darin bestand, einen Kindergarten zu bekommen. Und ich halte den Bau des Kindergartens für grundsätzlich richtig, weil wir das auch letztlich für das Personal brauchen. Weil wir sonst diese hochqualifizierten Arbeitskräfte, die zumeist Frauen sind und Kinder haben, nicht zur Verfügung haben. Und ich bekenne mich dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Soweit der zweite Grundsatz. Und meine wirkliche Empörung richtet sich dagegen, daß ich nämlich als Landesrat wirklich so agiere, daß ich nicht frage, wohin derjenige vielleicht gehört oder ob ich damit etwas in der Öffentlichkeit bewegen könnte. Sondern ich sage, dieser Mann hat sicher überschritten. Es gibt ja auch Konsequenzen. Er möchte auch von sich aus, glaube ich, in Pension gehen. Aber mein Problem ist ein ganz anderes: Warum soll ich jemandem, der eigentlich sehr innovativ war, sehr gut gearbeitet hat und wo – ich habe mir die Rechnungen ganz genau angesehen – wo nichts sozusagen „daneben gegangen“ ist, sondern nur überschritten wurde, wieso sollte ich dann hier am Ende eines Berufslebens letztlich Konsequenzen ziehen und welche? Ich sage das sehr deutlich. Und jeder, der in meinem Bereich arbeitet, wird das auch so erleben. Ich werde dort einschreiten, wo etwas nicht verantwortbar ist. Aber ich werde dort auch den Schutz geben, und auch das sage ich Ihnen sehr deutlich, unabhängig von jeder Parteizugehörigkeit, weil die gehören ohnehin alle Ihrer Partei an, unabhängig von Parteizugehörigkeit, daß jeder Einzelne, der in meinem Bereich arbeitet, auch meine volle Rückendeckung hat. Und ich stehe das durchaus in aller Öffentlichkeit auch durch. Aber ich finde es als eine grobe Überschreitung des Anstandes, wenn man dann hergeht und Kritik übt an jenen, die nämlich die Leute schützen, die man auch genauso gut in einer öffentlichen Diskussion verunglimpfen könnte. Ich tu das aber nicht!

Und ich sage Ihnen noch etwas, Herr Magister! Ich mache das auch in anderen Bereichen. Zum Beispiel in Landeskrankenhäusern, wo man auch diskutieren könnte, wer zum Beispiel Personal besetzt. Da ist eindeutig der Landeshauptmann zuständig, der Entscheidungen trifft, die nicht immer meine Zustimmung finden. Ich übernehme auch dort die Verantwortung, um das auch zu sagen. Ich übernehme auch eine Verantwortung, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn es darum geht, wenn ich mir zum Beispiel drei Möglichkeiten der künftigen Versorgung über die Küche zum Beispiel in Gugging einhole, ob man das günstiger über ein Catering beispielsweise versorgt, ob man es günstiger versorgt über das Landeskrankenhaus Tulln oder über die Möglichkeit des Krankenhauses in Klosterneuburg. Und ich gehöre nicht zu jenen, um Ihnen das deutlich zu sagen, die Plakate anbringen lassen auf Grund eines politischen Gespräches, die da lauten „und die Küche kommt doch“. Unabhängig von wirtschaftlicher Überprüfung, sondern nur mit der Aussage, die Küche kommt doch. Meine sehr

geehrten Damen und Herren! Als Landesrat werde ich die Entscheidung so treffen, wie es den ökonomischen Grundsätzen entspricht. Und ich bin durchaus bereit, ich sage das sehr deutlich, durchaus bereit, vieles von dem, was man auch aufgreifen könnte, so lange nicht zu ahnden, so lange klar ist, daß ein Beamter nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat. Das ist mein Grundsatz und dazu stehe ich! Danke. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses:)* Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer nunmehr um seinen Bericht zum Geschäftsstück Ltg. 229/A-1/13.

Berichterstatter Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Geschäftsstück 229/A-1/13, dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer, Feurer, Mag. Weinzinger, Friewald u.a. betreffend die Maßnahmen zur Verhinderung des Weiterbaues und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin. Diesem Antrag wurde zu Beginn der heutigen Landtagssitzung die Dringlichkeit zugestimmt unter Berücksichtigung der Zeit, insbesondere aus dem Gesichtsfeld, daß die politische Entscheidung über die Zukunft des Atomkraftwerkes Temelin im März 1999 fallen sollte. Ich darf daher im Namen der Gefertigten den Antrag stellen *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Bundesregierung zu ersuchen, vor der Entscheidung der tschechischen Regierung über die Zukunft des AKW Temelin eingehende Gespräche mit den tschechischen Regierungsmitgliedern zu führen, um Alternativen für einen Verzicht auf den Weiterbau des AKW Temelin aufzuzeigen und um die vorliegende österreichische Position, wonach im Endbericht die langfristige volkswirtschaftliche Folgewirkung bei einem Verzicht bzw.

einem Weiterbau des AKW Temelin besonders berücksichtigt sein soll, als Voraussetzung österreichischer Akzeptanz des Berichtes der Temelin-Kommission („least-cost Studie“) mit dem gebotenen Nachdruck darzulegen;

2. der Bundesregierung und dem Nationalrat die prinzipielle Bereitschaft des Landes NÖ bzw. seiner Unternehmungen zu versichern, an Alternativlösungen im Falle des Verzichtes auf das AKW Temelin aktiv mitzuwirken;
3. die Bundesregierung zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen der Europäischen Union dafür einzutreten, dass die Europäische Union alternative Konzepte und Lösungen bei einem Verzicht der Republik Tschechien auf den Weiterbau und die Inbetriebnahme des AKW Temelin unterstützt und fördert;
4. die Bundesregierung darauf hinzuweisen, dass das Land NÖ die Sicherheit der Atomkraftwerke als wesentliche Frage für den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union ansieht.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Diskussion einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich komme zu einem sehr sehr wichtigen Antrag mit einer etwas merkwürdigen Entstehungsgeschichte. Einer Entstehungsgeschichte, die ich jetzt kurz skizziere als Einleitung. Die damit begonnen hat, daß wir als Grüne eine Initiative gemeinsam mit unseren Kollegen in Oberösterreich und in Wien setzen wollten angesichts der dringenden Notwendigkeit, gegen Temelin aktiv zu werden, und uns damit an die ÖVP- und SPÖ-Kollegen in diesem Landtag gewandt haben. Das war letzte Woche. Wir haben einen Vorschlag für einen solchen Antrag ausgearbeitet und den beiden Klubs übermittelt. Und haben dann mit einiger Verwunderung festgestellt, daß sich in den letzten zwei, drei Tagen Nachfragen von Journalisten gehäuft haben, wo denn jetzt der Unterschied zwischen einem grünen und einem schwarz/roten Antrag wäre. Oder heute in einer OTS-Meldung, wo kein Journalist das falsch verstanden haben

kann, sondern wo der Originalton der beiden Klubobmänner, Dr. Strasser und Koczur, widergegeben wurde, in dem wir dann lesen, daß in der heutigen Sitzung auf Initiative von VP und SP ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wird.

Nun sage ich jetzt einmal, an sich wäre so ein Gerangel darum, wessen Idee war es, wer hat es initiiert und wer hat es eingebracht, letzten Endes kindisch und wir werden logischerweise dem Antrag die Zustimmung geben. Wir haben ihn auch mit beantragt. Aber eines möchte ich schon herausstreichen und erwähnen dabei: Eine Vorgangsweise, wenn eine Fraktion - egal welche - einen Vorschlag macht, ihn formell, schriftlich einbringt, und andere diesen Antrag über weite Strecken wortwörtlich abschreiben und versuchen, ihn nach außen als eigenen zu verkaufen, diese Vorgangsweise ist letztklassig. Ich kann das nur als einen neuen Tiefpunkt der politischen Kultur in diesem Land werten.

Ich komme jetzt zur Sache selbst: Temelin hat inzwischen eine 15jährige Geschichte, die eine Geschichte von Korruption, von Kostenexplosionen, von fragwürdiger technischer Sicherheit usw. ist. Eine Geschichte, die letztenendes dazu geführt hat, daß selbst in Tschechien ein Umdenkprozeß eingesetzt hat und man jetzt an mehreren Stellen versucht hat, über den Weiterbau von Temelin nachzudenken und allenfalls so eine Art „Notausstieg“ von tschechischer Seite vorzubereiten. Wesentlich waren dabei zwei zentrale Elemente, die beide im letzten Jahr, in den letzten Monaten stattgefunden haben. Das eine war, daß die tschechische Regierung einen neuen Auftrag für eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Temelin gegeben hat. Ich sage dazu, Wirtschaftlichkeit bei einem Projekt, das seit 15 Jahren Milliarden verschlungen hat und noch weitere 15 Milliarden brauchen würde – Schilling wohlgemerkt – um überhaupt fertiggestellt werden zu können. Der zweite Punkt war, daß ein außenpolitischer Bericht in Auftrag gegeben wurde, bei dem fast schon explizit Nachbarstaaten und europäische Staaten eingeladen worden waren, ihre Bedenken zu äußern. Es ging darum, wie weit ein Fertigbau von Temelin zu einer Störung der nachbarschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen führen würde. Hier ist über weite Strecken die Republik Österreich und das Bundesland Niederösterreich rechtzeitige und aktive Schritte schuldig geblieben. Und wir wissen das ja aus mehreren Berichten, aus mehreren Berichten auch in tschechischen Zeitungen, daß die tschechische Regierung in den letzten Jahren immer wieder die Position vertreten hat, wir können ja eigentlich relativ ungestört jetzt wieder weiter bauen oder

gar Zwischenlager oder Endlager an die Grenze zu Niederösterreich stellen, denn der Widerstand gegen die Atomkraftwerke ist schwächer geworden in Österreich.

Das also waren die neuen Chancen. Die Entscheidung für oder gegen Temelin sollte ursprünglich Anfang des Sommers fallen, ist nun in einer etwas zweifelhaften „Horuck-Aktion“ vorverlegt worden, hinter der die tschechische Atomlobby im Verband mit der internationalen Atomlobby steht. Und damit ist Feuer am Dach bei Temelin! Daher ist das essentiell und ich begrüße das explizit, daß wir uns heute als Landtag zu dieser Frage zu Wort melden.

Trotzdem kann man nicht verheimlichen, daß hier einiges an Versäumnissen aus den letzten Monaten daliegt. Und ich kommentiere jetzt ganz kurz nur ein, zwei Punkte aus der Antragsbegründung. Ich weiß nicht, wie weit der Antrag inzwischen allen vorliegt. In der Antragsbegründung wurde als ein eigentlich einziger zentraler Unterschied zu unserem Vorschlag ein Absatz eingefügt, der de facto darstellt, wie glorreich und erfolgreich die NÖ Antiatompolitik in den letzten Jahren sowieso gearbeitet hat. Sie werden verstehen, daß wir dieser Darstellung in ihrem Inhalt nicht völlig zustimmen, wie wohl die Darstellung der einzelnen Maßnahmen, wie sie angeführt sind, korrekt ist.

Es stimmt, daß der Landtag sich in den letzten Jahren bereits mehrere Male mit der Problematik grenznaher AKWs beschäftigt hat. Ich halte es nur für kein besonderes Ruhmesblatt, wenn dabei nicht mehr herausgekommen ist und nicht mehr seitens der Landesregierung getan wurde. Es ist zu begrüßen, daß die Landesregierung die tschechische Regierung mit einer objektiven Temelinprüfung „beauftragt“ hat. Es ist allerdings ein zweiter Punkt anzusprechen, der weniger zu begrüßen ist. Jetzt muß ich den armen Herrn Dr. Herbst nennen. Er selber kann ja wirklich nichts dafür. Aber vielleicht eine kleine Anekdote: Ich wurde zuletzt letzte Woche von einem engagierten Journalisten gefragt, ob es denn nicht eine gute Idee wäre, daß auch das Land Niederösterreich – so wie die Oberösterreicher das gemacht haben – einen Anti-Atombeauftragten einsetzen und bestellen sollte. Mir ist diese Frage schon oft, auch von Organisationen, gestellt worden, ob nicht die Grünen das im Landtag initiieren könnten. Und immer wieder habe ich festgestellt, welche Verblüffung die Antwort auslöst, wenn man sagt, das Land Niederösterreich hat so etwas schon längst, es merkt nur keiner! Ich halte es auch ehrlich gestanden für ein Armutszeugnis,

wenn man sagt, das große Bundesland Niederösterreich übernimmt im Rahmen eines koordinierten Vorgehens mit anderen Bundesländern gerade einmal die juristische Beratung des Anti-Atombeauftragten von Oberösterreich in der Causa Temelin und erklärt sich nicht wenigstens federführend für die Bekämpfung von Dukovany, Mochovce oder Bohunice. Also das ist maximal ein Anhängsel an Oberösterreich, das wir darstellen. Und ich würde an dieser Stelle unsere Forderung gerne erneuern, daß der NÖ Antiatombeauftragte tatsächlich mit Kompetenz ausgestattet wird, damit Herr Dr. Herbst auch tatsächlich Schritte setzen kann.

In Summe sage ich allerdings, jedes noch so kleine und zaghafte Lebenszeichen, das Niederösterreich in der Antiatompolitik gibt, ist dringend zu unterstützen, zu pflegen und zu hegen. In diesem Sinne begrüße ich es, daß es hier doch relativ rasch zu einem solchen Antrag gegen Temelin kommt. Daß ein wichtiger Schritt gesetzt wird. Daher sind wir auch diesem Antrag beigetreten. Und ich hoffe, daß das noch nicht das Ende der Beschäftigung mit Temelin für das heurige Jahr ist, sondern der Anfang der Beschäftigung mit Temelin. Ich hoffe des weiteren, daß die Beschäftigung in der Antiatompolitik nicht bei Temelin beginnt und gleich wieder aufhört, sondern daß man schon im Hinterkopf hat, daß da noch Dukovany, Bohunice und Mochovce sind – um die dringendsten Probleme zu nennen. Daß da auf EU-Ebene demnächst entschieden wird, ob Tschernobyl durch zwei neue Reaktoren ersetzt werden soll statt durch herkömmliche Energieproduktion.

Und ich würde gerne den Herrn Klubobmann Dr. Strasser, der leider soeben den Raum verlassen hat, beim Wort nehmen, wenn ich ihn in den Medien zitiert sehe mit „einzig das Kraftwerk Zwentendorf ist ein sicheres Atomkraftwerk“. Zwar ein bißchen ein teures „sicheres Atomkraftwerk“ für diesen Sinn, aber es wirft auch ein neues Schlaglicht auf jenes Engagement, das Niederösterreich dann nicht nur in den Osterweiterungsgesprächen, sondern generell in der EU-Politik auch gegenüber AKWs in anderen mitteleuropäischen Staaten zeigen sollte. Im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich schicke vorweg, daß wir diesem Antrag zustimmen werden, daß wir aber nicht als Antragsteller auf diesen Antrag draufgegangen sind. Ich möchte das auch begründen. Ich glaube, es ist sehr spät, es ist schon viel zu spät, daß hier Aktionen gesetzt werden. Und es ist überhaupt eigentlich witzig, daß zwei Fraktionen die Regierung auffordern, wo man das eigentlich dort selbst in der Hand hätte und schon viel früher handeln hätte müssen. *(Unruhe bei Abg. Dr. Michalitsch.)* Ich werde das schon erklären, Herr Dr. Michalitsch.

Wenn ich mir den Antrag anschau, daß die Landesregierung die Bundesregierung ersuchen soll, Gespräche mit den tschechischen Regierungsmitgliedern zu führen, dann kann ich das unterstreichen. Daß die prinzipielle Bereitschaft des Landes Niederösterreich versichert werden soll, aktiv mitzuwirken, das unterstreiche ich auch. Und daß selbstverständlich, aber das haben wir bei zahlreichen Osterweiterungsdebatten schon hier gehabt, auch das eine Frage für den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union an sich ist.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Warum sage ich, es ist zu spät? Ich habe hier eine Aussendung vom 28. Jänner 1994: FPÖ Landesrat Hans Jörg Schimanek: Wenn die USA Temelin finanzieren, bedeutet das eine Einmischung in die inneren Angelegenheit Österreichs. Darum geht es nicht. Hier steht: Er selbst will in der Sitzung der NÖ Landesregierung am kommenden Dienstag eine einhellige Anti-Temelin-Linie Niederösterreichs anregen. Und da würde man doch glauben, daß so eine Resolution in der Landesregierung beschlossen wird. Und wenn man sich dann das Protokoll der Regierungssitzung vom 15. Februar 1994, das heißt von vor über fünf Jahren, durchliest, steht unter dem Punkt „Kernkraftwerk Temelin - Resolution“: „Landesrat Schimanek schlug vor, ob nicht die NÖ Landesregierung als Kollegialorgan eine Resolution in dieser Angelegenheit an den Bundeskanzler und den Außenminister richten sollte, um diese darin aufzufordern, gegen den Bau dieses Kernkraftwerkes auf Bundesebene entsprechend tätig zu werden. Landeshauptmann Dr. Pröll berichtete über seine intensiven Bemühungen zur Verhinderung des Bauvorhabens. Und in dieser Angele-

genheit sollten innenpolitische Mehrgleisigkeiten vermieden werden. Es würden zwar naturgemäß unterschiedliche Schritte vom Bund einerseits und den Landesregierungen andererseits gesetzt, diese zielen aber alle in die gleiche Richtung. Landesrat Schimanek betonte, daß es sich dabei in Anbetracht der Bedeutung und Größe dieses Vorhabens und dessen mögliche Auswirkungen auf die Umwelt in einem Störfall um keine Einmischung in eine innerstaatliche Angelegenheit handeln könne. Der von Landeshauptmann Dr. Pröll vertretene Auffassung wurde von den anderen ÖVP- und SPÖ-Regierungsmitgliedern beigepflichtet.“

Das heißt, im Jahre 1994 wollten die Freiheitlichen mit einer Resolution genau das, was heute hier beschlossen werden soll. Fünf Jahre später sind ÖVP und SPÖ auch so weit. Man kann den Grünen keinen Vorwurf machen, sie waren zu dieser Zeit noch nicht hier im Hohen Haus.

Und es gibt viele Aussendungen, ich habe einige nur mitgenommen. Ich werde nur die Überschriften zitieren: 12. Jänner 1998 – „Schimanek: Im Kampf gegen die Atommeiler an unseren Grenzen sind nicht Lippenbekenntnisse, sondern Taten gefragt.“ Aufforderung an Pröll und Höger, sie mögen anstatt Alibiaktionen mit ihrer Bundesregierung, Klima und Schüssel endlich einmal Gas geben, daß hier etwas getan wird. Schimanek, 27. Februar 1998: „EU-Vorsitz für Antiatomoffensive nutzen.“ Es geht so weiter. Es gibt noch sechs Pressedienste zu Temelin. Da muß ich wirklich sagen, jetzt wird das Land Niederösterreich munter. Viel zu spät! Ich muß aber auch sagen, wo waren die Grünen, wie sie in diesen Landtag gekommen sind? Ich habe mehrmals angeboten, in dieser Frage zum Beispiel eine Aktuelle Stunde abzuhalten. Wir hätten unsere Unterstützung angeboten. Ich würde mich aber auch anbieten, in dieser Frage, weil sie so wichtig ist, auch einmal gemeinsam einen Antrag einzubringen. Um hier wirklich ÖVP und SPÖ zu treiben. Weil es uns wichtig ist, daß hier endlich eine aktive Antiatompolitik gemacht wird.

Zu den Alternativlösungen: Eines geht für meine Begriffe auch nicht. Wenn sich diese Reformstaaten entscheiden, irgendwo Wasserkraftwerke zu bauen, daß auch gegen diese Wasserkraftwerke sofort Bürgerinitiativen aktiv werden. Ich glaube, daß die Wasserkraft - speziell für Tschechien, aber auch für die Slowakei - eine sehr gute Alternative wäre. Selbstverständlich sollten aber auch andere Alternativen dort forciert werden. Ich glaube, jetzt, in Zeiten des Umbruchs und der Reform wäre die Möglichkeit

gegeben. Man kann von diesen Staaten nicht den Ausstieg aus der Atomkraft verlangen, wenn man ihnen eben keine Alternative bietet. Und ich glaube, hier ist auch das Land Niederösterreich - wie in diesem Antrag ja richtig gesagt - gefordert. Wir sind hier gefordert, technisches *know how* zu bieten. Wir sind hier gefordert, mit unseren Ingenieuren die in bezug auf die Wasserkraft gute Erfahrungen haben, zu helfen. Und wir sind hier gefordert, auch im Alternativenergiebereich, wo es gute Initiativen gibt, zu helfen.

In diesem Sinne möchte ich sagen, wir werden diesem Antrag zustimmen. Wir wünschen uns aber von der Landesregierung eine aggressivere Antiatompolitik gegenüber den Reformstaaten. Es wäre zum Beispiel, glaube ich, heute eine Möglichkeit, wenn der Herr Landeshauptmann in der Slowakei ist, das auch anzusprechen. Weil im Mittagsjournal hat er es noch nicht gesagt. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich hoffe es. Das sollte überhaupt nicht polemisch sein. Das sind, glaube ich, die Möglichkeiten, daß man dort direkt mit den Regierungen das auch anspricht. Und das wird im Antrag gefordert und das war auch immer eine Forderung von uns. Das muß, glaube ich, eine Bedingung sein, um diesen Staaten erst die Option zu geben, daß sie in diese Europäische Union eintreten können. In diesem Sinne, glaube ich, sollten wir alle gemeinsam in dieser Frage wirken und deshalb werden wir dem Antrag auch zustimmen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Das meiste wurde schon gesagt von meiner Kollegin. Erlauben Sie mir noch ganz kurz einige Anmerkungen. Zunächst einmal stelle ich fest, daß das Interesse der Fraktion der ÖVP übergroß erscheint. Während die anderen Fraktionen durchaus durchschnittliche Anwesenheit zeigen, sind die Damen und Herren von der ÖVP ihrem offenbaren Interesse gemäß äußerst spärlich vertreten! (*Heftige Unruhe bei Abg. der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Erstens will ich das nicht als Belehrung verstehen, sondern als Feststellung. Es ist durchaus bemerkenswert, welchen Themen man welchen Stellenwert beimißt. Das mag durchaus sein. Aber die Absenzen, die von hier aus so besonders sichtbar sind, sind durchaus eine Erwähnung wert. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich würde niemandem unterstellen, oder von niemandem verlangen, daß er die ganze Zeit herinnen sitzen muß. Es ist ein normaler Arbeitstag für

uns alle. Aber es hat schon das eine oder andere Mal, scheint es, einen gewissen inhaltlichen Bezug!

Zweitens: Wenn der Herr Landesrat Schimanek schon im Jahr 1994 auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat, dann ist das durchaus richtig. Und das wurde auch von uns durchaus zur Kenntnis genommen. Da gebe ich dem Kollegen Marchat schon recht. Nur eines muß man doch ein wenig auseinanderhalten: Ganz genau das, was Gegenstand des heutigen Antrages ist, konnte der Herr Landesrat Schimanek nicht beantragen. Denn jetzt geht es ja darum, daß unmittelbar ein Endbericht voraussehbar ist - Ende März. Und das war damals nicht der Fall. Und jetzt geht es darum, daß in diesem Bericht der internationalen Kommission eben ganz wesentliche Bereiche der österreichischen Position, der österreichischen Meinung eben nicht vertreten sind. Das ist das Neue! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich will nur damit sagen, ich achte alle Aktivitäten gegen Temelin. Ich meine aber, der heutige Antrag ist etwas besonderes. Und ist deshalb so dringlich, weil eben eine neue Situation vorliegt.

Weiters möchte ich bemerken: Am 9. Februar schon haben die Grünen erstmals darauf aufmerksam gemacht, daß das kommen könnte. Und daß dieses Problem mit dem mangelhaften Endbericht auf uns zukommen könnte. Meine Kollegin war eigentlich in ihrer Beurteilung der Vorgangswesen, die sich um diesen Antrag abgespielt haben, noch sehr zahm und sehr anständig. Ich möchte das beibehalten, möchte aber schon erwähnen, meine Damen und Herren, eine mündliche Vorsprache bei den beiden Klubobmännern der großen Fraktionen, die ganz offensichtlich nicht einmal einen Funken einer Ahnung von diesem Problem bis zu diesem Zeitpunkt hatten. Das allein würde rechtfertigen, daß man zusammenarbeitet! (*Abg. Koczur: Ihre Überheblichkeit ist schlicht unerträglich!*)

Das ist keine Überheblichkeit, sondern das ist eine Beurteilung. Einen Entwurf vorzulegen, der dann in manchen Bereichen sogar wortwörtlich abgeschrieben wird, das zeigt schon, wo das eigentliche Hauptproblem liegt. Und ich möchte jetzt das Hauptproblem ein klein wenig beleuchten, weil dadurch auch diese Abschreibübung so manifest wird. Es geht um die Entscheidung bezüglich Temelin im März. Es geht um einen mangelhaften Endbericht der Kommission. Es geht um die österreichische Position, die hier nur rudimentär, wie unser ursprünglicher Entwurf gelautet hat, vertreten ist. Und man hat sich nicht einmal geschämt, das Wort „rudimentär“ abzu-

schreiben und hat kein anderes Wort gesucht dafür. So ist dieser Antrag zustande gekommen, Hohes Haus! Mit den anschließenden Presseberichten natürlich, die das als Initiative der beiden Großparteien verkauft haben!

Was hätte Sie daran gehindert, schon früher mit diesem Antrag daherzukommen, wenn Sie schon früher davon wußten? Was hätte Sie daran gehindert, in den Ausschuß zu gehen damit, etwa in den Umwelt-Ausschuß? Was hätte Sie daran gehindert, schon früher Initiativen zu setzen? Und das dann berechtigterweise als Ihre Initiativen auch der Öffentlichkeit mitzuteilen! Nicht ein Strich war es, der von dieser Seite gekommen ist! Und ich möchte schon eine Anmerkung des Herrn Landesrates Mag. Sobotka nicht unerwähnt lassen, der die offensichtlich so geringe Aktivität der Landesregierung versucht hat etwas breiter darzustellen, indem er einfach zwei Satzteile verbunden hat und gesagt hat, das Land arbeitet in der Antiatominitiative eng mit Oberösterreich zusammen. Und außerdem vertritt der oberösterreichische Anti-Temelin-Beauftragte auch unsere Interessen. Richtig hätte es folgendermaßen heißen müssen: Wir arbeiten hier mit Oberösterreich zusammen, indem der oberösterreichische Atombeauftragte die Arbeit für Niederösterreich macht. Das wäre eigentlich jenes gewesen, was der Arbeit von Niederösterreich in dieser Sache entspricht.

Zu den Alternativen und zur Reise des Herrn Landeshauptmannes: Wir achten die außenpolitischen Aktivitäten des Herrn Landeshauptmannes außerordentlich. Aber hier geht es auch um einige andere. Um sehr viel mehr. Um einiges, was man schon lange hätte machen müssen. Um Versäumnisse, die nicht so einfach nachzuholen sind. Alternative Energieprojekte bilden sich nicht von selbst! Die geschehen nicht von selbst. Die muß man fördern. Aber wie will man sie denn fördern? Wie will man grenzüberschreitende Alternativenergieprojekte fördern, wenn man in seinem eigenen Land der Alternativenergie ein Stiefmütterleinsdasein zumißt? Wie will man das denn machen? Wie will man eine Energiepartnerschaft mit den Nachbarländern pflegen, wenn man im eigenen Land an alternativen Energieprojekten kaum interessiert ist? Energiesparmöglichkeiten, Energiesparinitiativen, wie will man das denn machen, wenn man es im eigenen Land nicht macht?

Und eine letzte Anmerkung, die mir sehr, sehr wichtig erscheint, die Frage der Europäischen Union. Natürlich soll man die Frage Temelin auch mit der Frage der Europäischen Union und dem Eintritt Tschechiens verknüpfen.

Nur eines sollte sich ganz Europa nicht leisten, und zugegebenermaßen hat Österreich hier als atomfreies Land eine besondere Rolle: Es kann nicht so sein, daß die Europäische Union in ihrer Atompolitik und in ihrer Atomenergiepolitik so weiter verfährt wie bisher, indem sie in neuen Ländern, die dazukommen wollen, den großen Lehrmeister vorspielt und von denen Dinge verlangt, die sie im eigenen Bereich nicht eingehen will. Es gehörte hier eine umfassende, europaweite Initiative gestartet zum Ausstieg aus der Atomindustrie, so initiativ wie nur irgend möglich. Österreich ist da in einer sehr glücklichen Position und ich würde mir sehr wünschen, daß das europaweit geschieht. Und daß das danach verknüpft wird mit den Beitrittsfragen und mit einem Atomausstieg auch in den neuen Ländern, die einigermaßen bald zur Europäischen Union dazugehören werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich möchte schon, ganz kurz allerdings nur, auf meine drei Vorredner eingehen. Aber das nicht in meinem ursprünglich beruflichen Stil, sondern ich möchte ihnen eindeutig sagen, dieses Thema soll und kann kein parteipolitisches Mascherl haben. Umweltpolitik hat in jeder Partei ihren Stellenwert. Bei mir ist jetzt schön langsam der Eindruck entstanden, daß da eigentlich ein Kampf um ein gewisses *leadership* stattfindet. Ich weiß nicht, fehlen Ihnen die Themen, daß bei diesem Thema alleine die Themenführerschaft so in den Vordergrund gestellt wird? Ich mache Ihnen ein Angebot: Nicht die Themenführerschaft ist entscheidend, sondern stellen wir gemeinsam das Thema in den Vordergrund. Und Umweltpolitik kennt einfach keine nationalen Grenzen. Luft, Wasser machen nicht an einem Territoriumsende oder an einem Territoriumsbeginn Halt.

Auswirkungen, besonders natürlich die negativen, sind oft erst nach einer gewissen Wegstrecke spürbar. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang an die schrecklichen Ereignisse rund um Tschernobyl. Spätestens seit damals müßte eine allgemeine Lernfähigkeit eingesetzt haben. Und ich glaube, dem kann niemand entgegengetreten, daß Österreich eine Vorreiterrolle in Europa bezüglich des Ausstiegs aus der Kernenergie eingenommen hat. Politik, Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, sie alle ziehen bei uns an einem Strang und wissen immerhin zwischen 80 und 90 Prozent der österreichischen Bevölke-

rung hinter sich. Unsere Aufgabe in diesem gemeinsamen Europa hat es zu sein, Bündnispartner zu finden und einen breiten Dialog zu führen. Italien ist so gut wie ausgestiegen. Schweden hat den Beschluß, diesen Weg zu verlassen. In Deutschland finden intensive Diskussionen statt. Tschechien allerdings hat bislang kein großes Kooperationsinteresse signalisiert. Das einzige Zugeständnis, das war eben der Beschluß des tschechischen Ministerrates vom 1. Juli 1998 auf Einsetzung internationalen unabhängigen Expertenkommission zur Evaluierung der Fertigstellung. Aber, und ich habe das in keiner Wortmeldung gehört, Österreich hat es im vergangenen Halbjahr im Zuge seiner Ratspräsidentschaft geschafft, eine Aufnahme folgender Formulierung in das Schlußdokument der Beitrittsverhandlungen durchzusetzen. Und ich zitiere, ich beginne mitten im Satz: ... zu den Beitrittsstrategien für die Umwelt die nukleare Sicherheit in den beitriftswilligen Ländern zu verbessern, sodaß ein Niveau erreicht wird, das dem Stand in der Union hinsichtlich der Technologie des Regulierungsrahmens sowie in betrieblicher Hinsicht entspricht.“ Zusätzlich kann man natürlich in diesem Zusammenhang auch das Pfand, das wir in der Hand haben, das Veto-Recht weder über- noch unterschätzen. Meiner Einstellung nach ist es demokratiepolitisch sinnvoller und zielführender, auf dem Weg von Verhandlungen und mit dem Angebot von Hilfestellung eine positive Lösung zu erwirken.

Politische Weichenstellungen in unserem Nachbarstaat, wie leider Gottes die gezielte Förderung von Elektroheizungen, haben eine künstliche Nachfrage im Energiebedarf geschaffen. Das Argument, daß das AKW Temelin luftbelastende Kohlekraftwerke in Nordböhmen ersetzen soll, greift ebensowenig, da durch die vorgenannte politische Lenkung der Strombedarf mittlerweile eine Höhe erreicht hat, daß ein Verzicht auf bestehende Kohlekraftwerke nicht mehr möglich ist. Hätte man allerdings die Gewinne aus diesen Kohlekraftwerken in den Einbau von Filteranlagen investiert und den Stromverbrauch nicht politisch forciert, wäre der Umweltverschmutzung auf diesem Wege effizienter entgegenzutreten gewesen. Unser Ziel muß es sein, den Nachbarn deutlich zu machen, daß eben das Risiko bei Hybrid-Reaktoren für die Menschen durch Umdenken in Richtung erneuerbarer Energieträger minimierbar ist.

Faktum für mich ist, Temelin ist nicht die kostengünstigste Variante zur Energieversorgung Tschechiens, selbst das staatliche Tschechische Amt für Kernsicherheit hat an dem Projekt gravierende Mängel konstatiert. In weiten Teilen der tschechischen Bevölkerung wird dem nicht Rech-

nung getragen. Keine Umweltverträglichkeitsprüfung, keine Bürgerbeteiligungen im Genehmigungsverfahren und mangelnder Informationszugang zu den Projektunterlagen. Die Sicherheitsempfehlungen der internationalen Atomenergiebehörde werden vom Bauherrn des Atomkraftwerkes nur teilweise umgesetzt. Mangelnde Qualitätskriterien und der spezielle Ost-West-Technologiemix erhöhen natürlich das Risikopotential ebenso wie das veraltete Containment-Konzept mit dem einschaligen Verfahren. Die Kosten sind seit der Grundplanung um zirka 43 Prozent gestiegen.

Die Problemstellung für die Verantwortlichen in Prag ist uns bewußt. Der Endbericht, und das ist ja der Grund, warum wir heute diesen dringlichen Antrag einbringen, der internationalen Kommission, leider auch ohne österreichische Experten und voraussichtlich nur mit Teilen unserer Aspekte und Positionen, wird für die tschechische Regierung eine wesentliche Entscheidungsgrundlage darstellen. Deshalb ist es für uns Sozialdemokraten selbstverständlich und notwendig, alle politischen Möglichkeiten aufzugreifen und im Sinne des vorliegenden Antrages über die Bundesregierung tätig zu werden. Aus der Verantwortung für die Menschen unseres Bundeslandes und der Überzeugung und Bereitschaft, mit *know how* und Hilfe zur Verfügung zu stehen, muß es unsere vordringliche Aufgabe sein, im Rahmen der Europäischen Union und in dringenden Gesprächen mit den tschechischen Verantwortlichen für ein Europa und in späterer Folge für eine Welt ohne Kernkraft im Bereich von Energie und Waffen einzutreten. Wir werden natürlich diesem Antrag, der ja von uns getragen wird, die Zustimmung nicht verweigern. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Erber.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Wenn meine Vorredner hier einiges an verbalem Umweltpolitischem von sich gegeben haben, sollte man vielleicht so manches auch ins richtige Licht rücken. Wenn der Herr Kollege Fasan gemeint hat, die Anwesenheit der Redner läßt mit dem Thema in irgend einen Konnex sich bringen, dann würde ich sagen, das läßt sich sehr oft mit dem Redner in den Konnex bringen. Weil manches ist da ein bißchen eine Qual, wenn ich mir anhören muß, und das muß man auch unter diesem Aspekt vielleicht einmal sehen...

Die Frau Kollegin Weinzingler hat gemeint, daß so quasi die Erfindung im grünen Bereich gegen diese Antiatombewegung war. Ich glaube, daß man feststellen sollte, daß es lange schon darüber mehrere politische Gruppierungen gibt, die, wie der Kollege Cerwenka gesagt hat, sich mit dem Hintergrund und mit dem Schreckensszenario, das uns auch erwarten kann, auseinandergesetzt haben und deshalb Überlegungen angestellt haben, diese Dinge gemeinsam zu verhindern. Und man kann vielleicht auch eines feststellen, wenn Sie sagen, es hat sich zu wenig getan. Niederösterreich hat nicht agiert. Ich darf Ihnen vielleicht mitteilen, daß der Baubescheid aus 1997 mit Wirkung von gestern aufgehoben wurde. Das heißt, daß ein UVP-Verfahren laut dem Gerichtsentscheid von Prag vom Obersten Gerichtshof in Prag hier durchzuführen ist. Und bereits morgen, am 26. Februar 1999, wird Herr Dr. Herbst hier bei einer Verfahrensbesprechung bei dem Einleiten des UVP-Verfahrens im Zuge des neuen Erreichens eines Baubescheides hier Stellung nehmen und das Land Niederösterreich und somit die Regierung von Niederösterreich dementsprechend vertreten. Das heißt, es wurde nicht unbedingt verbal nach außen hin mit Pressemeldungen agiert, sondern es wurde gearbeitet. Es wurden auf Grund von verschiedensten politischen Aktivitäten hier auch gesetzliche Entscheidungen im Nachbarland dementsprechend getroffen, die uns mehr oder weniger nun auch Möglichkeiten eröffnen, hier in einem normalen Rechtsverfahren auch dementsprechend unsere Interessen mit einzubringen. Und darauf aufmerksam zu machen, daß Österreich am meisten gefährdet ist. Wie auch eine Studie aus einem amerikanischen Institut beweist, daß wir hier die größten Auswirkungen haben bei einem möglichen Störfall auch.

Daß Österreich gerade den Anstoß eigentlich in diesem Europa gegeben hat, wo es darum ging, auf Atom- und Kernenergie zu verzichten, ich glaube, das war auch damals, 1978, mit der Volksabstimmung der erste Schritt in ein Umdenken in diesem Europa. Und mittlerweile haben sich mehrere Staaten hier angeschlossen. Ob das Schweden, Niederlande, verschiedenste, Italien, die in dieser Haltung eine neue Entwicklung ganz einfach mit anstreben. Und das ist, glaube ich, auch sehr notwendig. Und der Herr Mag. Fasan hat angesprochen, daß der Herr Landeshauptmann sich bemüht, außenpolitische Kontakte zu knüpfen. Er sollte vielleicht auch aufpassen, was er dort sagt. Und er hat heute, er gemeinsam mit

Vizekanzler Schüssel, weil es auch darum gegangen ist, die Osterweiterung der EU zu diskutieren, ganz klar gesagt, man muß auch bei der Osterweiterung über die Abschaltung der vorhandenen Atomkraftwerke diskutieren. Und das sollte man einmal hören auch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, und Sie haben vollkommen recht, es kann nicht funktionieren, daß man hier Energie wegnimmt, und keine Alternativen anbietet. Aber genau diese Alternativen sind es, die wir bereits in Niederösterreich mehr als in anderen Bundesländern in Österreich oder in anderen vergleichbaren Ländern in Europa bereits einsetzen. Wir betreiben bereits, ob es Hackschnitzelheizungen sind, diese Alternativenergien. Wir forcieren diese Alternativenergien. Und wir bemühen uns auch, in diesem Bereich verstärkt mit Technologie, mit *know how* dort zu helfen. Ich glaube, daß auch hier ganz notwendig ist, daß man das auch anspricht. Daß Handeln gefragt ist. Daß nicht nur sozusagen Dastehen am Rednerpult, sich zu artikulieren, Forderungen aufzustellen und die Regierung soll morgen irgend etwas bewegen. Es ist Kleinarbeit. Es ist mühsame Kleinarbeit, die Dinge auch umzusetzen. Und da sind wir alle gefordert, in allen Bereichen, wo wir Kontakte haben mit anderen politischen Kräften, daß wir diese Interessen, die im Interesse der österreichischen Bevölkerung sind, gemeinsam bewegen. Und ich darf Ihnen auch mitteilen, wenn Sie sagen, wir sind das Anhängsel an Oberösterreich, es gibt seit längerem Gespräche mit Oberösterreich. Ich habe mit dem Dr. Gumpinger schon am 8. Jänner 1999 das erste Gespräch gehabt. Wir werden am Donnerstag, dem 4. März gemeinsam, Wien, Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich, eine Unterausschußsitzung haben, wo wir die weitere Vorgangsweise auch in diesem UVP-Verfahren gemeinsam diskutieren. Um eine gemeinsame Stellungnahme und die gemeinsame Bereitschaft auch Richtung Tschechien zu zeigen und hier auch dementsprechendes Gewicht auch Richtung Bundesregierung zu haben.

Ich glaube, daß das Dinge sind, die wir ohne weiteres herzeigen können, auf die wir aufmerksam machen können. Und wo sehr wohl die Landesregierung bereits tätig geworden ist. Mich verwundert es ein bißchen, wenn der Herr Kollege Marchat aus einem Regierungssitzungsprotokoll berichtet, so weit mein Verständnis und mein Wissen ist, sind Regierungsprotokolle geheim. So geht man halt in manchen Fraktionen mit diesen Dingen um. Vielleicht sollte man das einmal hinterfragen, wie man zu dem kommt. Ich glaube auch, diese Dinge sind auszusprechen. Weil es gar nicht so darum geht, hier das aufzulisten. Sondern diese Fakten ganz einfach gegenüberzustellen, wie manche mit diesen Dingen umgehen, die auch andere betreffen.

Ich glaube, daß im allgemeinen eines festzustellen ist, und da bin ich jetzt bei der Frau Kollegin Weinzinger: Ich bin der Meinung, daß in Niederösterreich im übrigen demokratisch im Sinne dieser niederösterreichischen Bürger gearbeitet wird und für diese Bürger gearbeitet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Berichterstatter Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag:)* Einstimmigkeit! Der Antrag ist einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Diese Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 21.27 Uhr.)*